



Bericht 1991-95

UNSER AUFTRAG: ÖSTERREICHS ZUKUNFT

30. Bundesparteitag der Volkspartei, 22. April 1995

Medieninhaber: ÖVP-Bundesparteileitung
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Ernst Streeruwitz
1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7
Hersteller: DAL-Druck, Wien, April 1995

INHALTSVERZEICHNIS

Erhard Busek "Unser Auftrag - Österreichs Zukunft"	5
Bericht des Generalsekretariats	7
Zweckorganisationen der ÖVP	23
Politische Akademie	23
Friedrich-Funder-Institut	31
Karl-Vogelsang-Institut	34
Kommunalpolitische Vereinigung	36
Julius Raab-Stiftung	37
Berichte der Landesorganisationen	39
Burgenland	39
Kärnten	41
Niederösterreich	44
Oberösterreich	48
Salzburg	54
Steiermark	58
Tirol	61
Vorarlberg	65
Wien	68
Berichte der Teilorganisationen	75
Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund	75
Österreichischer Bauernbund	79
Österreichischer Wirtschaftsbund	84
Österreichische Frauenbewegung	87
Junge ÖVP	95
Österreichischer Seniorenbund	100
Die ÖVP im Nationalrat	105
Die ÖVP im Bundesrat	132
Chronik der politischen Arbeit der ÖVP 1991 - 1995	140

UNSER AUFTRAG - ÖSTERREICHS ZUKUNFT



ein freies, demokratisches Österreich begonnen haben. Mit Stolz können wir feststellen, daß sich von den beiden damals konkurrierenden Gesellschaftsmodellen nicht das sozialistische, sondern die von der ÖVP vertretene westlich-liberal-demokratische Konzeption einer offenen Gesellschaft und marktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialordnung durchgesetzt haben.

Dieser Weg hat Österreich nicht nur Wohlstand und Sicherheit gebracht, sondern auch sozialen Frieden und inneren Ausgleich, die staatliche Unabhängigkeit und eine aktive Rolle in Europa. Dieser erfolgreiche Weg ist uns auch Auftrag für die Zukunft. Die Österreichische Volkspartei hat sich nie als Selbstzweck begriffen - sie ist dazu da, Österreich zu dienen und Verantwortung für unser Land und seine Zukunft zu tragen. Wir haben für alle Bereiche und Ebenen unseres Staates politische Konzeptionen zu entwickeln und anzubieten, die unseren grundlegenden Werten entsprechen, und wir haben diese Konzeptionen gemeinsam mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zum Wohl unseres Landes erfolgreich umzusetzen.

Als am 17. April 1945 die Österreichische Volkspartei gegründet wurde, trat sie als neue Partei für ein neues, wiedererrichtetes Österreich in einer neuen, Zweiten Republik an - mit einem eindeutigen Bekenntnis zu Österreich und einem ebenso eindeutigen Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie.

Der Rückblick aus Anlaß des 50-Jahr-Jubiläums der Zweiten Republik und der Österreichischen Volkspartei zeigt uns, daß damit eine 50-jährige Erfolgsgeschichte unseres gemeinsamen Vaterlandes Österreich und der Weg einer stetigen Bewährung der Österreichischen Volkspartei für

Die Aufgabe der Politik ist nicht leichter geworden. Der welthistorische Umbruch der Jahre 1989/1990 stellt Österreich vor neue Herausforderungen. Die geänderte europäische Konstellation bringt neue sicherheitspolitische Anforderungen mit sich. Der Krieg, der am 29. Bundesparteitag der ÖVP am 29. Juni 1991 an Österreichs Südost-Grenze ausgebrochen war, bisher schon Hunderttausende Menschenleben kostete und mehr als 2 Millionen Menschen zu Flüchtlingen machte, besteht noch immer und birgt auch für Österreich neue Bedrohungen und Gefahren in sich.



Dadurch hat es sich als umso richtiger und umso wichtiger erwiesen, daß die Österreichische Volkspartei seit Mitte der achtziger Jahre für einen Vollbeitritt Österreichs zur Europäischen Union eingetreten ist. Dieses eindeutige Bekenntnis zu Europa haben wir im Präsidentschaftswahlkampf 1992 neuerlich betont; der großartige Wahlerfolg von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil hat die Richtigkeit dieser Linie bestätigt.

Wir erachten es daher als unseren Erfolg für Österreich, daß unser Land aufgrund der eindeutigen Wähler-Entscheidung bei der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 seit Beginn des Jahres 1995 Mitglied der Europäischen Union ist und mit unserem ehemaligen Landwirtschaftsminister Dr. Franz Fischler eines der populärsten und einflußreichsten Kommissionsmitglieder der EU stellt.

Neben der europäischen Herausforderung stellt sich unserem Land die große Herausforderung, im globalen Wettbewerb als Wirtschaftsstandort erfolgreich zu bestehen sowie die zukünftige Finanzierbarkeit unserer hohen sozialen Standards abzusichern. Eine dauerhafte Konsolidierung des Staatshaushaltes zur Sicherung der Währung und der Ersparnisse der Österreicher verlangt ein gemeinsames Verantwortungsbewußtsein der tragenden Kräfte unseres Staates. Die Österreichische Volkspartei ist zu dieser Verantwortung bereit, denn es war und ist immer ihre wesentliche Funktion, im Sinne des Gemeinwohls für Österreich und für die Zukunft unserer Kinder zu arbeiten, auch wenn diese Verantwortung unpopuläre Maßnahmen verlangen sollte. Für uns steht das Gesamtinteresse Österreichs immer über den verschiedenen Gruppen- und Einzelinteressen.

Die Österreichische Volkspartei hat ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet, das unsere bewährten Wertvorstellungen und Grundsätze in zeitgemäßer Form erneuert und bekräftigt, und darüberhinaus richtungsweisende Antworten auf die neuen Herausforderungen der Zukunft geben will. In einer Zeit wachsender Orientierungslosigkeit, gesellschaftlicher Destabilisierung, logischer Gefährdung unserer Lebenswelt, ökologischer Gefährdung unserer Lebenswelt und Verlust an Gemeinschaftswerten wollen wir durch eine grundsätzliche Besinnung auf die tragenden Werte unseres Lebens für unser politisches Handeln jenen positiven Sinn, jenen Mut und jene Zuversicht schöpfen, der die Gründungsgeneration der Österreichischen Volkspartei in einer ungleich schwierigeren Situation befähigt hat, durch ihren unerschütterlichen Glauben und ihre Verantwortung für den gemeinsamen Staat ein neues, friedliches, wohlhabendes und gerechtes Österreich aufzubauen.

Ihr leidenschaftliches Bekenntnis zu Österreich, ihr Mut zum Neubeginn, ihr Optimismus und ihre Tatkraft sind uns ein Ansporn, auf dem Weg in das 21. Jahrhundert verantwortungsvoll und zuversichtlich voranzuschreiten. Im Bewußtsein unserer Fähigkeiten und unserer Gestaltungskraft werben wir um das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und erheben den Anspruch, Österreich in eine gute und sichere Zukunft zu führen.

Unser Auftrag ist Österreichs Zukunft. Wir nehmen diesen Auftrag an und bekräftigen: In der Liebe zu Österreich soll uns niemand überreffen!

Bundesparteibeamteter Dr. Erhard Busek



BERICHT DES
GENERALSEKRETARIATS
ZUM 30. ORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAG
1995



Jahre der Entscheidung



Kandidaten der Volkspartei haben bei wichtigen Wahlgängen überzeugende Erfolge erzielen können. Besonders hervorzuheben ist hier die Wahl von Dr. Thomas Klestil zum österreichischen Bundespräsidenten. Die Kampagne für Dr. Thomas Klestil wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1992 gemeinsam mit mehr als 400 Initiativen für Dr. Thomas Klestil durchgeführt.

Auch auf Landesebene wurden die Persönlichkeiten der Volkspartei vielfach bestätigt.

Leider gab es auch unbefriedigende Ergebnisse, wie etwa bei der Nationalratswahl des Jahres 1994, wo die wachsende Mobilität der Wähler und die Kandidatur neuer Gruppen voll zum Tragen kam.

Die Volkspartei hat sich 1994 nach diesen Wahlen entschlossen, den Weg der Zusammenarbeit und der Mitwirkung in der Bundesregierung fortzusetzen. Das Arbeitsübereinkommen der neuen Bundesregierung zielt in gleicher Weise auf Sicherheit und Reformen für die Zukunft ab. Es trägt in wichtigen Fragen die Handschrift der Volkspartei und beweist damit, daß die Volkspartei als einzige regierungsfähige Alternative zu einer sozialdemokratischen Politik gelten kann. Die Volkspartei hat bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung und die Sanierungsmaß-

Der Zeitraum zwischen 1991 und 1995 brachte für Österreich die wichtigsten politischen Weichenstellungen seit dem Wiederaufbau und dem Staatsvertrag.

Die Volkspartei hat in dieser bedeutenden Zeit ihre Regierungsverantwortung im Interesse Österreichs wahrgenommen und damit jene Stabilität sichergestellt, die Voraussetzung für die historischen Entscheidungen war.

Die Volkspartei war seit jeher die Europa-Partei Österreichs und hat in den Jahren der Verhandlungen über den EWR und den EU-Beitritt durch ihre klare Position den Weg Österreichs nach Europa führend gestaltet.

Die Volkspartei hat als einzige Partei ihre Europa-Position in all den Jahren der Diskussion, der Vorbereitungen und der Verhandlungen konsequent beibehalten. Mit Recht können die Volkspartei und ihre Vertreter in Regierung und Parlament für sich beanspruchen, die Österreicherinnen und Österreicher für die Zustimmung zu einem hervorragenden EU-Verhandlungsergebnis gewonnen zu haben.



nahmen ihren Mut zur Verantwortung auch in unpopulären Fragestellungen bewiesen, wo immer es um die Zukunftssicherung für Österreich und vor allem für die kommenden Generationen ging.

Als Antwort auf die neuen Herausforderungen hat die Volkspartei 1992 eine Diskussion zur Reform ihres Grundsatzprogrammes eingeleitet. Im Rahmen des Zukunftsdialoges und der September-Akademie wurden die Grundlagen für die Diskussionen jenes Programmentwurfes erarbeitet, der dem Parteitag 1995 zur Beschlußfassung vorliegt.

In mehreren österreichweiten Informationskampagnen wurde die Arbeit der Volkspartei - insbesondere durch die Regierungsmitglieder - österreichweit präsentiert.

September 1991 bis Februar 1992 bundesweit über die Ziele unserer Europapolitik informiert.

Eine eigene Informationskampagne fand 1993 zum Thema Pflegevorsorge statt, um über die Möglichkeiten aufzuklären, die durch den Beschluß der neuen Pflegeversicherung eröffnet wurden.

Das Jahr 1994 stand im Zeichen der Intensivphase zur Vorbereitung für die EU-Volksabstimmung und der Wahlkampagne für die Nationalratswahl 1994.

Zur Nationalratswahl, der sich die Volkspartei als „Kraft der Mitte“ mit ihrem Regierungsteam stellte, wurden drei Erhard Busek-Pläne zu den Themen Wirtschaftsstandort Österreich, Sicherheit und Heimat vorgelegt. Für diese Nationalrats-



Die Unterzeichnung des Arbeitsübereinkommens der neuen Bundesregierung

So fanden etwa im Rahmen der Aktion „Treffpunkt Österreich“ 80 Informationsveranstaltungen mit den Regierungsmitgliedern der Volkspartei statt, die den Zeitraum von April 1993 bis Dezember 1993 umfaßten.

Unter dem Motto „Ein starkes Österreich in einem neuen Europa“ wurde - ebenfalls vom Regierungsteam der Volkspartei - im Zeitraum

wahlen, die erstmals nach dem neuen Persönlichkeitswahlrecht erfolgten, unterzogen sich die Kandidaten der Volkspartei österreichweit einer Vorwahl mit hoher Beteiligung.

Was die parteiinterne Arbeit betrifft, so fallen in den Berichtszeitraum die Übersiedlung von der Kärntner Straße 51 in die Lichtenfelsgasse 7 und die damit verbundene finanzielle Konsolidierung.



Parallel dazu wurde die parteiinterne Informationstätigkeit verdichtet und durch den Einsatz neuer Kommunikationsmedien wesentlich effizienter gestaltet.

Die Lichtenfelsgasse wurde auch zum Zentrum von Dialog-Veranstaltungen, die seit 1993 regelmäßig etwa zu aktuellen Frauen-Fragen stattfanden.

Viele Details über die Arbeit der Volkspartei können der politischen Chronik, dem Bericht des Parlamentsklubs und dem Bericht über die Erledigung der Beschlüsse des Parteitags 1991 entnommen werden. Es gibt kaum einen Bereich des politischen Lebens, wo in den vergangenen vier Jahren nicht entscheidende Weichenstellungen und Neuerungen durchgesetzt werden konnten:

In der Wirtschaftspolitik gab es die zweite Etappe der Steuerreform mit Entlastungen von insgesamt 17 Milliarden Schilling und beträchtlichen Vereinfachungen des Steuersystems.

In der Sozialpolitik ist auf die Einführung der Pflegeversicherung und die Schaffung des neuen Arbeitsmarkt-Service hinzuweisen.

In der Familienpolitik wurde die Anrechnung der Erziehungszeiten auf den Pensionsanspruch und die Mehrkinderstaffelung der Kinder-Absetzbeträge erreicht.

In der Demokratie-Politik wurde das neue Persönlichkeits-Wahlrecht beschlossen und die Direktwahl der Bürgermeister ermöglicht.

In der Verteidigungspolitik wurden die Struktur-reformen des Bundesheeres eingeleitet und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung gesetzt.

In der Umweltpolitik konnte Österreich seine Position als Musterland ausbauen und insbesondere wesentliche Schritte zur Bewältigung der Müll-Problematik setzten.

In der Bildungspolitik wurde die Autonomie von Schulen und Hochschulen ausgebaut. Die Schaffung von Fachhochschulen eröffnet neue Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung.

In der Ausländerpolitik wurden neue gesetzliche Grundlagen geschaffen, die ein geordnetes und konsequentes Vorgehen der Behörden ermöglichen, ohne von der humanitären Tradition Österreichs abzugehen.

In der Agrarpolitik wurden die neuen durch GATT und EU vorgegebenen Strukturen bewältigt.

In der Außenpolitik ging es um die erfolgreichen EU-Verhandlungen und den EU-Beitritt. Weiterer Schwerpunkt waren zahlreiche Friedens- und Hilfsinitiativen anlässlich der tragischen Entwicklungen in den Kriegsregionen des ehemaligen Jugoslawien.

Im Rahmen der Verwaltungsreform konnten durch die Ausgliederung wichtiger Bereiche erste Erfolge erzielt werden. Die bereits ausverhandelte Bundesstaatsreform konnte allerdings vor den Nationalratswahlen 1994 nicht mehr erledigt werden.

Manche Reformen konnten nur eingeleitet werden und müssen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden: Die Privatisierung ist noch lange nicht abgeschlossen. Bei der Reform der Krankenanstalten fehlen noch immer wesentliche Voraussetzungen, die Sozialversicherungen sind einer Strukturreform zu unterziehen, über die Reform der Interessensvertretungen werden Urabstimmungen stattfinden. Den Bundesbahnen und der Post sind neue, effizientere Strukturen zu geben.

Dieser Überblick ist im Zusammenhang mit der politischen Chronik und den Arbeitsberichten der einzelnen Bereiche zu sehen und soll in Erinnerung rufen, wieviele wichtige Weichenstellungen in den letzten vier Jahren getroffen wurden.

Beispielhaft für die politischen Schwerpunkte in der Arbeit der Bundespartei soll auf zwei Themenbereiche genauer eingegangen werden: Auf die **Programmdiskussion der ÖVP** und auf die **EU-Kampagne der ÖVP**

Die Programmdiskussion der ÖVP

Das zwanzigjährige Bestehen des „Salzburger Programms“, vor allem aber die großen politischen Veränderungen im Umfeld Österreichs, aber auch in Österreich selbst, wurde zum Anlaß für eine Überarbeitung und Weiterentwicklung des ÖVP-Programms genommen. Der Diskussionsprozeß, der 1992 eingeleitet wurde, soll beim Jubiläumsparteitag der ÖVP im April 1995



mit dem Beschluß eines neuen ÖVP-Programmes seinen vorläufigen Höhepunkt, aber keineswegs seinen Abschluß finden.

Federführend bei der Programmdiskussion war eine Programm-Kommission unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Werner Fasslabend.

Bereits im Herbst 1992 wurden in Arbeitsgruppen von über 100 jungen Leuten im Umfeld der Volkspartei zu 16 Themenstellungen die großen Problemstellungen der Zukunft erörtert und Fragestellungen sowie Material für die weitere Diskussion erarbeitet.

Auf Basis dieser Ergebnisse fanden im ersten Halbjahr 1993 in den meisten österreichischen Bezirken Diskussionsveranstaltungen zum „Zukunftsdialog Österreich“ statt. Dabei ging es vor allem um die Herausarbeitung der Schwerpunkte für das künftige Programm. Die Bundespartei hat dafür allen Bezirken eine Unterlage mit Musterreferaten und einem Fragenkatalog zur Verfügung gestellt, die Politische Akademie hat Referenten für diese Veranstaltung ausgebildet und zum Einsatz gebracht. Die Ergebnisse wurden ausgewertet und der weiteren Arbeit zugrundegelegt.



Die Septemberakademie zur Programmdiskussion

Im September 1993 fand an der Politischen Akademie die von jungen Mitarbeitern der Partei und der PolAk organisierte September-Akademie statt. Mit über 40 Veranstaltungen und 100 Vortragenden war sie eine der größten politischen Vordenkveranstaltungen, die in den letzten Jahren in Österreich stattgefunden haben. Unter den Gästen fanden sich so hochkarätige Namen wie Arpad Göncz, ungarischer Staatspräsident, Peter Sloterdijk, Christian Lutz, Direktor des Gottlieb Duttweiler Instituts, Jürgen Mittelstrass, deutscher Bildungsexperte, Robert Hettlage, Familienforscher, und viele andere. Die Ergebnisse der September-Akademie wurden in „7 Fragen für eine neue Zeit“ zusammengefaßt. Diese Fragen waren:

- ☐ Die Zukunft der Politik
- ☐ Die Zukunft des Sozialstaates und die Verteilung der Arbeit
- ☐ Die neue Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik
- ☐ Familie im Umbruch
- ☐ Neue Perspektiven im Verhältnis der Geschlechter
- ☐ Neue Bildungsziele
- ☐ Neue Wege für den ländlichen Raum

Ende 1993 wurde auf Basis des bis dahin stattgefundenen Diskussionsverlaufes ein Textvorschlag für einen Grundwertekatalog erstellt, der die neuen Vorschläge Verantwortung, Sicherheit, Toleranz und Nachhaltigkeit beinhaltet.

Im Jahr 1994 wurde angesichts wichtiger bundes- und landespolitischer Entscheidungen der Diskussionsprozeß unterbrochen und erst nach der Nationalratswahl und der Regierungsbildung mit voller Intensität wieder aufgenommen.

Von Ende November weg wurde in redaktioneller Arbeit in der Bundespartei unter aktiver und engagierter Mitwirkung von Vertretern der Länder- und Teilorganisationen in mehreren ganztägigen Workshops das vorliegende Material in einen ersten Diskussionsentwurf eingearbeitet, der bei der Sitzung des Bundesparteivorstandes am 7. Jänner zur Diskussion stand. Am 19. Jänner 1995 war der Programmentwurf Gegenstand der Diskussion auf der Klubklausur des ÖVP-Parlamentsklubs.

Der erste Entwurf wurde auf Basis der Diskussionsergebnisse im Parteivorstand und im Parlamentsklub, sowie einer Begutachtung durch die Fachexperten der Partei noch einmal gründ-



lich überarbeitet und ab Anfang Februar einer breiteren Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Partei zugänglich gemacht.

Dieser Programmentwurf besteht aus drei Teilen:

- ☐ einer Selbstpositionierung (Wer wir sind und was wir wollen)
- ☐ einem Grundwertekatalog (Freiheit, Leistung, Gerechtigkeit etc.) und
- ☐ den grundsätzlichen Positionen zu gesellschaftspolitischen Themenfeldern (Bildung, Demokratie, Familie, Europa, Wirtschaft etc.)

Dieser Aufbau versucht einerseits (im ersten Teil) eine oftmals verlangte kurze und einfache Antwort auf die Frage „Wofür stehen wir?“ zu geben, ohne dabei jedoch aus den Augen zu verlieren, daß komplexe Sachverhalte tiefergehende und differenzierte Antworten verlangen (Teil 2 und 3).

Im ersten Teil versucht die Volkspartei eine Standortbestimmung und Selbstdefinition. Dabei stehen 4 Markierungspunkte im Zentrum:

- ☐ christdemokratisch
- ☐ ökosoziale Marktwirtschaft
- ☐ Österreichspartei in Europa
- ☐ Volkspartei

Bei der Weiterentwicklung des Grundwerteteils wurden die Prinzipien des Salzburger Programms im wesentlichen übernommen: Menschenbild, Freiheit, Leistung, Partnerschaft, Partizipation und Subsidiarität. Die Gleichheit wurde zum Prinzip Gerechtigkeit; Verantwortung, Sicherheit, Nachhaltigkeit und Toleranz wurden neu in den Grundwertekatalog aufgenommen.

Kernpunkt des dritten Teils ist die Idee der neuen Gesellschaftsverträge, wobei der Vertragsgedanke nur als Chiffre für bestimmte Gedanken gilt, die hinter dieser Idee stehen, etwa

- ☐ die Identität als Partner
- ☐ das Eingehen von Rechten und Verpflichtungen (z.B. auch für denjenigen, der eine gesellschaftliche Leistung in Anspruch nimmt)
- ☐ oder das Bemühen um eine bestmögliche Lösung für beide Vertragspartner

Dieses Modell soll für die gesellschaftlichen Bereiche Mann/Frau, Familien, Generationenvertrag etc. gelten.

Weitere wichtige Punkte im dritten Teil sind die

ökosoziale Marktwirtschaft, die Neupositionierung Österreichs in Europa, die Idee der Bürgercharta und das Bekenntnis zu einer geordneten Ausländerpolitik.

Von Ende Jänner bis Ende März haben in den Landespartei vorständen und Landtagsklubs, sowie in den Teilorganisationen und Bezirken Diskussionen zum Entwurf stattgefunden. Die Ergebnisse wurden in der Bundespartei gesammelt und in den Entwurf eingearbeitet.

Anfang April hat sich der Bundespartei vorstand mit dem Entwurf beschäftigt und einen Antrag für den Parteitag verabschiedet.

Das Grundsatzprogramm soll die Basis für Detail- und Aktionsprogramme in verschiedenen Teilbereichen bilden, die im Laufe des Jahres zu Schwerpunktthemen erarbeitet werden sollen.

Die EU-Kampagne **der ÖVP**

Die EU-Kampagne der Volkspartei zur Vorbereitung der Volksabstimmung hatte ihren Schwerpunkt im ersten Halbjahr 1994.



Auf dem Weg in die EU



Im Rahmen dieser Kampagne waren alle Verantwortungsträger der Volkspartei auf allen Ebenen eingesetzt: Die Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen, alle Parteisprecher und Abgeordneten. Alle Organisationen der Volkspartei leisteten ihren Beitrag zur Europakampagne, die Teilorganisationen ebenso wie die Landesorganisationen.

Es fanden zahlreiche Großveranstaltungen, Europagespräche, Europafachtagungen und Europa-Kongresse auf Bundes- und Landesebene statt.

Im Umfeld der Bundespartei konstituierten sich fünf Europa-Initiativen für die Bereiche Jugend, Senioren, Frauen, Kunst/Kultur und Wissenschaft.

In Hintergrundgesprächen informierten die Regierungsmitglieder der Volkspartei regelmäßig die Medien über spezielle Aspekte unseres EU-Beitritts.

Auf Regierungsebene ergriff die Volkspartei ebenfalls die Initiative und konnte eine straffere Koordinierung der geplanten Aktivitäten erreichen. Diese breit gestreute Informationstätigkeit der Bundesregierung reichte von Prominenten-Testimonials bis zu einer speziellen Information an die Auslandsösterreicher.

Auch in der Werbetätigkeit der Volkspartei war Europa ein Schwerpunkt. Die Belangsendungen wurden diesem Thema gewidmet. In Plakaten wurden die Österreicherinnen und Österreicher von Spitzenrepräsentanten der Volkspartei eingeladen, an der Volksabstimmung teilzunehmen und sich für das „Ja zu Europa“ zu entscheiden.

Das Meinungsklima zeigte in den Monaten vor der EU-Volksabstimmung heftige Schwankungen, konnte aber im Laufe der intensiven Kampagne zu einem massiven Zweidrittel-Votum für den Beitritt gewendet werden.

Aus der Tagesarbeit der Bundespartei sollen folgende Bereiche in aller Kürze hervorgehoben werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Die ÖVP-Presseabteilung entwickelte sich zu einer Nachrichtenagentur der Volkspartei, die nicht nur die Pressekonferenzen zu den Schwerpunktthemen der Volkspartei vorbereitet, sondern auch für schnelle Reaktionen in der tagespolitischen Diskussion sorgt. Dies geschieht insbesondere



Das Haus Lichtenfelsgasse 7 wird eröffnet

auch gemeinsam mit der Pressearbeit des ÖVP-Parlamentsklub für den Nationalrat und den Bundesrat.

Der ÖVP-Pressedienst erscheint täglich schriftlich, elektronisch im zweiten Netz der APA und - als besondere Neuerung - auszugsweise im Internet. Die Volkspartei ist damit die erste Partei, die sich dieses neuen elektronischen Mediums bedient.

Neue Fax-Kommunikationsmittel wurden entwickelt und eingesetzt: Der „Morgenexpress“ als aktuellste Information insbesondere im Nationalratswahlkampf, das „Info-Fax“ zu Themenschwerpunkten aus der laufenden politischen Diskussion, der „Insider“ als wöchentliche Hintergrund-Information.

In periodischen Abständen werden druckfertige Vorlagen für österreichweite Publikationen auf regionaler Ebene angeboten. Dieses Service wurde im Nationalratswahlkampf intensiviert.

Die Presseabteilung der Bundespartei führt ein umfangreiches Fotoarchiv, von dem alle Parteimedien Gebrauch machen können.

Der Bilderdienst der Bundespartei beschickt die Länder mit Schaufensterplakaten, die auch kurzfristig eingesetzt werden können.



Die Belangsendungen in Fernsehen und Radio, die nunmehr auf einem Umfang von drei Minuten konzentriert sind, wurden modernisiert und aktualisiert. Sie informieren jeweils über Themen-Schwerpunkte und aktuelle Ereignisse.

Nach der auf dem letzten Bundesparteitag beschlossenen Reform der Volkspartei haben wir auch unserem seit 1977 erscheinenden Mitgliedermagazin ein neues Gesicht gegeben: Die Zeitschrift wurde in „AUSTRIA PLUS - Das Österreich-Magazin der Volkspartei“ umbenannt, eine neue graphische Form wurde erarbeitet und der Inhalt stärker in Richtung Lese-Magazin strukturiert. Das Vorhaben, künftig regelmäßig mit einem Umfang von 24 Seiten zu erscheinen, ließ sich wegen der Kosten der hohen Auflage (rund 500.000 Exemplare an Haushalte von ÖVP-Mitgliedern) und des enger werdenden Anzeigenmarkts bisher leider nur teilweise verwirklichen. Inzwischen hat sich durch das Erscheinen neuer Magazine auf dem Markt der Geschmackstrend tiefgreifend geändert, sodaß wir im vergangenen Sommer anlässlich zweier Sonderausgaben vor der Nationalratswahl erneut eine neue graphische Form zu entwickeln begonnen haben - wie das allgemeine Echo zeigte, mit gutem Erfolg. Diese Reform wird mit den beiden nächsten Ausgaben abgeschlossen werden. Neben einem gefälligen und akzeptierten Erscheinungsbild, das durch den starken Einsatz von Farbe und Bild charakterisiert wird, bleibt die Erhöhung des Seitenumfangs unser wichtigstes Ziel - auch, um der Berichterstattung über die Politik der Volkspartei in den Bundesländern wieder mehr Raum geben zu können.

Nach vielen Jahren der Herstellung in Graz (in Zusammenarbeit mit dem Styria-Verlag) werden die der Darstellung und Diskussion unserer politischen Grundlagen verpflichteten "Monatshefte" seit 1991 von der ALPHA Medien-Service KG verlegerisch betreut. Seither ist es gelungen, nicht nur durch die Heranziehung einer ganzen Reihe junger Autoren und durch die Entwicklung eines frisch wirkenden redaktionellen Stils den Monatsheften neues Ansehen und Gesicht zu geben, sondern auch die Herstellungskosten markant zu verringern. Aus der Reihe der jeweils einem Schwerpunktthema gewidmeten Hefte sind die Dokumentationen über die „Septemberakademie“ der Politischen Akademie sowie über die Diskussion des Entwurfs für das neue Parteiprogramm hervorzuheben. Zielgruppe der Österreichischen Monatshefte sind besonders an Politik interessierte Personen in Führungspositionen sowie Meinungsbildner.

Das Aufgabengebiet der Dokumentationsabteilung umfaßt die Verwaltung des Broschürenarchives der Bundespartei, die Wartung der Zeitungs- und Zeitschriftenablage, sowie die Bearbeitung und Beantwortung der Aufträge und Anfragen aller Mitarbeiter des Hauses. Um alle Anforderungen prompt zu erledigen, müssen aus einer Fülle von Daten und Dokumenten die gewünschten Informationen herausgefiltert und aufbereitet werden.

Dazu stehen der Dokumentation der ÖVP-Bundespartei verschiedene Recherchemöglichkeiten zur Verfügung:

Über einen EDV-Verbund mit der ÖVP-Klubdokumentation kann auf Quellen von Artikeln aus in- und ausländischen Tageszeitungen bzw. Parteipressediensten, Wochenzeitschriften, sowie verschiedenen anderen wichtigen inländischen Periodica und ORF - Berichten, die nach einem Schlagwortkatalog mit derzeit 7860 Sachgebieten und 6259 aktuellen Namen klassifiziert sind, zugegriffen werden.

- ☐ Politisch relevante Artikel ab 1. 1. 1994 können über die Datenbank der Klubdokumentation durch Direktzugriff auf den Volltext des elektronisch erfaßten Schriftgutes abgerufen und ausgedruckt werden.
- ☐ Die gesamte ausgewertete Literatur von 1978 - 1991 ist ebenso EDV-unterstützt in der Bundespartei auf Mikrofilm gespeichert.

Ergänzt wird das elektronische Informationsangebot durch die Zugriffsberechtigung auf den Informationsdienst von APA- Online (OTS-Originaltext-Service und eigene Meldungen der APA, sowie der APA-Zeitungsdatenbank, welche derzeit aus 5 in- und 3 ausländischen Tageszeitungen, 2 Wochenzeitungen und 1 Monatsmagazin besteht).

Wichtige politische Artikel aus der Zeit vor 1978 sind zum Teil auf Rollfilm aufgezeichnet, zum Teil in Form von Kopien archiviert.

In der Dokumentation werden außerdem laufend sämtliche grundsätzlichen Materialien aller maßgeblichen Parteien und Institutionen (Par-



teitagsberichte, Parteiprogramme, Werbematerialien, Konzepte, Statistiken, Rechnungshofberichte, Wahlprogramme, Wahlergebnisse etc.) sowie wichtige bundespolitische Ereignisse, nach den Suchbegriffen des oben genannten Thesaurus dokumentiert und archiviert.

Das Archiv verfügt auch über eine Zitatenkartei, in der besonders „griffige“ Aussagen von Politikern aller Parlamentsparteien zu finden sind. In der Bibliothek, mit einem momentanen Umfang von 700 Büchern, kann nach Autoren, Titeln und Begriffen recherchiert werden.

Zusätzlich zu den aufbereiteten Materialien werden folgende Unterlagen im Original archiviert:

- ☐ in- und ausländische Tages-, Wochen- und Monatszeitungen
- ☐ Bundesgesetzblätter
- ☐ Pressedienst der ÖVP
- ☐ Pressedienst der SPÖ
- ☐ Pressedienst der Freiheitlichen Partei

Die Dokumentationsabteilung hatte im letzten Jahr 1144 Aufträge zu bearbeiten und 234 Dokumentationen zu erstellen.

EDV

Mit dem Umzug in die Lichtenfelsgasse ist die alte EDV-Großanlage durch ein modernes und leistungsfähiges Netzwerk ersetzt worden. Dadurch konnten sowohl die Kosten gesenkt, als auch der Leistungsgrad erhöht werden.

Neben der Mitglieder- und Funktionärsevidenz bestehen umfassende Zielgruppendateien und eine Wahldatenbank. Die Hochrechnungen während den Wahlabenden erfolgen über ein eigenes EDV-Programm, das die derzeit genauesten Prognosen erlaubt.

Zur Visualisierung dieser Daten und für die optische Unterstützung von Veranstaltungen verwendet die Bundespartei ebenfalls Informationselektronik. Über das hausinterne Netzwerk werden Grafiken in das Medienzentrum im Erdgeschoß eingespeist.

Den Mitarbeitern des Hauses stehen neben einer modernen Textverarbeitung ein umfangreiches APA-Informationssystem und electronic Mail zur Verfügung.

Gleichzeitig wurden das Organisationshandbuch und der ÖVP-Pressedienst auf elektronische Ausgaben umgestellt.

Der Einsatz der Informationstechnologie nach außen wurde ebenfalls offensiv ausgeweitet. Die Volkspartei hat als erste europäische Partei den Datenhighway genutzt. So wurde anlässlich des Nationalratswahlkampfes 1994 ein überaus erfolgreiches elektronisches Informationssystem geschaffen. In den Spitzenzeiten verzeichnen wir alle 5 Sekunden einen Zugriff. Der Bundesparteiobmann war der erste österreichische über das Internet erreichbare Politiker. Er bekommt einen Teil seiner Post bereits ausschließlich elektronisch.

Internationale Arbeit

Die Beziehungen zu den Schwesterparteien in den EU-Staaten und den mittel- und osteuropäischen Reformländern bildeten auch in den vergangenen drei Jahren den Schwerpunkt der internationalen Arbeit der ÖVP.

Im Rahmen der Europäischen Demokratischen Union (EDU) und der Europäischen Volkspartei (EVP) konnte der Beitritt Österreichs in die Europäische Union auf Parteebene vorbereitet werden. Andererseits hatte die ÖVP durch die Mitarbeit in diesen internationalen Organisationen schon vor der EU-Mitgliedschaft die Möglichkeit, an der Gestaltung der Europapolitik der christdemokratischen und konservativen Parteien maßgeblich mitzuwirken. Auch bei den bilateralen Parteienkontakten mit unseren Schwesterparteien aus EU-Staaten standen naturgemäß unsere Bemühungen, der Europäischen Union beizutreten, im Mittelpunkt. So ging es vor allem darum, die internationale Unterstützung unserer Europapolitik zu festigen. Darüber hinaus kam insbesondere der kontinuierlichen Informationsarbeit gegenüber den Mitgliedern des Europäischen Parlaments besondere Bedeutung zu.

Über die Europäische Demokratische Union (EDU) und die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) konnte auch die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien in den mittel- und osteuropäischen Ländern weiter ausgebaut werden. Die in der EDU und EUCD geknüpften Kontakte führten zu zahlreichen Projekten der ÖVP mit den Schwesterparteien in den Nachbarstaaten. Neben den vielen Treffen mit den Parteiführungen und Parlamentariern unserer Nachbarländer entwickelten sich in den vergangenen drei Jahren auch viele neue grenzüberschreitende Kooperationen auf regionaler Ebene.



Die regelmäßigen Treffen im Rahmen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Demokratischen Union und der Europäischen Union Christlicher Demokraten und die bilateralen Parteienkontakte trugen wesentlich dazu bei, ein klares Bild über die politischen Verhältnisse in den europäischen Ländern zu gewinnen. Darüber hinaus haben Vertreter der ÖVP an zahlreichen Missionen in mittel- und osteuropäischen Ländern teilgenommen, um vor Ort Informationen über die politischen und wirtschaftlichen Reformen zu sammeln und so konkrete Unterstützungsmaßnahmen definieren zu können. Andererseits arbeitete die ÖVP auch an der Wahlbeobachtung in jenen Ländern mit, deren demokratische Strukturen noch nicht gefestigt waren.

Das Internationale Büro der ÖVP hatte somit die Aufgabe, die politischen Positionen der ÖVP in den internationalen Organisationen zu entwickeln und zu koordinieren, die Vertretung in den verschiedenen Fachkommissionen der EDU, EVP

und EUCD sicherzustellen, die direkten Kontakte mit den Schwesterparteien auszubauen und die regionalen grenzüberschreitenden Parteienkooperationen zu unterstützen. Dabei beschränkte sich die internationale Vertretung der ÖVP nicht nur auf Außenpolitiker, sondern die internationale Arbeit der ÖVP wurde von einer großen Zahl von Abgeordneten und Funktionalen getragen. Die Tätigkeit des Internationalen Büros war auch in der vergangenen Periode eng mit der internationalen Arbeit der Politischen Akademie koordiniert. Die gemeinsamen Seminare der Politischen Akademie mit den Parteien in den Nachbarländern stellen eine konkrete Form der internationalen Parteienzusammenarbeit dar.

Dem Internationalen Büro der ÖVP stand Botschafter Dr. Ludwig Steiner als Präsident vor, die Leitung des Internationalen Büros hatte Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol inne. Im Jänner 1995 wurde Mag. Alexis Wintoniak zum Internationalen Sekretär der ÖVP bestellt.

BUNDESORGANE

Bundesparteitag

Der 29. Bundesparteitag fand am 28. und 29. Juni 1991 statt. Er beschloß eine Statutenreform und wählte Dr. Erhard Busek zum Bundesparteivorsitzenden der ÖVP.

Bundesparteipräsidium

Das Bundesparteipräsidium trat durchschnittlich vierzehntägig zusammen. Derzeit gehören dem Bundesparteipräsidium an

Dr. Erhard Busek
Dr. Alois Mock
Dr. Erwin Pröll
Dr. Helga Rabl-Stadler
Ingrid Korosec
Dr. Heinrich Neisser
Dr. Andreas Khol

Bundesparteivorstand

Der Bundesparteivorstand tagte durchschnittlich alle vier bis sechs Wochen. Seine Mitglieder sind derzeit

Werner Amon
Dr. Martin Bartenstein
Rosemarie Bauer
Dr. Erhard Busek
Dr. Johannes Ditz
Dr. Werner Fasslabend
Dr. Franz Fischler
DDr. Bernhard Görg
Dr. Gerhard Hirschmann
Dr. Josef Höchtl
Gerhard Jellasitz
Dr. Hans Katschthaler
Stefan Knäfl
Dr. Andreas Kohl
Ingrid Korosec
Dr. Josef Krainer
Ing. Leopold Maderthaner



Dr. Alois Mock
 Mag. Wilhelm Molterer
 Dr. Sonja Moser
 Dr. Heinrich Neisser
 Dr. Erwin Pröll
 Dr. Josef Pühringer
 Dr. Martin Purtscher
 Dr. Helga Rabl-Stadler
 Maria Rauch-Kallat
 Mag. Franz Romeder
 Dr. Herbert Sausgruber
 Mag. Gerhard Schäffer
 Dr. Herbert Schambeck
 Dr. Wolfgang Schüssel
 Ing. Alois Schwarz
 Georg Schwarzenberger
 Mag. Andreas Treichl
 Dr. Wendelin Weingartner
 Dr. Christof Zernatto

Parlamentarische Referenten

siehe Bericht des Parlamentsklubs

Fachausschüsse

Die Vorsitzenden der Fachausschüsse sind

Dr. Gottfried Feuerstein (Arbeit und Soziales)
 Ingrid Tichy-Schreder (Europa und Außenpolitik)
 Dr. Erwin Rasinger (Gesundheit)
 Paul Kiss (Inneres und Sicherheit)
 Dr. Michael Graff (Justiz)
 Mag. Helmut Kukacka (Verkehr)
 Dr. Dieter Lukesch (Wissenschaft)

Konferenz der Landesgeschäftsführer

Unter dem Vorsitz der Generalsekretärin(e) tagt regelmäßig die Konferenz der Landesgeschäftsführer, an der auch die Generalsekretäre der Teilorganisationen sowie je ein Vertreter des Parlamentsklubs und der Politischen Akademie teilnehmen.



Klausur des Bundesparteivorstandes in Leopoldskron, Salzburg



BESCHLÜSSE DES

29. BUNDESPARTEITAGES

DER ÖVP IN WIEN,

28. UND 29. JUNI 1991,

UND IHRE DURCHFÜHRUNG

Nr. 1: ÖFB:

Schaffung eines atomfreien Europa
angenommen

Die ÖVP hat wiederholt Engagement gegen Atomkraftwerke gezeigt: Temelin, Mochovce, Bohunice, Krsko

Nr. 2: ÖFB:

Jedes zweite Mandat einer Frau
zugewiesen an BPV

Dieser Forderung wird im neuen Parteiprogramm Rechnung getragen. Es wird eine Mindestquote von einem Drittel gefordert.

Nr. 3: ÖFB:

Gleichstellung des Pensionsalters von Mann und Frau nur nach Abbau von Benachteiligungen der Frau
zugewiesen FA Soziales

Die im Antrag gewünschte Regelung wurde durch Pensionsreform, Gleichbehandlungsgesetz und Regierungsabkommen 1994 erreicht..

Nr. 4: ÖFB:

Haltung und Akzeptanz der ÖVP zu Frauen in der Politik
angenommen

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau auch in der Politik findet sich im neuen Parteiprogramm wieder.

Nr. 5: ÖFB:

Einführung eines obligatorischen Ehevertrages
zugewiesen an BPV

Vom BM-Familie wurden mehrere Initiativen in diese Richtung unternommen. Partei-intern ist diese Forderung jedoch vom Grundsatz her auch auf Widerstand gestoßen.

Nr. 6: ÖAAB:

Anhebung der kollektivvertraglichen Löhne in frauenspezifischen Niedriglohngruppen
zugewiesen an BPV

Die Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau wurden von seiten der Volkspartei immer wieder thematisiert. Durch die Anhebung der Grenzen kommt die Steuerentlastung den schwächeren Einkommensgruppen zugute. Weitere konkrete Maßnahmen müssen von den Sozialpartnern umgesetzt werden.

Nr. 7: ÖAAB:

Neubewertung der Arbeit
zugewiesen an BPV

Diese Forderung wurde politisch wiederholt thematisiert, jedoch weder vom BM für Soziales, noch vom BM für Frauen aufgegriffen.



Nr. 8: ÖAAB:

Berechnungsgrundlage für die Pension, besten 10 bzw. 15 Jahre

angenommen

Die Pensionsreform hat der Forderung Rechnung getragen.

Nr. 9: ÖAAB:

Übergangszeiten bei der Anpassung des Pensionsalters

angenommen

Die Übergangszeiten bei der Anpassung des Pensionsalters wurden bei der Pensionsreform verwirklicht. Die Frist dauert bis 2032.

Nr. 10: ÖAAB:

Möglichkeit der freiwilligen Höherversicherung

angenommen

Die ÖVP hat am Beispiel der Pensionskassen immer wieder auf die Bedeutung der Eigenvorsorge - sowohl betriebliche als auch private - hingewiesen

Nr. 11: ÖAAB:

Anrechnung der Ersatzzeiten für die Kindererziehung

zugewiesen an FA Soziales

Dieser Antrag wurde umgesetzt.

Nr. 12: ÖAAB:

Anrechnung der Ersatzzeiten für die Pflege von Alten, Kranken,...

angenommen

Diese Forderungen bleiben weiterhin aufrecht und werden in absehbarer Zeit durch das ASVG verwirklicht.

Nr. 13: ÖSB:

Vertreter der Pensionistenorganisationen der im Nationalrat vertretenen Parteien sind in die Vorstände der Sozialversicherungsträger und in den Hauptverband zu entsenden

angenommen

Ein erster Schritt zur Erfüllung dieser Forderung ist die Einrichtung des Seniorenbeirates beim BKA. Weiters ist der Vorsitzende des Beirates der jeweiligen Pensionsversicherungen mit beratender Stimme im Vorstand vertreten.

Nr. 14: ÖSB:

Anpassungsfaktor für die Pensionen

zugewiesen an FA Soziales

Durch die Harmonisierung wurde diese Forderung weitgehend realisiert.

Nr. 15: ÖSB:

Persönlichkeitswahl

zugewiesen an BPV

Die Listenerstellung erfolgt weitgehend aufgrund der Vorwahlergebnisse. Die Erstellung der Bundesliste erfolgt aufgrund des Statutes durch den BPV.

Nr. 16: ÖBB:

Ökosoziale Agrarpolitik

angenommen

Die Grundsätze der ökosozialen Agrarpolitik waren sowohl bei den Marktordnungsverhandlungen 1992 als auch bei den EU-Verhandlungen Grundlage unserer Politik für die Bauern. Es konnten wichtige Schritte zur Fortführung der ökosozialen Agrarpolitik gesetzt werden.

Nr. 17: ÖBB:

Lebensmittelproduktion im bäuerlichen Familienbetrieb

angenommen

Diese Forderung wurde und wird vom BM für Landwirtschaft konsequent verfolgt.

Nr. 18: ÖBB:

Sicherung der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft

angenommen

Die Qualitätsorientierung wurde in allen Bereichen forciert und die Kostenentlastung insbesondere bei Düngemittelabgabe und Verwertungsbeiträgen verwirklicht. Mit den Maßnahmen des Europaabkommens werden diese Forderungen verstärkt umgesetzt.

Nr. 19: ÖBB:

Neue Akzente in der Steuerpolitik

zugewiesen an FA Steuer

Es ist zu keiner gesetzlichen Anhebung der Einheitswerte gekommen. Die Weinststeuer wurde abgeschafft. Die Grenzen für die Buchführungspflicht wurden durch die Einführung einer Teil-



pauschalierung bis 2 Mio. EHW angepaßt. Die Anpassung der Pendlerpauschale und die Verbesserung der Familienbesteuerung sind als weitere Maßnahmen zu sehen.

Nr. 20: ÖBB:

Umweltleistung der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft
angenommen

Sowohl bei den Direktzahlungen als auch bei den Produktionsalternativen hat es deutliche Verbesserungen gegeben. Das Umweltprogramm und die Forcierung des biologischen Landbaus tragen der Forderung weiters Rechnung.

Nr. 21: ÖBB:

Schutz für unsere Umwelt
angenommen

Diese nur langfristig lösbare Frage wird von den zuständigen ÖVP-Ministerien verfolgt. Die Situation der Umwelt hat sich in den letzten Jahren beträchtlich verbessert. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes sind geplant. Ein wichtiger Beitrag ist der Transitvertrag.

Nr. 22: ÖBB:

Erneuerbare Energie und Rohstoffe
angenommen

Die Umsetzung dieses Antrages ist nur langfristig machbar. In der österreichischen Energiepolitik haben Akzente des Umweltschutzes Eingang gefunden. Das Ziel wird weiter verfolgt.

Nr. 23: ÖBB:

Wirtschaftsimpulse für die ländlichen Regionen
zugewiesen an FA Soziales

Diese Forderung konnte bei den EU-Verhandlungen erfolgreich durchgesetzt werden. Die Förderungsmaßnahmen kommen großteils dem ländlichen Raum zugute.

Nr. 24: ÖBB:

Kostenentlastung d. bäuerlichen Familienbetriebe
angenommen

Die Kostenentlastung der Absatzfinanzierung wurde erreicht. Die Forderung nach Finanzierung der Wegeerhaltung wurde von uns konsequent verfolgt, scheiterte bislang jedoch am Veto des BM für Finanzen und der SPÖ.

Nr. 25: ÖBB:

Bildungsoffensive f.d. ländl. Raum
angenommen

Das BM für Landwirtschaft verfolgt den Ausbau der Bildungsoffensive für den ländlichen Raum.

Nr. 26: ÖBB:

Ausbau von Erwerbskombinationen
angenommen

Bei der Flexibilität und der Besserstellung von Pendlern konnten Teilerfolge erzielt werden. Die Anhebung der Einheitswertgrenze für den Bezug von Arbeitslosengeld scheiterte am Widerstand der SPÖ.

Nr. 27: ÖBB:

Soziale Sicherheit f.d. Bauernfamilien
zugewiesen an BPV

Mit der Einführung der Bäuerinnen-Pension, der Förderung der Mehrkinderfamilien und der Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Pension konnten die wesentlichen Forderungen zur Absicherung der Bauernfamilien umgesetzt werden. Die Einführung eines steuerfreien Existenzminimums wird weiter vertreten.

Nr. 28: ÖBB:

Initiative f.d. Berg- und Grenzland
angenommen

Durch den Beitritt zur EU sind - verbunden mit Förderungsmaßnahmen - besondere Impulse für das Berg- und Grenzland zu erwarten. Ca. 50.000 bäuerliche Betriebe werden durch den EU-Beitritt zusätzlich Förderungen bekommen.

Nr. 29: JVP:

Bildung
zugewiesen an FA Bildung

Die Schulautononomie wurde ausgebaut, die inhaltliche Schulreform konnte in Angriff genommen werden.

Nr. 30: JVP:

Bildungsscheck
zugewiesen an FA Bildung

Die Forderung nach einem Bildungsscheck wurde wiederholt vertreten, konnte aber noch nicht umgesetzt werden.



Nr. 31: JVP:

**Regierungsorganisation - Umweltveto
f.d. Umweltminister**

angenommen

Diese Forderung wurde im Rahmen der Einstimmigkeit in der Bundesregierung wahrgenommen.

Nr. 32: JVP:

Mengensteuerung in ökologischer Absicht durch Emissionslizenzen

zugewiesen an BPV

Die Reduktion der Emissionen ist im Rahmen der Ökologisierung des Steuersystems vorgesehen.

Nr. 33: JVP:

Installierung eines Bundes-Umweltanwaltes

zugewiesen an BPV

Die Aufgabe des Bundes-Umweltanwalts wird soweit als möglich im Rahmen des BM für Umwelt wahrgenommen.

Nr. 34: JVP:

System kollektiver Sicherheit

zugewiesen an FA Europa

Die ÖVP tritt für die gleichberechtigte Teilnahme an einem europäischen System kollektiver Sicherheit ein. Erste Schritte wurden bereits durch die Wahrnehmung des Beobachterstatus bei der WEU und der Mitwirkung bei Pfp gesetzt.

Nr. 35: JVP:

Anrechnung d. Kindererziehungsjahre

angenommen

Die Forderung wurde insofern realisiert, als Jahrgänge ab 1956 anspruchsberechtigt sind.

Nr. 36: JVP:

Förderung der österr. Familien

zugewiesen an FA Soziales

In der letzten Legislaturperiode wurden zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der Familien realisiert (mehrmalige Anhebung der Kinderbeihilfe, Mehrkinderstaffel)

Nr. 37: JVP:

Wohnungsproblematik

zugewiesen an FA Wohnen

Durch das neue Mietrecht werden zahlreiche Verbesserungen erwartet. In den einzelnen Bundesländern gibt es zudem spezifische Förderungsprogramme.

Nr. 38: JVP:

Abschaffung der Überstundenbesteuerung

zugewiesen an FA Soziales

Diese Forderung wurde dem FA Soziales zugeleitet, konnte aber im Zuge der Steuerreform nicht umgesetzt werden

Nr. 39: JVP:

Stärkung des Parlamentarismus

zugewiesen an den Parlamentsklub

Die GO-Reform hat zu einer Belebung des Parlamentarismus geführt. Die Betreuungssituation der Abgeordneten hat sich entschieden gebessert.

Nr. 40: JVP:

Vorwahlen

zugewiesen an BPV

Durch das ÖVP-Vorwahl-Modell wurde diese Forderung weitestgehend erfüllt.

Nr. 41: JVP:

Delegierungen

zugewiesen an BPV

Die Delegierungen zum BPT richten sich vor allem auch nach den bei den NR-Wahlen erzielten Stimmen

Nr. 42: JVP:

Finanzgebarung

Der Antrag wurde zurückgezogen

Nr. 43: JVP:

Kumulierungsbeschränkungen

Der Antrag wurde zurückgezogen

Nr. 44: ÖWB:

EU-Beitritt

angenommen

Die Forderung nach dem EU-Beitritt Österreichs wurde erfüllt.



Nr. 45: ÖWB:
Zweite Etappe der Steuerreform
zugewiesen an FA Steuer

Der Großteil der Forderungen konnte bei der 2. Etappe der Steuerreform erfüllt werden.

Nr. 46: ÖWB:
Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung
angenommen

Durch die Schaffung der AMS wird dieser Forderung Rechnung getragen

Nr. 47: ÖWB:
Österr. Bundesbahnen
angenommen

Ein neues ÖBB-Gesetz ist der erste Schritt zur Realisierung des Antrages.

Nr. 48: ÖWB:
Flexibilisierung der Arbeitszeit
angenommen

Der Antrag findet sich teilweise im Arbeitszeitgesetz - insbesondere durch die Legalisierung der Gleitzeitregelungen - wieder.

Nr. 49: ÖWB:
Zins- und Tilgungszahlen für ÖIAG-Kredite
angenommen

Die weitestgehende Privatisierung der Verstaatlichten Industrie wurde vereinbart.

Nr. 50: ÖWB:
Stimulierung internationaler Forschungskooperationen
angenommen

Dieser Antrag wird durch den EU-Beitritt erfüllt.

Nr. 51: ÖWB:
Verkehr mit Grund und Boden
angenommen

Die Kompetenz für den Grundverkehr wurde auf die Länder übertragen.

Nr. 52: am Parteitag eingebracht:
Umwandlung der Getränkesteuer in eine Verkehrssteuer
zugewiesen an FA Steuer

Im Zuge des EU-Beitritts und der Finanzausgleichsverhandlungen wurden jedoch andere Wege in der Steuerpolitik beschritten.

Nr. 53: ÖMSB:
Wohnbauoffensive - mehr Wohnungen
angenommen

Verstärkte Anreize zum Bausparen haben zu einer Belebung des Wohnbaus beigetragen.

Nr. 54: am Parteitag eingebracht:
Anerkennung von Slowenien und Kroatien
zugewiesen an BPV

Beide Länder wurden von Österreich anerkannt.

Nr. 55: am Parteitag eingebracht:
Unvereinbarkeit von Mandat und Kammerpräsident
zugewiesen an BPV

Diese Forderung hat im BPV keine Mehrheit gefunden.



POLITISCHE AKADEMIE

Die Tätigkeit der Politischen Akademie war im Berichtszeitraum Juli 1991 bis März 1995 à priori auf die Ziele ausgerichtet, die das Bundesgesetz über die Förderung der politischen Bildung im Bereich der Parteien diesen Bildungseinrichtungen setzt. Aus- und Weiterbildung einerseits und Forschung andererseits sind jedoch im Berichtszeitraum einem ganz klaren politischen Thema zentral gewidmet gewesen, einem Thema, welches alle anderen überlagert hat: die Vorbereitung unserer Heimat auf eine der wichtigsten Entscheidungen in der Zweiten Republik: der Frage nach einem EU-Beitritt Österreichs. Umfangreiche Ressourcen sind diesem Aktivitätsfeld reserviert worden. Wir können für uns in Anspruch nehmen, durch unsere vielfältigen Anstrengungen in den letzten Jahren auch einen Beitrag zum überwältigenden Ergebnis vom 12. Juni 1994 geleistet zu haben.



Andererseits stand und steht die Politische Akademie in ihrem ureigensten Bereich - nämlich der Politischen Bildung - neuen Anforderungen und Herausforderungen gegenüber, denen es mit Professionalität zu begegnen gilt. Der Trend zur stärkeren Personalisierung der Politik - verbunden mit entsprechenden Veränderungen des Wahlrechts und der Wahlordnung - stellt auch

an die politische Bildung neue Fragen und Tätigkeitsfelder.

Moderne Erkenntnisse des Kommunikations- und Projektmanagements, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen ihre Probe bereits eindrucksvoll bestanden haben, müssen auch in die Welt der Politik einfließen. Das bedeutet naturgemäß völlig neue Herausforderungen an die Personal- und Organisationsentwicklung in diesem Feld. Die Funktion der Parteien als Vermittler zwischen Bürger und organisierter Politik erfährt neue Ansprüche und Herausforderungen; die Menschen sollen und wollen die Möglichkeit bekommen, stärker an der Politik teilzunehmen. Diesem verstärkten Mitwirkungsbedürfnis der Menschen gilt es durch Angebote und durch die Schaffung entsprechender Strukturen zu entsprechen.

Schwerpunkt Europa

Europagespräche der Politischen Akademie

Die Philosophie der Europagespräche der Politischen Akademie bestand darin, den Dialog mit der Bevölkerung über die wesentlichen Fragen zur Europäischen Integration zu führen. Die objektive Sachinformation über Vorteile und Herausforderungen sollte somit der populistischen EU-Kritik entgegengestellt werden. Bei den Europagesprächen wurden sowohl die Gesamtidee der Europäischen Integration als auch die zielgruppenorientierte Detailinformation vermittelt. Die Europagespräche wurden in unterschiedlichen Veranstaltungsformen durchgeführt. Neben kürzeren Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bot die Politische Akademie Halbtags-, Ganztags- und Wochenendseminare an. Darüberhinaus wurden die Europareferenten als Gastvortragende bei unterschiedlichen Veranstaltungen oder als Teilnehmer an Podiumsdiskussionen eingesetzt. Die Politische Akademie bot die Europagespräche für alle Zielgruppen an. Somit wurden mit diesen Europagesprächen auch viele Nicht-Parteimitglieder erreicht.



Statistik der Europagespräche

Jahr	Anzahl	Teilnehmer
1991	25	499 Teilnehmern
1992	225	8730 Teilnehmern
1993	151	5990 Teilnehmern
1994	197	8539 Teilnehmern

Mit der erfolgreichen Volksabstimmung über Österreichs Beitritt zur Europäischen Union sind die Aktivitäten der Politischen Akademie zum Thema Europapolitik keineswegs abgeschlossen. Vorbereitungen für den Concours, das Aufnahmeverfahren für Positionen in Brüssel, wurden und werden genauso angeboten wie ein aktuelles Fachtagungskonzept, mit welchem nun Interessierte auf die Auswirkungen des Europäischen Mitgliedsstatus aufmerksam gemacht werden: Europäische Regionalpolitik, Bildung und Europa, Wie funktioniert Brüssel?, Europäische Agrarpolitik, Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Europa, kleinere und mittlere Unternehmen in Europa, Wirtschafts- und Währungsunion, Regierungskonferenz 1996, 1 Jahr EU-Mitglied Österreich.

Fachtagungen, Studientagungen und Kongresse zum Thema Europa

- ☐ Runder Tisch Europa 1991 (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Europakongreß der ÖVP: Den besten Weg für Österreich gehen - Aktionsplan für den EG (EU)-Beitritt (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Soziale Sicherheit in EWR und EG - Österreichs Beitritt aus Arbeitnehmersicht (Gemeinsam mit ÖAAB)
- ☐ Europakongreß der Jungen Volkspartei (Gemeinsam mit JVP)
- ☐ Starke Bundesländer in einem neuen Europa (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Landesakademie '92: Befürchtungen und Forderungen unserer Bauern zum EG (EU)-Beitritt (Gemeinsam mit ÖBB/Stmk. und Josef Krainer-Haus)
- ☐ Zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft
- ☐ Das Europäische Parlament
- ☐ Europa und die ältere Generation
- ☐ Europa und die österreichischen Bundesländer und Gemeinden
- ☐ Sicherheitspolitik in Europa und österreichische Perspektiven (3x)

- ☐ Auf dem Weg in die Europäische Union: Die Verhandlungsergebnisse im Bereich Umwelt
- ☐ Landakademie '94: EG (EU) nein - Was dann? (Gemeinsam mit ÖBB/Stmk. und Josef Krainer-Haus)
- ☐ Jugend und Europa
- ☐ Österreichs Landwirtschaft und der EU-Beitritt
- ☐ „Fragen und Antworten zu Europa“: Top-Klausuren für Abg.z.NR, Mitglieder des Bundesrates und Landtagsklubs sowie Wahlkreiskandidaten
- ☐ Gefahr von Rechts: Ursachen und Folgen des Rechtsextremismus in Deutschland und Europa
- ☐ Rechtspopulismus in Europa

Publikationen zum Themenbereich Europa

- ☐ Josef Riegler (Hrsg.): Runder Tisch Europa II - 1991
- ☐ Andreas Khol: Fragen und Antworten zu Europa (2. Aufl.)
- ☐ Günther Ofner: Soziale Sicherheit in Österreich. Österreichs EG-Beitritt aus Arbeitnehmersicht
- ☐ Reinhold Christian (Hrsg.): Umwelt - EG - Österreich (2. Aufl.)
- ☐ Andreas Khol (Hrsg.): Neue Außenpolitik in einer neuen Welt
- ☐ Lujo Toncic-Sorinj: Am Abgrund vorbei. Die Überwindung der Katastrophen des 20. Jahrhunderts
- ☐ Reinprecht: EG-Almanach für Journalisten (in Kommission vom FFI)
- ☐ Bernhard Moser/Peter Danich: Sicherheit kennt keine Grenzen (Äußere Sicherheit)
- ☐ Peter Danich/Bernhard Moser: Verantwortung statt Populismus (Innere Sicherheit)
- ☐ „Wir sind Europäer. Österreicher bleiben wir“. Argumentarium zum EU-Beitritt
- ☐ Martin Atzwanger: Die österreichischen Gemeinden und Städte in einem gemeinsamen Europa (gemeinsam mit der KPV)

Beginnend mit dem Jahrgangsband 1988 ist das Thema „Europa/Europäische Integration“ ein wesentlicher Bestandteil des „Österreichischen Jahrbuches für Politik“, was durch zahlreiche Beiträge dokumentiert wird.



September-Akademie

„Neues Denken für eine neue Zeit“ war zugleich Motto und Auftrag der September-Akademie. Mit der Breite und Tiefe der behandelten Themen, der weiten Teilnehmerschaft, der Manigfaltigkeit der Arbeitsformen und dem Gesamtumfang des Projektes setzte die September-Akademie neue Maßstäbe für die politische Arbeit. Die September-Akademie war angetreten, um den grundsätzlichen Fragen des gesellschaftlichen Wandels auf den Grund zu gehen und davon die neuen Anforderungen an die Politik abzuleiten. Von 30. August bis 4. Oktober 1993 wurden so in über 40 Workshops, Seminaren, Fachtagungen und Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die philosophischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungslinien analysiert. Rund 100 Wissenschaftler und Experten aus dem In- und Ausland haben dabei mit über 1100 Teilnehmern viele Stunden der Denkarbeit investiert. Die September-Akademie war so eine große „Tat-handlung des Denkens“, ein neuer politischer „Think-Tank“.

Der Prozeß der Grundsatzprogrammdiskussion unserer Partei hat dadurch einen wesentlichen wissenschaftlichen Input bekommen.

Forschung

Im Vordergrund der Forschungstätigkeit stehen Service und Information für die politischen Entscheidungsträger und Meinungsbildner der Partei. Durch Forschungsberichte und größere Forschungsprojekte sollen Grundlagen und Spezialinformationen für die politische Planung und die Programmarbeit bereitgestellt werden. Alle Projekte wurden im Wissenschaftlichen Beirat der Politischen Akademie vorberaten und dem jeweiligen zuständigen Fachsprecher inhaltlich abgesprochen.

Die Aufgaben auf dem Gebiet der Forschung umfassen folgende Bereiche:

- ☐ Konzipierung von Forschungsberichten, die von qualifizierten Experten im Auftrag der Politischen Akademie oder anderer Einrichtungen durchgeführt werden.
- ☐ Analysen des Wahlverhaltens
- ☐ Kontakt mit den wichtigsten Einrichtungen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.
- ☐ Betreuung von zu bestimmten Sachproblemen eingesetzten Arbeitsgruppen.
- ☐ Planung und Durchführung von Studien-tagungen, Fachkonferenzen und Enqueten mit in- und ausländischen Politikern und Experten zu Zukunftsthemen bzw. jeweils aktuellen politischen Einzelfragen.

Forschungsprojekte im Berichtszeitraum waren:

- ☐ Fortführung des Forschungsschwerpunktes „Mehr Freiheit in allen Lebenslagen“
- ☐ Die Entwicklung der Gewerkschaften in den Reformländern Ost-, Mittel- und Süd- osteuropas unter Berücksichtigung ihrer Parteienlandschaft
- ☐ Umwelt - EG - Österreich
- ☐ Soziale Sicherheit in Europa - Österreichs EG-Beitritt aus Arbeitnehmersicht
- ☐ Wasserstoffwirtschaft: Der Lösung des Energieproblems einen Schritt näher?
- ☐ Die tagesaktuelle Printmedien-Berichterstattung zum Themenkomplex EG/EWR im ersten Halbjahr 1992

Arbeitsgespräche des Wissenschaftlichen Programmbeirates fanden zum Thema „Politische Kultur - Kultur in der Politik“ statt, beschäftigten sich mit der Analyse der Punktationen zu den Erhard Busek-Plänen (Sicherheit, Wirtschaft, Heimat) und mit der Grundsatzprogrammdiskussion (Analyse und Auseinandersetzung mit den vorliegenden Diskussionsbeiträgen über die Neufassung des Salzburger Programmes). Entsprechende Stellungnahmen wurden der Grundsatzprogrammkommission unter Vorsitz von BM Dr. Werner Fasslabend übermittelt.

Studientagungen, Fachkonferenzen und Kongresse (exklusive „Europa“)

In diesen Veranstaltungen wird versucht, komplexe Politikfelder umfassend darzustellen und aktuelle politische Probleme zu analysieren, um Lösungsmodelle und konkrete Vorschläge für die Politik der ÖVP zu diskutieren. Sie dienen somit sowohl der effizienten Wissensvermittlung als auch als Forum für den Dialog von Wissenschaftlern, Experten und Praktikern mit Politikern und Mitarbeitern im politischen Bereich.



Im Berichtszeitraum fanden Veranstaltungen zu folgenden Themen statt:

- ☐ Verkehrssicherheit
- ☐ Mitarbeiterbeteiligung und neue Formen betrieblicher Partnerschaft - Modelle für die Zukunft (Gemeinsam mit ÖAAB)
- ☐ Jahre „Rerum Novarum“ - 100 Jahre Katholische Soziallehre - Zukunft der Arbeit (Gemeinsam mit ÖAAB und Leopold Kunschak-Bildungsverein)
- ☐ Regionalisierung und Autonomie
- ☐ Energieverschwender Verkehr? Neue Wege zur Energieeinsparung im Individualverkehr
- ☐ Die österreichische Entwicklungshilfe in Afrika: Konkrete Bestandsaufnahme und Analyse der Projekte (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Vom Amt zum Bürgerservice. Vorschläge für eine effiziente und bürgernahe Verwaltung (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Qualität hat Zukunft: Sichere Arbeitsplätze in einer starken Wirtschaft (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Leben braucht Umwelt - Impulse für eine neue Stoff-, Energie-, Verkehrs- und Wasserwirtschaft (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Gewerbeförderung in der Dritten Welt: Klein- und Mittelbetriebe (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Österreich weiblich: Die Frau in Staat, Wirtschaft und Familie (Gemeinsam mit Bundespartei)
- ☐ Selbstbewußt Bauer bleiben
- ☐ Familie und Gesellschaft (Gemeinsam mit ÖVP-Salzburg)
- ☐ Landwirtschaft im Umbruch
- ☐ Der integrierte Gesundheits- und Sozialsprengel (Gemeinsam mit Österr. Hilfswerk)
- ☐ Pflegevorsorge - praktische Konsequenzen (Gemeinsam mit Österr. Hilfswerk)
- ☐ Gefahr von rechts?
- ☐ Wirtschaftspolitik vor neuen Herausforderungen
- ☐ Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik (im Rahmen der September-Akademie)
- ☐ Sozialstaat am Prüfstand (im Rahmen der September-Akademie)
- ☐ Sozialpolitik in einem offenen Umfeld (Gemeinsam mit ÖAAB und ÖWB)
- ☐ Wirtschaftspolitik (Gemeinsam mit Julius Raab-Stiftung)

- ☐ Unsere Kinder brauchen uns. Kinderbetreuung geht uns alle an (Gemeinsam mit Österr. Hilfswerk, Österr. Familienbund und KPÖ)
- ☐ „Politik a la carte“ - Frauenfachtagung

Modernes Parteimanagement

Wahlrechtsreform und Parteireform haben den hauptberuflichen Mitarbeiter vor neue Aufgaben gestellt und das vorhandene große Interesse nach fachorientierter Weiterbildung noch verstärkt. Als besonderen Schwerpunkt hat die Politische Akademie den Wahlkreismanagern eine österreichweite Ausbildung zur Förderung der interpersonellen, aber auch der Methodenkompetenz für die Wahlkreisarbeit angeboten.

Die hauptberuflichen Mitarbeiter, die unter permanentem Erfolgszwang stehen, bilden das organisatorische Rückgrat für die politische Arbeit. Moderne Managementmethoden müssen die Problemlösungsfähigkeit der Mitarbeiter auch unter geänderten politischen Rahmenbedingungen erhöhen. Die persönliche Befähigung offen, optimistisch und veränderungsbereit auf Herausforderungen zu antworten bzw. damit umzugehen, ist die Aufgabe zeitgemäßer Personal- und Organisationsentwicklung. Thematische Schwerpunkte der bundesweiten Ausbildungen waren:

- ☐ Grundausbildungswoche für neue hauptberufliche Mitarbeiter der ÖVP zu den Themenbereichen: Rolle, Aufgabe und Selbstverständnis; Arbeitstechnik und Zeitmanagement bzw. wirksame Chefentlastung; Argumentations- und Telefontraining; historische Wurzeln der politischen Parteien Österreichs; Grundsätze der ÖVP im Vergleich unter Berücksichtigung der Programmdiskussion („Zukunftsdialog“); Österreich und die EU.
- ☐ Politische Grundsatzseminare: Politik ohne Werte ist wertlos - Unsere Grundsätze in der Praxis
- ☐ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- ☐ Wahlanalyse und Meinungsforschung zum Selbermachen
- ☐ Persönliche Arbeitstechnik und Zeitplanung (Wirkungsvolle Chefentlastung für Sekretärinnen)
- ☐ Political english



- ☐ Konfliktmanagement und Konfliktlösung
- ☐ Werbung und Graphik
- ☐ Neue Formen der politischen Jugendarbeit
- ☐ Lesetraining
- ☐ Aktuelle Fragen zur Europäischen Union
- ☐ Telefontraining: Unsere Wirkung am Telefon
- ☐ Gedächtnis- und Konzentrationstraining

Politische Akademie für Mandatare

Das Programm für die Mandatare orientierte sich an den Vorgaben des politischen Kalenders. Im Rahmen von Top-Klausuren, Spezialveranstaltungen, aber auch Coachings und Einzeltrainings boten wir unseren Mandataren eine höchst effiziente Form des Lernens an. Exzellente Fachleute als Trainer bzw. Referenten, ein exklusiver Teilnehmerkreis und eine konzentrierte Seminargestaltung ermöglichte es auch vielbeschäftigten Politikern, innezuhalten und zu lernen.

Die Thematischen Schwerpunkte unserer Top-Klausuren für Mandatare:

- ☐ Aktuelle Fragen zur Europäischen Union
- ☐ Chaos und Ordnung:
Wirkungsvolle Selbstorganisation
- ☐ Rhetorik-Einzeltrainings
- ☐ Erfolgreiche Selbstpräsentation
- ☐ Persönliches Marketing
- ☐ Gedächtnis- und Konzentrationstraining
- ☐ Der persönliche Weg zum politischen Erfolg (Klausuren für Regionalwahlkreis-kandidaten)
- ☐ Neue Formen des politischen Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit
- ☐ Political english

Von Frauen - für Frauen

Die Bildungsarbeit für Frauen ist im Jahr 1993 erstmalig eigenständig an der Politischen Akademie organisiert und betreut worden. Die politische Frauenbildungsarbeit hat sich im Jahre 1993 dahingehend konkretisiert, daß sich einerseits die Angebotspalette für Persönlichkeitsseminare (Dreiteilige aufbauende Seminarreihe, Teil 1: Selbstbewußt aktiv sein, Teil 2: Wie gehen wir miteinander um, Teil 3: Die Frau in Aktion - Unser gemeinsamer Weg) erweitert. Entspre-

chend der Nachfrage wurde ein Seminarmodul entwickelt, das sich ausschließlich den beruflichen Wiedereinsteigerinnen widmet. Gezielt wurden Fortbildungsseminare für Trainerinnen mit externen Fachexperten durchgeführt. Neu konzipiert wurde die Veranstaltungsreihe „Frauen im Gespräch“. Referentinnen waren erfolgreiche „Berufsfrauen“ mit familiärem background, als Vorbilder für andere, die noch am Weg sind, berufliches und familiäres Leben ihren persönlichen Ansprüchen entsprechend zu organisieren.

Die Frauenfachtagung „Politik a la carte“ (24.9.1994) bot die Gelegenheit, aus der alternativen Sicht der bürgerlichen Frauenpolitik Überlegungen über den künftigen Weg österreichischer Frauenpolitik in einem vereinten Europa anzustellen (Beruf und Familie; Ausbildungs- und Bildungschancen; gleichberechtigte Berufschancen; soziale Ansprüche und Entgeltmöglichkeiten für berufstätige Frauen mit Familie).

Trainerausbildung/ Trainerweiterbildung

Die besten Trainer und Referenten sind für die politische Bildungsarbeit gerade gut genug. Daher haben wir in der Politischen Akademie eine Trainerausbildung entwickelt, die den künftigen Trainer umfassend und professionell auf seine wichtige Arbeit vorbereitet. Gemeinsam und in engstem Kontakt mit den Bildungsreferenten der Landes- und Teilorganisationen sorgt die politische Akademie für ein professionelles Trainerausbildungsprogramm.

Voraussetzungen für die Grundausbildung zum Trainer der Politischen Akademie (= Zulassung zum Auswahlverfahren) ist der positiv beurteilte Besuch der Seminare „Kommunikations- und Verhaltenstraining I und II“, „Verhalten in Gruppen“ und „Politik ohne Werte ist wertlos - unsere Grundsätze in der politischen Praxis“.

Nach dem Auswahlverfahren werden die Traineraspiranten in einem mehrstufigen Grundausbildungslehrgang zur selbständigen Durchführung und Planung von Seminaren für die politische Akademie qualifiziert.

Nach Absolvierung aller Seminare und Einsätzen als Team-Trainer mit positiv beurteilter Supervision kann das Trainer-Diplom der Politischen Akademie erworben werden. Danach besteht die Möglichkeit der Weiterqualifikation zum „Trainer für Kommunikation/Verhaltenstraining“, „Trainer für



Kommunalpolitik", „Trainer für Grundsätze“ sowie allgemeine Angebote (z.B. Atem- und Sprechtechnik, Formen des „Neuen Lernens“, Veränderungsmanagement, Moderations- und Präsentationstechnik, Körpererleben - Körpersprache, Konfliktmanagement).

1993 wurde ein Lehrgang der Trainergrundausbildung mit der Diplomverleihung abgeschlossen. Erstmals wurde das Trainerdiplom der Politischen Akademie an Trainer aus Slowenien und Ungarn verliehen.

1995 werden Diplome an die Absolventen der abgeschlossenen Trainerausbildungen (Grundausbildung, Trainer für Grundsätze, Trainer für Kommunalpolitik, Trainer für Kommunikation/Verhaltenstraining) verliehen.

Internationale Bildungsarbeit

Der Reformprozeß in unseren Nachbarländern hat in den vergangenen Jahren die internationale Bildungsarbeit stark gefordert. Dieser Reformprozeß - immer noch nicht abgeschlossen - ist daher im Interesse einer friedlichen Zukunft des gesamten Kontinents zu unterstützen. Konkrete Angebote und Projekte wurden daher im Berichtszeitraum in genauer Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten und in Abstimmung mit den Bedürfnissen unserer Partner erarbeitet. Die Grundsätze unserer internationalen Bildungsarbeit lassen sich folgendermaßen zusammenzufassen:

- ☐ Stärkung der Demokratie in den Reformländern des Donauraumes;
- ☐ Nachhaltigkeit: nicht einmalige Anstrengungen, sondern Entwicklungen einleiten und fördern; Gleichberechtigtes Lernen voneinander: kein Modelltransfer, sondern gemeinsame Problemlösungen;
- ☐ Konzentration auf den demokratischen Prozeß, nicht verfrühte Vereinzelung auf Personen und Parteien;
- ☐ Ökosoziale Marktwirtschaft als wirtschaftliches Leitbild einer gedeihlichen Entwicklung und als Gegenbild zu Verzerrung einer bloßen Marktwirtschaft "ohne Adjektiva".

Die Politische Akademie wird in Zukunft auch die Zusammenarbeit mit anderen Europäischen Institutionen suchen und europäische Programme - etwa das PHARE-Programm - zum Aufbau demokratischer Strukturen nutzen.

Publikationen (exklusiv Europa)

Österreichisches Jahrbuch für Politik

Die zahlreichen positiven Besprechungen und die Vielzahl von Zitierungen in der politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Fachliteratur untermauern auch im Berichtszeitraum die Stellung des Jahrbuches als unentbehrliche Informationsquelle für Praktiker und Wissenschaftler, die weiterführende Analysen in den verschiedensten Politikbereichen durchführen wollen. Ohne daß es von Anfang so geplant gewesen wäre, ist das Jahrbuch so zu einer wichtigen Quelle der Zeitgeschichte Österreichs geworden. Die Auswahl der Themen verbunden mit der Jahreschronik - beides unter allgemein politischen Perspektiven: Was ist wichtig? Was ist interessant? - bedeutet damit, daß das Jahrbuch auch zu einem Spiegel der Politik in Österreich in der Perspektive der Zeitgenossen geworden ist. Die Herausgeber (A. Khol/G. Ofner/A. Stirnemann) haben das Jahrbuch immer als ein Buch für den Praktiker gestaltet, Theorie Diskussionen und grundsätzliche Auseinandersetzungen anderen Organen der politikwissenschaftlichen Forschung überlassen. Der praxisorientierte Anspruch des Jahrbuches wurde und wird durch den Abdruck von Primärquellen unterstrichen.

Die Reihe wurde mit den Jahrgangsbänden 1991 - 1993 sowie dem Sonderband 4 fortgesetzt: Herbert Dachs (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945 - 1991.

Neue Reihe „Politik konkret“

Hintergrundinformationen und Argumentationsgrundlagen zur Politik der ÖVP in aktuellen Politikbereichen bietet die Reihe „Politik konkret“. Ihre Praxisbezogenheit wird durch die optische Aufbereitung wichtiger Inhalte in Form von Folienvorlagen unterstrichen. Bisher sind erschienen:

- ☐ P. Danich/B. Moser: Sozialoffensive. Gemeinsam statt einsam!
- ☐ B. Moser/P. Danich: Sicherheit I - Sicherheit kennt keine Grenzen (Äußere Sicherheit)



- ❑ P. Danich/B. Moser: Sicherheit II - Verantwortung statt Populismus (Innere Sicherheit)
- ❑ R. Schmitz/D. Wöhs-Kruschitz: Politik ohne Werte ist wertlos!
- ❑ A. Wintoniak/B. Löhri/P. Zotlöterer: Wirtschaft im Dreieck zwischen Mensch, Markt und Umwelt
- ❑ M. B. Atzwanger: Heimat. Raum für eine neue Politik

In Vorbereitung sind Hefte zu den Themen Umwelt, Familie und Bildung.

- ❑ L. Kapfer/M. B. Atzwanger: Der Weg zum Wähler - Modernes Marketing für die Wahlbewegung in Gemeinden und Städten (Gemeinsam mit der Politischen Akademie und der Josef Krainer-Akademie)

Argumentationsgrundlagen

- ❑ Fragen und Antworten zur AK-Wahl '94 (Gemeinsam mit dem ÖAAB)
- ❑ Rednerdienst für Mandatare zu den Themen Sicherheit, Wirtschaft, Heimat
- ❑ Fragen und Antworten zur NR-Wahl '94 (Gemeinsam mit der Bundespartei)

Die Politische Akademie
- ein Mittelbetrieb

Die umfangreichen Tätigkeitsbereiche der Politischen Akademie verlangen auch für das Betreiben einer solchen Institution zeitgemäße Management- und Organisationsformen. Weite Bereiche der Wirtschaftsverwaltung - wie der Hotel-

und Gastronomiebetrieb sowie die Buchproduktion - sind in einer eigenen Wirtschaftsbetriebsgesellschaft mbH zusammengefaßt. Dieser Wirtschaftsbetrieb ist professionell geführt und bietet seine Leistungen neben der Politischen Akademie auch dem Markt an. Durch den offenen Verkauf von bereitstehenden Leistungen (Gastronomie, Hotel) können zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden, die zur Abdeckung der umfangreichen Fixkosten einer so großen Institution dienen können. Hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeiten in der Politischen Akademie kann auf umfangreiche Investitionen in zeitgemäße Arbeitsformen, Erneuerung der EDV-Anlage, Verbesserung des technischen Equipments etc. hingewiesen werden.

Vorstand

Dem Vorstand gehörten zum 31. Dezember 1994 folgende Mitglieder an:

- Präsident Botschafter i.R. Dr. Ludwig Steiner, Vorsitzender;
- Vizepräsident BPO Dr. Erhard Busek
- Vizepräsident Prof. Dr. Eduard Mayer;
- Abg. z. NR Univ. Prof. Dr. Gerhard Bruckmann;
- GS Ingrid Korosec;
- Direktor Mag. Franz Ledermüller;
- Direktor Mag. Dr. Bernhard-Markus Löhri;
- GS Dr. Reinhold Mitterlehner;
- GS Ing. Wilhelm Mohaupt;
- Klubobmann
- Abg. z. NR Univ. Prof. Dr. Andreas Kohl;
- GS Gertraud Pörtl;
- GS Mag. Walter Tancsits;
- Bundessekretär Erwin Ulreich

Teilnehmerstatistik

Gesamtübersicht

	1991 ¹	1992 ¹	1993 ¹	1994 ¹
Anzahl der Seminare/Veranstaltungen:	509 ²	687 ²	516	611
Zahl der Teilnehmer:	11.012	17.262	13.354	17.607

- 1: Inklusive Veranstaltungen des Friedrich Funder-Institutes und des Karl von Vogelsang-Institutes
- 2: inklusive Veranstaltungen "Kultur im Springer-Schlößl"



**Teilnehmerstatistik nach den
Merkmalen „Geschlecht“, „Alter“, „Schulbildung“, „Bundesland“,
„Teilorganisation“.**

Datenbasis:

1991:
1992:
1993:
1994:

N = 2.652 Fragebögen
N = 2.458 Fragebögen
N = 1.626 Fragebögen
N = 1.471 Fragebögen

Die Analyse stützt sich auf Seminarfragebögen, die im Rahmen von Seminaren der Politischen Akademie ausgefüllt wurden. Das Ergebnis ist trotz der offensichtlichen Lücken in der Erfassung (der letzten beiden Jahre) eine durchaus aussagekräftige Vergleichsbasis der letzten Jahre. Die Struktur der befragten Seminarteilnehmer ist als repräsentativ für alle Seminarteilnehmer anzusehen.

Strukturvergleich 1991 - 1994 (Prozent): „Geschlecht“

	1991	1992	1993	1994
Männlich	60	66	67	68
Weiblich	37	29	29	21
Keine Angaben	3	5	4	11

Strukturvergleich 1991 - 1994 (Prozent): „Alter“

	1991	1992	1993	1994
14 bis 24 Jahre	29	20	16	8
25 bis 29 Jahre	13	15	18	10
30 bis 39 Jahre	23	26	31	26
40 bis 49 Jahre	21	24	22	31
50 bis 59 Jahre	9	9	9	16
60 Jahre und älter	2	2	3	5
Keine Angaben	2	4	1	4

Strukturvergleich 1991 - 1994 (Prozent): „Schulbildung“

	1991	1992	1993	1994
Volksschule	6	5	5	9
Haupt-, Berufsschule	34	38	36	37
Höhere Schule ohne Matura				15
Matura	40	36	35	26
Universität	15	16	18	
Keine Angaben	5	5	6	3

Strukturvergleich 1991 - 1994 (Prozent): „Teilorganisation“

	1991	1992	1993	1994
ÖAAB	41	47	1	66
Bauernbund	17	16	15	16
Wirtschaftsbund	9	9	11	5
Frauenbewegung	18	14	11	7
Junge ÖVP	17	19	13	10
Seniorenbund	1	1	2	4
Keine Angaben	10	11	11	7

Antwortmöglichkeiten wie "Akademikerbund", "ÖVP-Direktmitglied", ÖCV gibt es im neuen Fragebogen (seit Anfang 1994) nicht mehr.



Strukturvergleich 1991 - 1994 (Prozent): „Bundesland“

	1991	1992	1993	1994
Burgenland	3	16	24	4
Kärnten	4	5	6	3
Niederösterreich	22	19	14	12
Oberösterreich	12	14	12	47
Salzburg	7	5	5	2
Steiermark	5	4	7	12
Tirol	13	12	8	2
Vorarlberg	11	4	2	1
Wien	22	19	21	12
Keine Angaben	2	2	1	5

Friedrich Funder-Institut

für Publizistik, Medienforschung und Journalistenausbildung

Demokratie ist in der Gesellschaft nur möglich, wenn die Vielfalt der Meinung, wenn der Pluralismus in der Gesellschaft auch zum Ausdruck kommen kann. Der demokratische Verfassungsauftrag der Medien lautet deshalb, durch Information und Kommentar öffentliche Meinung zu bilden, aus der sich politische Willensbildung ergeben kann. Dazu braucht der in den Medien tätige Journalist nicht nur eine rein handwerkliche Ausbildung, sondern auch politisches Wertebewußtsein und die Fähigkeit, einen persönlichen Beitrag zur Meinungsvielfalt leisten zu können.

In voller Achtung vor der redlichen Überzeugung Andersgesinnter der eigenen Gesinnung Ausdruck zu verleihen, war das weiterwirkende Beispiel, das der durch leidvolle Erfahrung geläuterte Friedrich Funder dem Journalismus der Zweiten Republik gab.

Journalistenausbildung ist heute als Problem erkannt: Journalistische Begabungen und gute Allgemeinbildung vorausgesetzt, bedarf es der Aneignung von Fachwissen, der Anwendung neuer Technologien und nicht zuletzt die Fähigkeit, an dem für das Funktionieren der Demokratie unentbehrlichen Meinungsbildungsprozeß mitzuwirken. Neben den Redaktionen und den Bildungsveranstaltungen der Medien, Sozialpartner und der Hochschulen hat deshalb auch eine zielgruppenorientierte Ausbildung echte Aufgaben zu erfüllen.

Das Friedrich Funder-Institut ist seit 1981 erfolgreich im Bereich der (Jung)journalistenausbildung, Publizistik und Medienforschung tätig. Angeboten werden:

Ausbildungsstipendien für Jungjournalisten

Wir vergeben Stipendien für Volontariate in Tageszeitungen und anderen Medien, um angehenden Jungjournalisten eine praxisnahe Ausbildung zu ermöglichen. Dem Friedrich Funder-Institut ist es auch gelungen, in Kooperation mit dem ORF, Testtage für Teilnehmer aus dem Nachwuchsbereich des FFI intensiviert zu institutionalisieren. Angesichts der Zusammensetzung der Redaktionen der Printmedien und elektronischen Medien Österreichs ist die gezielte Nachwuchsförderung ein Anliegen von höchster politischer Priorität und Brisanz.

„Gehschulen des Journalismus“

Redakteure von Schüler- und Jugendzeitungen, Lokalmitarbeiter von Tages- und Wochenzeitungen und örtliche Pressereferenten für Gemeinde- und Betriebszeitungen lernen in unseren Grundkursen und Aufbauseminaren die „essentials“ für den Gang auf dem journalistischen Parkett. Dazu bedarf es nicht nur einer handwerklichen Ausbildung, sondern auch eines Verantwortungsbewußtsein und einer politischen Wertebasis sowie der Fähigkeit, einen persönlichen Beitrag zur Meinungsvielfalt leisten zu können. Das sind die Richtlinien, die unsere Ausbildung bestimmen.

Testtage für ORF-Praktika in Zusammenarbeit mit dem ORF

Gemeinsam mit der Abteilung für Berufsausbildung und Fortbildung des Österreichischen Rundfunks bieten wir Nachwuchsjournalisten die Möglichkeit, an einem Auswahlverfahren für Praktika im Rahmen des ORF-Personalentwicklungskonzeptes teilzunehmen.





Österreichische Journalisten in Brüssel

An den „Testtagen“ werden die Arbeiten der Kandidaten objektiv von den Leitern der großen Hauptabteilungen in einem anonymen Auswahlverfahren beurteilt.

Praxisseminar Rundfunkjournalismus in Zusammenarbeit mit dem ORF

In einem intensiven Training werden die Grundzüge der journalistischen Arbeit im Medium Radio vermittelt.

Voraussetzung: Jeder Interessent muß für das Seminar eine Cassette mit einem von ihm gestalteten Radio-Beitrag zu einem selbst gewählten Thema übermitteln.

Traumberuf Journalist?

Erfahrungsberichte von und Diskussionen mit journalistischen Profis über die wichtigsten journalistischen Bereiche, Medienarten und Ressorts sollen.

Zielgruppe: Absolventen des Aufbauseminars; Jungredakteure; Junge Leute, die bereits in Medien mitarbeiten oder einen Medien- bzw. Journalistenberuf ergreifen wollen.

Informationsveranstaltungen für hauptberufliche Journalisten

Hier geht es einerseits um fachliche Fortbildung im Journalistisch-Handwerklichen, andererseits aber auch um exklusive Wissensvermittlung in wissenschaftlichen Fortbildungstagungen für journalistische Profis. Einen Schwerpunkt stellen Studienreisen in andere Länder dar, um im zusammenwachsenden Europa grundlegendes Wissen über „Land und Leute“ zu vermitteln, um damit fundierte Berichterstattung und Analyse zu ermöglichen, sowie beim Aufbau von Informationsnetworks mitzuhelfen.

Aktuelle Clubs

bieten Journalisten - auch für Jungjournalisten - einen Rahmen zur Aussprache mit Politikern und Fachleuten. Zu den Veranstaltungen werden innenpolitische Redakteure aus allen wichtigen Medien des Landes gesondert eingeladen. Gerade für Jungjournalisten ist es oft schwierig, an Hintergrundinformationen heranzukommen und sich Informationsnetworks aufzubauen.



Publizistik und Medienforschung

Die Rolle der Massenmedien für die Politik bzw. die Wirkung der Medienberichterstattung und die Einführung neuer Medien, die Zukunft des ORF, das neue Rundfunkrecht, die Erhebung der Bildungsbedürfnisse von journalistisch Tätigen sind Felder für Forschungsprojekte des Instituts. 1994 wurden ein Medienmonitoring zur EU-Diskussion vor der Volksabstimmung und ein Forschungsprojekt zur politischen Medienberichterstattung vor den Nationalratswahlen durchgeführt.

Die Herausgabe von Arbeitsbehelfen und Publikationen

Dazu zählen vor allem Arbeitsbücher zum Medienrecht sowie zur Gestaltung von Schüler- und Jugendzeitungen sowie Gemeindezeitungen.

Publikationsverzeichnis des Friedrich Funder-Instituts

Forschungsberichte

- ☐ „Informationsverhalten zum Thema Budget 1982 (Repräsentativstudie)“
- ☐ „Zeitungsberichterstattung zum Thema Budget 1982 (Inhaltsanalyse)“
- ☐ „Sprache und Politik. Neue Entwicklungslinien der politischen Terminologie in der Bundesrepublik Deutschland“
- ☐ „Einfluß der Massenmedien auf die politische Kultur in den USA“
- ☐ „Über die Herausforderung der liberalen Demokratie durch die Medien“
- ☐ „Die Lage in Slowenien und die mögliche zukünftige Entwicklung“
- ☐ „Medien-Konzentration und Meinungsvielfalt“
- ☐ „Die tagesaktuelle Printmedienberichterstattung zum Themenkomplex EG/EU im ersten Halbjahr 1992“
- ☐ „Amerikanisierung des Wahlkampfes: Konsequenzen für den politischen Wettbewerb“ - Neue Daten der Kommunikations- und Wahlforschung

Arbeitsbücher

- ☐ Medienrecht für die Praxis (mit den Sonderbestimmungen für Schüler- und Jugendzeitungen)“
- ☐ „Schülerzeitung selbstgemacht“

- ☐ „EG-Kompendium für die journalistische Praxis“
- ☐ „EG-Almanach für Journalisten“
- ☐ „Handbuch zur Medienarbeit für Jugendorganisationen“ (in Planung)
- ☐ „Schülerzeitung selbstgemacht“ (Neuauf- lage in Planung)

Friedrich Funder-Institut: Teilnehmer-Gesamtübersicht

	Seminare Veranstaltungen	Teilnehmer
1991	24	369
1992	17	252
1993	22	338
1994	25	490

Präsidium:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Hugo Obergottsberger

Stellvertreter:

o. Prof. Dr. Thomas A. Bauer,
CR Peter Klar,
Mag. Dr. Günther Ofner

Weitere Mitglieder:

Dr. Clemens Hüffel,
Abg.z.NR Univ. Prof. Dr. Andreas Khol,
Helmut Voska,
Gesandter Dr. Gerhard Ziegler

Finanzreferent:

Mag. Dr. Bernhard-Markus Löhri

Geschäftsführer:

Mag. Peter Danich

Vorstand:

Dr. Wolfgang Biedermann,
Dr. Rudolf Bretschneider,
CR Karl Brinek,
Gerold Christian,
Dr. Theodor Faulhaber,
Prof. Friedrich Fehringer,
CR Gerald Freihofner,
CR Dkfm. Milan Frühbauer,
CR Marie Theres Hemberger,
Christine Klimaschka,
Dir. Gottfried Kneifel,
Dipl.Ing. Günther Konecny,
CR Michael Kress,
CR Dr. Werner Putz,
Mag. Gerlinde Rogatsch,
Wolfgang M. Rosam,
Dr. Paul Schulmeister,
Abg.z.NR Heribert Steinbauer,
CR Gerhard Vogl



Karl von Vogelsang -

Institut

Zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie

Das Wissen um historische Zusammenhänge bildet eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der politischen Herausforderungen der Gegenwart. Politische Handlungsabläufe können nur in einem historischen Kontext richtig verstanden und interpretiert werden. Politisches Gestaltungspotential bedarf des Wissens um die Ursprünge und Wurzeln der eigenen Identität. Gerade die europäischen Entwicklungen seit 1989 haben drastisch vor Augen geführt, wie sehr die Staaten in der Mitte Europas historischen Bedingtheiten verhaftet sind und von der Vergangenheit eingeholt werden können.



Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek mit Außenminister a.D. Karl Gruber (+) anlässlich seines 85. Geburtstages

Den wechselseitigen Kontakt zwischen Politik und Zeitgeschichte herzustellen beziehungsweise zu vertiefen, ist Hauptaufgabe des Karl von Vogelsang - Instituts. Diesem Zweck dienen Veranstaltungen (Seminare, Symposien, Kaminesgespräche) genauso wie Forschungsprojekte, der Ausbau der am Institut befindlichen Bibliothek und des Ar-

chivs und die wissenschaftliche Vierteljahresschrift "Christliche Demokratie" sowie die weiteren Publikationen des Instituts.

Personell war der Berichtszeitraum von mehreren Veränderungen gekennzeichnet. Nach dem Ausscheiden von Mag. Rainer Stepan aus der Geschäftsführung wurde Dr. Helmut Wohnout zum neuen Geschäftsführer des Instituts bestellt. Das Archiv ist seit 1994 durch Herrn Dr. Johannes Schöner besetzt. Im Februar 1995 folgte in der Bibliothek Mag. Britta Fajfar Dr. Ursula Schulmeister und im Sekretariat Gerald Grünberger der langjährigen Stütze des Instituts Frau Edelgard Kundegraber nach.

Folgende größere Veranstaltungen wurden vom Karl von Vogelsang - Institut im Laufe der Jahre 1993/1994/1995 durchgeführt:

- ☐ Gedenkveranstaltung anlässlich der 55. Wiederkehr des ersten Transportes von Österreichern in das Konzentrationslager Dachau am 1. April 1938
- ☐ Geschichte Mittelost- und Südosteuropas im 20. Jahrhundert
- ☐ Gedenktafelenthüllung in Erinnerung an Hildegard Burjan
- ☐ Arbeitswelt im Wandel. Die technologische Revolution und ihre Folgen
- ☐ Wiege Europa. Der Beitrag der zentral- und ostmitteleuropäischen Länder zur Europäischen Integration
- ☐ Politik aus christlicher Verantwortung
- ☐ Zeitzeugengespräch mit Univ.Prof. Dr. Alois Brusatti, Dr. Gottfried Heindl, Dr. Hans Igler, Präs. Sekt. Chef i.R. Dr. Edwin Loebenstein, GD Hon.Prof. HR Dr. Lorenz Mikoletzky, Dr. Rudolf Jerabek, Univ.Prof. Dr. Michael Gehler, Dr. Herbert Margaretha, Dr. Ursula Schulmeister, Präs. Dr. Ludwig Steiner, Dr. Helmut Wohnout
- ☐ Zur Geschichte der Europäischen Integration
- ☐ Festveranstaltung anlässlich des 85. Geburtstages von Außenminister a.D. Dr. Karl Gruber (+)
- ☐ Gedenkgottesdienst anlässlich des 60. Todestages von Dr. Engelbert Dollfuß
- ☐ Kirche und Gesellschaft im gegenwärtigen Rußland
- ☐ Wiege Europa II. Integration als Herausforderung für Mitteleuropa
- ☐ Karl von Vogelsang - Staatspreisverleihung an die Preisträger Dr. Steven Beller und Dr. Brigitta Zaar



- Sozialstaat in der Defensive. Generationenerfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1994

In den Berichtszeitraum fällt auch die Wiederbelebung des Karl von Vogelsang - Staatspreises in einer neu strukturierten Form. Der Karl von Vogelsang - Staatspreis wird nun, dotiert mit 100.000,- Schilling, alle zwei Jahre vergeben. Dazu kommt noch ein Förderungspreis in der Höhe von 25.000,— Schilling.

Die wissenschaftliche Institutszeitschrift **„Christliche Demokratie“**, Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte, Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, in der die Referate und Ergebnisse der Veranstaltungen zusammengefaßt werden, erschien mit folgenden Schwerpunkten:

- 10.Jhg., Heft 1/93: Engelbert Dollfuß
- 10.Jhg., Heft 2/93: Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert
- 10.Jhg., Heft 3-4/94: Sozialisation oder der Schatten der Vergangenheit. Quellen zur Gründergeneration der ÖVP
- 11.Jhg., Heft 1/94: Karl Gruber
- 11.Jhg., Heft 2/94: Arbeitswelt im Wandel. Die technologische Revolution und ihre Folgen
- 11.Jhg., Heft 3/94: Kirche in Rußland von heute, Karl Lueger, Hildegard Burjan
- 11.Jhg., Heft 4/94: Europäische Integration

In der Reihe **„Studien zur Geschichte der christlichsozialen Parteien“**:

- Franz Schausberger, Letzte Chance für die Demokratie. Die Bildung der Regierung Dollfuß I im Mai 1932. Bruch der österreichischen Proporzdemokratie (Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Weimar)
- Barbara Holzer, Susanna Hauser, Renate May, Walter Schwimmer (Hrsg.), Ein Verein macht Geschichte. 100 Jahre christlich-sozialer Arbeiterverein (Verlag Holzhausen, Wien)

Darüber hinaus betreibt das Karl von Vogelsang - Institut eine Anzahl von **Forschungsprojekten**, die im Berichtszeitraum abgeschlossen wurden bzw. sich in Bearbeitung befinden:

- Geschichte der ÖVP 1945-1995
- Dr. Karl Lueger und die Kunst
- Alfred Maleta. Skizzen zu einem Portrait
- Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und ihre Rückwirkungen auf das österreichische politische System
- Archiv- und Forschungsprojekt zu Quellenbeständen der österreichischen Geschichte der 30-Jahre im sog. "Sonderarchiv" in Moskau
- Archiv und Dokumentationsprojekt für Bibliothek und Archiv des Karl v. Vogelsang - Instituts zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie in Österreich
- Quellenedition zur österreichischen Parteiengeschichte der Zweiten Republik

Zu den laufenden Geschäften des Karl von Vogelsang - Instituts gehört es, Anfragen zu historischen und politischen Themen zu bearbeiten. Insgesamt wurden seit der Neuübernahme der Geschäftsführung über 300 wissenschaftlichen Anfragen von Parteistellen der ÖVP, Gebietskörperschaften, Journalisten, Studenten, Schülern und privaten Personen an das Karl von Vogelsang - Institut gerichtet und beantwortet.

Vorstand

GS Ingrid Korosec (Vorsitzende)
 Bernhard-Markus Löhri (Stv. Vorsitzender)
 Ernst Bruckmüller
 Franz Ceska
 Friedrich Dinkhauser
 Johannes Eidlitz
 Bernhard Görg
 Horst Haselsteiner
 Franz Hofinger
 Herbert Krejci
 Franz Ledermüller
 Maximilian Liebmann
 Leopold Maderthaner
 Wilhelm Molterer
 Fritz Neugebauer
 Hannes Prochaska
 Helmut Rimpler
 Roman Sandgruber
 Franz Schausberger
 Wilfried Seipel
 Erika Weinzierl



Kommunalpolitische Vereinigung

Die kommunale Ebene gewinnt, da hier Politik in einer überaus starken Dimension für den Einzelnen spürbar ist, zunehmend an Bedeutung. Dieser Anforderung wurde mit der Reaktivierung der Kommunalpolitischen Vereinigung Rechnung getragen. Eine neue Vereinsleitung wurde gewählt und ein neuer Geschäftsführer bestellt, die einen umfangreichen Angebotskatalog erarbeiteten.

Neben dem Aufbau der Geschäftsleitung wurden in den einzelnen Bundesländern KPV-Landesreferenten namhaft gemacht, um einen möglichst effizienten Aktionsradius und Informationsfluß zu ermöglichen.

Die Kommunalpolitische Vereinigung ist jene Stelle der ÖVP, in der kommunale Themenstellungen politisch und wissenschaftlich bearbeitet werden. Sie formuliert kommunalpolitische Strategien und operationalisiert sie in Form von Dienstleistungsangeboten. Als Serviceorganisation steht sie allen Gemeinde- und Stadtfunktionären der Volkspartei in ganz Österreich zur Verfügung. Die Kommunalpolitische Vereinigung möchte mit ihrem Angebot dem Kommunalpolitiker Leitlinien und Hilfestellungen für seine Tätigkeit in den Gemeinden und Städten auf der Basis der Grundsätze der ÖVP geben: Ziel ist eine ökosoziale Kommunalpolitik!

Bearbeitete Schwerpunkte waren die strategischen Themenbereiche:

- ☐ Direkte Demokratie
- ☐ Sozialer Wohnbau
- ☐ Verkehr
- ☐ Technische Ver- und Entsorgung.

Im Rahmen von Fachtagungen, Enqueten und über die Publikationsreihe Kommunalpolitik konkret werden diese strategischen Themenbereiche in ihrer Vernetzung dargestellt und für die kommunale Ebene aufbereitet.

Die Publikationen der KPV: „Kommunalpolitik konkret“ (Gemeinsam mit der Politischen Akademie)

- ☐ M. B. Atzwanger: Die österreichischen Gemeinden und Städte in einem gemeinsamen Europa
 - ☐ M. B. Atzwanger: Abfall - Rohstoff am falschen Platz
 - ☐ M. B. Atzwanger: Was bedeuten Heimat, Sicherheit, Wirtschaft in unseren Gemeinden und Städten
- sowie
- ☐ L. Kapfer/M. B. Atzwanger: Der Weg zum Wähler - Modernes Marketing für die Wahlbewegung in Gemeinden und Städten (Gemeinsam mit der Politischen Akademie und der Josef Krainer-Akademie)

Vorstand

Präsident:	Präs. Dipl.Vw. Siegfried Gasser
Vizepräsident:	Präs. Mag. Franz Romeder
Geschäftsführer:	Dipl.Ing. Martin B. Atzwanger



Julius Raab-Stiftung

Die Julius Raab-Stiftung soll die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung für die konkrete politische Arbeit aufbereiten. Sie soll sich einerseits einen Überblick über die laufende Diskussion verschaffen, andererseits selbst Forschungsprojekte initiieren. Die Ergebnisse werden durch Publikation (schriftlich und elektronisch) sowie Veranstaltungen zugänglich gemacht. In Anlehnung an die Persönlichkeit Julius Raab und die aktuellen Fragestellungen der Politik, gliedert sich das Wirken der Raab-Stiftung in folgende Bereiche:

- ☐ Wirtschafts- und Sozialpolitik
- ☐ Europäische Integration
- ☐ Demokratie, Staat und Politik
- ☐ Gesellschaftspolitik
- ☐ Zeitgeschichte (gemeinsam mit dem Karl v. Vogelsang-Institut)

Daneben betreibt die Julius Raab-Stiftung eine Bibliothek, ein für wissenschaftliche Zwecke zugängliches Archiv (Betreuung durch Karl v. Vogelsang-Institut), eine elektronische Bibliothek und gibt ein eigenes Medium heraus.

In einer jährlichen großen Diskussionsveranstaltung im Herbst - Septemberakademie - soll die zukünftige politische und gesellschaftliche Entwicklung in ausgewählten Themenbereichen

beleuchtet werden. Sitz der Julius Raab-Stiftung ist das ehemalige Fachwerkgebäude der Politischen Akademie. Die Julius Raab-Stiftung ist derzeit intensiv mit dem Aufbau des Institutsgebäudes beschäftigt. Sie hat das ehemalige Fachwerkgebäude der Politischen Akademie gekauft und erweitert das Gebäude derzeit um entsprechende Archiv-, Bibliotheks- und Arbeitsräume. Die Bauaktivitäten werden voraussichtlich im Juni 1995 abgeschlossen, sodaß die Julius Raab-Stiftung im September 1995 ihren Betrieb aufnehmen kann. Die Schwerpunkte, die die Raab-Stiftung 1995/1996 in Angriff nehmen wird, sind:

- ☐ Die Zukunft der EU (Regierungskonferenz 1996),
- ☐ Neue (Informations-)technologien und ihre Auswirkungen auf Arbeitswelt und Demokratie,
- ☐ Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Solidarsysteme
- ☐ Die Weiterentwicklung der politischen Institutionen

Vorstand

Vorsitzender:

VK Bundesparteiobermann Dr. Erhard Busek

1. Vorsitzender-Stellvertreter: DDr. Karl Kehrer

Geschäftsführer: Mag. Walter Marschitz



Berichte der Landesorganisationen

BURGENLAND

Die Volkspartei hat im Berichtszeitraum seit dem letzten Bundesparteitag sehr wesentlich die Themenführerschaft der Landespolitik im Burgenland übernommen. Es ist uns gelungen, viele unserer Anliegen auch zu Themen der Landessozialisten zu machen und ihre Umsetzung zu erreichen.

Schwerpunkte der politischen Arbeit

Mit der Wahl von Gerhard Jellasitz zum Landesparteiobermann im November 1991 wurde eine breite Erneuerungsdiskussion in Bewegung gesetzt. „Die Burgenlandbewegung“ war daher

auch der Namen, den wir uns bei unserer Programmdiskussion in den folgenden „Burgenlandgesprächen“ gegeben haben. In allen Gemeinden fanden Veranstaltungen dazu statt, Fragebögen holten die Meinung der Bürger zu den verschiedensten Themen, z.B. Verkehrspolitik, sichere Grenzen, Persönlichkeitswahlrecht, ärztliche Versorgung, Tourismus u.v.a.m. ein. Aufbauend auf diese Ergebnisse entstand ein sehr modernes Burgenland-Programm, das wir in erstaunlich kurzer Zeit zügig umsetzten:

- Burgenland als Oase für Gesundheitstourismus: in Thermen- und Golfprojekte in Frankau-Lutzmannsburg, Stegersbach, Bad Tatzmannsdorf oder Nationalpark Neusiedlersee wurden Milliardenbeträge



Landesparteiobermann Gerhard Jellasitz mit Ortsparteioberfrauen und LABg. Braunrath



an Investitionssummen ins Laufen gebracht, finanziert durch die Erlöse aus der von der ÖVP durchgesetzten Privatisierung von Landesunternehmen;

- Arbeit und Lebenschancen für die Jugend: dem Kampf gegen Drogen und Jugendarbeitslosigkeit wurde breiter Raum gewidmet; ein Jugendbeschäftigungs- und -bildungskonzept befindet sich in der Umsetzungsphase;
- Wir haben nach den positiven Erfahrungen mit einem Persönlichkeitswahlrecht eine diesbezügliche Diskussion auch in Bezug auf die Landtagswahl 1996 in Gang gesetzt.
- Weitere Schwerpunkte: Neuordnung in der Fremdenverkehrsförderung; neue Wirtschaftsförderung; weitere Privatisierung der Burgenland-Holding; Stabilisierung des Landesbudgets: auf unsere Initiative hin wurde eine Landesanleihe aufgelegt, Neuverschuldung eingedämmt.
- Privilegienabbau: Die Neuregelung der Abfertigungen und Pensionszahlungen für Landtagsabgeordnete wurden auf unsere Initiative hin ebenso beschlossen wie eine Null-Lohnrunde bei Politikern 1994; im „Privilegienabbau“ hat die ÖVP-Burgenland insgesamt österreichweit eine Vorreiterrolle übernommen.
- Europäische Union: zahlreiche Maßnahmen und Förderungsprojekte im Rahmen der Ziel-1-Förderung wurden erarbeitet.

Frauenpolitik

Eine landesweite Aktion zum Thema „Politik für, mit und von Frauen“ wurde gestartet, um mehr Bewußtsein für die Anliegen der Frauen und Familien zu schaffen und das vorhandene Potential an engagierten Frauen für die Politik zu gewinnen.

Servicebus

Die Beratung „vor Ort“ unter Einbeziehung von Fachleuten wurde mit dem Einsatz eines eigenen Servicebusses ermöglicht.

Als einen besonderen Arbeitsschwerpunkt hat sich die ÖVP-Burgenland heuer die verstärkte Einbindung von Frauen in die politische Arbeit und Motivation zum Engagement gesetzt. Landesparteiobmann Gerhard Jellasitz will „das politische Potential bei Frauen“ damit wecken. Landesweit werden in einer Aktion, genannt „Burgenland hat starke Frauen“, Burgenländerinnen gesucht, die in ihrem unmittelbaren Bereich Besonderes leisten. Die Aktion wird von der Verlosung von Preisen begleitet.

Landtagswahl

Die Volkspartei bereitet sich auf die voraussichtlich im Frühjahr 1996 stattfindende Landtagswahl vor. Die Ausgangsbasis mit einem Spitzenkandidaten Gerhard Jellasitz ist nicht schlecht: mehrere Umfragen zeigen ein hervorragendes Profil des ÖVP-Landeschefs, eine unbestrittene Kompetenz und Beliebtheit in der Bevölkerung, wobei die Jugend hier weit voran liegt. Nach der letzten Landtagswahl vom 23. Juni 1991 erzielte die SPÖ 48,1 %, die ÖVP 38,2 %, die FPÖ 9,7 % und die Grüne Alternative 3,3 %. Im Burgenländischen Landtag ist die SPÖ mit 17, die ÖVP mit 15 und die FPÖ mit 4 Mandaten vertreten.



Aus der Parteiorganisation

Nach der Landtagswahl am 12.03.1989 folgte Dr. Christof Zernatto beim Landesparteitag am 21.05.1989 LHStv. Dkfm. Harald Scheucher in der Funktion als Landesparteiobmann und als Landeshauptmannstellvertreter. Nach der Abwahl des FPÖ Landeshauptmannes wurde Dr. Christof Zernatto am 25.06.1991 zum Landeshauptmann von Kärnten angelobt.

Am 01.11.1989 löste Dr. Klaus Wutte den bisherigen Landespartei sekretär Mag. Valentin Barac ab.

Auf einem offenen Landesparteitag am 23.11.1992 wurden in einer basisdemokratischen Vorwahl die Kandidaten für die Landtagswahl von mehr als 2.000 Funktionären bestimmt.



*v.l.n.r. LR Robert Lutschounig,
LH Dr. Christof Zernatto*

Nach der Landtagswahl 1994 wurde Robert Lutschounig der neue VP-Landesrat.

Seit 24.02.1992 hat die Kärntner Volkspartei wieder ein eigenes Presseorgan. Die EINBLICKE-Volkszeitung erscheint alle 14 Tage in einer Auflage von 15.000 Stück.

Bildungsarbeit

Durch die Initiative des Landesbildungsreferenten Dr. Mag. Rudolf Dörflinger und unter der Mithil-

fe der Politischen Akademie konnten 20 Seminartrainer ausgebildet werden. Durch diese Trainer wurden und werden Gemeindefortbildungen, Seminare über die AGO, Umweltschutz, Ideologie, Verhaltenstechnik, EU und ab 1995 Vorbereitungsseminare für die GRW-1997 durchgeführt.



*v.l.n.r. Bgm. Leopold Guggenberger, Bgm. Valentin
Petritsch beim Studium der Einblicke-Volkszeitung*

Politische Aktionen

Die Kärntner Volkspartei kann im Rahmen ihrer sachpolitischen Arbeit innerhalb der letzten Jahre auf zahlreiche Erfolge verweisen. Sowohl während des Zeitraumes der Zusammenarbeit mit der FPÖ, als auch in der darauffolgenden Phase der freien Mehrheitsbildung konnte die Kärntner Volkspartei viele ihrer politischen Vorstellungen umsetzen und verwirklichen. Es seien nur die allerwichtigsten kurz angeführt:

Wohnbauförderungsgesetz (unter anderem Wohnbauschek, Gruppenwohnbau, Wegfall der 130 m²-Grenze u.a.m.), Reform der Gemeinderatswahl und Bürgermeisterdirektwahl, Familienförderungsgesetz, Kindergartenförderung (Verdreifachung), Erhöhung der Arbeitnehmerförderung, Lehrlingsfreifahrten, Bildungsscheck, Kinder- und Jugendanwalt, Umweltanwalt, Seniorenbeirat, Errichtung des Technologieparks Klagenfurt, Sicherung des Ausbaus des Autobahn- und Straßennetzes, Erhöhung der Förderungen für die Landwirtschaft (Jungbauernwahlrecht, Verbesserung im ländli-



chen Wegenetz, Kulturlandschaftsprogramm, Hofübernehmerförderung, Schutzwaldsanierung, Agrarmarketingpreis), Kulturförderungsgesetz, Nahversorgung, sowie Konzepte zur Wirtschaft, Tourismus und Energie, Objektivierungsgesetz und die Ausgliederung der Kärntner Wirtschaftsförderung, Privatisierung der Hypo, Landeskrankenhausreform, Sicherung der Gesundheitsversorgung durch Verhinderung des vertragslosen Zustandes zwischen GKK und Ärzte, Rettungsförderungsgesetz, Behördenführer, Bürgerservicebüro beim Landeshauptmann.



v.l.n.r. LABg. Bgm. Christina Herbrich,
LH Dr. Christof Zernatto, NR Edeltraud Gatterer

Politische Schwerpunkte

Die inhaltlichen Schwerpunkte der politischen Arbeit der Kärntner Volkspartei fanden ihren Niederschlag im Kärntner "Uhr-Modell", das in Hinblick auf die Landtagswahl 1994 programmatisch festgelegt wurde.

Als besondere Schwerpunkte gelten:

- ☐ Ausbau der direkten Demokratie
- ☐ Eindämmung der Gesetzes- und Verwaltungsflut
- ☐ Landesentwicklungskonzept
- ☐ Umsetzung der ökosozialen Marktwirtschaft
- ☐ Intensivierung der Orts und Regionalentwicklung
- ☐ verstärkter sozialer Wohnbau
- ☐ Finanzierbare Gesundheitsversorgung
- ☐ neue Impulse in Bildungs- und Kulturpolitik

Wahlen in Kärnten

Bei der **Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 1991** wurde in Rannersdorf ein ÖVP-Kandidat der erste direktgewählte Bürgermeister in Österreich. Bei dieser Kommunalwahl in Kärnten konnte die ÖVP 28,3 % der Gemeinderäte und 40,5 % der Bürgermeister gewinnen.

Die **Landtagswahl 1994** brachte der Kärntner Volkspartei mit ihrem Spitzenkandidaten, Dr. Christof Zernatto, den ersten Wahlerfolg seit 1960. Bei dieser Wahl konnte die Kärntner Volkspartei nicht nur ein Mandat, sondern auch einen Regierungssitz dazugewinnen. Nach dem achtmaligem Auszug der F-Fraktion wurde Dr. Christof Zernatto mit den Stimmen der SPÖ zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt. Die Landtagswahlwerbung war bei dieser Wahl voll auf den Spitzenkandidaten abgestimmt. In dem 8wöchigen Intensivwahlkampf wurden vom Spitzenkandidaten, Dr. Christof Zernatto, alle 131 Gemeinden besucht. Der Spitzenkandidat wurde auch durch ein unabhängiges Personenausschuss mit mehr als 3.000 Mitgliedern unterstützt.



Die erfolgreichen Landtagskandidaten
der Kärntner Volkspartei

Bei der **EU-Abstimmung** wurde, bis auf einen Wahlsprengel in einer ländlichen Gemeinde, in ganz Kärnten mehrheitlich für einen Beitritt zur EU abgestimmt.



Bei der **Vorwahl** zur Nationalratswahl 1994 wurden 44.227 Stimmzettel versendet, davon waren 6.028 für Nichtmitglieder, die diesen Stimmzettel schriftlich anforderten. An der Vorwahl nahmen 10.567 Kärnterinnen und Kärntner teil, das sind 23,89 % der Vorwahlberechtigten. Die ersten Vier der Vorwahl waren:

Edeltraud Gatterer, Bgm. Georg Wurmitzer, Dr. Hubert Pirker, Dkfm. Dieter Teller. Bei der **Nationalratswahl 1994** konnte die ÖVP in Kärnten ihre 2 Mandate halten, d.h., daß Edeltraud Gatterer wieder und Bgm. Georg Wurmitzer erstmals Abgeordnete zum Nationalrat werden.

Mitglieder

ÖAAB	8.083
ÖWB	3.764
KBB	7.928
ÖFB	5.139
ÖSB	10.591
JVP	3.320
Direktmitglieder	305
	39.130
- Doppelmitglieder	1.919
Gesamt	37.211



NIEDERÖSTERREICH

Landesparteitag

4.4.1992 in St. Pölten mit Neuwahl des Landespartei Vorstandes, bei der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin Pröll Landeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig als Landesparteiobmann ablöste.

Regierungsumbildung am 22.10.1992

Als Folge der personellen Erneuerung am Landesparteitag kam es am 22. Oktober 1992 zur Umbildung der Landesregierung. Gewählt wurden zum Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll (bisher Landeshauptmann-Stellvertreter), zum Landeshauptmann-Stellvertreter Liese Prokop (bisher Landesrat), zum Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann (bisher Dkfm. Vinzenz Höfinger), zum Finanzreferenten Mag. Edmund Freibauer (bisher Klubobmann), Landwirtschaftsreferent blieb Landesrat Franz Blochberger.



Landeshauptmann- sprechtage 1993 - 1995

unter Beteiligung der Landesregierungsmitglieder in den neugeschaffenen 7 Nationalratswahlkreisen:

20.10.1993
27.10.1993
03.11.1993
10.11.1993
17.11.1993
22.11.1993
15.11.1993

16.11.1994 WK Waldviertel
23.11.1994 WK NÖ Mitte
30.11.1994 WK Mostviertel
08.02.1995 WK Wien-Umgebung
20.02.1995 WK NÖ Süd-Ost
02.03.1995 WK NÖ Süd
08.03.1995 WK Weinviertel

Vorwahlen zur Landtagswahl 1993:

Mit einer „sensationell hohen Beteiligung von mehr als 23 %“, so Landeshauptmann Erwin Pröll und Landespartei sekretär Ernst Strasser, sind die ersten offenen Vorwahlen der Niederösterreichischen Volkspartei abgeschlossen worden. In vielen Bezirken lag die Wahlbeteiligung sogar weit über 30 %. Mehr als 1,25 Millionen Wahlberechtigte waren zur Mitbestimmung aufgerufen, nahezu 300.000 gaben ihre Stimme ab.

Diese hohe Beteiligung ist ein klares Zeichen dafür, daß die Bürger das Angebot der Volkspartei zur Zusammenarbeit in intensiver Weise angenommen haben. Pröll: „Das Argument der Politikverdrossenheit ist unmißverständlich absurdum geführt worden. Mit unserm Modell haben wir hoch gespielt, aber auch hoch gewonnen, nämlich das Vertrauen der Landesbürger.“

Natürlich gab es bei den ersten jemals in Niederösterreich durchgeführten Vorwahlen Gewinner



und Verlierer. Teilweise bekannte Abgeordnete ziehen nicht mehr ins Landesparlament ein, zahlreiche jüngere Kandidaten ziehen aufgrund des Wählervotums in den Landtag ein. Pröll: „Die Kandidaten, die siegreich aus der Vorwahl hervorgegangen sind, sind die Spitzenkandidaten Ihres Bezirkes. Ihre Kandidaten sind unser Kandidaten.“

Die offenen Vorwahlen der Volkspartei sind das bisher größte und wichtigste Bürgerbeteiligungsverfahren im Land. An der Entscheidung in 21 Bezirken nahmen 320 Kandidaten teil - 247 oder 77,2 % davon waren Männer, 73 oder 22,8 % Frauen. Die meisten Kandidaten stellten die Bezirke Mödling (35), Amstetten (27) und St. Pölten (23). Immerhin 84 Kandidaten, das sind mehr als 30 %, waren jünger als 35 Jahre. Die höchste Wahlbeteiligung wurde in den Bezirken Zwettl mit 38,6 % und Waidhofen/Thaya mit 37,5 % verzeichnet.

„Das neue Vorwahlmodell für die Nationalratswahlen hat seine erste Bewährungsprobe in Niederösterreich glänzend bestanden“, kommentierte Vizekanzler Erhard Busek das Ergebnis der Vorwahlen im Land unter der Enns. „Mitbestimmung für alle Bürger“ lautet somit auch das Motto der ÖVP für die nächste Nationalratswahl.

Landtagswahlen 1993

Die Landtagswahlen fanden am 16. Mai 1993 statt. Seit der LTW beträgt der Mandatsstand 26 ÖVP, 20 SPÖ, 7 FPÖ und 3 LiF. Die ÖVP erreichte 44,2 Prozent der Stimmen, die SPÖ 33,9, die FPÖ 12,0 und das LiF 5,1 Prozent. Der Abstand zu der SPÖ beträgt 6 Mandate oder 10,3 Prozent. Die Stimmendifferenz zur SPÖ von über 96.000 Stimmen zeigt, daß die ÖVP die klar dominierende politische Kraft in Niederösterreich geblieben ist, zumal sie nach wie vor die absolute Mehrheit der Landesregierungsmitglieder erringen konnte (5 VP, 3SP, 1 FP).

Vorwahl zur Nationalratswahl 1994

durchschnittliche Wahlbeteiligung: 13 %

EU Volksabstimmung am 12.6.1994

Wahlberechtigt:	1.115.663
JA:	678.988
NEIN:	320.483

Mitglieder:

NÖ-BB	140.698
NÖ-AAB	96.789
NÖ-WB	29.667
NÖ-SB	55.454
NÖ-FB	13.589
Junge ÖVP	20.095
Direktmitglieder	412
Gesamt	356.704

Nationalratswahl 1994

Die Nationalratswahlen fanden am 9. Oktober 1994 statt. Die ÖVP erreichte in den 7 Wahlkreisen von den 25 zu vergebenden Mandaten 9 Direktmandate, 2 Restmandate von der Landesliste und 1 Mandat über die Bundesliste.

Bilanz des Landtagsklubs der NÖ Volkspartei

Seitens des NÖ Landtagsklubs der ÖVP sind für die Tätigkeit der ÖVP Niederösterreich seit dem letzten Bundesparteitag folgende Initiativen und Gesetzesbeschlüsse zu erwähnen:

- ☐ Neufassung der Landtagswahlordnung mit Persönlichkeitswahlrecht, Bezirkswahlkreisen und Errechnung der Mandate aliquot dem Stimmenanteil. Dazu wurden Anträge an den Bund bezüglich Einführung der Direktwahl des Landeshauptmannes und der Bundesräte gestellt.
- ☐ Landtagsinitiativen bezüglich Verbesserung der fachärztlichen Versorgung in Niederösterreich und Verbesserung der Ausbildung für Pflegeberufe.
- ☐ Schaffung der Voraussetzungen für das Ausbau- und Investitionsprogramm für Pensionisten- und Pflegeheime in der Höhe von 2,7 Mrd. S.
- ☐ Finanzierung des Regierungsviertels und des Kulturbezirkes in St. Pölten.
- ☐ Neues Spitalsärztegesetz mit Arbeitsregelungen für Spitalsärzte.



- ❑ Maßnahmen zur Deregulierung im Gesetzesbereich, Aufhebung von mehreren Gesetzen z.B. das NÖ Tanzschulgesetz. Auch wird auf einfache und klare Gesetzssprache geachtet.
- ❑ NÖ Pflegegeldgesetz mit der Einführung des Pflegegeldes in Niederösterreich.
- ❑ Ausbauprogramm für Landesberufsschulen mit einem Volumen von 400 Mio. S.
- ❑ Als Maßnahme der Deregulierung Trennung der Bauordnung in einen rechtlichen und in einen technischen Teil und Möglichkeiten des Entfalls der Bauverhandlung bzw. Verfahrenskonzentration - Durchführung der Gewerbe- und Bauverhandlung in einem.
- ❑ Antrag an die Landesregierung auf Objektivierung im Landesdienst, Ausschreibung von leitenden Dienstposten bzw. von Aufnahmen in den Landesdienst.
- ❑ Entpolitisierung der Schulbehörden. In der Landeslehrer-Ernennungskommission sitzen keine ÖVP-Politiker, die Parteien haben kein Ernennungsrecht für das Kollegium des Landesschulrates und Aufforderung an den Bund, die Bestellung nach dem Proportionalität im Landesschulrat abzuschaffen.
- ❑ Schaffung der Voraussetzungen für das NÖ Beteiligungsmodell.
- ❑ Einführung des Patienten- und Pflegeanwaltes in Niederösterreich.
- ❑ Schaffung der Voraussetzungen für die 5-Tage-Woche an Hauptschulen und Berufsschulen.
- ❑ Grundsatzbeschluss für thermische Müllverwertung in Niederösterreich.
- ❑ Gemeindepaket mit der stufenweisen Abschaffung der Landesumlage, der Einführung des amtlichen Stimmzettels neben dem Namensstimmzettel, wobei der Namensstimmzettel den Vorrang hat in der Gemeindevahlordnung, und eine Novelle zur Gemeindeordnung mit Stärkung der Volksbefragung und Kontroll und Minderheitenrechten.
- ❑ Antrag an die Landesregierung bezüglich Ausbau der Familienhilfe und Stärkung der Tagesbetreuung im Gegensatz zum SPÖ-Antrag bezüglich Zweijährige im Kindergarten.
- ❑ Einführung einer Landschaftsabgabe, zweckgebunden für Maßnahmen des Landschaftsfonds. Die Starkstromleitungsabgabe wurde leider vom Bund beeinträchtigt.

- ❑ Abwasserbeseitigung - Mehrmalige Aufforderung, beim Bund eine Änderung des Wasserrechtsgesetzes zu erreichen, mit dem Grenzwerte in Richtwerte umgewandelt werden, und Antrag auf Novellierung des Kanalgesetzes im Hinblick auf verstärkte Versickerung von Regenwässern und ökologische Kriterien bei der Berechnung der Kanalgebühren.

Initiativen des NÖ VP Regierungsteams

1. Neue Form der Wirtschaftsförderung durch Beteiligungsmodell für innovative und neue Betriebe. Das Land stellt zinsloses Darlehen, das als Beteiligung eingegeschichtet wird.
2. Arbeitsinitiativen sind Einrichtungen in Krisenregionen, die freigesetzten Arbeitskräften die Möglichkeiten bieten, sich auf neue, konkrete Arbeitsplätze umschulen zu lassen.



3. Deregulierung/Verfahrenskonzentration - Weiterentwicklung, Bauordnung
4. Wohnen
Neues Wohnbaumodell durch Freibauer, das die Wohnbauleistung verdoppelt und sozial ausgewogener die Einkommensverhältnisse und Kinderzahl berücksichtigt.
5. Neue Förderung von Solarenergie und Alternativenergie
6. Umstrukturierung des Wasserwirtschaftsfonds
Neue Richtlinien für die Abwasserbeseitigung/Kanalgesetz
 - Gebühr nach Wasserverbrauch
 - Härtefälle
7. Landschaftsfonds
8. Zukunftsvertrag
Ausgleichszahlungen
Abgeltung ökologischer Wirtschaftsweisen
Jungübernehmerförderung
Direktvermarktung
Sozialleistungen
9. Verkehr
Nahverkehrsvertrag mit Bund
Park & Ride Anlagen in Verhandlung mit Wien
Schnellbuslinien
10. Gesundheit
 - Überarbeitung der Gesundheitsraumordnung/Studie in Arbeit
 - Gesundheitsforum installiert, trägt Projekte wie
 - Gesunde Gemeinde
 - bewegte Schule
 - Schlaganfallvorsorge,
 - Gänserndorf - neues Modell für stationäre Versorgung
11. Soziales
Ausbau der Landespensionisten- und Pflegeheime
Verbesserung der NÖ Familienhilfe
Verdoppelung der Tagesmütter
Installierung von Familiengemeinderäten
Jugendlandtag
Jugendkulturwerkstätten in den Landesvierteln
12. Kultur/Kunst
Koordination der Sommertheater
Kunsthalle Krems
drei überregionale Kulturprojekte
 - Carnuntum
 - Kulturpark Kemptal
 - NÖ Eisenstraße
13. Tourismusleitbild
Neues Tourismusleitbild für Tages-, Kultur-, Gesundheits- und Sporttourismus
14. Installierung der Fachhochschulen
Wr. Neustadt, Krems
neue Strukturierung der LAK
Donauuni
europäisches Ausbildungszentrum Krems
15. Sport
große Sporthalle in Wr. Neustadt
16. Stadterneuerung
Einführung der Stadterneuerung, derzeit 18 Städte
17. Verwaltung und Verfassungsreform in Arbeit

Bilanz

Kommunalkongresse

	Anzahl der Eingeladenen	anwesend	Prozent
Waldviertel	1.900	450	24 %
Wien-Umgebung	500	80	16 %
Weinviertel	1.900	120	6 %
Mostviertel	1.650	220	13 %
NÖ Mitte	1.130	200	18 %
Süd-Ost	930	90	10 %
insgesamt	8.010	1.160	14,5 %



OBERÖSTERREICH



Politik

- 07.06.1991 Zukunftskongreß
- 07.02.1992 Europa-Tag, mit den Bundesregierungsmitgliedern der ÖVP
- 18.09.1992 Wirtschaftstag der ÖVP „Sicherheit durch Leistung“
Busek, Mock, Schüssel, Feldgrill-Zankel, Fekter
- 13.03.1993 KPV-Kongreß „Die besten Leute und Ideen sind für unsere Gemeinde gerade gut genug“ - Fragebogenaktion
- 05.10.1993 Projekt Wirtschaft „Aufaktveranstaltung“
12 Arbeitskreise, ca. 100 Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik
- 20.11.1993 Familienpolitischer Kongreß

- 1993 FA Wohnen
- 1993 Wohnbaukampagne (schwerpunktartig im 1. Halbjahr)
- 1993 FA Sicherheit
- 93/94 Sicherheitskampagne
- 1993 Start FA Gesundheit & Soziales,
- 1993 Start der Programmdiskussion, LP.
- 1993 Tag '95 Beschluß des neuen Leitbildes
- 1993 Treffpunkt Österreich - Ministertermine in Oberösterreich

- 20.05.1994 Bürgermeistertag
- 18.06.1994 Familienpolitische Tagung
- 25.06.1994 Familienpolitische Tagung
- 12.09.1994 Projekt Wirtschaft „Buchpräsentation“ (Abschlußveranstaltung)

- 1995 FA Senioren
- 1995 FA Stadtpolitik
- 1995 Präsentation der Halbzeitbilanz am Landesparteitag 1995

In der XXIV. Gesetzgebungsperiode beschlossene Gesetze und wichtige Resolutionen

- 07.1992 Spielapparategesetz (Novelle 5/93)
- 07.1992 Tourismusgesetz (Änderung 07/94)
- 12.1992 Abfallwirtschaftsgesetz-Novelle
- 06.1993 Pflegegeldgesetz (Novelle 10/94)
- 07.1993 Arbeitnehmerförderungsprogramm
- 07.1993 Gemeinde-Getränkesteuergesetz-Novelle
- 10.1993 Kindergarten- und Hortgesetznovelle
- 10.1993 Raumordnungsgesetz
- 11.1993 Mutterschutzgesetz
- 12.1993 Europäische Integration
- 01.1994 Landesumlagegesetz
- 07.1994 Grundverkehrsgesetz
- 11.1994 Verbot von halbautomatischen Schrotflinten (Pump-Guns)



Wahlen

Landtagswahl am 6. Oktober 1991

Ergebnis:	ÖVP	45,2 %
	SPÖ	31,4 %
	FPÖ	17,7 %
	VGÖ	2,6 %
	GAL	3,1 %

Gemeinderatswahlen am 6. Oktober 1991

Ergebnis:	ÖVP	43,2 %
	SPÖ	36,8 %
	FPÖ	15,2 %
	S 1	1,1 %
	S 2	1,2 %
	S 3	2,3 %
	S 4	0,1 %

Gemeinderatswahlen (Nachwahlen)

Enzenkirchen (Bez. Schärding)	22. März 1992
St. Marien (Bez. Linz-Land)	7. Februar 1993
Ohlsdorf (Bez. Gmunden)	21. März 1993
Wolfsegg (Bez. Vöcklabruck)	20. Nov. 1994
Alkoven (Bez. Eferding)	19. März 1995

Bundespräsidentenwahl 1992

Ergebnis:	Dr. Klestil	56,7 %
	Dr. Streicher	43,3 %

Nationalratswahl 1994

Ergebnis:	ÖVP	28,9 %
	SPÖ	34,5 %
	FPÖ	22,5 %
	Grüne	7,56 %
	LIF	4,72 %
	VGÖ	0,17 %
	KPÖ	0,2 %
	NEIN	0,79 %
	CWG	0,47 %
	ÖNP	0,18 %

Aktionen zu Jahresthemen

1991	Jahr des Energiesparens
1992	Jahr der Gesundheit
1993	Jahr der Verkehrssicherheit
1994	Jahr der Familie

Landesparteitage

14. November 1992:

34. Landesparteitag in Leonding unter dem Motto „Politik verstehen“ mit Neuwahl des Landesparteivorstandes.

11. Februar 1995:

35. Landesparteitag in Linz unter dem Motto „Offenes Land - Offene Partei“ mit Neuwahl des Landesparteivorstandes

Mitgliederstatistik

Stand Februar 1995

ÖAAB	41.443
BB	92.139
ÖWB	13.989
ÖFB	9.616
VP	19.149
SB	75.257
Direkt	1.086
gesamt:	252.679
bereinigt:	212.484

Bundesveranstaltungen in Oberösterreich

- ☐ Regierungsklausuren in Gmunden
- ☐ Wahlkongreß (Auftaktveranstaltung zur Nationalratswahl 1994 in Linz, Design Center)

Festveranstaltungen

- ☐ 15 Jahre Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck am 15. Oktober 1992 im Hotel Schillerpark in Linz - Laudatio Prof. Dr. Wilhelm Zauner - Video
- ☐ 8. April 1994 - 65. Geburtstag von Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck im Kongreßhaus, Gmunden „Ein Fest für Dr. Josef Ratzenböck“ mit über 1000 Gästen und Übergabe des Geburtstagsgeschenkes von 1 Million Schilling für die Ratzenböck-Stiftung. Mit Festrede von Vizekanzler Dr. Erhard Busek und Präsentation des „Ratzenböckfilmes“.



Arbeitsbehelfe für Funktionäre

Unter dem Titel „Wir im Team“ Arbeitsbehelf für ÖVP-Funktionäre in der Gemeinde wurden im Jahre 1993 für folgende Bereiche Arbeitsbehelfe erstellt:

Gemeindeparteioobmann
Gemeindeparteiorganisationsreferent
Gemeindeparteipressereferent
Gemeindeparteifinanzreferent
Gemeindeparteibildungsreferent

Ausbau und Modernisierung der Bezirkssekretariate

Bis Ende 1994 wurden alle 18 Bezirksparteisekretariate renoviert, mit modernsten EDV-Anlagen vernetzt allen notwendigen technischen Geräten wie moderne Kopiergeräte, Fax-Geräte usw. ausgestattet. Weiters wurden allen Sekretariaten Präsentationsausstattungen zur Verfügung gestellt.

Bezirksstrategie der ÖÖ. Volkspartei

Vom Institut für angewandte Politikwissenschaft unter der Leitung von Univ.Prof. Dr. Nick wurden 1993 bezirksspezifische Analysen zur strategischen Ausrichtung der ÖÖ. Volkspartei erstellt.

50 Jahre ÖVP - Erstellung einer Dokumentation

Das Buch „50 Jahre ÖVP-Oberösterreich „ wurde in Zusammenarbeit von Gottfried Kneifel, Erich Pfeifer und Harry Slapnicka erarbeitet und beim 34. Landesparteitag im Februar 1995 präsentiert.

Neues Volksblatt

ÖVP-Tageszeitung mit 90.000 Lesern. Umgestaltung auf Kleinformat. Beteiligung an der ÖÖ. Privatrado GesmbH.

Heimatwerbung

Wirtschaftsbetrieb der ÖVP mit rund 8.000 Plakatflächen in Oberösterreich.

Presse

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ist für die Umsetzung der Kampagnen und das Themenmanagement der Landes-ÖVP verantwortlich. Die geschieht sowohl mittels eigener Medien und Publikationen, als auch durch die Zusammenarbeit mit der Presse. Dazu erscheinen jährlich ca. 6 - 8 Landeszeitungen, eine Publikation, die an alle ÖÖ. Haushalte ergeht und über die Arbeit und die Themen der ÖVP Oberösterreich informiert. Angereichert ist die Landeszeitung mit Lesestoff und Serviceinformationen, Rückkopplungsmöglichkeiten gibt es durch Infoschecks und Gewinnspiele. Die Landeszeitung wird als hochwertiges 4-färbiges Magazin im Stil einer Illustrierten von einer Agentur gestaltet.

Zur Information der Funktionäre und Mitarbeiter gibt es das TOP-Mitarbeitermagazin, das regelmäßig erscheint. In dieser Publikation werden die ÖVP-Funktionäre über die Themen und Aktivitäten der ÖVP-Oberösterreich informiert, das Magazin enthält auch Argumentationshilfen zu bestimmten Themen und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Organisationen.

Um ein interessiertes, kritisches Publikum auf gehobenem Niveau anzusprechen, wurde 1987 die Zeitschrift „Startbahn“ gegründet. In diesem Magazin werden Zukunftsthemen umfassend auf wissenschaftlicher Basis behandelt. Die Startbahn erscheint 2 - 3 x jährlich.

Um die Landesthemen auch in den Gemeindezeitungen zu transportieren, erscheint 4 - 5 x im Jahr ein Gemeindezeitungsbeilagenblatt. Von den 445 öö. Gemeinden erscheinen in rund 380 Gemeinden ÖVP-Zeitungen regelmäßig. Kürzlich wurde auch ein landesweiter Gemeindezeitungswettbewerb durchgeführt, der ein erfreulich hohes Niveau der Gemeindezeitungen aufzeigte.



Um die Gemeindepressereferenten zu unterstützen, erscheint auch regelmäßig ein Graphikdienst mit aktuellen Sujets und Fotos für die Gemeindezeitungen. Zusätzlich gibt es eine Seminarschiene für Gemeindezeitungsmacher, wo praktische Kenntnisse zur Gestaltung der Zeitungen vermittelt werden.

Die ÖVP-Themen werden auch durch Schaukastenplakate transportiert, die ca. alle 2 Monate erscheinen.

Presseaussendungen, rund 30 - 50 Pressekonferenzen werden veranstaltet. Themenkampagnen werden durch Inserate in den Oberösterreichischen Medien unterstützt.

Zu den Aufgaben der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Medienbeobachtung und Dokumentation. Es erscheint ein täglicher Pressespiegel, zu wichtigen Themen wird Archivmaterial gesammelt.



Für politische Mandatare gibt es Argumentationshilfen und Rednerdienste, für die Funktionäre wurde ein Funktionärstelegramm, wo aktuelle Informationen schnell weitergegeben werden, eingeführt.

Die Landes-ÖVP informiert weiters in Belangsendungen, die auf Radio Oberösterreich geschaltet werden. Darin kommen die Spitzenpolitiker der Landes-VP zu aktuellen Themen zu Wort. Die Gestaltung der Sendungen erfolgt in Zusammenarbeit mit einer Agentur.

Die Medien werden vor allem durch den persönlichen Kontakt mit Journalisten sowie durch Presseaussendungen und Pressekonferenzen betreut. Jährlich erscheinen rund 150 - 200

Service

102 Fachtagungen

für Gemeindeparteiobmänner, Bürgermeister, Servicereferenten, Gemeindemandatare, Thema: ÖVP-Service für Gemeindebürger (Schwerpunkte: Zielgruppen - Fachthemen - konkrete Umsetzung)

1150 Sprechtag und Informationsveranstaltungen in den Gemeinden

Schwerpunkte der Themenbereiche: Wohnbauförderung, Lohnsteuer (Arbeitnehmerveranlagung, Jahresausgleich), Schul- und Heimbeihilfe



Info-Broschüren

- 1 Wohnbauförderung für Eigenheime
- 2 Fertigstellungsdarlehen und Hauskaufdarlehen
- 3 Förderungen für energiesparende und umweltschonende Maßnahmen
- 4 Wohnbauförderung für Eigentums-, Mietwohnungen, Reihenhäuser und Wohnheime
- 5 Wohnhaussanierung
- 6 Formel 35 + 3 (Grundkauf- und Hausratsdarlehen)
- 7 Beihilfen und Stipendien für Schüler
- 8 Studienbeihilfen für Student(inn)en
- 9 Ein Kind wird geboren
- 10 Bundespflegegeld (Landespflegegeld)
- 11 Urlaub für kinderreiche Familien mit Landeszuschuß
- 12 Wohnbeihilfe

(Auflagen der Broschüren 1 - 12 insgesamt ca. 250.000 Stück)

OÖ. Bauhandbuch (Auflage jährlich ca. 15.000 Stück)

Bildung

Magdalenagespräche

10. Jänner 1991 „Energiespararchitektur - Vom Solarhaus zum regionalen Energiekonzept“ Dipl.Ing. Sture Larsen, Solararchitekt
7. Februar 1991 „Die neue Bundesregierung - meine Vorstellungen“ Staatssekretärin Mag. Dr. Maria Fekter
7. März 1991 Expertengespräch „Energiesparen in der Praxis“; Landesrat Dr. Christoph Leitl, Baubiologe Franz Dobler, Hermann Obrist, Fa. Theco, Bgm. Günther Pumberger, Vorst.Dir. Dipl.Ing. Dr. Michael Schneeberger
4. April 1991 „BioWärme - Energie aus der Natur“; Dipl.Ing. Dr. Georg Schmidt
2. Mai 1991 „100 Jahre Rerum Novarum“ Univ.-Prof. Dr. Norbert Leser
6. Juni 1991 „Spitzensport: Grenzen - Möglichkeiten - Zielsetzungen“; Generalsekr. Dr. Heinz Jungwirth

16. Jänner 1992 „Wohin entwickelt sich die österreichische Gesellschaft“; Dr. Rudolf Bretschneider, Fessel-Institut-Wien

5. März 1992 „Können wir uns unsere Gesundheit in Zukunft noch leisten?“; NR. Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, ÖVP-Gesundheitssprecher

1. Oktober 1992 „EG - draußen vor der Tür“; Prof. Klaus Emmerich, ORF-Korrespondent

13. Jänner 1993 Podiumsdiskussion „Gefahr von rechts“; Hans-Henning Scharlach, Autor des Buches „Haiders Kampf“

4. Februar 1993 „Der Stellenwert und der Zustand der österr. Medienlandschaft - eine Momentaufnahme“; Gerd Bacher, ORF-Generalintendant

15. April 1993 „Wohnungspolitik für den Ballungsraum“; Volker Liepelt, 1.Parl.Gf der Berliner CDU

7. Oktober 1993 „Dem Verbrechen keine Chance“; Dr. Manfred Schreiber, Polizeidir.a.D., München

9. März 1994 „Die Kirche und die europäische Einigung“; Weihbischof P. Christoph Schönborn OP

4. Oktober 1994 „Politik und Kultur - eine Herausforderung“; Franz Morak, Burgschauspieler und ÖVP NR-Kandidat

29. November 1994 „Raumordnung in Südtirol und Oberösterreich“; Dr. Adolf Spitaler, Abt.Dir. Südt. LReg., Bozen

9. März 1995 „Pension in Not. Das österreichische Sozialsystem vor dem Zusammenbruch“; Dkfm. Dipl.Ing. Dr. Franz Kohmaier

Gesamtbesucher: ca. 2.600

Politische Bildung

Spezialseminare:

(Bildungsprogramme)

1990/91	9	159 Teiln.
1991/92	31	704 Teiln.
1992/93	32	588 Teiln.
1993/94	32	657 Teiln.
1994/95	11	299 Teiln. (bis dato)

insges. 115 Seminare mit 2.407 Teiln.



Bezirksweise Veranstaltungen

(Klausuren, Rufseminare, div. Seminare)		
1990/91	341	
1991/92	39	
1992/93	99	
1993/94	82	
1994/95	64	(bis dato)

insges. 625 Veranstaltungen mit 12.500 Teiln.

Veranstaltungen für Teilorganisationen und sonstige Institutionen:

(Klausuren, Rufseminare, div. Seminare)		
1990/91	7	
1992/93	19	
1993/94	43	
1994/95	12	

insges. 81 Veranstaltungen mit 1.215 Teiln.

Kommunalpolitische Veranstaltungen:

1990/91 Seminarreihe			
Bürgergespräche			
erfolgreich führen	15	154	Teiln.
Botschaften			
verständlich machen	14	259	Teiln.
1991/92 GR-Schulungen			
	49	2.160	Teiln.
1991/92 EU-Informationen			
	5	285	Teiln.
1993/94 Raumordnungsgesetz			
	20	400	Teiln.

insges. 58 Veranstaltungen mit 3.258 Teiln.

Schulungsarbeit für hauptberufliche Mitarbeiter

5.7.1991	Wahlbegleiteams
2.9.1991	Wahlmitarbeiter
11.-15.11.1991	Mitarbeiterschulung
17./18.1.1992	EDV-Ausbildung
20.-24.1.1992	EDV-Ausbildung
27.1.-1.2.1992	EDV-Ausbildung
17./18.8.92	Organisationsentwicklung
14.9.1992	Familienpaket
12.-16.10.1992	Mitarbeiterschulung
11.-15.10.1993	Mitarbeiterschulung
26.5.1994	Telefonseminar
2.9.1993	Mitarbeiterschulung
22.11.-7.12.93	EDV-Schulungen
28.11.-2.12.94	Mitarbeiterschulung

Weiterbildung der oö. Trainer

1.-4.7.1993	Moderationsmethoden
30.6.-3.7.1994	NLP
22.-25.6.1995	Moderation II

Aktionen der ÖVP-Oberösterreich

Energiesparen in der Gemeinde:

50 Veranstaltungen mit ca. 3.500 Teilnehmern.
180 Veranstaltungen von Gemeinden mit ca. 12.000 Besuchern

Broschüren dazu:

- ☐ Energiesparmappe
- ☐ Energiesparausstellung
- ☐ Energiesparern für Autofahrer
- ☐ Energiesparen im Wohnbereich
- ☐ Energiesparbuch
- ☐ Parkuhr
- ☐ Energiesparverlosung

Weitere Broschüren:

„Wahlwerbung in der Gemeinde“

- ☐ Tips für die Organisation
- ☐ Checkliste für Aktionen
- ☐ Ideen für Aktionen

Publikationen:

- ☐ Mitarbeiter bei der Politischen Akademie zu den Themen: Öffentlichkeitsarbeit in der Gemeinde, Ideologie (Politik ohne Werte ist wertlos) und Broschüre „Der Weg zum Wähler“

EDV

1992 begann die Planung für den Umstieg vom zu klein gewordenen Unix-System auf ein Client-Server-System. Eine optimistische Kosten/Nutzenabschätzung machte die Entscheidung leicht. Innerhalb von 6 Monaten wurde die Applikationssoftware neu entwickelt, innerhalb 1 Woche ein Multi-Server-Netz mit 3 Außenstellen eingerichtet. Die ausgeprägte Steigerung der Systemperformance und die vielfältigen Möglichkeiten der windowsbasierten Software führte zu einer hohen Akzeptanz und war Ansporn für die rund 50 Anwender, ihre Ideen im neuen System umzusetzen. Seit November 1994 werden die Mitgliederdaten aller Teilorganisationen zentral im Rechner der LPL gehalten. In das NOVELL-Netzwerk sind auch die Teilorganisationen (ÖAAB, BB, WB, JVP, SB und ÖFB) sowie Mitglieder der Landesregierung eingebunden. Es besteht auch für alle User der direkte Zugriff in das APA Netz.





Bundespräsidentenwahl **1992**

Bereits beim ersten Wahlgang am 26. April 1992 lag das Salzburg-Ergebnis von Dr. Thomas Klestil über dem Bundesdurchschnitt (37,7 % gegenüber 37,2 % bundesweit). Noch deutlicher fiel das Ergebnis im zweiten Wahlgang aus: Während österreichweit Dr. Klestil 57 Prozent der Stimmen erreichte, fand er in Salzburg eine Zustimmung von 60 Prozent.

Ein Kernpunkt der Wahlwerbung war der Klestil-Abend, bei dem die Bevölkerung in jeder Gemeinde und jedem Stadtteil der Landeshauptstadt unmittelbar angesprochen wurden. Von der Landespartei wurden diese Abende bis ins

Detail vorbereitet, mit Ablaufplan, Redeunterlagen, Video und statistischem Material, komplettiert durch weitere Aktionsvorschläge und einem Bürgermeister-Musterbrief.

Das Landeskomitee der „Salzburg-Initiative für Dr. Thomas Klestil“ leitete unser Altlandeshauptmann Wilfried Haslauer, für die Bezirkskomitees stellten sich ausgewählte Persönlichkeiten zur Verfügung. Die Klestil-Initiative trat insbesondere mit Inseraten an die Öffentlichkeit, ergänzt durch eine größere Veranstaltung in jedem Bezirk.

Für insgesamt 5 Klestil-Einsätze in Salzburg wurden Programme erstellt, ebenso für 8 Besuche von Ministern bzw. Staatssekretären. Vor dem 1. als auch vor dem 2. Wahlgang gab es in jedem Bezirk einen Einsatztag von Mitgliedern der Landesregierung.



Gemeinderatswahl Stadt Salzburg 1992

Trotz Vorhersagen in den Medien, die der ÖVP bei der Gemeinderatswahl am 4. Oktober den Abrutsch auf den 4. Platz prognostizierten, konnte die Volkspartei den 9 Mandaten noch zwei hinzufügen, während die SPÖ - ausgehend von 21 Gemeinderatssitzen - praktisch ins Bodenlose stürzte und nach der Wahl nur mehr 12 Mandate aufwies (VP 24,8 %, SP 28 %, FP 14,5 %, BL 16,5 %). Nach der Spaltung der SP-Gemeinderatsfraktion war plötzlich die Volkspartei die mandatsstärkste Fraktion und stellt seither mit Dr. Josef Dechant den Bürgermeister der Stadt Salzburg.

Rund 100 Personen beteiligten sich im Vorfeld der Wahl in verschiedenen Arbeitskreisen am „Modell Zukunft Stadt“. Im Rahmen dieser Arbeitskreise wurden Lösungsvorschläge für kommunalpolitische Problembereiche erarbeitet, die dann in das Wahlprogramm eingeflossen sind.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wurden verschiedenste Strategien verwendet: Stadtteilzeitungen, Sonderbeilagen in der Salzburger Volkszeitung, Informationsstände, Telefonaktionen, Hausbesuche der Funktionäre und Spitzenkandidaten, Informationsfalter des Spitzenkandidaten und zu den Themen „Verkehr“, „Umwelt“ und „Wohnen“, Schulfeste mit Postkartenaktionen u.a.m. Plakatiert wurde auf 16-, 2- und 1-Bogen-Flächen.

Landtagswahl 1994

Erster Höhepunkt des Super-Wahljahres 1994 war die am 13. März durchgeführte Landtagswahl. Mit 38,6 Prozent der Stimmen ist die ÖVP weiterhin deutlich die stimmenstärkste Partei (SP 27 %, FP 19,5 %, BL 7,3 %, LF 5,8 %), sie verlor allerdings zwei Mandate und damit auch die absolute Mehrheit in der Regierung (das entscheidende 15. Mandat wurde nur um 417 Stimmen verfehlt). Mit minus 8 Prozent war das Ergebnis in der Landeshauptstadt besonders schmerzlich. Ein etwas anderes Bild entsteht, wenn man die Stimmendifferenz zur zweitstärksten Partei betrachtet: der durchschnittliche Stimmenvorsprung der ÖVP gegenüber der SPÖ

von 1945 bis 1989 beträgt ca. 17.500 Stimmen, z.Zt. hat die ÖVP 29.530 Stimmen mehr als die SPÖ.

Wie bereits bei den vergangenen Wahlgängen üblich, wurde im Hinblick auf die Landtagswahl das „Modell Salzburg 2000“ gestartet, das als programmatische Grundlage dienen sollte. Abweichend von der bisherigen Praxis wurden die einzelnen Themenschwerpunkte nicht von einer größeren Interessentengruppe, sondern von namhaften Einzelpersonlichkeiten erarbeitet.

In einer unter dem Motto „Wir haben die Kandidaten, Sie haben die Wahl“ bereits zeitig vor den Wahlen durchgeführten offenen Vorwahl haben sich 13.000 Personen beteiligt.

Die Wahlwerbung selbst stand unter dem Leitsatz „Menschen statt Plakate“. Durch eine Vielzahl von Bezirks- bzw. Gemeindeeinsätzen sollten der Bevölkerung die Spitzenkandidaten in natura präsentiert werden. Zu diesem Zweck wurde ein eigener Sattelschlepper angeschafft (sog. „Katschomobil“), dessen Ladefläche als Bühne umgebaut wurde. Bei diesen Veranstaltungen wurden auch kistenweise Äpfel verteilt, das einzige „give-away“ im Landtagswahlkampf. Ein Fixpunkt jeder Veranstaltung war das „Katschthaler-Video“, das - professionell gestaltet - ein sympathisches, persönliches Bild des Landeshauptmannes vermittelte. Ein besonders witziger Einfall waren sprechende Plakate, die mittels eines Sensors und eines eingebauten Tonbandes die Vorbeigehenden auf die Wahl aufmerksam machten und eine Wahlempfehlung abgaben.

Wahlunterstützung von Bundeskanzler Helmut Kohl gab es beim „Fest mit Freunden“ im vollen Kongreßhaus in Salzburg am 13. Jänner 1994. In der Endphase der Wahlwerbung wurde noch eine entscheidende Aktion gestartet: mittels Telefon wurden sämtliche Parteimitglieder des Landes gebeten, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler zu unterstützen.

Ähnlich wie bei der erfolgreichen Bundespräsidentenwahl wurden im Rahmen der „Salzburg-Initiative für Dr. Hans Katschthaler“ hervorragende Persönlichkeiten des Landes eingeladen, den Landeshauptmann explizit und öffentlich (u.a. mit selbstbezahlten Inseraten) zu unterstützen.



- Rechtzeitig vor dem Beitritt zur EU wurde das steirische Autobahn- und Schnellstraßennetz fertiggestellt, der konsequente Ausbau der Verkehrsinfrastruktur garantiert die optimale Anbindung der Steiermark an die dynamischen europäischen Wirtschaftszentren.
- Durch große Anstrengungen seitens des Landes und regionaler Verantwortlicher im Hinblick auf die Modernisierung der Fremdenverkehrseinrichtungen konnte auch der Stellenwert der Steiermark als Wintersportland enorm gesteigert werden. Internationale Großveranstaltungen wie die Alpine Schi-WM 1982 in Schladming, die Nordische WM 1999 in der Ramsau, die Schiflug-WM 1996 am Kulm, aber auch die vielbeachtete steirische Olympiabewerbung unterstreichen den Erfolg dieser steirischen Bemühungen.
- Durch den Ausbau der Thermenlinie (Bad Waltersdorf, Blumau, Loipersdorf, Bad Gleichenberg, Bad Radkersburg) konnte auch im strukturschwachen oststeirischen Raum ein saisonunabhängiges Standbein im Bereich des Gesundheits- und Fitneßtourismus geschaffen werden.

Politische Situation - Wahlen

Auch in der Steiermark waren natürlich die Auswirkungen der tiefgreifenden politischen Umgestaltung in Österreich zu spüren. So verlor die Steirische Volkspartei bei den Landtagswahlen am 23. September 1991 ihr absolute Mehrheit. Dank der überragenden Persönlichkeit von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der landesweit mehr als 140.000 Vorzugsstimmen erhielt, konnte sich die Volkspartei aber als weitaus stärkste politische Kraft im Lande behaupten. Das Landtagswahlergebnis von 44,2 Prozent lag mehr als 11 Prozent über dem Ergebnis der im Herbst 1990 stattgefundenen Nationalratswahlen. Die steirische SPÖ sinkt beim erstmaligen Antreten des neuen Vorsitzenden DDr. Peter Schachner-Blazizek mit 34,9 % hingegen auf einen historischen Tiefststand, die FPÖ erreicht unter Landesparteiobmann Dipl.-Ing. Michael Schmid 15,4 % und zieht damit in die Landesregierung ein. Die Grünen erreichen nur 2,9 % und schaffen den Wiedereinzug in den Landtag nicht.

Trotz des Verlustes der absoluten Mehrheit wird Landeshauptmann Dr. Josef Krainer im Landtag einstimmig zum Landeshauptmann wiedergewählt. Mit einer Sitzverteilung von 4:4:1 in der Landesregierung und 26:21:9 im Landtag kommt es zu einer neuen Beweglichkeit in der steirischen Politik, aber auch zu teilweise lähmenden Blockadeversuchen seitens der SPÖ. Landeshauptmann Dr. Josef Krainer erkannte die neue politische Situation als Herausforderung, um Zusammenarbeit und Entscheidungsfähigkeit, Stabilität und Dynamik in der steirischen Politik im Rahmen von Mehrheitsverhältnissen sicherzustellen, die sein Vater bereits zwischen 1949 und 1957 vorgefunden hatte, sicherzustellen.

Dem Landeshauptmann geht es dabei um zweierlei:

1. einen möglichst breiten Konsens anzustreben und
2. ebenso die Regierungs- und Entscheidungsfähigkeit in unserem Land sicherzustellen, um gemeinsam möglichst viel für unser Land weiterzubringen.

Das erfolgreiche Bemühen des Landeshauptmannes um Handlungsfähigkeit und Gemeinsamkeit trotz fehlender klarer Mehrheit dokumentieren jene 99,87 % der 75.328 Landesregierungsbeschlüsse, die von den Landtagswahlen 1991 bis Ende 1994 trotz aller Blockadeversuche einstimmig gefaßt wurden. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnte also vieles weitergebracht und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Josef Krainer ist der Garant für einen guten Weg der Steiermark ins neue Europa an der Schwelle des neuen Jahrtausends.

Die Steiermark und Europa

Neben dem innenpolitischen hat sich aber auch das internationale Umfeld der Steiermark in den letzten Jahren dramatisch verändert: Einerseits durch die fortschreitende Integration Westeuropas, andererseits natürlich durch die Abkehr der ost- und mitteleuropäischen Völker vom Kommunismus und deren Kampf um nationale Eigenständigkeit. Die Steiermark und Landeshauptmann Dr. Josef Krainer übten demonstrativ Solidarität mit Slowenien und Kroatien, die sich 1991 für unabhängig erklärten. Krainer warb



auch intensiv um Unterstützung und für die diplomatische Anerkennung der neuen Staaten, etwa bei Deutschlands Bundeskanzler Helmut Kohl oder dem damaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt.

Als steirischer Landeshauptmann steuerte Josef Krainer auch früh einen entschlossenen EU-Kurs, wovon Besuche höchstangesehener EU-Politiker, wie der Kommissionspräsidenten Gaston Thorn oder Jacques Santer sowie des Parlamentspräsidenten Egon Klepsch zeugen. Als erstes österreichisches Bundesland richtete auch die Steiermark ein eigenes EU-Referat ein. Das Ergebnis bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 fiel dementsprechend positiv aus: Nach dem Burgenland war in der Steiermark die höchste Zustimmung zum Beitritt zu verzeichnen.



gf. LPO LR Dr. Gerhard Hirschmann
und LGF LABg. Dr. Reinhold Lopatka
hissen am 12. Juni die Europafahne

Landeshauptmann Krainer stellte dazu fest: „Die Chancen der Wendejahre 1989/90 und des EU-Beitrittes müssen gestaltet werden. Geopolitisch ist die Steiermark von der Grenzlage am äußersten südöstlichen Rand der westlichen Demokratien wieder in die Mitte und ins Zentrum Europas gerückt. Wir wollen daher unser Land als dynamisches Zentrum im Südosten Europas profilieren und seine spezifischen Chancen in bestmöglicher Weise herausarbeiten.“

Eigenständigkeit, Offenheit, Innovation und Reformkurs, der aus der Tradition der politischen Arbeit der letzten 50 Jahre erwächst, sind daher Alltag der Arbeit der Steirischen Volkspartei gerade im Jahr 1995.

Personelles

Zukunftsorientierung signalisierte die erfolgreiche personelle Neuformierung des VP-Spitzen-teams durch Landeshauptmann Krainer im Oktober 1993: Franz Hasiba folgt dem seit 1945 in Spitzenfunktionen für die Volkspartei und die Steiermark tätigen Franz Wegart, der sich anlässlich seines 75. Geburtstags aus der aktiven Politik zurückzieht, als Landtagspräsident nach. Waltraud Klasnic wird als erste Frau in der Geschichte der Steiermark Landeshauptmannstellvertreterin und der geschäftsführende Landesparteiobmann und Klubobmann Gerhard Hirschmann zieht in die Landesregierung ein. Dort setzt er mit Davis-Cup, Ö-Ring und Olympiabewerbung bald österreichweit beachtete Initiativen.

In der Parteizentrale übernimmt Reinhold Lopatka als Landesgeschäftsführer die Verantwortung von Ludwig Kapfer. Kapfer war 1992 Candidus Cortolezis nachgefolgt, der wiederum seine Anwaltstätigkeit aufnahm. Der Landtagsklub wird von Karl Maitz und Hermann Schützenhöfer geführt, Schützenhöfer wird im November 1994 – mit dem Wechsel von Karl Maitz in den Nationalrat – Klubobmann.

Beim Landesparteitag 1992 wird Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als Landesparteiobmann bestätigt, zu seinen Stellvertretern werden Martin Bartenstein und Ruth Feldgrill-Zankel gewählt.

Das traditionsreiche Bildungszentrum der Steirischen Volkspartei, das Josef Krainer Haus, wird zur Josef Krainer Akademie aufgewertet, die Leitung übernimmt die Landtagsabgeordnete Eva Karisch.

Die 1988 von der Steirischen Volkspartei ins Leben gerufene Wochenzeitung „Die Steirische“ hat sich im Berichtszeitraum außerordentlich positiv entwickelt. Seit 1992 erscheint sie unter neuer Trägerschaft – Präsident des Herausgebervereins ist der profilierte Medienexperte und Schulpolitiker Prof. Dr. Bernd Schilcher – und erweitert als „Die Steirische Wochenpost“. Nach 98.000 wöchentlichen Lesern 1990 weist die Mediaanalyse für 1994 bereits 173.000 Leser auf. Sie ist damit die größte steirische Abonnement-Wochenzeitung.



Beim Parteitag am 16. März 1991 wurde Dr. Wendelin Weingartner zum Obmann der Tiroler Volkspartei gewählt. Landeshauptmann Dr. Alois Partl hat nicht mehr kandidiert. In einem fairen Wettbewerb konnte sich Wendelin Weingartner gegen den heutigen EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler und gegen den heutigen Landtagspräsidenten Ing. Helmut Mader durchsetzen.

Gleichzeitig wurde auf dem Parteitag die bereits von Wendelin Weingartner angeregte strategische Neuausrichtung der Tiroler Volkspartei beschlossen. Ziel dieser Reform war es, auf die geänderten Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbes in Österreich und in Tirol offensiv zu reagieren. Das Image der Tiroler Volkspartei bei neuen, mobilen Wählerschichten sollte entscheidend verbessert werden. Die Tiroler Volkspartei setzte es sich zum Ziel, in den zentralen tirolspezifischen Themen die Themenführerschaft wiederzugewinnen. Die Neuausrichtung dokumentierte sich einerseits in einer Änderung der Organisationsstruktur der Partei, zum anderen in einer Demokratieoffensive mit dem Kernpunkt einer Wahlrechtsreform.

Konsequente Umsetzung der strategischen Neuausrichtung

Nach dem Parteitag begann der neue Parteipräsident Wendelin Weingartner die Kernpunkte der strategischen Neuausrichtung konsequent umzusetzen. Mit dem ORF-Moderator der täglichen Fernsehsendung Tirol Heute, Helmut Kriehöfer, konnte er für die Position des Hauptgeschäftsführers einen Kommunikationsfachmann gewinnen, dessen zentrale Aufgabe es war, eine Marketingoffensive durchzuführen. Weingartner und Kriehöfer strukturierten in der Folge die hauptamtliche Parteiebene komplett um. Die Ressourcen wurden von der Mitgliederbetreuung zur Wählerbetreuung verlagert, die Öffentlichkeitsarbeit wurde professionalisiert und die Öffnung der Partei wurde vorangetrieben.



*Ein strahlender Sieger:
Landeshauptmann Dr. Wendelin Weingartner*

Bei der Demokratieoffensive trug die Tiroler Volkspartei dem Wunsch der Wählerinnen und Wähler Rechnung, die eine verstärkte Mitbestimmung bei der Auswahl der politischen Repräsentanten wollte. Deshalb wurde eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes in die Wege geleitet. In der Folge wurde die Direktwahl der Bürgermeister vom Tiroler Landtag beschlossen. Gleichzeitig wurden auf Landesebene die Wahlkreise verkleinert. Durch eine Direktwahl und eine Vorzugsstimmenregelung wurde auch auf Landesebene die Persönlichkeitswahl installiert.

Die Zeit des Teams Weingartner/Kriehöfer bis zu den ersten Wahlgängen war knapp bemessen. In der ersten Jahreshälfte 1992 standen die Gemeinderatswahlen und die Bundespräsidentenwahl auf dem Programm. Beide Wahlgänge wurden von einem jungen, hochmotivierten Team geschlagen. Die Erfolge blieben nicht aus.

Gemeinderatswahlen:

Die alte Freiheitliche Hochburg Kufstein wurde zurückerobert

Vor den beiden Präsidentschaftswahlgängen fanden in Tirol Gemeinderatswahlen statt. Erstmals wurden die Bürgermeister in 278 Tiroler Gemeinden direkt gewählt. Das war ein klares Signal dafür, daß es die Tiroler Volkspartei ernst nimmt mit ihrer Demokratieoffensive. Das Wahlziel war klar formuliert: Der Großteil der Bürgermeister sollte gehalten werden, jedem freiheitlichen Mandatar in den Gemeinderäten sollte eine VP-Frau gegenüberstehen und die zweitgrößte Stadt Tirols, Kufstein, eine alte Freiheitliche Hochburg, sollte für die Tiroler Volkspartei zurückerobert werden. Alle drei Wahlziele konnten eindrucksvoll erreicht werden. Seit März 1992 stellt die Tiroler Volkspartei in 255 von 278 Tiroler Gemeinden den Bürgermeister. Das Ziel, daß jedem FPÖ-Gemeinderat eine „Wir Tiroler Gemeinderätinnen“ gegenübergestellt werden soll, wurde eindrucksvoll überboten. 120 Freiheitlichen Mandataren stehen seit März 1992 180 Gemeindemandatarinnen der Tiroler Volkspartei gegenüber. Und schließlich konnte sich Dr. Her-

bert Marschitz in der blauen Hochburg Kufstein eindrucksvoll gegen die FPÖ durchsetzen. Insgesamt sitzen seit März 1994 von insgesamt 3600 Gemeinderäten 2559 Gemeindemandatare der Tiroler Volkspartei in den Tiroler Gemeindeparlamenten.

Bundespräsidentenwahl

Zwei Drittel für Klestil

Bei der Bundespräsidentenwahl konnte Thomas Klestil im ersten Wahlgang am 26. April 1992 44,5 Prozent auf sich verbuchen. Bei der notwendig gewordenen Stichwahl am 24. Mai stimmten 66,7 Prozent aller Tiroler für Dr. Thomas Klestil. Es war neuerlich ein klares Signal, daß Persönlichkeiten in der Politik heute mehr gefragt sind denn je. Immerhin konnte Klestil in 276 von 279 Tiroler Gemeinden eine deutliche Mehrheit erzielen. Das absolute Tiroler Spitzenergebnis lieferte die Tiroler Gemeinde Hinterhornbach mit 98 Prozent.

Die Ergebnisse der beiden Wahlgänge 1992 haben klar gezeigt, daß mehr Demokratie der richtige Weg ist. Ein Weg, den die Tiroler Volkspartei im Hinblick auf das Superwahljahr 1994 konsequent weiterging.

Am 24. September 1993 hat mit Landeshauptmann Dr. Alois Partl ein Mann die politische Bühne verlassen, der in mehr als zwei Jahrzehnten als Mitglied der Tiroler Landesregierung das Land Tirol und die Geschichte der Tiroler Volkspartei wesentlich mitgeprägt hat. Über Vorschlag der Tiroler Volkspartei wählte das Tiroler Landesparlament Dr. Wendelin Weingartner zum neuen Landeshauptmann. In seiner Regierungserklärung setzte Wendelin Weingartner klare Signale für einen modernen, liberal-konservativ ausgerichteten Regierungsstil.

Vorwahl:

Ein politisches Experiment hat sich bewährt

Im November 1993 fand die Vorwahl der Tiroler Volkspartei zur Landtagswahl statt. Dieser Wahlgang stellte ein absolutes Novum in der Wahlgeschichte Tirols dar. Alle Tiroler Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit, die Landtagsmannschaft der Tiroler Volkspartei zu nominie-



Landeshauptmann Dr. Wendelin Weingartner und Landesgeschäftsführer Helmut Kriehofer



ren. Damit wurde die Öffnung der Partei weiter konsequent fortgesetzt. 100 Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich den Bürgerinnen und Bürgern zur Wahl. Mehr als 72.000 Tirolerinnen und Tiroler machten Gebrauch von der Möglichkeit, ihren Kandidaten der Volkspartei zu nominieren. Das Vorwahlmodell lehnte sich stark an die in den USA praktizierte Form der Primaries an: das bedeutete Urnenwahl in jeder Gemeinde, Verbindlichkeit der Ergebnisse und massive Bewerbung der Wahlgänge. Ein politisches Experiment hat sich damit bewährt. Die beabsichtigte Mobilisierung der Wähler zugunsten der Tiroler Volkspartei wurde eindrucksvoll erreicht.

Landtagswahl:

Die absolute Mehrheit wurde gehalten

Bei der Landtagswahl selbst erreichte die Tiroler Volkspartei im März 1994 ein sensationelles Ergebnis. 47,3 Prozent aller Tirolerinnen und Tiroler wählten Wendelin Weingartner und seine Mannschaft. Das bedeutete die absolute Mandatsmehrheit im Tiroler Landtag. Und dies, obwohl zusätzlich zwei neue, erstzunehmende Parteien (LIF; die Unabhängigen Tiroler) zum erstenmal angetreten waren. Das LIF schaffte 3,4 Prozent und damit den Einzug ins Landesparlament nicht, die Unabhängigen Tiroler kamen auf 2,4 Prozent. Die FPÖ stagnierte bei 16 Prozent. Die Sozialdemokraten sackten auf unter 20 Prozent ab. Die Grünen schafften mit 10,8 Prozent den Einzug in die Landesregierung. Die Mandatsverteilung seit März 1994 sieht damit folgendermaßen aus: Tiroler Volkspartei 19 Mandate, SPÖ sieben Mandate, FPÖ sechs Mandate und die Grünen vier Mandate. Dieser Erfolg war ein klarer Beweis dafür, daß der von Landeshauptmann Wendelin Weingartner 1991 eingeschlagene Weg der Erneuerung der richtige war. Die achtköpfige Regierung setzt sich aus fünf Vertretern der Volkspartei und je einen Vertreter der SPÖ, FPÖ und Grünen zusammen. Mit der 39jährigen Chirurgin Elisabeth Zanon wurde von Weingartner erstmals ein Frau in die Tiroler Landesregierung geholt. Ferdinand Eberle wurde Landeshauptmannstellvertreter und Helmut Mader wechselte auf den Präsidentenstuhl im Landtag.

Zum Ausruhen blieb keine Zeit. Die Volksabstimmung zum EU-Beitritt fand bereits im Juni statt. In Tirol stimmten 56,4 Prozent für einen Beitritt

zur EU. Trotz der skeptischen Haltung vieler Tirolerinnen und Tiroler, insbesondere wegen der Transitproblematik, konnte überraschend die Mehrheit der Bürger für einen Beitritt zur EU gewonnen werden.

Bei der Nationalratswahl im Oktober 1994 verfehlte die ÖVP auch in Tirol ihr Wahlziel klar. Für die Tiroler Volkspartei ist das aber ein Auftrag, den konsequenten, geradlinigen Weg, den die Partei in den vergangenen vier Jahren gegangen ist, konsequent fortzusetzen und auch die ÖVP zu ähnlich mutigen Schritten der Erneuerung zu motivieren.

Nach dem 9. Oktober 1994 trotzdem sehr erfreulich für die Tiroler Volkspartei: Mit Franz Fischler stellt Tirol den ersten EU-Kommissar Österreichs in Brüssel, die Reuttenerin Sonja Moser ist Familienministerin und Andreas Khol neuer Klubobmann der ÖVP in Wien.

Schwerpunkte der politischen Arbeit

Die Arbeit der Tiroler Volkspartei in den letzten Jahren war geprägt von Themen, die in direktem Zusammenhang mit der Europäischen Union standen. Auf der einen Seite war der Transitverkehr von Deutschland nach Italien Schwerpunkt der politischen Arbeit, auf der anderen Seite versuchte die Tiroler Volkspartei, sich konsequent auf einen möglichen EU-Beitritt vorzubereiten. Mittelpunkt der Diskussion waren in diesem Zusammenhang das Raumordnungs- und Grundverkehrsgesetz, das einen Ausverkauf Tirols nach einem EU-Beitritt verhindern sollte. Im Bereich Transit konnte die Tiroler Landesregierung den Abschluß des Transitvertrages erreichen, der eine Entlastung für die transitgeplagte Bevölkerung mit sich bringen wird. Durch das Grundverkehrs- und Raumordnungsgesetz wurde sichergestellt, daß es auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union zu keinem Ausverkauf der Heimat kommen wird. Die Diskussion, die zu führen war, war nicht einfach, trotzdem ist es aber gelungen, für alle Betroffenen akzeptable Lösungen zu finden. 1993 wurde von der Tiroler Volkspartei die Wohnbauoffensive in die Wege geleitet. Bis Ende des heurigen Jahres werden mit dieser Wohnbauoffensive 14.500 neue Wohnungen gebaut.



Was die Wirtschaft anlangt, konnte Tirol seine österreichische Spitzenposition halten. Die Arbeitslosenzahlen bleiben konstant unter dem Bundesschnitt; die Rezession war in Tirol nicht so vehement spürbar wie in anderen Bundesländern. Auch ein Verdienst der Budgetpolitik des Landes, das konjunkturstützend zusätzlich Mittel für Projekte, wie etwa die Milliarde für die Wohnbauoffensive, aufbringen konnte.

Wesentliche Schwerpunkte der Zukunft liegen in der Realisierung der Unterinntaltrasse, die eine spürbare Entlastung beim Transitverkehr auf der Straße bringen soll. Die Tiroler Volkspartei wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß diese Trasse so schnell wie möglich gebaut wird. Noch in diesem Jahr soll die Wohnbaupolitik des Landes weiter verbessert werden, wobei deutliche eigentumsfreundliche Akzente gesetzt werden. Darüber hinaus hat die Tiroler Volkspartei der Bürokratie den Kampf angesagt: Verwaltungsvereinfachungen, eine Dezentralisierung der Verwaltung und mehr Bürgernähe sollen die Modernisierung und Effizienz der Verwaltung fördern.





Parteiorganisation

Seit dem letzten Bundesparteitag haben in Vorarlberg 2 Landesparteitage stattgefunden.

Beim 34. außerordentlichen Landesparteitag am 18. November 1991 in Dornbirn wurde nach längerer Vorbereitungsarbeit durch eine Reformgruppe das Landesparteiorganisationsstatut neu beschlossen.

Am 30. Oktober 1993 fand im Betriebsgebäude der Firma Hirschmann in Rankweil der 35. Landesparteitag statt, bei dem Dr. Herbert Sausgruber mit 336 von 337 abgegebenen Stimmen neuerlich zum Landesparteiobermann gewählt wurde. Elfriede Salzgeber wurde als Stellvertreterin ebenfalls bestätigt. Die bisherigen Obmannstellvertreter ALTPräs. Bertram Jäger, ALR Anton Türtscher und ABR Ing. Georg Ludescher stellten ihre Ämter zur Verfügung. Als neue Stell-

vertreter wurden Kuno Riedmann, LAbg. Manfred Dörler, Landesrat Ing. Erich Schwärzler gewählt.

Die drei Hauptthemenbereiche der bevorstehenden Landtagswahl, Soziales, Umwelt und Arbeit und Wirtschaft standen im anschließenden Diskussionsteil im Vordergrund.

Auslandskontakte

Neben regelmäßigen Auslandskontakten des Landtagsklubs der Vorarlberger Volkspartei, fanden auch die jährlichen Begegnungen im Rahmen der internationalen Bodenseetagung Christlicher Politiker statt. Bei diesen Bodenseetagungen werden neben der Diskussion der entsprechenden Sachthemen, internationale Kontakte und neue bzw. bestehende Freundschaften gepflegt und weiter ausgebaut.

31. August 1991 in Arbon/Schweiz:
Wertewandel in Bildung und Kultur in Zeiten des Umbruchs: Landesrätin Elisabeth Gehrler war unsere Referentin bei dieser Tagung. Bei dieser Tagung wurde in einer Resolution auch die Schaffung eines sog. Internationalen Bodenseerates beschlossen, der Landtagspräsident BM Siegfried Gasser als einer der drei Vizepräsidenten angehört. Dem Bodenseerat gehört das Fürstentum Liechtenstein, das Land Vorarlberg, die Schweizer Kantone St. Gallen, Thurgau und Schaffhausen, das Land Baden Württemberg und der Freistaat Bayern an. Sinn des Bodenseerates ist es, die Zusammenarbeit im Bodenseeraum weiter zu intensivieren.

29. August 1992 in Triesenberg/Liechtenstein:
Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Neben der stellvertretenden Ministerpräsidentin im Freistaat Bayern Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner trat unsere Umweltministerin Dkfm. Ruth Feldgrill-Zankel als Referentin auf.

2. Oktober 1993 in Lindau/Bayern:
Auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion - Chance oder Risiko? Nach Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel, referierte als unser österreichischer Vertreter, Bundesminister Jürgen



Weiss zum Thema „Nationale und regionale Eigenständigkeit in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

5. November 1994 in Altstätten/Schweiz:
Nadelöhr Bodenseeraum im Zentrum Europas
(besondere Berücksichtigung der Transitfrage).
Verkehrssprecher Mag. Helmut Kukacka mußte
leider kurzfristig absagen.

Die nächste Tagung wird am 1. Juli 1995 in Friedrichshafen stattfinden.

Politische Aktionen

Im Berichtszeitraum haben die ÖVP-Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung die bewährten Gemeindebesuche fortgesetzt, und an über 200 Tagen allen Gemeinden Vorarlbergs mindestens einen Besuch abgestattet. Betriebsbesuche, Gespräche mit örtlichen Vereinen und Mandatsträgern sowie Sprechstunden, waren die Inhalte dieser offensiven Direktkontakte mit den Landesbürgern.

Vorwahlen

Im Zuge der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl 1994, wurde in Vorarlberg erstmals eine offene Vorwahl durchgeführt. In der Zeit von 23. Februar bis 4. März waren alle Mitglieder und zusätzlich alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberger die zuvor ihr Interesse bekundet hatten aufgerufen, ihre Kandidatenreihung vorzunehmen.

Landtagswahl 1994

Bei der Landtagswahl am 18. September 1994 konnte die Vorarlberger Volkspartei mit 49,96 % (51,0 1989) der Stimmen ihren Mandatsstand (20 von 36) verteidigen. Für die absolute Mehrheit an Stimmen fehlten genau 99 Stimmen. Die FPÖ konnte mit 18,4 % (16,1) die SPÖ 16,2 (21,3) überholen. Die Grünen, gespalten in Grüne Alternative und Grüne Bürgerliste verteidigten ihren Stimmenanteil knapp (9,4 % gegenüber 10,1 % 1989). Das Liberale Forum schaffte mit 3,5 % den Einzug in den Landtag nicht.

Bildungsarbeit

In der Bildungsarbeit setzten wir Akzente im Bereich „Öffentlichkeitsgerechte Politik“ (über 40 Rhetorik- und PR-Seminare), in Sachen „Werte und politisches Selbstverständnis“ (Ideologieseminare und Aktionsplanungstage in über 50 Ortsgruppen), in der Vermittlung eines fachlichen, sachlichen oder rein persönlichen fachlichen für insgesamt über 1.500 Teilnehmer.

Neben der Aus- und Weiterbildung von Mandatsträgern und Funktionären stand auch die Mitarbeiterschulung im Vordergrund. In Vorbereitung des Wahljahres 1994 und der Gemeinderatswahl 1995 begleitete das Bildungsreferat zahlreiche Aktionen in organisatorischer und bildungsmäßiger Hinsicht.

In mehr als 10 Projektgruppen mit über 100 Teilnehmern ist in Zusammenarbeit mit dem ÖVP-Klub die inhaltliche Ausrichtung der Vorarlberger Volkspartei, das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre erarbeitet worden.

Politische Arbeit

Schwerpunkt der politischen Arbeit war die punktuelle Verbesserung bereits begonnener Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes sowie pionierhafter Förderungen und Maßnahmen im Sozialbereich.

Nicht unerwähnt bleiben soll in diesem Zusammenhang die Fortsetzung des Sparkurses im Budget, die trotz erheblicher Schwierigkeiten (konjunkturbedingt) fortgesetzt wurde. So werden für das kommende Jahr bereits zum elften Mal netto keine neuen Schulden aufgenommen. Der Spielraum - der durch diese weitsichtige Finanzpolitik des Landes entstanden ist - ermöglicht diese breite Palette von gezielten Maßnahmen und Initiativen sowohl im Umwelt- wie auch im Sozialbereich, aber auch in anderen Bereichen.

Um Vorarlberg weiterhin lebenswert zu erhalten bzw. zu gestalten, wurde ein neues Vorarlberger Tourismuskonzept erarbeitet, das es nun gilt, konsequent umzusetzen.



Unter dem Motto „Konkurrenzfähige Wirtschaft in einer lebenswerten Umwelt“, möchten wir das bisher Erreichte bewahren bzw. auch in einigen Punkten verbessern. So wurde beispielsweise die Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren um fast 2/3 (64 %) angehoben.

Was den Bereich Umweltschutz angeht, haben unsere Initiativen in den vergangenen Jahren in einigen Bereichen zur Vorreiterrolle geführt. Nicht nur im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, in der umfassenden Förderung von Maßnahmen zum Energiesparen oder auch in einer fast flächendeckenden Erdgasversorgung, sondern auch in der Ausarbeitung eines umfassenden Ozon-Maßnahmenprogramms. Im Bereich des Energiesparens ist sehr viel geschehen. Trotz des hohen Anteils an sauberer Energie aus Wasserkraft in Vorarlberg ist man bemüht, Energieeinsparmaßnahmen massiv zu fördern.

Auch die Landwirtschaftsförderung ist in den vergangenen 5 Jahren um mehr als 50 % angehoben worden.

Im Bereich der Familienförderung ist Vorarlberg nicht nur Vorreiter, sondern baut diese Spitzenposition mehr und mehr aus. Der Familienzuschuß, eine Vorarlberg Modell-Leistung, hat seit dem Jahre 1988 bereits 4.600 Kindern eine Gesamtsumme von S 280 Mio. zur Verfügung gestellt. Der Höchstzuschuß von S 4.279,- ist mit Abstand der höchste aller österreichischen Bundesländer.

Im Bereich Gesundheit wurde ein umfassendes Konzept zur Gesundheitsförderung auf den gesamten Lebenszusammenhang bezogen erstellt. Die Umsetzung erfolgt jetzt unter starkem Druck. Ebenfalls ist es gelungen, die Arbeit für ein neues Vorarlberger Spitalskonzept 2000/2010 abzuschließen, und damit die Basis für die weitere Entwicklung zu legen.

Im Sozialbereich ist das Vorarlberger Modell des Pflegezuschusses, welches mittlerweile bundesweit übernommen wurde, deshalb richtig, weil sich diese Leistungen ausschließlich am Bedarf der Betroffenen orientieren. Mittlerweile konnten bereits an 6.300 Personen Pflegezuschüsse bzw. Pflegegeld in Höhe von S 340 Mio. ausbezahlt werden. Unser Motto: Nicht der Ausbau und auch nicht der Abbau des Sozialnetzes ist die Aufgabe, sondern ein Umbau, und zwar Schritt für Schritt.

Im Bereich des Wohnbaus hat man sich auf ein Niveau gesteigert, das bereits 25 % des Gesamtrahmens des Vorarlberger Landesbudgets (12 Mrd.) beträgt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß bei der Anzahl der Wohnungszunahmen im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum Vorarlberg beim Doppelten des österreichischen Durchschnitts liegt. Hier ist es nach wie vor unser Ziel, der Wohnbaupolitik, jeder Vorarlberger Familie die Chance für eine in Qualität und Größe entsprechende Wohnung zu zumutbaren Kosten - wenn möglich im Eigentum, wenn nötig in Miete - zu geben. Zudem werden die Mittel im Unterschied zu anderen Bundesländern ohne jegliche Wartefrist ausbezahlt.

Es werden hier bewußt nicht ausschließlich Klubinitiativen, sondern vor allem auch Maßnahmen der Vorarlberger Landespolitik aufgezählt, da durch die Mehrheitsverhältnisse in Vorarlberg viel Arbeit des Klubs direkt Eingang in die Politik der Landesregierung findet.

Mitgliedschaften:

(Stand 1. März 1995)

ÖAAB	5.301
VBB	3.661
ÖWB	2.604
ÖFB	9.830
VSB	7.501
JVP	798
ÖVP ohne andere Mitgliedschaft	1.214
Summe	29.695





Landesparteitag 1992

Gemeinderatswahlen 1991

Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen am 10. November 1991 wurde die Wiener Volkspartei erstmals in ihrer Geschichte mit einem Stimmenanteil von 18,05 % (18 Mandaten) an die dritte Stelle verwiesen. Bei den gleichzeitig stattfindenden Bezirksvertretungswahlen verlor die ÖVP die führende Position in zwei Bezirken und stellt seither noch sechs Bezirksvorsteher und fiel in 14 Bezirken an die dritte Stelle zurück.

Schwerpunkthemen in der Wahlkampfführung der Wiener Volkspartei waren:

- Verkehr: „grüne Wellen“ für Auto, Straßenbahn und Bus, bessere Baustellen-Koordination, Errichtung neuer Sammelgaragen und von Park & Ride-Plätzen, U-Bahn-Ausbau, schnellere Fahrzeiten - kürzere Wartezeiten.

- Wohnen: „Wille-Wohnplan“ für junge Familien in Eigentumswohnungen, 10 % Mietensenkung durch Mehrwertsteuerbefreiung.
- Gesundheit: Aufwertung von Vorsorge und Hausarzt, Unterstützung für Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfegruppen.
- Sicherheit: mehr Polizei-Fußstreifen, berittene Polizei, strenge Begrenzung der Zuwanderung

Landesparteitag 1992

Nachdem Landesparteibmann Dr. Heinrich Wille im Juni 1992 auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet hatte, wählten die Delegierten am 27. ordentlichen Landesparteitag am 12. September 1992 den Alleingeschäftsführer der Neumann-Beratungsgruppe DDr. Bernhard Görg zu seinem Nachfolger. Zu Stellvertretern wurden folgende Personen bestellt:

Abg.z.NR a.D. Josef Arthold
BM Maria Rauch-Kallat
Dr. Andreas Salcher
BV Adolf Tiller

In seiner Antrittsrede prangerte der neue Landesparteibmann die Bevormundung der Bürger durch die Wiener Rathausregierung an und präsentierte seine Vorstellungen von umfassender Sicherheit, die mehr als die Abwesenheit von Gewalt und Kriminalität bedeutet. Sie impliziere auch die Sicherheit der Arbeitsplätze für die in dieser Stadt Wohnenden durch eine attraktive Standortpolitik für attraktive und zukunftssträchtige Wirtschaftszweige. Ferner sprach er einer Demokratisierung Wiens durch die Aufwertung der Bezirke in ihren Kompetenzen sowie der Direktwahl des Wiener Bürgermeisters und aller Bezirksvorsteher das Wort.



Lust auf Wien

- das kommunalpolitische Programm der Wiener ÖVP

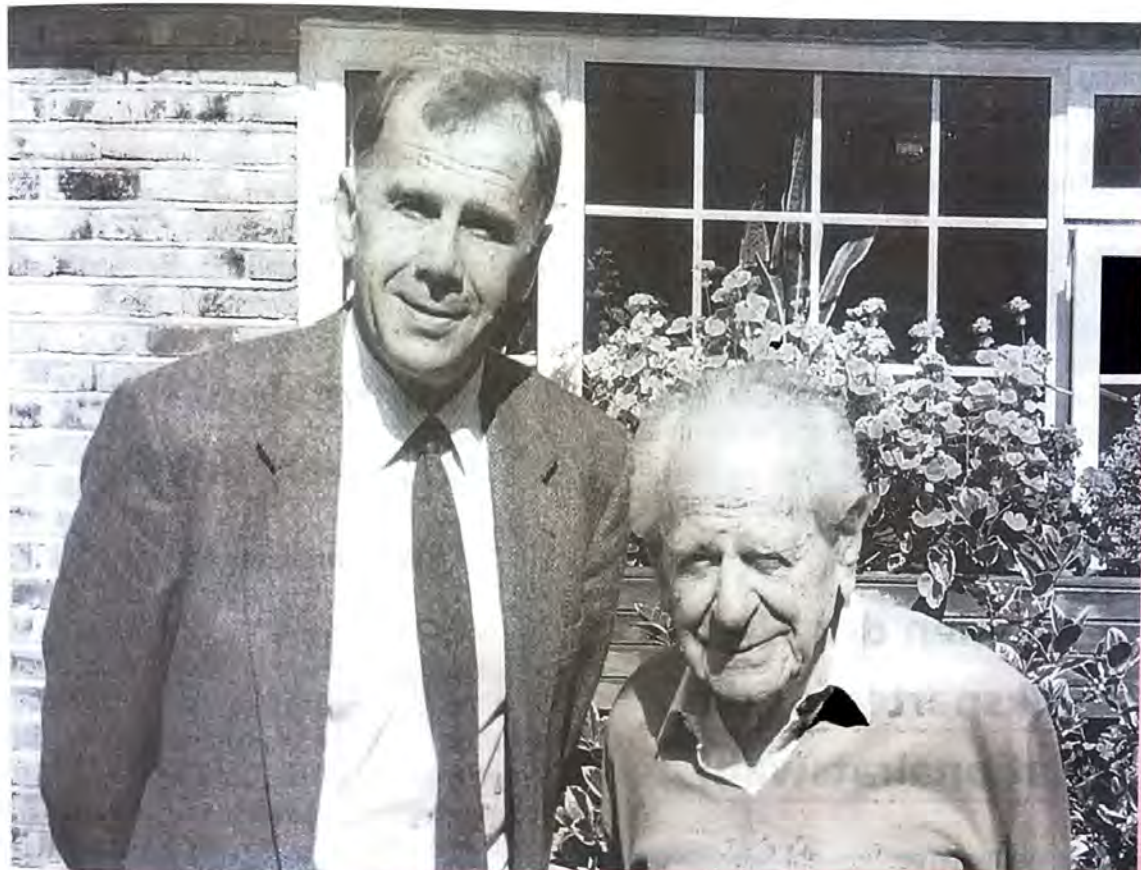
1993 wurde von Landesparteiobmann Dr. Görg zum „Jahr der Programmarbeit“ ausgerufen. Im Frühjahr begannen Gesprächsrunden auf Expertenebenen, an der sich namhafte Persönlichkeiten in- und außerhalb der Wiener Volkspartei beteiligten. nach der Vorlage des ersten Programmentwurfes im Herbst und intensiver Diskussion im erweiterten Landesparteivorstand hatten die Bezirksparteiorganisationen die Möglichkeit, das Papier zu überarbeiten und Stellungnahmen einzubringen.

Von 6. April bis 9. April 1994 wurde das fertige Programm „Lust auf Wien“ im Rahmen einer Oldtimer-Tramway-Rundfahrt auf der Strecke Ring-Kai-Ring der Öffentlichkeit vorgestellt. Jeder war eingeladen, mitzufahren und sich über das Programm der Wiener Volkspartei zu informieren. Zahlreiche Mandatäre standen für persönliche Gespräche zur Verfügung, um die Leitsätze des ÖVP-Programmes zu erläutern. In den Pausen sorgten der bekannte Kabarettist Götz Kauffmann und das Starch-Trio für ein „lustvolles“ Rahmenprogramm.

Mit „Lust auf Wien“ stellte die Wiener Volkspartei bis heute als einzige aller Wiener Parteien der Wiener Bevölkerung ihr kommunalpolitisches Programm vor. Damit besitzt sie für alle relevanten Politikfelder ein konkretes, handlungsorientiertes „Programm für eine regionale Stadtpolitik“. „Lust auf Wien“ ist mehr als die Vermittlung eines positiven Lebensgefühls für diese Stadt. Mit seinen Ecken und Kanten zeigt das Programm auch, wie Wien wieder attraktiver gemacht werden könnte. In 14 Kapiteln wird allen Wienerinnen und Wienern die Stadt so vorgestellt, wie sie zukünftig gestaltet sein sollte: Wien soll Metropole sein, urban, wohnbar, mit einem gewissen Flair. Und doch sollte Wien ohne die Defizite einer Großstadt auskommen.

Die „Lust auf Wien“-Grundsätze:

- Stadtentwicklung: Dynamik statt Stillstand
- Verkehr: Mobilität statt Zwang
- Wirtschaft: Unternehmen statt unterlassen
- Wohnen: Eigentum statt Gemeindebau
- Umwelt: Vorbeugen statt sanieren
- Kultur: Phantasie statt Präsentation
- Bildung: Ausbildung statt Einmalbildung
- Soziales: Hilfflosen helfen statt für Sorglose sorgen



Landesparteiobmann DDr. Bernhard Görg mit Sir Karl Popper



- ☐ Gesundheit: Billig vorsorgen statt teuer kurieren
- ☐ Freizeit und Sport: Freude statt Frust
- ☐ Ausländer: Integration statt multikultureller Gesellschaft
- ☐ Sicherheit: Vertrauen statt Angst
- ☐ Städtische Demokratie: Mitbestimmung statt Bevormundung
- ☐ Verwaltung: Gestalten statt verwalten

Urabstimmung unter 40.000 Wiener ÖVP- Mitgliedern

Erstmals in der Geschichte der Wiener Volkspartei und der österreichischen Parteien überhaupt wurde ein Parteiprogramm nicht durch Delegierte eines Parteitages, sondern durch eine Urabstimmung unter allen Mitgliedern beschlossen. Anfang April 1994 wurden an alle 40.000 Wiener ÖVP-Mitglieder das Programm, ein Stimmzettel und ein kategorisierter Fragebogen versandt. Mit Hilfe des Fragebogens sollte - neben der Klärung der Akzeptanz des gesamten Programmes - auch eine Rangfolge der wesentlichsten Programmpunkte durch die Mitglieder festgelegt werden.

Der Ausgang der Urabstimmung sowie ein Ranking jener Punkte, die den Wienerinnen und Wienern als besonders wichtig erschienen, wurden dann Mitte Mai im Rahmen einer Multi-Media-Show im Wiener Apollo-Kino der Öffentlichkeit präsentiert. Bei einer Abstimmungsbeteiligung von über 20 % der Mitglieder stimmten 97,2 % dem Programm „Lust auf Wien“ zu. Auf eine besonders hohe Zustimmung (auf 1,5 auf einer fünfteiligen Notenskala) stießen das Bekenntnis zu einer Regionalpolitik, der Ausbau der U-Bahn und die Realisierung eines umfassenden Park & Ride-Systems sowie die Ausstattung der Exekutive für einen wirksameren Einsatz.

Vorwahlen der Wiener Volkspartei für die Nationalratswahl

Nach den Richtlinien des Vorwahl-Regulativs der Bundespartei beschloß die Wiener Volkspartei am 24. Februar 1994 die Durchführung von Vorwah-

len. Als Vorwahlkämpfer wurden 99 Kandidatinnen und Kandidaten, die mindestens 50 Unterstützungserklärungen von ÖVP-Mitgliedern vorweisen konnten, und weder Mitglied einer Partei oder wahlwerbenden Gruppe waren, zugelassen. Davon waren 15,2 % als „überregionale Kandidaten“ (Regierungsmitglieder, Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglieder des Bundesrates, Landtagsabgeordnete, Spitzenrepräsentanten der Sozialpartner) zu bezeichnen. Ein Drittel der Kandidaten waren Frauen, womit Wien deutlich über dem Bundesschnitt lag. Hinsichtlich der Sozialstruktur lag das Schwergewicht auf traditionell in der ÖVP repräsentativen Gruppentreibende (28,3 %). Statistisch gesehen nahm jeder 8. ÖVP-Wähler bei der Nationalratswahl 1994 an der Vorwahl teil.

Mit 24. März begann dann die eigentliche, „heiße“ Phase des Vorwahlkampfes, bei der sich alle Kandidatinnen und Kandidaten bis einschließlich 22. April den Wiener Wählern präsentierten. Dabei galt ein strenges Fairneß-Gebot unter allen Vorwahlkandidaten. Nach Erhalt des Stimmzettels konnte der Wähler bis 11. Mai seine Entscheidung durch Ankreuzen einer bestimmten Zahl treffen. Die Abgabe der Stimmen erfolgte als geheime Briefwahl.

Nach dem Motto: „Öffnung der Partei und Umsetzung bürgernaher Politik“ war das Vorwahlergebnis in den einzelnen Wahlkreisen für das erste Ermittlungsverfahren absolut verbindlich. Im zweiten Ermittlungsverfahren stellten die Ergebnisse der Vorwahlkreise eine wesentliche Grundlage für die Erstellung der Landesliste durch den Landesparteivorstand dar.

Kommunalpolitische Schwerpunkte

Verkehrskampagne:

Das kommunalpolitische Thema schlechthin ist die Situation des Verkehrs in Wien. Bedingt durch zahlreiche Versäumnisse der sozialistischen Stadtverwaltung sind die Mobilitätsansprüche der Wienerinnen und Wiener zur Existenzfrage der Stadt geworden. Die vorhandenen Verkehrsnetze stoßen bereits an ihre Kapazitätsgrenzen, wie die täglichen Staus auf der Süd-Ost-Tangente beweisen. Die Wiener Volkspartei hat deshalb im



November 1994 eine auf den Landesparteiobmann zugeschnittene Kampagne gestartet, um ihre Position zum Thema Verkehr darzulegen. Diese sind vor allem.

- die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, vor allem durch Ausbau der U-Bahn
- der Bau von Umfahungsstraßen zur Entlastung innerstädtischer Gebiete vom Transit
- eine Absage an willkürliche Schikanen wie Einbuchtungen, Poller und Schwellen
- die Anbindung Wiens an das internationale Bahnhochleistungsnetz
- der Kampf gegen den überbordenden Schilderwald in Wien
- der Bau erschwinglicher Garagen in den dicht verbauten Stadtgebieten sowie von Park & Ride-Anlagen an der Peripherie und im Umland.

Begleitet wurde dieses Schwerpunktthema durch klassische Werbung (Anzeigenkampagnen in Tageszeitungen und City-Light-Schaukästen) und Direkt Marketing-Aktionen wie die „Aktion Strafzettel“ (ein den in Wien üblichen Strafmandaten nachempfunder Folder), die Aktion „Schildbürgerschild“ (Bezeichnung besonders unnötiger oder unsinniger Verkehrszeichen) oder die Aktion „Achtung! Parksheriff!“. Zusätzlich wurden Pressetermine durch „symbolische“ Politik so oft wie möglich unterhaltsam und/oder spektakulär gestaltet, um die Gesamtkampagne synergetisch zu unterstützen. Ähnliche Kampagnen zum Bereich Verwaltung/Verschwendung und Sicherheit sind in Vorbereitung.



LPO DDr. Bernhard Görg
mit EU-Kommissar Peter Schmidhuber

Region Wien:

Nach den Prognosen und Erfahrungen werden in der Zukunft in Europa immer weniger die Städte allein, sondern ganze Regionen als Wirtschafts- und Lebensstandorte um die Gunst der Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte konkurrieren. Die optimale Größe einer starken europäischen Wirtschaftsregion liegt nach wissenschaftlichen Aussagen bei zwei bis vier Millionen Menschen.

Wien ist heute das unbestrittene Zentrum Österreichs und die führende Stadt der größten österreichischen Region mit rund 2,2 Millionen Einwohnern und vielen tausenden Arbeitsplätzen. Damit hat Wien in weit höherem Maße als das Umland die wirtschaftspolitische Verantwortung, die Lebensgrundlage aller hier lebenden und arbeitenden Menschen zu sichern.

Als „offenes Herz“ der Region stellt Wien der Region wichtige Leistungen zur Verfügung, etwa im Verkehrsbereich, in der Kultur oder in der Wirtschaft. Die Kosten werden mit dem Bevölkerungszuwachs in der Region ansteigen. Doch lebt Wien auch von der Region. Es gilt, sich mehr als bisher der gegenseitigen Abhängigkeit von Stadt und Region bewußt zu werden und die Chancen nützen. In vielen Bereichen ist die regionale Kooperation unumgänglich geworden.

Die ÖVP trat deshalb als erste Wiener Partei für die Einrichtung institutioneller Formen der regionalen Kooperation ein, wie dies in vielen deutschen Regionen (Frankfurt, Stuttgart, Hannover usw.) bereits realisiert ist.

In Ihrem Programmentwurf „Lust auf Wien“ verlangt die Wiener Volkspartei eine neue staatsrechtliche Vision, die die Zusammenarbeit zwischen Wien und dem Umland institutionalisiert.

In einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen über ideologische und geographische Grenzen hinweg hat die Wiener Volkspartei unter Landesparteiobmann Dr. Görg dieses Thema in den letzten Jahren ständig weiterentwickelt.

Stadtaußenpolitik

Um im Wettbewerb der Metropolen bestehen zu können, tritt die Wiener Volkspartei schon seit den frühen Achtzigerjahren für eine eigene Stadtaußenpolitik ein. Außenbeziehungen sind geeignet, den Horizont in vielfältiger Weise zu erwei-



tern und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Erfolgreiche Beispiele in anderen Städten können oft auch als Vorbild für Wien dienen.

Fact-finding-missions der Wiener Volkspartei führten den Landesparteiobmann Dr. Görg unter anderem nach London, Brüssel, Berlin, München, Dresden, Karlsruhe, Stuttgart, Frankfurt, Hannover und Braunschweig.

Darüber hinaus fordert die Wiener Volkspartei massiv die Einrichtung eines Wiener Informationsbüros in Brüssel, um einerseits möglichst rasch und direkt an Informationen über die EU-Politik zu gelangen und andererseits die Interessen Wiens vor den Organen der EU zu vertreten.

Begabtenförderung (Sir-Karl-Popper-Schule)

Die Wiener Volkspartei unternimmt derzeit Anstrengungen, eine Schule für besonders Begabte in Wien zu gründen. Oberstes Ziel einer derartigen Schule soll es sein, von der natürlichen Lust des Schülers am Lernen auszugehen. Bei einem Besuch des Wiener ÖVP-Landesparteiobmannes Dr. Görg bei Sir Karl Popper im Sommer 1993 erklärte sich dieser nach Vorstellung der Pläne zur Gründung dieser Schule spontan bereit, die Paten- und Schirmherrnfunktion über dieses Projekt zu übernehmen.

Die wesentliche Aufgabe einer solchen Schule besteht im Versuch der Verwirklichung einer begabungsfreundlichen Lehr- und Lernkultur, d.h. einer „Kultur“ von Bildung, in der die Förderung und Entwicklung von individuellen Interessen und Begabungen bestimmend für die Organisation des Lehrens und Lernens wird.

Das Selbstverständnis dieses Schulversuches besteht in der Konzeption eines offenen Bildungsunternehmens, das durch das Bestreben gekennzeichnet ist, die Wahrnehmung, Förderung und Entwicklung von Begabungen zu ermöglichen.

Grundsätzlich wird bei diesem Schultyp ein pädagogisches Gesamtmodell, beginnend mit der Volksschule und endend mit der Oberstufe angestrebt. Die Schule wird nach dem Privatschulgesetz geführt werden, wobei sowohl öffentliche als auch private Förderungsmittel beansprucht werden. Die Schule selbst soll von einem eigenen Kuratorium geleitet werden, in dem neben dem Gründungsteam Wissenschaftler, aber auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die besonderes Interesse an der Begabtenförderung zeigen, vertreten sind.

Zielgruppenaktivitäten

Viennergy Club

Da die Spezialzielgruppe Jugend durch Public Relation und klassische Werbung nur schwer erreichbar ist, sie aber in der Gesellschaft zweifellos die Rolle eines „Stimmungsmachers“ spielt, was besonders im Wahlkampf von größter Bedeutung ist - wurde durch die Wiener Volkspartei der Viennergy Club gegründet. Sein Ziel ist es, sich im Umfeld Dr. Bernhard Görgs als Verein zu etablieren, der die Jugend- und Freizeitkultur in Wien mit prägt, im Trend liegt und Trends setzt. Erste Schritte in diese Richtung waren das äußerst erfolgreiche Viennergy Clubbing (26. November 1994) und die Patronanz über „Talk Radio“, eine Theateraufführung junger österreichischer Künstler.

Fun Festival

Als Höhepunkt der Aktivitäten des Viennergy Clubs im Jahre 1995 fand das „Fun Festival“ am 25. und 26. März 1995 in der Hofburg statt. Das Programm reichte von der Möglichkeit virtuelle Welten zu erforschen, Funsportarten auszuprobieren sowie Konzerte und Kabarett zu erleben bis hin zu einem großen Clubbing. In einem Viennergy Club Cafe wurden prominente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Sport auf der „schwarzen Couch“ interviewt.

Telefonaktion „Für Sie auf Draht“

Mit dem neuen Service-Telefon - „Für Sie auf Draht“ - bietet die Wiener Volkspartei allen Wienerinnen und Wienern die Gelegenheit, mit Stadtrat Dr. Bernhard Görg persönlich über die Probleme dieser Stadt zu sprechen.

Stadtforum

Das „Stadtforum“ wurde im Herbst 1992 als Plattform zur Diskussion über die Probleme großer Städte gegründet. Obmann des Vereins ist Landesparteiobmann Dr. Bernahrd Görg, die Geschäfte führt LABg. GR DR. Johannes Hawlik. Seit der Gründung gab es eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Stadt“ wie die 1. Wiener Regionskonferenz „Miteinander im neuen Europa“, „Wettkampf der Metropolen am Beispiel Frankfurt“ (mit Petra Roth), „Stadt 2000“ (mit Prof. Albert Speer), oder



„Buying time“ (mit Prof. Richard S. Levine). Bisheriger Höhepunkt war das dem Gedenken an Jörg Mauthe gewidmete Symposium „Metropole 2000“, an dem kommunale Vertreter aus ganz Mitteleuropa teilnahmen.

Dr. Karl Lueger-Institut

Im Jahre 1994 wurde das „Dr. Karl Lueger-Institut“, ein der ÖVP nahestehender unabhängiger Verein wiederbelebt. Es dient Diskussionsveranstaltungen über weltanschauliche und nationale Grenzen hinweg. Präsident des Vereins ist LPO Dr. Bernhard Görg, die Geschäfte führt Mag. Christian Mertens. Innerhalb des letzten Jahres veranstaltete der Verein zwei internationale „Runde Tische“ zum Thema „Wien und sein Umland“, eine Gedenkfeier anlässlich des 150. Geburtstages des Namenspatrons, Bürgermeister Dr. Karl Lueger, sowie ein Symposium „Internationale Beispiele für die Hochbegabtenförderung“.

Club Alpha

Die unter Leitung von Daniela Schwarz stehende Frauen-Akademie Club „Alpha“ setzt ihren Schwerpunkt auf Bildung und Information engagierter Frauen in den Bereichen Politik, Kultur und Gesellschaft. Ziel ist die Motivation von Frauen, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen

Mitgliederstand

ÖAAB	14.345
ÖWB	8.503
ÖBB	3.875
JVP	1.275
ÖFB	4.122
ÖSB	8.144
Direktmitglieder	547
Summe	40.811

Sauteuer! Aber es wirkt nicht.



Da werden Dienstwohnungen um 7 Schilling/m² verschleudert. Da geht man im Schnitt vor 54 in Pension. Da sind 33 Krankenstandstage pro Jahr Durchschnitt. Und dafür bezahlen wir alle heuer noch mehr Gebühren! Denn Wiens Verwaltung ist sauteuer. Und kostet uns laut Rechnungshof hunderte Millionen zuviel! Weil im Magistrat statt Wirtschaft Parteiwirtschaft regiert. Und weil von 70 Abteilungsleitern alle der SPÖ zuzurechnen sind. Und das wirkt verschwenderisch. ☎ 513 80 90



Ihr Bernhard Görg wien



ÖSTERREICHISCHER ARBEITER- UND ANGESTELLTENBUND



9.a.o. Bundestag

ÖAAB- Wirtschaftsprogramm

Nachdem Josef Höchtl im Juni 1991 zum Bundesobmann des ÖAAB gewählt worden ist, konzentrierte sich der ÖAAB auf eine intensive inhaltliche Offensive. In Form der ÖAAB-Ideenwerkstatt wurden offene Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themengebieten eingerichtet, um

dem Bundesobmann und dem Bundesvorstand, sowie der ARGE der ÖAAB-National- und Bundesräte zuzuarbeiten.

Zahlreiche Impulse, wie z.B. im Bereich Wohnbau (Erhöhung der Bausparbemessungsgrundlage) haben den Ruf der ÖAAB-Ideenwerkstatt als zukunftsorientierter politischer Think-Tank gerechtfertigt.

Auch bei der Erarbeitung des ÖAAB-Wirtschaftsprogrammes arbeiten die Gruppen der Ideen-



werkstatt, neben allen Landesorganisationen sowie zahlreichen Orts-, Betriebs- und Dienststellengruppen mit.

Unter dem Titel „Wirtschaftskompetenz schafft Arbeitsplätze“ beschloß der ÖAAB im Rahmen eines außerordentlichen Bundestages in Gmunden dieses Programm und signalisierte damit, daß sich der ÖAAB zuversichtlich den Herausforderungen des großen europäischen Marktes stellt. Die Zielsetzung, daß nur eine gesunde, zukunftsorientierte Wirtschaft die Sicherung und den Ausbau von Arbeitsplätzen mit sich bringen kann, wird mit diesem Programm klar dargelegt, ebenso die Tatsache, daß man Arbeitnehmerpolitik und Wirtschaftspolitik vernünftig miteinander vereinen kann.

Neben klaren wirtschaftspolitischen Konzepten, in denen aufgezeigt wurde, daß in hochtechnologisierte Wirtschaftsbereiche investiert werden muß, also Forschung und Entwicklung gefördert werden müssen, um unsere Hochlohnpolitik und in der Folge unser hohes Sozialniveau erhalten zu können, hat sich der ÖAAB auch intensiv mit Fragen der Gesellschaftspolitik auseinandergesetzt.

Es wurden Wege aufgezeigt, wie eine umwelt- und sozialverantwortliche Politik Rahmenbedingungen schaffen kann, die den Schutz der Umwelt bei gleichzeitiger Förderung zukunftsorientierter Bereiche und Arbeitsplätze möglich macht.

Einer unserer Schwerpunkte war die Familienpolitik. Die Familien als Keimzellen unserer Gesellschaft brauchen massive Unterstützung, um ihrer wichtigen Aufgabe - die Zukunft in unserem Land positiv zu gestalten - gerecht werden zu können. Die Selbständigkeit der Bürger ist für den ÖAAB ein wichtiges Prinzip. Daher fordert der ÖAAB mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Eine flexible, vom Arbeitnehmer mitgestaltete Arbeitszeit ist in einer modernen Arbeitswelt unumgänglich und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von großer Wichtigkeit.

Die Eigenverantwortung der Arbeitnehmer und die daraus resultierende Motivation und Leistungssteigerung der Arbeitnehmer wird auch durch einen weiteren Programmpunkt des ÖAAB - die Forcierung der Mitarbeiterbeteiligung - bewirkt.

Sozusagen als erste Erkenntnis aus dem schlechten Abschneiden unserer Partei bei den Nationalratswahlen und den Problemen rund um

die Regierungs- und Budgetverhandlungen hat sich der ÖAAB stark in die Programmdiskussion der Gesamtpartei eingebracht. Unsere Volkspartei braucht wieder ein starkes ideologisches Band, das die einzelnen Interessensgruppen eint und den Wählerinnen und Wählern unsere klaren Wertvorstellungen einer christlich-sozialen Politik und Gesellschaft auch aufzeigt.

Ebenso beschäftigt sich der ÖAAB durch sein Eintreten für eine vernünftige Zusammenarbeit und Einbindung der Teilorganisationen innerhalb der Volkspartei mit der Umsetzung einer modernen, für unseren Staat unverzichtbaren und verstärkt legitimierten Sozialpartnerschaft.

Organisatorische Schwerpunkte

Stadt-, Gemeinde-, Betriebs- und Dienststellengruppenarbeit

ÖAAB-Mitglieder sind zu einem großen Teil als Funktionäre unserer Volkspartei in den Städten, Gemeinden und Ortsteilen im gesamten Bundesgebiet tätig. Sie bilden mit den Freunden der anderen Teilorganisationen das tragfähige Gerüst, mit dem die ÖVP auf kommunaler Ebene österreichweit in überzeugender und erfolgreicher Art und Weise tätig ist.

Neben dieser wichtigen Tätigkeit für unsere Volkspartei ist eine Hauptaufgabe des ÖAAB nach wie vor die politische Arbeit in den Betrieben und Dienststellengruppen.

Der ÖAAB stellt gemeinsam mit den Freunden der Fraktion Christlicher Gewerkschafter mehr als 16.000 Betriebsräte und Personalvertreter, die für ihre Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben tätig sind.

EU-Volksabstimmung

Ein zentrales Anliegen des ÖAAB in den letzten Jahren war sicher die EU-Volksabstimmung am 12. Juni 1994. Der ÖAAB hat aktiv mitgearbeitet, um die Bevölkerung über die Folgen eines Beitrittes und vor allem die Folgen eines Nichtbeitrittes zu informieren. Um diesem für die Zukunft Österreichs so wichtigen Bereich gerecht zu werden, wurde ein eigener EU-Referent (Mag. Thomas Brandtner) bestellt. In über 350 Veranstaltungen wurde vom ÖAAB bundesweit für eine positive EU-Entscheidung geworben.



Der ÖAAB ging in die AK-Wahl am 2. und 3. Oktober 1994 mit drei Wahlzielen:

- ❑ Das Halten der beiden Mehrheitskammern in Vorarlberg und Tirol - dies ist gelungen.
- ❑ In den einzelnen Länderkammern stärker werden - das ist nur in Vorarlberg gelungen.
- ❑ den Abstand zur FSG verkürzen - das ist gelungen.

Bei einer geringen Wahlbeteiligung von 30 Prozent - ausgelöst durch die vom ÖAAB schon seit Jahren aufgezeigte SPÖ-Pfründewirtschaft in verschiedenen SPÖ-dominierten Arbeiterkammern - lehnte es der ÖAAB ab, von Erfolgen zu sprechen. Die Kammerräte des ÖAAB gingen unter der Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Präs. Fritz Dinkhauser sofort nach der Wahl an die Arbeit, den Arbeiterkammern durch eine verbesserte Politik, das Abschaffen noch vorhandener Privilegien und eine Weiterführung der begonnen AK-Reform in dieser Periode eine größere Legitimation bei den AK-Mitgliedern zu verschaffen.



Bei den Bundespersönalvertretungswahlen am 26. und 27. November 1991 konnten die Kolleginnen und Kollegen der Listengemeinschaft ÖAAB/FCG trotz schwieriger Ausgangslage ihre absolute Mehrheit halten.

Für die im heurigen Jahr stattfindenden Persönalvertretungswahlen bläst unseren Kollegen in der GÖD vor allem durch die Probleme rund um die Spardiskussion wahrlich der Wind ins Gesicht. Der ÖAAB wird alles tun, damit klar sichtbar wird, daß der ÖAAB für seine treuen Mitglieder und Sympathisanten ein verlässlicher Partner ist und bleibt, damit unsere Freunde in den Dienststellengruppen ein - so weit dies unter diesen Voraussetzungen möglich ist - gutes Ergebnis erzielen können.

Veranstaltungen

Neben der Erarbeitung des ÖAAB-Wirtschaftsprogrammes, der Wahlprogramme der Persönalvertretungs- und der AK-Wahlen wurden in einem umfangreichen Programm an Symposien, Enqueten, Konferenzen und Kongressen interessante Themen diskutiert und der Öffentlichkeit präsentiert. z.B.:

- ❑ „Das ideale Unternehmen in einem dynamischen Europa“
- ❑ „Ein neues Modell für Abfertigung und Betriebspensionen“
- ❑ „Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer - die Chancen der Privatisierung“
- ❑ „Subsidiarität - ein Baustein des modernen Europas“
- ❑ „Beteiligung des Mitarbeiters - ein Aspekt des idealen Unternehmens“
- ❑ „Wohnbau in Österreich - ÖAAB-Wohnbau-Ideenwettbewerb“
- ❑ „Wohnbau der Zukunft“
- ❑ „Weg nach Europa - Weg zum Frieden“

Gemeinsam mit dem Club -LA (Club leitender Angestellter und Führungskräfte) unter Vorsitz von BM Dr. Werner Fasslabend, dem Dr. Karl Kummer-Institut, der Politischen Akademie, der Bundesparteileitung, dem Österreichischen Wirtschaftsbund und dem Österreichischen Bauernbund wurden ebenfalls Veranstaltungen durchgeführt.



Öffentlichkeitsarbeit

Ergänzend zu den diversen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Presseaussendungen bringt die ÖAAB-Bundesorganisation auch noch folgendes Publikationen heraus:

- Das Monatsmagazin für den österreichischen Arbeitnehmer „Freiheit“
- Die „Gesellschaftspolitischen Informationen“
- Das „Top-Info“ für alle Funktionäre des ÖAAB

Anlässlich des 50 jährigen Bestehens des ÖAAB hat die Bundesorganisation ein, von der Historikerin Dr. Marion Höfer verfaßtes Buch, „50 Jahre ÖAAB - eine politische Zeitreise“ herausgebracht.

Personelles

Nachdem Dr. Robert Lichal am 18. ord. Bundestag des ÖAAB, am 6. und 7. Juni 1991 nicht mehr kandidierte, wurde NR. Dr. Josef Höchtl zum neuen Bundesobmann gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm LABg. Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk, Ingrid Pörtl, Vizepräsident Eduard Köck und Europaparlamentarier Dr. Michael Spindelegger zur Seite.

Generalsekretär Walter Heinziger legte sein Amt mit Ende des Jahres 1992 aus gesundheitlichen Gründen nieder. Ihm folgte Mag. Walter Tancsits. Von Juli 1991 bis Dezember 1994 war Dr. Werner Putz der Pressesprecher des ÖAAB. Seine Nachfolge hat im Jänner 1995 Christian Buchar übernommen. Im wirtschaftspolitischen Ressort trat Frau Mag. Alexandra Lugert-Bürger die Nach-



folge von Dipl.-Ing. Herbert Götz an. Das neu-ingerichtete EU- und Grundsatzreferat leitet Mag. Thomas Brandtner.

Nachdem Dr. Günther Ofner als Vorstandsdirektor in die Burgenländische Elektrizitätswirtschaft abwanderte, übernahm der Tiroler AK-Präsident Fritz Dinkhauser die Leitung der ÖAAB-BAK-Fraktion und die Funktion eines BAK-Vizepräsidenten. Ihm zur Seite stehen Präs. Josef Fink und GS Walter Tancsits als seine Stellvertreter.

In Niederösterreich folgte auf NR-Präs. a.D. Dr. Robert Lichal Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend als neuer Landesobmann. Als Landessekretär folgte Walter Maier auf LABg. Vizepräs. Alfred Dirnberger. Auf BR Erich Putz folgte in Wien Stefan Adler als Landessekretär. In der Steiermark wurde LABg. Hermann Schützenhöfer geschäftsführender Landesobmann. Zum neuen Landessekretär wurde Christopher Drexler bestellt. In Tirol wurde Christian Pöschl gf. Landessekretär. In Vorarlberg übergab Bertram Jäger die Landesobmannschaft an LABg. Manfred Dörler. Auf Franz Abbrederis folgte Dietmar Wetz als Landessekretär.

Anstelle von Alfred Altenhofer ist nun Bernhard Robotka Landessekretär des ÖAAB-Salzburg.

In Oberösterreich übergab Hermann Kraft das Landessekretariat an Georg Bachmair. Und Ende März folgte LR Franz Hiesl auf LHstv. a.D. Dr. Karl Eckmayr als Landesobmann.

Auch der ÖAAB-Kärnten hat mit Hubert Pirker einen neuen Landesobmann gewählt. Als sein Landessekretär ist Mag. Wilfried Thaler tätig. Auf NR Mag. Franz Steindl folgte Vizepräs. Ossi Klikovits als neuer Landessekretär des Burgenlandes.

Mitglieder

(Stand 31.12.1994)

Niederösterreich	51.318
Wien	25.001
Oberösterreich	40.085
Steiermark	35.528
Tirol	14.640
Salzburg	8.472
Kärnten	7.154
Burgenland	8.388
Vorarlberg	5.246

Gesamt 195.832



ÖSTERREICHISCHER BAUERNBUND



Der Bauernbund ist nach wie vor die mitgliederstärkste Teilorganisation der ÖVP.

Bauernbundmitglieder

Burgenland	6.600
Kärnten	7.472
Niederösterreich	150.433
Oberösterreich	85.617
Salzburg	12.055
Steiermark	54.737
Tirol	23.420
Vorarlberg	3.648
Wien	1.138

Der Bauernbund erreicht bei den Landwirtschaftskammerwahlen österreichweit im Durchschnitt nach wie vor rund 75% aller Stimmen. Bei den Urabstimmungen über die gesetzlichen Interessensvertretungen anlässlich der Landwirtschaftskammerwahlen in der Steiermark und in Niederösterreich wurden Zustimmungen

von über 80% bzw. zuletzt in Niederösterreich von 92% erreicht. Trotz der mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union verbundenen massiven Umstellungsschwierigkeiten für die österreichische Land- und Forstwirtschaft haben bei den jüngsten Kammerwahlen in Salzburg 2/3 der Wähler dem Bauernbund das Vertrauen geschenkt und in Niederösterreich konnte der Bauernbund bei den Kammerwahlen am 5. März 1995 seinen Stimmenanteil von 86% halten.

Trotz der erwarteten Schwierigkeiten haben die österreichischen Bauern bei der Volksabstimmung über den österreichischen EU-Beitritt am 12. Juni 1994 mehrheitlich mit 53% JA zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union gesagt. Bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober 1994 haben nach den Ergebnissen der Nachwahlumfragen bzw. Analysen 73% der Bauern für die ÖVP gestimmt, womit die Bauern die einzige Berufsgruppe waren, die noch mehrheitlich geschlossen für eine Partei gestimmt haben.



Die ökosoziale Agrarpolitik

Die Erhaltung der flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft in Österreich und die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe bleiben das politische Leitbild des Bauernbundes und der Agrarpolitik der ÖVP. Zur Verwirklichung dieser Ziele wurde das Konzept der ökosozialen Agrarpolitik entwickelt, das inzwischen weit über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung gefunden hat. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung, Nachhaltigkeit, d. h. Rücksichtnahme auf die ökologischen Erfordernisse und sozial gerechte Rahmenbedingungen sind die Leitgedanken der ökosozialen Agrarpolitik. Diese wurden auch im Regierungsübereinkommen festgeschrieben.

Bilanz der ÖVP- Regierungsarbeit für die Bauern

Das Agrarbudget wurde in den vergangenen Jahren insbesondere durch überproportionale Steigerungen bei den Leistungen für die Bergbauern, aber auch im Bereich der Ausweitung der pflanzlichen und tierischen Produktionsalternativen erheblich ausgeweitet. So betrug der Bergbauernzuschuß im Jahr 1989 608 Mio. Schilling und im Jahr 1994 1,2 Mrd. Schilling. Die Gesamtförderungsmittel für die Landwirtschaft wurden in diesem Zeitraum von 2,6 auf 5,3 Mrd. Schilling gesteigert.

Mit der Reform der Marktordnung im Jahr 1992 wurden wesentliche Liberalisierungsschritte in Vorbereitung auf die EU-Beitrittsverhandlungen bzw. den Beitritt gesetzt. Im Ackerbau wurde durch Ausweitung der Alternativen und Grünbracheflächen der Getreideüberschuß verringert und dadurch die Exportverwertungskosten reduziert.

Insgesamt wurde in allen Produktionsbereichen auf die Qualitätssteigerung besonderes Augenmerk gerichtet. In den Bereichen Verarbeitung und Vermarktung wurden mit dem Eurofit-Programm bzw. mit der Schaffung des Agrarmarketings wichtige Schritte zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt gesetzt.

GATT-Verhandlungen und EU-Beitritt:

Die GATT-Verhandlungen und die Vorbereitungen auf die EU-Beitrittsverhandlungen bzw. auf den EU-Beitritt waren die wichtigsten Herausforderungen, die der Bauernbund gemeinsam mit der ÖVP im Interesse der Bauern seit dem letzten ordentlichen Bundesparteitag zu bewältigen hatte.

Im Dezember 1993 wurden die Verhandlungen der GATT-Uruguay-Runde abgeschlossen. Im Bereich der Landwirtschaft bedeutet das Ergebnis der Uruguay-Runde, daß in einem Zeitraum von sechs Jahren gestützte Exporte deutlich zurückgenommen werden müssen, daß interne Preisstützungen abgebaut werden müssen, daß die Zölle deutlich reduziert werden und daß ein Mindestmarktzutritt für landwirtschaftliche Produkte eröffnet werden muß. Ohne EU-Beitritt hätte das Ergebnis bedeutet, daß es zu erheblichen Preiseinbrüchen und damit zu Einkommensverlusten für die Bauern und zu Produktionseinschränkungen in unseren wichtigsten Produktionsbereichen gekommen wäre. Mit dem EU-Beitritt fallen diese Produktionseinschränkungen weg, weil unsere bisherigen Lieferungen in die EU-Mitgliedsländer nun als Lieferungen im Binnenmarkt behandelt werden. Der Abbau der Preisstützungen wird mit der Umsetzung der EU-Marktordnung erfüllt.

In Vorbereitung auf die EU-Beitrittsverhandlungen hat der Österreichische Bauernbund im Februar 1992 ein Memorandum des Österreichischen Bauernbundes an die Bundesregierung zur EU-Integration verabschiedet. Dieser Beschluß stellte die Grundlage unserer Position in den Beitrittsverhandlungen dar. Er forderte insbesondere, daß die österreichische Agrarpolitik auch nach einem EU-Beitritt nach ökosozialen Grundsätzen ausgerichtet sein muß, daß die Wettbewerbsfähigkeit in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbessert werden muß, um der zu erwartenden Konkurrenz gewachsen zu sein und verlangte Maßnahmen zur Sicherung einer bäuerlich strukturierten flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft in Österreich. Das Memorandum forderte die Solidarität der gesamten Gesellschaft für Österreichs Bauern ein, weil Österreich weder aus ökologischen, wirtschaftlichen noch aus versorgungstechnischen Gründen auf die Bauern verzichten kann.



Das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen im Frühjahr 1994 brachte im Bereich der Produktionsmöglichkeiten insbesondere im tierischen Bereich (Mutterkuhprämie, Stierprämien, Mutterschafprämien) ein Ergebnis mit positiven Entwicklungsmöglichkeiten für die Bauern in der Zukunft. Im Bereich der Milchproduktion und im Bereich des Ackerbaus wurde der österreichische Besitzstand abgesichert, lediglich im Bereich der Zuckerquote konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Um ein Scheitern der Verhandlungen in Brüssel zu vermeiden, mußte die Landwirtschaft akzeptieren, daß der vom Bauernbund gewünschte und geforderte schrittweise Übergang in das EU-Marktordnungssystem mit schrittweisem Preisabbau und schrittweiser Grenzöffnung nicht durchgesetzt werden konnte, sondern daß sofort mit dem Beitritt das Binnenmarktkonzept mit sofortiger Grenzöffnung und sofortigem Preisabbau auf EU-Niveau erfolgen würde.

Aus dieser in Verantwortung für die Gesamtinteressen des Landes von der Bauernvertretung mitgetragenen Entscheidung resultierten für die folgenden Verhandlungen für das Europa-Abkommen mit der Bundesregierung erhebliche zusätzliche Anforderungen, insbesondere zum Abfangen der Preiseinbußen der Bauern, die vom Wirtschaftsforschungsinstitut mit 9,5 Mrd. Schilling jährlich errechnet wurden. Im April 1994 wurden die Verhandlungen für das Europa-Abkommen abgeschlossen. Es wurden degressive Ausgleichszahlungen für vier Jahre zum Ausgleich der Preiseinbußen der Bauern mit dem Ziel vereinbart, daß innerhalb dieser vier Jahre die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, aber auch der Verarbeitung und Vermarktung soweit verbessert wird, daß wir zumindest ein vergleichbares Preisniveau für unsere Produkte wie in anderen EU-Mitgliedsländern erreichen können. Die dauerhaften Direktförderungen (Umweltprogramm, Ausgleichszulagen für Bergbauern und Bauern in benachteiligten Gebieten, Investitionsförderung) konnten deutlich ausgeweitet werden. So sind allein für das Umweltprogramm 5,5 Mrd. Schilling jährlich vorgesehen. Mit diesem Programm wird ein wesentlicher Fortschritt in der ökologischen Orientierung der Landwirtschaft erreicht. Weiters wurden Kostenentlastungen durch Abschaffung von Düngemittelabgabe und Verwertungsbeiträgen sowie der Weinststeuer vereinbart. Das Abkommen enthielt ebenfalls Regelungen zur Lagerabwertung österreichischer landwirtschaftlicher Produkte, eine Maßnahme, die sich zwingend

aus der Annahme des Binnenmarktkonzeptes ergeben hatte. Über die notwendige Finanzierung aller Maßnahmen über die zur Verfügung stehenden EU-Mittel hinaus haben sich Bund und Länder Anfang 1995 endgültig geeinigt.

Neben der Verhandlungsvorbereitung und Verhandlungsführung hat der Österreichische Bauernbund gleichzeitig mit Informationsarbeit und der Plakatkampagne „Wir Österreicher brauchen unsere Bauern“ im Herbst 1993 versucht, eine positive Haltung der österreichischen Bevölkerung zur österreichischen Landwirtschaft und zu den Bauern insgesamt und auch zu den Notwendigkeiten, die sich aus einem EU-Beitritt ergeben, zu erreichen.

Steuerreform 1993:

Im Rahmen der Steuerreform 1993 konnten für die Landwirtschaft wichtige Verbesserungen erreicht werden. Die Buchführungsgrenze wird ab der Veranlagung für das Jahr 1994 von S 900.000 Schilling auf S 2.000.000 angehoben. Die Umsatzgrenze von 3,5 Mio. Schilling auf 5 Mio. Schilling. Die Gewinngrenze von 195.000 Schilling entfällt. Für Betriebe mit einem Einheitswert zwischen 900.000 Schilling bis 2.000.000 Schilling wurden damit Möglichkeiten einer vereinfachten Ein- und Ausgabenrechnung und einer pauschalen Gewinnermittlung erreicht.

Regierungsverhandlungen 1994:

Aufgrund der Ausgangslage nach den Nationalratswahlen im Oktober 1994 und der Notwendigkeit, zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität Sparmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Ausgaben einzuleiten, ist es als der wichtigste Erfolg der Regierungsverhandlungen für die Bauern zu sehen, daß die im Europa-Abkommen vereinbarten finanziellen Leistungen für die Bauern nicht den Kürzungsmaßnahmen des Sparpaketes unterworfen wurden. Die Fortführung des ökosozialen Weges ist im Regierungsprogramm verankert. Förderungsmaßnahmen, bei denen durch die Bereitstellung nationaler Mittel Förderungen der Europäischen Union in höchstmöglichem Maß angesprochen werden, wird Priorität eingeräumt. In der Umsetzung der agrarpolitischen Ziele gemäß Landwirtschafts-



gesetz werden die Regierungspartner im Rahmen der EU insbesondere dafür eintreten, daß die Förderprogramme für eine umweltgerechte Land- und Forstwirtschaft zu einer zentrale Säule der zukünftigen EU-Agrarpolitik werden. Neben einer Weingesetznovelle wurden auch weitere Kostenentlastungen im Bereich der Milchleistungskontrolle und der Verwaltungskosten der AMA vereinbart.

Sozialpolitik **für die Bauern:**

Im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung konnten wesentliche Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit für diese Berufsgruppe seit dem letzten Parteitag gesetzt werden. Dies zeigt sich auch in der Entwicklung der Bundeszuschüsse zur bäuerlichen Sozialversicherung. Mit der Einführung der Bäuerinnenpension ab dem Jahr 1992 konnte eine jahrelange Forderung des Bauernbundes verwirklicht werden. Im Zusammenhang mit der pensionsbegründenden Anrechnung von Kindererziehungszeiten konnte eine Maßnahme verwirklicht werden, die auch Bäuerinnen nach einem arbeitsreichen Leben einen gesicherten Ruhestand bietet.

Nach der Absenkung des fiktiven Ausgedingtes in der Pensionsversicherung wurde in den vergangenen Jahren durch eine deutliche Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes eine wesentliche Verbesserung im Bereich der bäuerlichen Niedrigstpensionen erreicht.

Mit den steuerlichen Maßnahmen im Rahmen des Familienpaketes ab dem 1.1.1993 wurden auch für bäuerliche Familien massive Verbesserungen vor allem mit der Mehrkinderstaffelung bei den Kinderabsetzbeträgen und mit Verbesserungen bei der Familienbeihilfe erreicht.

1992 wurde das Leistungsangebot der bäuerlichen Krankenversicherung - etwa um die Gesundheitsförderung - erweitert. Die Pflegevorsorge wurde 1993 eingeführt.

Bei den Verhandlungen zum Sparpaket konnten Forderungen nach gesetzlicher Anhebung der Pensionsbeiträge in der bäuerlichen Pensionsversicherung abgewendet werden. Der Beitrag der Bauern zu den Sparmaßnahmen des Bundes im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung erreicht aber trotzdem durch Einsparungen bzw. Mehreinnahmen insbesondere durch Absenkung der Versicherungsgrenze in der Pensionsversicherung von einem Einheitswert von 33.000 Schilling auf 20.000 Schilling rund 400 Mio. Schilling.



Seminar der Jungbauernschaft "Europäische Agrarpolitik" mit Minister Molterer



Jungbauern

Der Fachausschuß Jungbauern wurde 1992 in Form eines eigenen Vereines, der Österreichischen Jungbauernschaft, aus dem Bauernbund ausgegliedert, um den Jungbauernvertretern im Bauernbund eine eigenständige und unabhängige Basis für Aktivitäten zu geben.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Österreichischen Jungbauernschaft liegt hauptsächlich in der Organisation von Informationsseminaren und Tagungen zu aktuellen und agrarpolitischen Themen sowie in der Erarbeitung langfristiger agrarpolitischer Konzepte. Unter anderem wurden Positionspapiere und Anfragen an Verantwortungsträger zu den Themen Finanzierung der agrarischen Förderung, Ökosteuern, Einsatz von Biomasse und Holz als Baustoff gemacht. Aktuell wurde ein Memorandum der österreichischen Jungbauernschaft zur Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik erarbeitet. Dieses soll als Diskussionsgrundlage für die Position der agrarischen Interessensvertretung dienen sowie zur Information der Bundesregierung und der Europäischen Kommission über die Vorstellungen der Österreichischen Jungbauern betreffend die Gemeinsame Agrarpolitik.

Die Österreichische Jungbauernschaft arbeitet auch gemeinsam mit der Österreichischen Landjugend im Rat der europäischen Junglandwirte (CEJA) mit und versucht so, das Leitbild der österreichischen Agrarpolitik, den bäuerlichen Betrieb, sowie den Gedanken der ökosozialen Agrarpolitik europaweit zu transportieren.

Publikationen

Die Periodika „idk“ und „Aus erster Hand“ bieten den Mandataren, Funktionären und Mitarbeitern laufend aktuelle Informationen. Weiters publiziert der Bauernbund Broschüren zu aktuellen Themen, wie etwa „Die kleine EG-Fibel“, „Landwirtschaft im Umbruch“ und „Wir Österreicher brauchen unsere Bauern“.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bauernbund nützt massiv Pressekonferenzen, um der Bevölkerung bäuerliche Anliegen näherzubringen. Darüber hinaus ist der Bauernbund bemüht, in regelmäßigen Abständen Arbeitskonferenzen der Chefredakteure der Landwirtschaftszeitungen abzuhalten, um eine bessere Koordinierung der Zusammenarbeit in der bäuerlichen Öffentlichkeit zu erreichen. Besonders wirksam waren bisher auch aktionistische Maßnahmen und die Ende 1993 durchgeführte Imagekampagne „Wir Österreicher brauchen unsere Bauern“.



ÖSTERREICHISCHER WIRTSCHAFTSBUND



Der Wirtschaftsbund ist auch im 50. Jahr seines Bestehens die stärkste politische Interessenvertretung der mittelständischen Wirtschaft und die gestaltende Kraft in den Wirtschaftskammern.

Durch die Regierungsbeteiligung der Österreichischen Volkspartei war es dem Wirtschaftsbund möglich, die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Österreich und damit die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu verbessern. Die Tätigkeit des Wirtschaftsbundes war geprägt von folgenden Schwerpunkten:

- Wohlfahrtsstaat und Sozialsystem: Meinungsbildung für Kostenbewußtsein und Mißbrauchsbekämpfung

- 2. Etappe der Steuerreform: Deutliche Verbesserung der Eigenkapitalstruktur durch Abschaffung von Gewerbe- und Vermögenssteuer
- Fortführung der Privatisierungsmaßnahmen in der Verstaatlichten Industrie
- Aktive Europapolitik

Mittelfristige Hauptanliegen sind folgende Themen:

- EU: Einbeziehung von Klein- und Mittelbetrieben in die Förderprogramme
- Budgetkonsolidierung: Strukturelle ausgabenorientierte Maßnahmen und Vermeidung von Steuer- und Abgabenerhöhungen
- Reduktion der Lohnnebenkosten
- Reform der Sozial- und Pensionssysteme
- Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes
- Entbürokratisierung und Deregulierung

Themenkampagne „Was Österreich braucht“

Um auch der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung eines wettbewerbsfähigen Standortes Österreich zu verdeutlichen, führte der WB im Jahr 1994 eine Themenkampagne mit Sujetschaltungen in mehreren Tageszeitungen unter dem Motto „Was Österreich braucht“ durch. Inhaltlicher Schwerpunkt waren vor allem zukunftsorientierte Themen wie Technologie, Umwelt, Innovation und Bildung.

ÖWB-General- versammlung 1993

Die 14. ordentliche Generalversammlung des ÖWB fand am 9. Oktober 1993 in Salzburg statt. Ing. Leopold Maderthaner wurde mit 96,1 Pro-





zente der Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. Neue Vizepräsidenten sind LH-Stv. Waltraud Klasnic, Präsident Kurt Kaun und Präsident Walter Nettig. Mit der Reduzierung der Stellvertreter von 9 auf 3 hat der ÖWB das VP-Statut in seinem Wirkungsbereich entsprechend nachvollzogen.

Die Geschäftsführung des ÖWB hat am 16. November 1992 Dr. Reinhold Mitterlehner übernommen, der vom Präsidium zum Generalsekretär bestellt wurde.

Kammerwahlen 1995

Die Kammerwahlen 1995 standen im Zeichen der zunehmenden Kritik am System der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern. Der Wahlkampf war geprägt von Reform- und Finanzierungsfragen, wurde aber in der letzten Phase von den Diskussionen rund um die Umsetzung des angestrebten Sparbudgets der Bundesregierung - Stichwort Kommunalabgabe - überlagert. Angesichts dieser Umstände ist das Halten der Zweidrittelmehrheit der Stimmen und von 68 Prozent an Mandaten bei der Kammerwahl 1995 als respektables Ergebnis zu bezeichnen.

Service und Informationen

„Steuerservice“

Gerade durch die Änderungen im Zuge der zwei Steuerreformen hat das jährlich erscheinende „Steuerservice“ des ÖWB bei Mitgliedern und Interessenten noch mehr an Wertschätzung gewonnen.

„Europa Kurier“

In Zusammenarbeit mit dem ÖAAB und dem Bauernbund publiziert der ÖWB seit 1992 den EUROPA KURIER, der zehnmal jährlich österreichische Meinungsbildner über europaspezifische Themen informiert.

Veranstaltungen

- ☐ Tagung „Österreichischer Mittelstand in Europa“, März 1994
- ☐ Europaworkshops für Handwerk, Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr (1. Halbjahr 1994)
- ☐ „Wirtschaftsforum Mozartgasse“: Im Rah-



men dieser Veranstaltungsplattform werden monatlich mittelfristig aktuelle wirtschaftspolitische Problemstellungen behandelt.

- „50 Jahre Wirtschaftsbund“: Buchpräsentation am 2. März 1995 sowie Festlegung der Zukunftsziele in einer Veranstaltung am 4. März 1995 „Unser Auftrag für die Zukunft“.

Frau in der Wirtschaft

Bei der Bundestagung der „Frau in der Wirtschaft“ am 24.4.1993 wurde Abg.z.NR Dr. Maria Fekter mit 74 % der abgegebenen Stimmen zur neuen Bundesvorsitzenden von „Frau in der Wirtschaft“ im Österreichischen Wirtschaftsbund gewählt. Maria Fekter folgte in dieser Funktion Vizepräsidentin Abg.z.NR Ingrid Tichy-Schreder, die weiterhin Vorsitzende von „Frau in der Wirtschaft“ in der Wirtschaftskammer Österreich ist.

Management Club

Bundesvorstand: Dr. Otto Keimel (Obmann), Stellvertreter: Vizekanzler Dr. Erhard Busek, Abg.z.NR Dr. Heinrich Neisser. Mitglieder: rund 5000

Der Management Club des Österreichischen Wirtschaftsbundes ist die politische Vertretungsorganisation für Führungskräfte und auch eine wirtschaftspolitische Kommunikations- und Informationsplattform.

Der Management Club hält österreichweit ca. 200 Veranstaltungen pro Jahr zu den verschiedensten Themen ab. Dazu gehören Podiumsdiskussionen, Betriebsbesichtigungen, Vorträge und Kurzpräsentationen, Clubabende und Vernissagen.

Mitgliederstand

(August 1993)

Burgenland	5.613
Kärnten	7.211
Niederösterreich	35.480
Oberösterreich	14.360
Salzburg	7.754
Steiermark	14.682
Tirol	12.224
Vorarlberg	3.660
Wien	24.003
Insgesamt	124.987



ÖSTERREICHISCHE FRAUENBEWEGUNG



ÖVP-Frauenkongress in Eisenstadt: v.l.n.r. LHStv. Gerhard Jellasitz, BL Rosemarie Bauer, Finanzreferentin Elfriede Leimgruber, GS Gertraud Pörtl

Die Österreichische Frauenbewegung engagierte sich in der zurückliegenden Funktionsperiode speziell für den Beitritt Österreichs zur EU. Die Österreichische Frauenbewegung wollte österreichweit allen Frauen eine objektive Information über Vor- und Nachteile eines EU-Beitrittes bieten, damit sich diese selbst ein Bild machen konnten. Das Hauptbestreben lag darin, hier das bestehende Informationsdefizit hinsichtlich des EU-Beitrittes abzubauen. Diesem Ziel wurde durch zahlreiche Veranstaltungen, EU-Seminare, EU-Stammtische, öffentliche Appelle, Aussendungen etc. Rechnung getragen.

Die Besserstellung der Frauen in der Arbeitswelt und die Ausweitung ihrer Berufschancen wurde für die Mitarbeiter und Mitglieder der Frauenbewegung zu einem dauerhaften Schwerpunkt.

Zahlreiche Anstrengungen galten Maßnahmen im Bereich der Präventivmedizin, einer Neudefinition des Arbeitsplatzes sowie flexibleren Formen der Arbeitszeit wie Teil- und Gleitzeit etc. Die geforderten neuen Formen der Arbeitszeit haben zum Ziel, vor allem Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Ebenfalls ein Thema war die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit lag im Engagement für die schon lang geforderte Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Pension und die Einführung der Pflegevorsorge, hier im besonderem für die Anrechnung der Pflegezeiten für die Pension.

Weiters setzte sich die Frauenbewegung für eine stärkere Vertretung der Frauen in allen politischen und gesellschaftlich relevanten Gremien ein. Sie



verlangt die Einführung einer Frauen-Mindestquote von 30 Prozent - ansteigend bis 50 Prozent - in allen politischen Einrichtungen.

ÖFB - Bundesleitung

Pressekonferenz

- ☐ „Situation der Frauen am Arbeitsplatz verbessern“
- ☐ „Frauen- und Familienpolitik - Bilanz und Ausblick“
- ☐ „Kampf der Kinderpornographie“
- ☐ „Europa braucht uns Frauen“
- ☐ „Frau sein muß sich lohnen“
- ☐ „Sicherheit für Frauen“
- ☐ „Flexibilität und neue Arbeitsfelder für die Frauen“
- ☐ „Frauenanliegen müssen zentrales Thema der Politik bleiben“
- ☐ „Wir brauchen eine starke Frauenlobby im Parlament“
- ☐ „Frauenpolitik nicht an der Realität vorbei“
- ☐ „Namensrecht“

Tagungen - Enqueten - Expertengespräche - Veranstaltungen

- ☐ „Europa braucht uns Frauen“ Kongreß in Wien
- ☐ „Europa braucht uns Frauen“ Kongreß in Innsbruck
- ☐ „EU - Stammtisch“
- ☐ Bundesländerreisen der Generalsekretärin
- ☐ „Seminar für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“
- ☐ Arbeitskreis „Frau und Kirche“
- ☐ Arbeitskreis „Beruflicher Wiedereinstieg für Frauen“
- ☐ Arbeitskreis „Unternehmen Haushalt“
- ☐ „Hintergrundgespräche“ zu aktuellen Themen

Publikationen

- ☐ „Die Österreichische Frau“ (viermal jährlich)
- ☐ „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“
- ☐ Broschüre zur NR-Wahl 1994
- ☐ „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ Falter
- ☐ „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ Aufkleber

Aktionen

- ☐ Unterschriftenaktion gegen Tschernobyl
- ☐ Aktionen anläßlich der Präsidentschaftswahl Dr. Klestil

ÖFB - Landesorganisationen

Die Österreichische Frauenbewegung hat auf Landesebene, abgesehen von den nachstehend angeführten Veranstaltungen und Themenschwerpunkten, zahlreiche karitative und gesellschaftspolitische Aktivitäten gesetzt, die hier im einzelnen nicht angeführt werden können. Das gleiche gilt für eine Vielzahl von Schulungen und Seminaren auf Landesebene.

Burgenland

Tagungen

- ☐ „Die Organisation der ÖFB auf Gemeindeebene“
- ☐ „Unfallversicherung - Unfallvermeidung im Haushalt“
- ☐ „Müllvermeidung als aktiver Beitrag zum Umweltschutz“
- ☐ „Die selbstbewußte/starke Frau“
- ☐ „Beruflicher Wiedereinstieg“

Pressekonferenzen - Presseaussendungen zu diversen aktuellen Themen

Politische Veranstaltungen

- ☐ 14. o. Landestag der ÖFB
- ☐ „Brücken schlagen zu unseren Nachbarstaaten“ Veranstaltung mit Politikerinnen aus Budapest, Zagreb und Bratislava
- ☐ „Kamingespräch“ mit Staatssekretärin Dr. Maria Fekter und Frauen im Hotelgewerbe und im Fremdenverkehr
- ☐ „Frauen in Europa - Frauen in der EG“ Bildung von sieben neuen Ortsgruppen

Aktivitäten

- ☐ Zusammenstellung und Herausgabe eines „Burgenländischen Hochzeitskochbuches“
- ☐ Informationsabend über das Bgld. Hilfswerk



Kärnten

Politische Aktivitäten

- ☐ „Die Frau im Alpen-Adria-Raum“ mit Vertreterinnen aus Kärnten, Friaul und Slowenien
- ☐ „Pensionsenquete“
- ☐ Bundespräsidentenwahl 1992
- ☐ Landesfrauentag
- ☐ Landtagswahl 1994
- ☐ Nationalratswahl 1994

Landesfrauenkonferenzen

- ☐ „Pörschacher Frauengespräche“
- ☐ „Frauen leben Zukunft“

Pressekonferenzen - Artikelserien zu diversen aktuellen Themen

Podiumsdiskussionen

- ☐ „Kindermißhandlung, sexueller Mißbrauch von Kindern“
- ☐ „Die Frau in der EU“
- ☐ „Fragen Sie die Frau Ministerin“ (BM Rauch-Kallat)
- ☐ „EU und Umwelt“
- ☐ „Stopp der Gesetzesflut“

Broschüren

- ☐ „Energiesparen“ - Broschüre
- ☐ „Gesundheits“-Broschüre

Verwirklichte Ziele durch ÖFB-Initiativen

- ☐ Unterschriftenaktion „Anrechnung der Kindererziehungszeiten an die Pension“
- ☐ Gründung einer Frauenbewegung in Slowenien
- ☐ „Unterstrafestellung der Kinderpornographie“

Kulturinitiativen

Niederösterreich

Veranstaltungen - Aktionen - Enqueten

- ☐ Landtag der NÖ-Frauenbewegung
- ☐ Gemeinderätinnen-Enquete „Wir Frauen machen Politik“
- ☐ Enquete „Schule und Familie“
- ☐ Telefonaktionstag „Was bringt mir die neue Familienbesteuerung?“

- ☐ Viertelskonferenzen zur „Pensionsreform“
- ☐ „Ein Fest für Liese“ Empfang anlässlich der Wahl von Liese Prokop zur LH-Stv.
- ☐ EU-Veranstaltungen Infos
- ☐ Veranstaltungen und Aktionen zur GRW, LTW, NRW und EU-Abstimmung
- ☐ Umwelt-Aktionen - Unterschriftensammlung gegen Bohunice und Mochovce
- ☐ „Aktion sicherer Schulweg“ - Verteilung von Reflektoren an allen NÖ-Schulen
- ☐ Informationsabende der Landesleiterin und Landessekretärin in Bezirken und Gemeinden
- ☐ wöchentliche Sprechstunden der Landesleiterin
- ☐ kostenlose Rechtsberatung
- ☐ Haussammlung für die Soforthilfe NÖ-Frauen, finanzielle Unterstützung für in Not geratene NÖ-Familien
- ☐ Mitgliederwerbeaktion
- ☐ verschiedene Aktivitäten in allen 350 Ortsgruppen in ganz NÖ

Publikationen und Aussendungen

- ☐ Vierteljährliche Ausgabe unserer Info-Zeitung „Blickpunkt“
- ☐ „Presseausendungen“ und „Pressekonferenzen“ zu aktuellen, politischen Themen
- ☐ „Rundschreiben“ an alle Funktionärinnen der NÖ-FB

Pressekonferenzen und Presseausendungen zu diversen aktuellen Themen

Oberösterreich

Konferenzen

Konferenzen 1993:

- ☐ GR-Konferenz mit AK Budget, Prüfungsausschuß, Internationales Jahr der Familie
- ☐ „Chancen heute - Frauenförderung in Unternehmen“

Konferenz 1994:

- ☐ „Chancen heute - Frauen in Unternehmen“

Konferenz 1995:

- ☐ GR-Konferenz zum Thema „Ortsentwicklung/Dorfentwicklung“



Veranstaltungen - Aktionen - Arbeitskreise

1993

- ☐ 17 „Frauengespräche“ in den Bezirken. Veronika Leiner und Brigitte Lohnecker besuchten alle Bezirke
- ☐ „In den zweiten Frühling“ - Gesundheitsgespräche der ÖVP-Frauen, Thema „Die Wechseljahre der Frau“

1994

- ☐ „Europäische Union“
 - Europagespräche mit LR Leitl in den Bezirken (15)
 - Kleingruppengespräche (25)
 - Europafest für Frauen in der Linzer Arkade
- ☐ „Mühlviertler Frauentage“ in Lichtenberg (dreitägig) große Diskussions- und Informationsveranstaltung
- ☐ „Vöcklabrucker Familientage“ (viertägig)
- ☐ 17 Bezirksbesuche der Landesleiterin unter dem Motto „Wir gehen auf die Frauen zu“
- ☐ „Politik bei uns daheim“ 40 Kleingruppengespräche mit NR-Kandidatinnen
- ☐ „NR-Wahlwerbung“ ÖVP-Frauenbewegungsfalter und Wahlzuckerl mit der Aufschrift „Erfrischend Natürlich“ ÖVP-Frauen

1995

- ☐ Verteilaktion beim Landesparteitag
- ☐ Reformgruppe „ÖFB-Neu“ (monatliche Treffen)

Landesweite Aktionen

- ☐ Familienausschüsse in den Gemeinden, derzeit gibt es auf Initiative der Frauenbewegung in rund einem Viertel der OÖ-Gemeinden einen Familienausschuß
- ☐ „Jährliche Schulwegsicherung“
- ☐ „Mutterberatungsstellen - Begegnungsstätte für Mütter“, Besuch, div. Mutterberatungsstellen
- ☐ „OÖ. Frauengespräche „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“
- ☐ „Klub der Gemeinderätinnen“, viertelweises Arbeitstreffen der Gemeinderätinnen
- ☐ „Chancen heute - Frauenförderung in Unternehmen“, Frauenfreundliche Betriebe
- ☐ Europagespräche“

Zeitungen - Broschüren

- ☐ „Die Linie“ (vierteljährlich erscheinende Zeitschrift der OÖ. Frauenbewegung)
- ☐ „Mittwoch Info“ (wöchentliche Aussendung an die Landesleitungsmitglieder)
- ☐ Rundschreiben, In regelmäßigen Rundschreiben an unser Mitarbeiterinnen werden diese mit den neuesten politischen Informationen versorgt.
- ☐ Broschüre „In den zweiten Frühling“
- ☐ Broschüre „Chancen heute“
- ☐ jährlich ein „Arbeitsprogramm“ in Broschürenform
- ☐ jährlich schriftlicher Tätigkeitsbericht für die Orts- und Bezirksgruppen

Wahlwerbung bei Landtagswahl 1991

- ☐ „Haushaltsbuch“ Auflage 20.000 Stück
- ☐ Modeschauen mit Anneliese Ratzenböck in allen Bezirken
- ☐ Bezirksbesuche der Landesleiterin
- ☐ Einzelgespräche mit allen Bezirksleiterinnen

Gesundheit - Zufriedenheit

- ☐ Wanderausstellung zum Thema „Gesundheit - Zufriedenheit“ wurde in über 100 Gemeinden gezeigt. Dazu 44 mehrtägige Großveranstaltungen und Gesundheitsgespräche in allen Bezirken.
- ☐ Umfassende „Gesundheitsbroschüre“ zur Ausstellung

Pressekonferenzen und Presseaussendungen zu diversen aktuellen Themen

Salzburg

Veranstaltungen

- ☐ Diskussion „Verantwortung für das Leben tragen“ gemeinsam mit den Bäuerinnen
- ☐ Kontakte und Treffen mit CSU-Frauen aus München und Traunstein
- ☐ Infostand jeweils zum „Internationalen Frauentag“ am 8. März
- ☐ „Die Qualität unserer Lebensmittel nach dem EU-Beitritt“
- ☐ Initiativen des Freundeskreises der Behinderten der Salzburger FB (Flohmärkte, Behindertenausflüge, Ausstellungen...)





Aktion "Vorrang bei Gesundheitsvorsorge",
BL Rosemarie Bauer und Gesundheits-
sprecher Abg. Dr. Erwin Rasinger

Podiumsdiskussionen

- ☐ „Frauenpolitik in der Gemeindestube“ mit SPÖ-Frauen
- ☐ „Was bewirken Frauen in der Politik? - Bewirken Frauen etwas in der Politik?“
- ☐ „Keine Macht der Drogen“

Veranstaltungen zu diversen Wahlen:

Gemeinderatswahlen Stadt Salzburg 1992

- ☐ Präsentation der GR-Kandidatinnen: „Frauenflugblatt“, „Kandidatinnen-Journalisten-Heurigen“
- ☐ „Frauen - gestern und Heute“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Mein Wiedereinstieg - Wie Frauen in den Beruf zurückfinden“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Frauenrecht in der EG“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Salzburgs Zukunft in der EG“ Podiumsdiskussion

Landtagswahl März 1994

- ☐ Pressekonferenz „ÖVP-Frauen für den Landtag“
- ☐ Fragebogenaktion und Pressekonferenz

- ☐ „Sicherheit in der Stadt“
- ☐ „Gesundheit und Schönheit von Kopf bis Fuß“
- ☐ „Alle Zeichen stehen auf Frau“ Damencocktail mit LH Dr. Hans Katschthaler
- ☐ Präsentation der Kandidatinnen: Frauenflugblatt, div. Inserate und SVZ extra
- ☐ „Trachtenschauen“ in allen Bezirken
- ☐ Altersheimaktion in der Stadt
- ☐ Frauengespräche
- ☐ „Frauenbewegung - wozu?“
- ☐ Seminar „Es gibt keine 2. Chance für den ersten Eindruck“
- ☐ „Wohin mit dem Müll?“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Wiedereinstieg in den Beruf - Hürden und Chancen“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Keine Macht den Drogen“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Frauen- und Familienpolitik im Land Salzburg“ Podiumsdiskussion
- ☐ „Frauenrecht in der EU“ Podiumsdiskussion

EU-Volksabstimmung Juni 1994

- ☐ Diskussionsrunden auf Bezirks- und Ortsebene
- ☐ Gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Teilorganisationen

Nationalratswahl Oktober 1994

- ☐ Podiumsdiskussion „Karenzurlaub ... und dann?“
- ☐ eigener Stand am Satellitenfest
- ☐ gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Teilorganisationen

GV-Wahl November 1994

- ☐ Unterstützung der OL bei Kandidatenfindung
- ☐ „Frauengespräche“: Pflegeversicherung, Tagesbetreuungsgesetz, Pensionsreform, Salzburger Raumordnungsgesetz, Müllvermeidung, Mülltrennung, Frauenpolitik in der EU, Frau und Gesundheit, das Sozialgesetz und seine Lücken, Verschuldung und Privatkonkurs, Salzburger Familienförderung, Unfall- und Haftungsversicherung, Drogen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu diversen aktuellen Themen



Tagungen

- ☐ Regionalkonferenzen
- ☐ Landfrauentagungen

Klausuren

- ☐ Bestandsaufnahme „Frauenbewegung quo vadis?“

Enqueten

- ☐ „Familie - Keimzelle und finanzielles Stiefkind unserer Gesellschaft“
- ☐ „Frauen in Kirche, Politik und Gesellschaft“
- ☐ „Was können Kinder, Eltern und Lehrer unternehmen, um nötigen Schulstreß zu vermeiden?“
- ☐ „Wenn Frauen wieder in den Beruf einsteigen“
- ☐ „Strahlenschutz geht jeden an“
- ☐ „Jung, rechts und gewaltbereit“
- ☐ „Gewalt in den Medien“ Einfluß auf Kinder und Jugendliche
- ☐ „Alt und pflegebedürftig sein in unserer Gesellschaft“
- ☐ „Österreich und die EU - reden wir darüber?“
- ☐ „Ist die Hausfrau ein Auslaufmodell?“
- ☐ Auftakt zum Internationalen Jahr der Familie 1994 „Familie zwischen Anspruch und Wirklichkeit“
- ☐ „Kinder brauchen Liebe“
- ☐ „Familie gesellschaftsfähig - Gesellschaft familienfähig?“
- ☐ „Schule - Ersatz für das Elternhaus?“
- ☐ „Die WERTvolle Familie“
- ☐ „Ist Krankheit nur Schicksal?“

Veranstaltungen - Aktionen

- ☐ EU-Veranstaltungen Infos
- ☐ div. Veranstaltungen und Aktionen zur Gemeinderatswahl, LTW, NRW, EU-Abstimmung
- ☐ Umweltaktionen
- ☐ „Jour fixe“ (monatlich)

Publikationen und Aussendungen

- ☐ „Frau aktiv“ vierteljährlich
- ☐ Presseaussendungen zu diversen aktuellen Themen
- ☐ Rundbriefe an die Mitarbeiterinnen

Pressekonferenzen und Presseaussendungen zu diversen aktuellen Themen

Klausurtagungen

- ☐ „Mehr Frauen in der Politik - und wie geht es weiter?“
- ☐ „Ziel als Gruppe zusammenwachsen“ Sieglinde Maglot
- ☐ „Zukunftsplanung der TFB“

Enqueten

- ☐ „Frau sein mit Kopf-Herz-Hand“, Dr. M. Luise Rob
- ☐ „Die Gestaltung der Zukunft ist zu wichtig, um sie den Männern (alleine) zu überlassen“
- ☐ „Was bringt ein verpflichtender Ehevertrag“ BM Rauch-Kallat
- ☐ „Familie bedeutet nicht automatisch leben in Harmonie“
- ☐ „Leben in der EU als Frau“ mit der Südtiroler LT-Präsidentin Dr. Sabine Kasslater-Mur

Unterschriftenaktionen

- ☐ Unterstützung für kinderreiche Familien (1992)
- ☐ Gegen FPÖ-Volksbegehren (1993)
- ☐ „Aktion Lichterkette“

Publikationen - Aussendungen

- ☐ „Frau aktiv“ (vierteljährlich)
- ☐ Presseaussendungen der Landesleiterin zu diversen aktuellen Themen

Informationsveranstaltungen

- ☐ Informationsabende: „Pensionsreform“, „Drogen“, „Umwelt“

Wahlen

- ☐ Gemeinderatswahl auf Landesebene 1992, Forderung der FB-Frauen: Mindestens eine Frau an wählbare Stelle auf den Listen!
- ☐ Vorwahl- und LT-Wahl 1992/93 Vorstellung der Kandidatinnen in „Frau aktiv“ und beim a.o. Landestag Aussendungen in den Bezirken Frauenforum Frauenstrategien zu den Wahlen
- ☐ Gemeinderatswahlen Innsbruck-Stadt 1994
- ☐ EU-Abstimmung



- ☐ Vorwahl und NR-Wahl 1994
- ☐ Unterstützung Kandidatinnen durch Vorstellung in „Frau aktiv“

Aktionen im Bereich Umwelt

- ☐ Müllvermeidung
- ☐ Gemeindeebene/Naturschutz/Lebensraum
- ☐ Garten/Kompostierung
- ☐ Vorträge auf Orts- und Gemeindeebene / kath. Familienverband

Vorarlberg

Veranstaltungen - Aktivitäten

- ☐ regelmäßige Treffen mit Funktionärinnen
- ☐ Gespräch mit BM Ruth Feldgrill-Zankel
- ☐ Informationsveranstaltungen und Sprechstunden zum Thema „Pensionsreform“ mit Abg.z.NR Dr. Feurstein
- ☐ Diskussionsveranstaltung mit Dr. Thomas Klestil
- ☐ Diskussionsveranstaltung mit Dr. Erhard Busek
- ☐ „Frauentag“ mit Dr. Thomas Klestil
- ☐ Klausurtagung der Landesleitung
- ☐ Leseabend
- ☐ „Weihnachtskonferenz“ (Spenden für Sozialprojekt)
- ☐ Gründung der 73. Ortsgruppe
- ☐ Gesundheitstage
- ☐ Gründung des Vlb. Hilfswerkes
- ☐ Frauentage zum Thema „Wiedereinstieg in den Beruf“
- ☐ Aktionstag „Unternehmen Familie“
- ☐ Aktionstag „Frauenfreundlicher Betrieb“
- ☐ Aktion „Vorarlberg hat starke Frauen“

Publikationen

- ☐ Obfrauen-Funktionärinnen Heft (jährlich)

Pressekonferenzen und Presseaussendung zu diversen aktuellen Themen

Wien

Aktionen - Veranstaltungen - Diskussionen

- ☐ Landestag
- ☐ Aktionsworkshop „Chancen, Argumente, Aktionen“
- ☐ Drogenenquete „Liberalisieren heißt akzeptieren“ mit anschließender Drogen Diskussion und Verteilaktion in allen Bezirken
- ☐ Aktionskomitee „Wienerinnen für Dr. Klestil“
- ☐ Verteilaktion mittels Fahrradrickscha's für Dr. Klestil
- ☐ Informationsveranstaltungen und Arbeitskreise zu den Themen „Vorwahlen“, „Pensionsreform“, „Gleichbehandlungspaket“, „Verpackungsverordnung“, „Zukunftsdialog“
- ☐ Unterschriftenaktion gegen das AKW Temelin
- ☐ Klausur für Kandidatinnen - „Frau und Politik“
- ☐ „Europa-Kamingespräch“ an der Politischen Akademie
- ☐ Beteiligung am Kinderfest der ÖVP-Wien mit einem Stand „Alte Spiele aus Europa“ und einem Infostand zur EU
- ☐ Beteiligung am EU-Familienzelt am Hof in Zusammenarbeit mit der BWK, Infostände, Vorträge etc..
- ☐ Gründung des Wiener ÖVP-Frauenforums zur Unterstützung und Förderung von NR-Mandatarinnen
- ☐ „Kandidatencocktail“ Präsentation der NR-Kandidatinnen im Club alpha
- ☐ Beteiligung am „Satellitenfest“

Pressekonferenzen - Presseaussendungen zu diversen aktuellen politischen Themen



ÖFB-Vorstand

Publikationen

- ☐ vierteljährlich die Zeitschrift „Frau aktuell“
- ☐ vierteljährlich diverse Zeitschriften in den Bezirken wie „In Hernals“ „City“, „Die Wiednerin“, „Frau aktiv in Favoriten“
- ☐ Drogenfalter
- ☐ Falter der Frauenbewegung Wien

Ständige Beratungseinrichtungen

- ☐ einmal im Monat kostenlose Rechtsberatung (nach Anmeldung)
- ☐ Frauentelefon
- ☐ Beratung in Steuersachen

Bundesleiterin

Abg. z. NR Dir. Rosemarie Bauer

Gen. Sekr.

Gertraud Polth

Bundesfinanzreferentin

Elfriede Leimgruber

sowie

Labg. Wilfriede Hribar

LABg. a.D. Elfriede Salzgeber

und die Landesleiterinnen der ÖFB

Mitgliederanzahl

Burgenland:	3.712
Kärnten:	5.100
Niederösterreich:	11.487
Oberösterreich:	9.374
Salzburg:	10.293
Steiermark:	18.021
Tirol:	4.467
Vorarlber:	9.579
Wien:	1.615
gesamt:	73.648



JUNGE ÖVP



„...., daß wir unsere ureigenste Aufgabe erfüllen. Die Probleme der Jugendlichen in diesem Land anzusprechen, darüber nachzudenken und die Lösungsvorschläge umzusetzen. Im Mittelpunkt unserer Handlungen stehen Ideen und Träume der jungen Menschen“.

Mit diesen Worten wurde am 6. März 1993 Werner Amon zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt.

Jugendpolitik darf nicht über den Fernschreiber passieren.

Lehrlinge machen 50 % der in Ausbildung stehenden Jugendlichen aus. Im Frühjahr 1993 befaßte sich die Junge Volkspartei in einer bundesweiten Aktion mit der Situation der Lehrlinge. Es galt, die Lehre als gleichwertige Alternative zu Allgemeinbildenden Höheren Schulen

wie auch zu Berufsbildenden Mittlern und Höheren Schulen aufzuzeigen. Unter dem Motto „Die Lehre bringt's“ wurden unter anderem folgende Forderungen gestellt:

1. Bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems; d. h., qualitative Aufwertung der Meisterprüfung, die auch zu einem weiterführenden Universitätsstudium berechtigen soll (Meisterprüfung = Studienberechtigungsprüfung).
2. Lehrlingsentschädigung - Ungerechtigkeiten abbauen; d. h., marktwirtschaftlich und sozial ungerechtfertigte Unterschiede sind zu beseitigen.
3. Bessere Unterstützung für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden.
4. „Mopedfahren mit 15“; für Lehrlinge in ländlichen Gebieten ist es oft schwierig, den Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Daher fordern wir, daß das Mopedfahren ab 15 Jahren gestattet werden soll.

„Neue Lage“

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Zivildienstdauer konnte die Junge ÖVP einen großen Erfolg verbuchen. Nicht nur, daß es uns gelungen ist, die drohende Wiedereinführung der Zivildienstkommission und eine Zivildienstzeitverlängerung auf zwölf Monate abzuwenden, gerade für den Präsenzdienstler konnten wir auch andere wesentliche Verbesserungen erreichen:

1. Erhöhung des Taggeldes von S 60,- auf S 100,-.
2. Einführung der 5-Tage-Woche
3. Entfallen der äußeren Form des Bitt-Rapportes
4. Heimschläfergenehmigung nach der Grundausbildung
5. Verbesserte Ausbildung des Kaderpersonals

Wir sind davon überzeugt, daß mit solchen und ähnlichen Maßnahmen die Akzeptanz des Österreichischen Bundesheeres bei der Bevölkerung,



„In is, wer drin is“

vor allem bei jungen Menschen, gesteigert werden kann und wir damit auch in Zukunft zur Sicherung der umfassenden Landesverteidigung, insbesondere der militärischen Landesverteidigung beigetragen haben. Durch eine stärker werdende europäische Integration und für ein zukünftiges europäisches Sicherheitssystem muß sich unser Heer den neuen Herausforderungen anpassen. Auf ihrer Bundeskonferenz „Neue Lage“ hat die Junge ÖVP daher das „Hattrick-Modell“ für das österreichische Bundesheer der Zukunft präsentiert.

Das „Hattrick-Modell“ besteht aus drei Säulen:

1. *Präsenzdiener*
2. *Berufssoldaten*
3. *Professionelle Miliz*

Wir treten für die Schaffung einer professionellen Miliz aus dem Bereich der Reservisten ein.

Europa: „In is, wer drin is“

Bereits seit 1985 kann sich die Junge ÖVP mit Fug und Recht als Vorreiter der Integrationsidee Österreichs in die Europäische Union bezeichnen. So war es Bundesobmann Othmar Karas, der vor 10 Jahren begann, auch innerhalb der ÖVP Mitstreiter für diese Idee zu gewinnen. Unter Bundesobmann Mag. Harald Himmer wurde dieser eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt. Eine Vielzahl an „Europaaktivitäten“ prägte in der Zielgerade unserer Integrationsbemühungen die Arbeit der Jungen ÖVP:

Arbeitskonferenz „Europa“ in Pörschach (Herbst 1993)

Eurosnowweekend der JVP in Schladming (Winter 1994)

Fachtagung f. JVP Funktionäre (Frühjahr 1994)

Info-Stand auf der Frauenmesse „La Donna“ (Frühjahr 1994)

Europafest am 4. Juni in der Wiener Innenstadt

Euro-Öko-Talk

Frauenarbeitskreis d. JVP diskutiert „Pro/Contra EU“

Um, vor allem bei jungen Menschen, die emotionale Ebene anzusprechen, wurde ein Motivationsvideo produziert, dessen Kernaussage die friedensbringende und friedenserhaltende Dimension eines geeinten Europas in den Vordergrund stellte.

„Junges Europa“

Im Herbst 1993 wurde unter Federführung von Bundesobmann Werner Amon eine Plattform zehn bürgerlicher Jugendorganisationen gegründet. Das Ziel dieser Plattform war die Koordination der Europaaktivitäten der einzelnen Organisationen und die Durchführung von gemeinsamen Aktionen.

Bei der „Euro-Road-Show“ des „Jungen Europa“ wurden von über 200 Helfern an Aktionsständen in Fußgängerzonen, U-Bahnstationen und Einkaufszentren in Wien und im Großraum Wien Europainformationen an Passanten weitergegeben.

Nationalratswahlen 1994

„Wir sagen, was uns kratzt“

Mit diesem Slogan ging die Junge ÖVP in den Jugendwahlkampf 1994.

Neben Europa, der Auseinandersetzung mit dem Österreichischen Bundesheer und mit dem Zivildienst, mit Fragen und Antworten zur Situation der Lehrlinge traten wir im Wahlkampf mit unserer Aktion „Gegen rechte Zündler“ intensiv gegen alle Formen des Radikalismus auf.

Mit Bundesobmann Werner Amon ist die Junge ÖVP als einzige Jugendorganisation im Nationalrat vertreten. Eine Repräsentanz in gesetzgebenden Organen ist auch durch den Landesobmann der Jungen ÖVP Vorarlberg, Oliver Ladurner, im Vorarlberger Landtag gegeben.



Abschaffung von Privilegien und Pfründen

Die Bundeskonferenz im Herbst 1994 stand noch ganz unter den Nachwirkungen der Nationalratswahl.

Mit dem Leitantrag zur „Abschaffung der Privilegien- und Pfründewirtschaft in Österreich“ wurde ein Thema aufgegriffen, das sich spätestens am 9. Oktober 1994 als existenzbedrohend für die Großparteien erwiesen hat.

Die Junge ÖVP trat daher erneut entschieden gegen Privilegien auf und hat unter anderem folgende Forderungen an die Mutterpartei erhoben:

1. Urabstimmung in allen österreichischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften über die Pflichtmitgliedschaft bei der jeweiligen Institution.
2. Abschaffung der Pragmatisierung von Kammerangestellten (wie dies die Wirtschaftskammer durchgeführt hat).
3. Ämterentflechtung auf allen politischen Ebenen. Neben dem Beruf darf nur noch eine bezahlte politische Funktion ausgeübt werden. Ausgenommen von dieser Regelung sind Abgeordnete, die über interne Vorwahlen ihr Mandat erreicht haben.
4. Die Junge Volkspartei fordert die Einstellung fortlaufender Bezüge für zeitweilig Pensionierte, die ein politisches Mandat ausüben.

Bundeskonferenz

„Von Drogen betrogen“

Das kompetente Wissen um die Droge ist ein Stück Macht gegen die Droge!

Von diesem Leitsatz ausgehend, beschlossen die Teilnehmer der Bundeskonferenz folgende Punkte:

1. **Prävention durch Rückhalt in der Familie**
Im Rahmen dieser Aufklärung sollen Kinder und Jugendliche zu der inneren Einstellung gelangen, daß sie Drogen ablehnen.

2. **Neues Berufsbild „Jugendsuchtberater“**
Eine einjährige Ausbildung zum Jugendsuchtberater basierend auf einer klaren gesetzlichen Regelung sowie der staatlichen Anerkennung soll Lehrern, Erziehern, Betreuern und anderen in öffentlichen Institutionen der Sozialarbeit tätigen Personen offen stehen.

3. **Therapieplätze ausbauen**
Wir fordern den Ausbau von ambulanten sowie auch stationären Therapieplätzen, sowie von Entzugsplätzen. Die ambulante Therapie soll unter dem Motto „Therapie statt Strafe“ als Möglichkeit für Süchtige verstärkt angeboten werden.

4. **Neue Ansätze im Strafvollzug**
Aufgrund von Verurteilungen nach dem Suchtgiftgesetz eingehobene Strafgebühren müssen zweckgebunden zur Schaffung und Erhaltung von Therapieplätzen verwendet werden, wie dies erst kürzlich Justizminister Michalek ebenfalls verlautbart hat.

Ausgehend von der Bundeskonferenz wurde eine Bausteinaktion ins Leben gerufen, deren Reinerlös einer Drogenberatungsstelle zukommt.

Junge Akademie

Unter Bundesobmann Werner Amon wurde die Bildungsstätte der Jungen ÖVP, die Junge Akademie, angekauft. Als Zukunftswerkstätte steht sie für Arbeitskreise und persönlichkeitsbildende Seminare zur Verfügung.

Neues Denken, vorausschauendes Handeln erweisen sich als wichtigste Voraussetzung für die Zukunft. Die Junge Akademie fördert diese Zukunft durch gemeinsame Visionen, gemeinsames Nachdenken und durch gemeinsames Erarbeiten konkreter Lösungen.

Österreichischer Bundesjugendring

Seit Frühjahr 1994 stellt die Junge ÖVP mit Ruth Michalka die stellvertretende Vorsitzende des ÖBJR. Die Junge ÖVP bemüht sich, mit ihren Reformvorschlägen die verkrusteten Strukturen



im Österreichischen Bundesjugendring aufzubrechen. Unter anderem ist es unser Anliegen, weitere Jugendorganisationen in den ÖBJR aufzunehmen. Wesentlicher Schwerpunkt der gegenwärtigen Arbeit ist die Schaffung eines Jugendförderungsgesetzes, das die Vergabe öffentlicher Gelder an Jugendorganisationen regeln soll.

- ☐ Wohnen
- ☐ Kommunalpolitik
- ☐ Drogen
- ☐ Lehrlinge
- ☐ Internationaler Arbeitskreis
- ☐ Bundesheer/Zivildienst
- ☐ Bildung
- ☐ Umwelt
- ☐ Frauen

erarbeitet.

Internationale Arbeit

Das Hauptaugenmerk der Internationalen Arbeit der Jungen ÖVP wurde in den vergangenen Jahren auf das Wirken im Demokratischen Jugendverband Europas (DEMYC) gelegt. Nicht zuletzt auch deshalb, da die Entwicklung innerhalb der EYCD, geprägt durch ideologische Richtungsstreitigkeiten, keine konstruktive thematische Arbeit zuließ. Das aktive Wirken der Jungen ÖVP innerhalb der DEMYC ist schon alleine dadurch dokumentiert, daß die Junge ÖVP in den Jahren 1991- 1993 durch Arthur Winkler-Hermaden den Generalsekretär dieses europaweiten Dachverbandes stellen konnte. Seit Jänner 1995 steht Arthur Winkler-Hermaden der DEMYC als geschäftsführender Vorsitzender vor.

Das Ziel der DEMYC ist vorrangig, die Kooperation zwischen ihren Mitgliedsorganisationen zu vergrößern und zu stärken, um damit ihren Beitrag zu einem vereinten Europa zu leisten. Durch die Einbindung vieler christdemokratischer und christkonservativer Jugendorganisationen aus dem osteuropäischen Raum konnten wir als Junge ÖVP einen wesentlichen Beitrag zu diesem gemeinsamen Ziel in den vergangenen Jahren beisteuern.

Auf Antrag von Bundesobmann Werner Amon wird der diesjährige Wahlkongress der DEMYC von 7. - 9. Juli in Graz abgehalten werden.

Laufende Aktivitäten

Die Junge ÖVP ist in Gremien, wie z. B. in der Schülerunion, im Jugendherbergswerk, im Österreichischen Bundesjugendring (ÖBJR) und im Institut für Jugendkunde vertreten. Inhaltliche Schwerpunkte zu gesellschaftspolitischen Themen werden in den Arbeitskreisen

Schulpolitik **- Die Schülerunion**

Ihre Dominanz in der österreichischen Schülervertretung konnte die Schülerunion wieder einmal bei den vergangenen Wahlen zur Bundesschülervertretung unter Beweis stellen. Die Schülerunion stellt nicht nur die Bundesschulsprecherin und alle Bereichssprecher, sondern hat insgesamt eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Dieses herausragende Ergebnis ist sicherlich das Produkt einer jahrelangen, konsequenten und zielstrebigem Arbeit. Ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist das Seminarprojekt und die interne Ausbildung. Weiters veranstalten wir jährlich den größten österreichweiten Schülerkongreß in Rauris.

Schulsprecher werden regelmäßig durch einen Pressedienst und den Schulsprecherbrief wöchentlich über uns, unsere Arbeit und Schulpolitik allgemein informiert. Die Schülerunion publiziert außerdem das auflagenstärkste Magazin für Schüler, das VETO.

Im heurigen Jahr versuchen wir mit der Werbelinie „Partnerschaft macht Schule“ für den Ausbau der Mitgestaltungsrechte der Schulpartner, insbesondere der Schüler, zu werben. Die Grundforderungen in diesem Programm sind, eine Schule mit Verantwortung, Partnerschaft und Engagement zu konstruieren.



Österreichische Kinderwelt

Die Österreichische Kinderwelt ist die Kinderorganisation der Jungen ÖVP und übernimmt die wichtige Arbeit mit Kindern innerhalb der Jungen ÖVP.

Die Bundesorganisation der Österreichischen Kinderwelt koordiniert die Landesorganisationen und nimmt die Vertretung nach außen, zum Beispiel im Österreichischen Bundesjugendring, wahr. Die Arbeit mit Kindern wird in den Orts-, Bezirks- und Landesgruppen getätigt.

Seit 1990 ist der Landesobmann der Jungen ÖVP Wien, Dr. Wolfgang Ulm, auch Bundesobmann der Kinderwelt. Er wurde 1993 wiedergewählt. Ihm zur Seite stehen sein Stellvertreter Christoph Kainz und Bundessekretär Michael Hefelle.

1993 ist es gelungen, auch in Vorarlberg eine Kinderwelt ins Leben zu rufen. Damit besteht nur mehr in Tirol keine Landesorganisation der Kinderwelt.

Die Arbeit in den Landesorganisationen ist vielfältig. Von vielen Landesorganisationen werden Sommerlager im In- und Ausland angeboten, zusätzlich Winterlager und Lernferien. Daneben gibt es vielfältigste Aktionen wie Aktionsnachmittage, Spielbusse oder Kooperationen mit öffentlichen Stellen, beispielsweise bei Ferienspielen.

Auf Gemeindeebene stellen die wöchentlichen Heimstunden und die Gestaltung einer kinderfreundlichen Gemeinde im Mittelpunkt.

Bundesvorstand der JVP:

Bundesobmann: Abg. z. NR Werner Amon

Bundesobmann-Stellvertreter:

Mag. Thomas Stelzer

Christian Naderer

Astrid Lang

Mag. Alexander Perthen

Harald Hahn

Bundesfinanzreferent: Ing. Peter Mender

Bundessekretär: Erwin Ulreich

Bundesobmann der Kinderwelt:

Dr. Wolfgang Ulm



Bundesobmann Werner Amon im NR-Wahlkampf 1994



ÖSTERREICHISCHER SENIORENBUND



Stefan Knafl schmiedet Pläne und das Eisen, so lange es heiß ist!

Politik

Im Berichtszeitraum 1991 - 1995 war und ist der Österreichische Seniorenbund als Interessensvertretung der älteren Menschen und als die zuständige Organisation der Österreichischen Volkspartei für Pensionen wesentlich damit befaßt, auf die Lebenssituation und die zu entwickelnden Zukunftsperspektiven der etwa 2 Millionen Österreicher, die in Pension sind oder sich knapp vor dem Eintritt in den Ruhestand befinden, aufmerksam zu machen.

- Nach dem Bundesorganisationsstatut der Österreichischen Volkspartei vertritt der Österreichische Seniorenbund die Senioren in politischer Hinsicht. Da die ältere

Generation Österreichs eine Wachstumsgruppe ist, hat sie ihren politischen Einfluß wahrgenommen. Die Senioren haben auf die politische Mitsprache nicht verzichtet und werden dies auch in Zukunft nicht tun.

- Mit Nachdruck hat der Österreichische Seniorenbund verlangt, daß Senioren im National- und im Bundesrat, in den Landtagen und Gemeinden die älteren Menschen vertreten. Die Einbindung der Senioren in die Verwaltungskörper des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, bei den Sozialversicherungsträgern selbst und den Gebietskrankenkassen, die Installierung des Bundesseniorenbeirates sowie die Mitsprache im Beirat für die



Pensionsanpassung waren wichtige Forderungen der vergangenen Jahre.

- Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren außer der Politik im allgemeinen und der Sozialpolitik im besonderen

- Fragen der Wohnungs-,
- der Gesundheits- und
- der Verkehrspolitik

sowie eine besondere Rücksichtnahme auf die ältere Generation in allen Fragen der Stadt- und Ortsplanung. Es war dem Trend entgegenzuwirken, daß auf die Mitwirkung der älteren Generation im öffentlichen Leben nahezu völlig verzichtet wird.

- Eine Hilfestellung für viele ältere Menschen war auch auf dem Gebiet der Krankenzusatzversicherung nötig. Die Betroffenen empfinden es als Ungerechtigkeit, daß sie nun, im fortgeschrittenen Alter, nachdem sie oft durch Jahrzehnte hindurch ihre Prämien pünktlich bezahlt haben, entweder aus der bestehenden Versicherung überhaupt hinausgeworfen werden oder ihnen in der bestehenden Versicherung exorbitant höhere Prämien vorgeschrieben werden - all das mit der „Begründung“, daß es sich für diese Altersgruppe einfach nicht rechnet!

- Bei den jährlichen Pensionserhöhungen war darauf hinzuwirken, daß die Richtsätze um Sockelbeträge erhöht werden und daß der Erhalt der Kaufkraft aller Pensionen verteidigt wird.

LH-Stv. a.D. Stefan Knafl **Neuer Bundesobmann**

Am 7. Oktober 1992 wurde als Nachfolger von VK a.D. Dr. Hermann Withalm und LPräs. a.D. Franz Wegart beim 7. o. Bundesseniorentag in Klagenfurt LH-Stv. a.D. Stefan Knafl zum Bundesobmann gewählt und Generalsekretär Ing. Wilhelm Mohaupt in seiner Funktion bestätigt.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Seniorenbundes, dem 246.000 Mitglieder angehören, setzt sich wie folgt zusammen:

LO LH-Stv. a.D. Stefan Knafl, Bundesobmann
VK.a.D.Dr. Hermann Withalm, Ehrenobmann
Ing. Wilhelm Mohaupt, Generalsekretär

Burgenland:
gf. LO Dr. Josef Schmall
Lgf. Dir. Stefan Maisburger

Kärnten:
BO LO LH-Stv.a.D. Stefan Knafl
Lgf. Mag. Reinhold Bock

Niederösterreich:
LO BR.a.D. Ing. Erich Spindelegger
Lgf. Helmuth Walter

Oberösterreich:
BO-Stv.LAbg. a.D. LO Manfred Krendl
Lgf. Bgm. Franz Wolfinger

Salzburg:
LO Altbgm. Felix Strasser
Lgf.Dir. BR.a.D. Martin Forsthuber

Steiermark:
LO LPräs. a.D. Franz Wegart
Lgf.GR Gregor Hammerl

Tirol:
LO Markus Schermer
BO-Stv.StR Johanna Staggl
Lgf.GR Helmut Kritzinger

Vorarlberg:
LO LVPräs.a.D. Wilhelm Aberer
Lgf. Franz Himmer

Wien:
LO Bez.Rat Karl Wurschy
Lgf.LAbg. GR Anton Fürst

Referenten:
HR Dr. Hannes Burmann
Raimund E. Heller
RegR Josef Hoffmann
Dr. Bozena Jerabek
HR Dr. Alois Meissnitzer
Fritz Studenik
Dr. Leopold Vavra

Generalsekretariat:
Reinhold Zeiss
Liselotte Berger



Die Erfolgsbilanz des Österreichischen Seniorenbundes:

In den Beirat für Pensionsanpassung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurden BO-Stv. LO Manfred Krendl und Lgf.Dir. Stefan Maisburger entsandt.

Der Bundesseniorenbeirat wurde im Bundeskanzleramt eingerichtet. In diesen wurden auch Seniorenbund-Vertreter entsandt:

BO Stefan Knafl (Vors. Stellvertreter)

GS Ing. Wilhelm Mohaupt

Dir. Martin Forsthuber

BO-Stv. LO Manfred Krendl

Lgf. Helmuth Walter

ÖKR. Franz Lierzer

Helga Kratzer

HR Karl Dietrich

Ersatzmitglieder:

LO Wilhelm Aberer

HR Dr. Hannes Burmann

Lgf. Helmut Kritzinger

Alois Rosenthaler

gf. LO Dr. Josef Schmall

Dr. Elfriede Müll

Annemarie Schobesberger

Christine Stajan

Die Themenbereiche, die in der ersten Phase dieses überparteilichen Gremiums beraten wurden, behandelten die

- ☐ Pflegevorsorge - u.a. Änderungen der Stundensätze, einen besseren Zugang zur Pflegestufe 1, Landes- und Bundeskompetenzen.
- ☐ TV-, Radio- und Telefongebührenbefreiungen bei einer eventuellen Privatisierung oder Aufgliederung der Post- und Telegrafienverwaltung aus der Bundeskompetenz.
- ☐ Krankenzusatzversicherung - Anliegen, die zwischen den Versicherern, Ärzten und Krankenhauserhaltern verhandelt werden müssen, um das System der Krankenzusatzversicherung auch im Interesse der versicherten Senioren nicht zusammenbrechen zu lassen. Ein Antrag von BO Stefan Knafl, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um

dieses Probleme zu lösen, wurde einstimmig angenommen.

- ☐ Pensionistenindex, neue Zusammensetzung des zu berechnenden Warenkorbes für Senioren.

Es hat sich bereits gezeigt daß dieses Gremium im Bundeskanzleramt, also ressortübergreifend, zusammengesetzt aus Seniorenvertretern und Mitgliedern von Ministerien sowie der Länder und Gemeinden, schon aufgrund der Zuständigkeiten eine sehr sinnvolle ist. **Dieser Beirat wurde durch eine Verordnung in Kraft gesetzt, wir wollen aber die Verankerung durch ein Bundesgesetz durchsetzen.**

Einrichtung von Beiräten, um die Interessen der Senioren zu wahren, wurden in folgenden Institutionen konstituiert:

Pensionsversicherung der Angestellten

Pensionsversicherung der der Arbeiter

Pensionsversicherung der des Gewerbes

Pensionsversicherung der der Bauern

Pensionsversicherung der des Öffentlichen
Dienstes

Pensionsversicherung der der Eisenbahnen

Pensionsversicherung der des Bergbaues

Allgemeine Unfall-Versicherungsanstalt sowie in
den Gebietskrankenkassen der jeweiligen
Bundesländer.

Die Konstituierung des Beirates im Hauptverband erfolgt 1995. Die Vorsitzenden gehören den Vorständen jeweils mit beratender Stimme an.

Der Österreichische Seniorenbund wird weiter arbeiten, um auch ein beschließendes Stimmrecht der Senioren zur Durchsetzung der Anliegen zu erreichen.

Die Nationalratswahl 1994:

Über 116.000 Unterschriften wurden dem Bundesparteivorstand der ÖVP übergeben, um der Forderung Nachdruck zu verleihen, zwei Vertreter aus den Reihen der die Senioreninteressen vertretenden Teilorganisation in den Nationalrat zu entsenden. Der Österreichische Seniorenbund mußte sich mit dem Hinweis abfinden, zu versuchen, aus eigener Kraft durch Vorzugsstimmen im zweiten Ermittlungsverfahren sein Glück zu versuchen. Da es noch niemandem von der ÖVP



in der Republik Österreich gelungen ist, auf diesem Weg in das Parlament zu kommen, war es auch den zwei Vertretern des Österreichischen Seniorenbundes, GS Ing. Wilhelm Mohaupt und Bgm. Franz Wolfinger, nicht möglich, außer einem Achtungserfolg zu erringen, das Wahlziel zu erreichen.



Generalsekretär Ing. Wilhelm Mohaupt
im Gespräch mit Bezirksobmann
Leopold Spiessmaier aus Zwettl, NÖ

Aktionen:

„Seniorenwallfahrten in Mariazell“

Jeweils im Juni pilgerten Tausende Senioren im Rahmen einer Wallfahrt nach Mariazell. Im Anschluß an den Gottesdienst fanden jeweils Kundgebungen vor der Basilika statt, bei welchen namhafte Vertreter der Politik das Wort ergriffen haben.

„Seniorenwochen“

Im Berichtszeitraum wurde jeweils im Frühjahr eine Seniorenwoche am Klopeinersee (Kärnten), im Herbst in Mörbisch und Podersdorf (Burgenland) und im Winter in Wagrain (Salzburg) mit Hunderten von Teilnehmern abgehalten.

„Seniorenhilfe“

Diese Aktion wird jährlich durchgeführt. Durch den Erlös war es dem Österreichischen Seniorenbund möglich, in Not geratenen Senioren wieder mit Geldzuwendungen zu helfen.

Aktivitäten der Landesorganisationen

Aus den in die Bundesleitung eingegangenen Berichten ist zu erkennen, daß es eine große Zahl von Aktivitäten im Berichtszeitraum gegeben hat. Die Arbeitsbereiche haben sich im wesentlichen in drei Gruppen gegliedert:

- ☐ **Beratung:**
Regelmäßig abgehaltene Sprechtage, Hilfestellung in allen Belangen des Sozialrechts, Serviceleistung gegenüber den Behörden
- ☐ **Gemeinsamkeit:**
Ausflüge der Ortsgruppen, Verbilligte Urlaube, Regelmäßige Zusammenkünfte, Muttertags- und Weihnachtsfeiern
- ☐ **Geselligkeit:**
Gesellschaftliche Veranstaltungen, Verbilligte Theateraufführungen, Vorträge und Informationen, gemeinsame Hobbies.

Aus den Landesorganisationen

Mitgliederstand per 31.12.1994:

Burgenland	9.850
Kärnten	13.513
Niederösterreich	61.771
Oberösterreich	68.634
Salzburg	18.983
Steiermark	33.984
Tirol	23.569
Vorarlberg	7.478
Wien	8.053

Die Mitglieder werden in weit über 2.000 Orts- und Bezirksgruppen von etwa 15.000 ehrenamtlich wirkenden Funktionären betreut.



Zeitungen

- ☐ „Burgenländischer Feierabend“
- ☐ „Kärntner Seniorenzeitung“
- ☐ „Niederösterreichische Pensionistenzeitung“
- ☐ „Wir Senioren - Oberösterreichische Pensionistenzeitung“
- ☐ „Salzburger Seniorenzeitung“
- ☐ „Die gute Stunde“ (Stmk)
- ☐ „Tiroler Feierabend“
- ☐ „Wiener Seniorenblatt“
- ☐ „Information - Dokumentation“
(Informationsblatt der Bundesleitung)



Erfolgreiche Bilanz im Parlament

DIE ÖVP IM NATIONALRAT



2 Klubobmänner und 2 Präsidenten: Dr. Heinrich Neisser, Klubobmann XVIII GP, 2. Präs. d. NR XIX GP;
Dr. Robert Lichal, 2. Präs. d. NR XVIII GP; Dr. Andreas Kohl, Klubobmann XIX GP

Der ÖVP-Parlamentsklub - die Fraktion im Nationalrat und die Bundesratsfraktion - kann seit dem letzten Bundesparteitag eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Dieser Zeitraum umfaßt das letzte Jahr der XVII. GP (20.05.89 - Datum Parteitag, bis 04.11.90), die gesamte XVIII. GP (05.11.90 - 06.11.94) und seit 07.11.94 die XIX. GP. Der Klub wurde bis 04.11.90 von Dkfm. DDr. Fritz König (Rest XVII. GP) und vom 05.11.90 - 06.11.94 von Dr. Heinrich Neisser geführt. Seit 07. 11. 1994 ist Dr. Andreas Kohl Klubobmann. II. Präsident des Nationalrates war in der XVII. GP Dr. Marga Hubinek und in der XVIII. GP Dr. Robert Lichal. Seit 07. 11. 1994 ist Dr. Heinrich Neisser II. Präsident des Nationalrates.

Die XVIII. Gesetzgebungsperiode

Die Regierung Vranitzky/Riegler (24.05.89 - 02.07.91) legte am 17.12.90 ihr Arbeitsprogramm vor, das am 18.12.91 in der Regierungserklärung dem Nationalrat präsentiert wurde. Dieses Arbeitsprogramm war durch vier zentrale Gestaltungsgrundsätze gekennzeichnet:

- Modernisierung (z. B. im Wirtschaftsrecht, Industriestrukturen)
- Liberalisierung (z.B. Privatisierung, Arbeitsmarkt)



- ☐ Internationalisierung (EWR, EU)
- ☐ Qualifizierung (z. B. Fachakademien)

Diese vier Grundsätze waren und sind die Voraussetzung dafür, daß Österreich weiter einen positiven Wirtschaftskurs gehen konnte. Und sie waren in weiten Teilen von den Grundsätzen der Österreichischen Volkspartei geprägt. Aufgabe des Parlamentsklubs war es dann, die von der Regierung (ab 02.07.91 war dies die Regierung Vranitzky/Busek) vorgegebenen Grundlinien legislativ umzusetzen.

In der XVIII. GP wurden insgesamt 632 Gesetze in 575 Ausschußsitzungen und 174 Plenarsitzungen beschlossen. Die wichtigsten Gesetze werden im folgenden vorgestellt.

ÖVP-Grundsätze verwirklicht

Österreichs Weg in die EU

Der Weg Österreichs zum Mitglied der Europäischen Staatengemeinschaft wurde erst durch die Regierungsbeteiligung der ÖVP und durch die Übernahme des Außenressorts durch Dr. Alois Mock möglich. Diese Politik wurde durch die ÖVP-Fraktion im Außenpolitischen Ausschuß, der seit 1990 unter der Fraktionsführung von Dr. Andreas Khol stand, stets aktiv unterstützt und mitgestaltet. 1989 beriet nach umfangreichen Vorarbeiten der Nationalrat die Frage des österreichischen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft. Mit überwältigender Mehrheit (8 Gegenstimmen) befürworteten schließlich 165 Abgeordnete den Beitrittswunsch. Außenminister Dr. Alois Mock überreichte am 17. Juli 1989 den Beitrittsantrag in Brüssel.

Im Mai 1992 wurde ein Abkommen zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) über die Errichtung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes unterschrieben. In der Nationalratssitzung vom 22. September 1992 wurde der EWR-Vertrag vom Nationalrat genehmigt. Damit übernahm Österreich bereits zwei Drittel des geltenden EG-Rechtsbestandes und konnte im Bereich des Personenverkehrs, der Dienstleistungen und im Kapitalverkehr am europäischen Binnenmarkt teilnehmen. Eine aktive Mitbestimmung innerhalb des integrierten Europas war jedoch noch nicht möglich. In den

zentralen Verfassungsfragen im Zusammenhang mit der Einbindung Österreichs in die EU hat sich der Nationalrat von Anfang an aktiv miteingeschaltet. Dies galt insbesondere bei der von Abg. Dr. Andreas Khol auf ÖVP-Seite eingebrachten Entschließung vom 12.11.1992, in der der Nationalrat und anschließend der Bundesrat (Dr. Herbert Schambeck) die Teilnahme Österreichs an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ausdrücklich befürwortete.



Dr. Andreas Khol



DDr. Friedrich König

Am 1. März 1993 begannen die Beitrittsverhandlungen Österreichs mit der EU, die unter der Führung von Außenminister Dr. Alois Mock in einem Zeitraum von nur einem Jahr mit dem dramatischen Verhandlungsfinale von Brüssel, Anfang März 1994, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnten. Im Zuge eines eigenen Unterausschusses, der vom Verfassungsausschuß und vom Außenpolitischen Ausschuß eingesetzt wurde und dem von ÖVP-Seite Dr. Andreas Khol als Obmann sowie Dr. Heinrich Neisser, Dr. Gerfried Gaigg, Europabeauftragter DDr. Friedrich König, Rudolf Schwarzböck und Ingrid Tichy-Schreder als Hauptmitglieder angehörten, wurde das Verhandlungsergebnis im Parlament intensiv behandelt. Im Rahmen der parlamentarischen Ausschußverhandlungen und eines parlamentarischen Hearings, die unter Zuziehung von Experten zwischen 24.03.1994 und 26.04.1994 stattfanden und knapp 40 Stunden in Anspruch nahmen, wurde nochmal deutlich, daß

- ☐ das österreichische Neutralitätsgesetz mit dem EU-Beitritt und der vollen Mitarbeit an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vereinbar ist,



- nur der EU-Beitritt die Einbindung Österreichs in ein neues europäisches System der kollektiven Sicherheit ermöglicht,
- der EU-Beitritt Österreichs wichtige wirtschaftliche Belebungs-effekte mit sich bringt.

In einer inzwischen legendär gewordenen Debatte (ÖVP-Hauptredner Dr. Neisser, Dr. Khol, Schwarzböck, Ingrid Tichy-Schreder) wurde der Beitrittsvertrag am 4. Mai 1994 zugleich von Nationalrat und vom Europäischen Parlament beschlossen. Mit dem Beitritts-gesetz wurde die Abhaltung der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 ermöglicht, die mit 66, 6 % Ja-Stimmen für einen EU-Beitritt einen großartigen Erfolg für die Europa-Politik der ÖVP brachte. Im Dezember 1994 wurde der EU-Vertrag von National- und Bundesrat ratifiziert.

Wirtschaft, Landwirtschaft, Budget, Steuern



Dr. Günter Stummvoll

Steuerreform 1994

Die Steuerreform 1994 wurde am 11. November 1993 vom Nationalrat beschlossen. Österreich hat mit dieser 2. Etappe der Steuerreform in einigen Bereichen der Besteuerung international die Vorreiterrolle übernommen. Sie trägt klar die Handschrift der ÖVP, namentlich von Finanzstaatssekretär Dr. Johannes Ditz und dem Fraktionsführer im Finanzausschuß Abg. Dr. Günter Stummvoll. Durch die durchgehende Entlastung aller Einkommen trug die Steuerreform nach der Rezession wesentlich zur Konjunkturbelebung bei. Zudem ist sie die umfassendste Unternehmenssteuerreform der Zweiten Republik, die die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Österreich belebt hat.

Die Steuerreform 1994 (2. Etappe der Steuerreform) bedeutet einen tiefgreifenden Umbau des österreichischen Steuersystems. Sie ist die umfangreichste seit mehr als 50 Jahren und betrifft eine Vielzahl von Steuern. Die Umschichtungs- und Entlastungseffekte betragen mehr als 40 Milliarden Schilling, etwa gleich viel wie in der 1. Etappe. Die Änderungen in der Getränkebesteuerung und der Besteuerung der Kraftfahrzeuge sowie die Endbesteuerung der Zinsen auf Spareinlagen und festverzinslichen Wertpapieren, die bereits 1992/93 in Kraft getreten sind, können ebenfalls als Teil der 2. Etappe angesehen werden.

Die 2. Etappe der Steuerreform umfaßt zwei Gesetzespakete, nämlich das Steuerreformgesetz 1993 (Änderung in bestehenden Gesetzen) und das Kommunalsteuergesetz (Einführung einer Kommunalsteuer anstelle der bisherigen Lohnsummensteuer). „Traditionelle“ Steuern, wie etwa die Gewerbesteuer und die Vermögenssteuer sowie das Erbschaftssteueräquivalent wurden zur Gänze abgeschafft. Das Steuerreformgesetz 1993 und das Kommunalsteuergesetz traten am 1. Jänner 1994 in Kraft.

Umsatzsteuer 1994

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union macht eine Angleichung des bestehenden Umsatzsteuerrechtes an das Gemeinschaftsrecht notwendig. Das die Umsatzsteuer betreffende Gemeinschaftsrecht ist im wesentlichen in der 6. Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuern festgelegt. Diese Richtlinie sieht eine bis ins Detail gehende Angleichung der nationalen Vorschriften durch die Umsatzsteuer vor und beschränkt die Gestaltungsfreiheit der Mitgliedstaaten im wesentlichen auf den Bereich der Steuersätze, wobei der Normalsteuersatz mindestens 15 % betragen muß. Daneben können die Mitgliedstaaten außerdem einen oder zwei ermäßigte Sätze anwenden. Die ermäßigten Sätze dürfen nicht niedriger als 5 % sein. Ein Kriterium, das in Österreich bereits erfüllt wird.

Bis 1997 gilt in der EU das Bestimmungslandprinzip, das heißt, die Umsatzsteuer wird dort erhoben, wo die Ware verbraucht wird. Ab 1997 soll das Ursprungslandprinzip gelten, das heißt, der Umsatz ist dort zu versteuern, wo geliefert wird.

Die schwierige Aufgabe der parlamentarischen Behandlung der Budgets der vergangenen Jahre wurde unter der Federführung des Obman-



nes des Budgetausschusses ÖVP-Fraktionsführer
Abg. Dipl. Vw. Dr. Josef Lackner bewältigt.



Dipl. Vw. Dr. Josef Lackner

Beim Abgabenänderungsgesetz 1994 konnte durch die Initiative von ÖVP-Gemeindevertretern, im Nationalrat durch die Bürgermeister Abg. Jakob Auer und Abg. Dkfm. Mag. Josef Mühlbachler, eine Belastung der Kindergärten durch eine Umsatzsteuerrückzahlung, die auch Gemeinden die Kindergärten führen, betroffen hätte, abgewendet werden.



Jakob Auer

Wirtschafts-Deregulierungsgesetz

Das Parlament hat ein umfangreiches Liberalisierungspaket in Form des Wirtschafts-Deregulierungsgesetzes beschlossen, das sich zum Ziel setzte, die unternehmerische Freiheit in Österreich zu stärken. Hauptverhandler auf seiten der ÖVP waren Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel und die Obfrau des Handelsausschusses Klubobmannstellvertreter Abg. Ingrid

Tichy-Schreder. Mit der Aufhebung der Rabatt-, Ausverkaufs- und Zugabengesetze bei gleichzeitiger Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb wurde eine wichtige Maßnahme gesetzt, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für den Mittelstand, in Österreich zu verbessern. Gleichzeitig versuchte die Staatssekretärin, Dr. Maria Fekter, die von 1990-1994 das Staatssekretariat im Wirtschaftsministerium bekleidete, Erleichterungen im Betriebsanlagerecht für Klein- und Mittelbetriebe durchzusetzen. Ebenso wurde in einer umfassenden Gewerbeordnungsnovelle 1993 die Gewerbeordnung liberalisiert.

Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten



Ingrid Tichy-Schreder

Unter Federführung von Abg. Ingrid Tichy-Schreder wurde 1991 eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten beschlossen. Diese Liberalisierung hat zu mehr Flexibilität von Unternehmen und Konsumenten geführt und hilft die internationale Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Handels zu stärken. Dieses neue Ladenöffnungszeitengesetz brachte im einzelnen:

- ☐ Die Erlaubnis zum Offenhalten an jedem Werktag (ausgenommen Samstag) von 6.00 Uhr bis 19.30 Uhr (Bäckereien dürfen ab 5.30 Uhr offenhalten, Süßwarengeschäfte dürfen bis 20.30 Uhr offenhaben).
- ☐ Einmal in der Woche - ausgenommen Samstag - dürfen die Geschäfte bis 21.00 Uhr offenhalten.
- ☐ Neben einem langen Einkaufsabend bis 21.00 Uhr während der Woche dürfen die



Geschäfte auch einmal im Monat am Samstag bis spätestens 17.00 Uhr offenhalten. Das heißt, daß in Zukunft sowohl ein langer Einkaufssamstag pro Monat als auch ein langer Einkaufsabend möglich ist.

- Die Gesamtöffnungszeit innerhalb einer Woche darf 60 Stunden - beim Verkauf von Lebensmitteln 66 Stunden - nicht überschreiten.
- Neu ist, daß nunmehr auch für Teile von Orten die erweiterten Geschäftszeiten für Tourismuszentren verordnet werden können. Das bedeutet, daß insbesondere in Wien, z. B. für die Innere Stadt, für Grinzing oder Neustift am Walde, etc. erweiterte Öffnungszeiten während der touristischen Hochsaison möglich werden.

Wohnrechtsreform



Dkfm. Dr. Otto Keimel

Am 21. Oktober 1993 wurde das 3. Wohnrechtsänderungsgesetz beschlossen. Das 3. WÄG geht auf einen Initiativantrag der Abgeordneten Dkfm. Dr. Otto Keimel, Eder und Dr. Walter Schwimmer zurück, der in langwierigen Parteienverhandlungen von ÖVP und SPÖ erarbeitet wurde. Mit dem neuen Wohnrecht sollen eine Beruhigung des Wohnungsmarktes, günstigere Mieten und mehr Wohnungen aus dem Bestand erzielt werden. Dieses Gesetz beinhaltet umfassende Novellen zum Mietrechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, Heizkostenabrechnungsgesetz und neu das Richtwertgesetz. Dadurch kommt es zu einer Mobilisierung des Altwohnungsbestandes (Leerstehung, Dachböden, etc.), ei-

ner Begrenzung der Auswüchse am Wohnungsmarkt durch das neue Wohnrecht, Regelung von befristeten Mietverträgen durch Einführung eines 3-Jahresfristvertrages und zur Ermöglichung einer wohnwertbezogenen individuellen Preisbildung zwischen Mieter und Vermieter.

ÖBB-Gesetz



Mag. Helmut Kukacka

Mit dem neuen Bundesbahngesetz wurden die rechtlichen Voraussetzungen für eine moderne und wirtschaftlich effizient geführte Bahn geschaffen. Ein kaufmännisch voll verantwortlicher Vorstand hat nun jene betriebswirtschaftlichen Entscheidungsspielräume, die für Reform und größeren wirtschaftlichen Erfolg der Bahn mit dem Ziel der Entlastung des Steuerzahlers in den kommenden Jahren notwendig sind. Das aus dem Budget ausgegliederte Unternehmen ÖBB entspricht im wesentlichen der Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Hauptverhandler auf seiten der ÖVP war Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka, der auch die wesentlichsten Vorstellungen der ÖVP betreffend Ausgliederung durchsetzen konnte.

Land- und Forstwirtschaft

Der ehemalige Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und nunmehrige EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Dr. Franz Fischler, der Präsident des Österr. Bauernbundes und Obmann im Landwirtschaftsausschuß, Abg. Georg Schwarzenberger, sowie der Präsident der Präsidentenkonferenz, Abg. Rudolf Schwarzböck, konnten in bester Zusammenarbeit für die österreichischen Bauern sehr viel erreichen. Diese bewährte Form der engen Zusammenarbeit zwischen Parlamentsklub und



Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wird auch unter dem neuen Bundesminister Mag. Wilhelm Molterer erfolgreich fortgeführt.



Präs. Georg Schwarzenberger

Die Parlamentsarbeit der XVIII. Legislaturperiode in der Land- und Forstwirtschaft war gekennzeichnet durch die intensiven Vorbereitungen auf den EU-Beitritt. Dies erforderte eine gänzliche Neukonzeption in der Marktordnung, eine stärkere Liberalisierung, eine deutliche Aufstockung der Direktzahlungen und Förderungen, eine Anpassung diverser landwirtschaftlicher Gesetze an das EU-Recht sowie eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für die Bauern und die verarbeitende Wirtschaft.



Präs. Rudolf Schwarzböck

EU-Integration in der Landwirtschaft

Der ÖVP gelang es, die österreichische Landwirtschaft für den EU-Beitritt mit einem umfassenden Paket abzusichern. Der EU-Beitritt wird den Bauern angesichts der Ergebnisse der GATT-Uruguay-Runde mehr Chancen als Risiken bringen.

Die Bildung und Absicherung des bäuerlichen Einkommens erfolgt im EU-System unter grundsätzlich neuen Bedingungen. Trotz Sparkurs konnten die diesbezüglichen Budgetvorsorgen sichergestellt werden.

Marktordnung

Die ÖVP konnte die landwirtschaftliche Marktordnung, den „bäuerlichen Kollektivvertrag“, absichern und die Einkommenssicherung weiter ausbauen.

- ☐ 1991 wurde der Milch-Ab-Hof-Verkauf liberalisiert
- ☐ 1992 wurde das Landwirtschaftsgesetz zu einem Landwirtschaftsförderungsgesetz mit einer Förderungsverpflichtung von Bund und Ländern ausgebaut.
- ☐ Abgeschafft wurden die Maissaatgutabgabe, die Verwertungsbeiträge und die Düngemittelabgabe.

Im bäuerlichen Sozialsystem konnte Präs. Georg Schwarzenberger wesentliche Verbesserungen erreichen:

- ☐ Einführung der Bäuerinnenpension
- ☐ Einführung Bäuerinnenkarenzersatzgeld
- ☐ pensionsbegründende Anrechnung der Kindererziehungszeiten
- ☐ Absicherung der Finanzierung in der bäuerlichen Krankenversicherung
- ☐ fiktives Ausgedinge (Senkung)

Für die Absicherung der bäuerlichen Einkommen, besonders in den Bergregionen, hat sich besonders stark der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses im Europarat Abg. Dr. Sixtus Lanner eingesetzt.



Dr. Sixtus Lanner



Familie, Frauen, Soziales

Seit die ÖVP für die Familienpolitik Regierungsverantwortung trägt, ist viel für die Familien geschehen. Dem langjährigen Fraktionsführer im Familienausschuß, Abg. Dr. Hans Hafner, dessen zentrales Anliegen immer Hilfe für von Armut gefährdete Familien war, wie dies gerade kinderreiche Familien und Alleinerhalter sind, ist es nach langen Parteienverhandlungen gelungen, den Widerstand des Koalitionspartners zu brechen und eine „Mehrkinderstaffel“ als Absetzbetrag durchzusetzen.



Dr. Hans Hafner

Ein großer ÖVP-Erfolg, der besonders dem Einsatz der damaligen Familienministerin Dr. Marilies Flemming, der ÖVP-Familiensprecherin Abg. Rosemarie Bauer und Abg. Dr. Hans Hafner zu verdanken ist, ist die Verwirklichung eines zweiten Karenzjahres. Mit dem großen „Familiensteuerpaket“, das am 3. Juni 1992 vom Nationalrat beschlossen wurde, wurden ab 1.1.1993 zusätzlich sechs Milliarden Schilling zur Entlastung der Familien eingesetzt.

Die wichtigsten Neuregelungen seit 1991:

- ❑ Berücksichtigung der Familie im Steuerrecht
- ❑ Einführung von Kinderabsetzbeträgen („Mehrkinderstaffel“) zusätzlich zur Familienbeihilfe (350 Schilling für das erste Kind, 525 Schilling für das zweite Kind, für das dritte und jedes weitere 700 Schilling). Die Beträge werden direkt ausbezahlt.
- ❑ Erhöhung des Alleinverdienerabsetzbetrages von 4.000 Schilling auf 5.000 Schilling.

- ❑ Einführung eines Alleinerzieherabsetzbetrages in der Höhe von 5.000 Schilling. Kann der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag wegen des geringen Einkommens nicht in Anspruch genommen werden, so werden 2.000 Schilling als Steuergutschrift zusätzlich zum Kinderabsetzbetrag gewährt.
- ❑ Einführung des wahlweisen Karenzurlaubes
- ❑ Einführung eines 2. Karenzjahres
- ❑ Höhere Familienbeihilfen für Studenten
- ❑ Die Familienbeihilfe für in Berufsausbildung stehende Jugendliche (z.B. Studenten) wurde ab 1. September 1992 um 300 Schilling erhöht.
- ❑ Auszahlung der Familienbeihilfe an die Mutter
- ❑ Einführung eines Karenzersatzgeldes für Hausfrauen und Studentinnen von einmal 12.000 Schilling (Damit hat die ÖVP erstmals erreicht, daß die Arbeit einer Hausfrau auch finanziell anerkannt wird.)
- ❑ Einführung der Lehrlingsfreifahrt und Lehrlingsfahrtenbeihilfe analog der Schülerfreifahrt und Schulfahrtbeihilfe



Rosemarie Bauer

Zusätzlich zu den Maßnahmen im Familienbereich konnte die ÖVP in den letzten Jahren für die Frauen noch erreichen:

- ❑ Die Anrechnung der Kindererziehungszeiten bis maximal vier Jahre pro Kind auf die Pension. Mit Inkrafttreten im Jahr 1993 stiegen dadurch die Durchschnittspensionen der Frauen um 10% an. (Dafür haben in den Verhandlungen mit der SPÖ Abg. Dr. Gottfried Feuerstein, Abg. Ingrid Korosec und Abg. Rosemarie Bauer ausdauernd gekämpft.)



- ❑ Sozialrechtliche Verbesserungen für schwangere Frauen und beim Mutterschutz
- ❑ Einführung einer 2. Woche Pflegeurlaub
- ❑ Verbot der Diskriminierung von Frauen bei der Entlohnung, bei der Stellenausschreibung, bei freiwilligen Sozialleistungen, bei betrieblichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
- ❑ Sanktionen bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- ❑ Eigene Bäuerinnenpension

Pflegevorsorge



Dr. Gottfried Feuerstein

Mit der Pflegevorsorge, deren Verwirklichung jahrelang initiativ von ÖVP-Sozialsprecher, Abg. Dr. Gottfried Feuerstein, betrieben wurde, soll es pflegebedürftigen Personen ermöglicht werden, zu Hause zu bleiben und nicht in ein Pflegeheim „abgeschoben“ zu werden. Ebenso soll der mit der Pflegevorsorge verbundene Aufwand einkommensunabhängig abgegolten werden. Die Pflegevorsorge regelt drei Bereiche:

- ❑ Bundeseinheitliches Pflegegeld an Personen, die einer besonderen Hilfe und Pflege bedürfen.
- ❑ Schaffung von verbesserten Einrichtungen an ambulanten, teil-stationären und stationären Diensten in allen Ländern.
- ❑ Soziale Absicherung der Personen, die im familiären Bereich Pflegeleistungen erbringen.

Pensionsreform

Mit der Pensionsreform soll die langfristige Finanzierbarkeit des österreichischen Pensions-

systems sichergestellt werden. Es wurden Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionseintrittsalters gesetzt:

- ❑ Einführung der Gleitpension: Männer ab dem 60. Lebensjahr und Frauen ab dem 55. Lebensjahr sollen zwischen Gleitpension und Vollpension wählen können.
- ❑ Anhebung des Steigerungsbetrages auf 80 % nach 40 Versicherungsjahren: Bei Erreichung des 65. Lebensjahres (für Männer) bzw. des 60. Lebensjahres (für Frauen) soll der Steigerungsbetrag auf jeden Fall 80 % nach 40 Versicherungsjahren betragen. Zwischen dem 55. und 60. Lebensjahr bzw. dem 60. und 65. Lebensjahr wird der jährliche Steigerungsbetrag bei voller Erwerbstätigkeit in der Weise angehoben, daß mit Erreichung der normalen Altersgrenze nach 40 Versicherungsjahren jedenfalls ein Steigerungsbetrag von 80 % erreicht wird.
- ❑ Berufsunfähigkeitspension: Diese teilt sich in eine Grundleistung und in einen Zuschlag. Die Grundleistung wird auf Grund der Steigerungsbeträge ermittelt. Der Zuschlag kann bis zu 60 % der Bemessungsgrundlage betragen.
- ❑ Berücksichtigung der Zeiten der Kindererziehung und der Pflege bei der Pensionsbemessung:
 Kindererziehungszeiten: pro Kind sollen bis zu vier Jahre anerkannt werden, jeweils ab der Geburt des letzten Kindes; Es werden 1,9 % pro Jahr der Kindererziehung von einer Bemessungsgrundlage von 5.800.- S (1993) als Zuschlag zur Pension gewährt. Das bedeutet bei voller Ausschöpfung der vier Jahre rund 440.- S (1993).
 Pflegezeiten: Im Rahmen der Einführung der bundeseinheitlichen Pflegevorsorge können die Zeiten der Pflege und Betreuung naher Angehöriger in der Pensionsversicherung berücksichtigt werden, wenn ein entsprechender Antrag im Rahmen der Selbstversicherung gestellt wird.
- ❑ Vereinheitlichung der Pensionsbemessung: Es werden die 180 besten Beitragsmonate und nicht wie bisher die letzten 15 Jahre berücksichtigt.
- ❑ Gewährung einer Hinterbliebenenpension an Geschiedene. Geschiedene Personen



haben auch dann einen Anspruch auf eine Hinterbliebenenpension, wenn die Ehe mindestens 10 Jahre gedauert hat und vor dem Tod des früheren Ehepartners nachweislich Unterhaltsleistungen erbracht wurden.

- Angleichung des Pensionsalters von Männern und Frauen. Es erfolgt eine etappenweise langfristige Anpassung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen an dasjenige der Männer in einem Zeitraum von 2018 bis 2032. D.h. Frauen, die 1992 dreißig Jahre alt waren, sind von der Angleichung nicht betroffen.

Langfristiges Ziel der Pensionsreform ist die Angleichung der unterschiedlichen Pensionsysteme.

Neuordnung des Arbeitsmarktservices

Am 1. Juli 1994 wurde das Arbeitsmarktservice aus der Bundesverwaltung ausgegliedert, um es effizienter gestalten zu können.

Seit 1. Jänner 1992 dürfen private Arbeitsvermittler Führungskräfte vermitteln, seit 1. Juli 1994 stehen diese Privaten allen Arbeitssuchenden zur Verfügung.

Demokratie

Wahlrechtsreform

Nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen den Parlamentsparteien wurde im Juni 1990 ein Initiativantrag der ÖVP-Abgeordneten Dr. Andreas Khol, Dr. Gerhart Bruckmann und Dr. Michael Graff eingebracht, um die Diskussion über die Einführung des Persönlichkeitswahlrechtes neuerlich in Schwung zu bringen. Dies wurde im Arbeitsübereinkommen 1990 aufgenommen und im wesentlichen mit der größten Wahlrechtsreform der Republik verwirklicht. Statt 9 gibt es nun 43 Wahlkreise, aus einem starren Listenwahlrecht wurde ein bewegliches Vorzugsstimmwahlrecht, der Parteieinfluß auf die Kandidatennominierung wurde zurückgedrängt, ein wirksames Vorzugsstimmensystem bringt einen Wettbewerb der Kandidaten untereinander. Neben diesem Personalisierungseffekt bedeutet das neue Wahlrecht auch mehr Gerechtigkeit für die Parteien: Jeder Sitz im Nationalrat kostet gleich viele Wählerstimmen, da die Zufallsreststimmmandate entfallen. Darüber hinaus sind die Bundesländer in der Gestaltung des Wahl-

rechts freier und müssen nicht jede Einzelheit des Nationalratswahlrechtes für Wahlen in den Ländern übernehmen. Darüber hinaus wurden die Herabsetzung des Wahlalters, die Einführung des Wahlrechts für Auslandsösterreicher und die Direktwahl der Bürgermeister beschlossen.

Aufwertung der Abgeordneten

Der Aufwertung des Mandatars durch das neue Wahlrecht hat auch das Parlament entsprochen. Durch einen Initiativantrag im Verfassungsausschuß konnte 1992 ein Mitarbeitergesetz beschlossen werden, das jedem Abgeordneten die Möglichkeit gibt, einen Mitarbeiter anzustellen, der ihm persönlich zugeordnet und für ihn tätig ist. Das Parlament hat auch dafür die notwendigen Büroräumlichkeiten angemietet. Die Verantwortung für die Verhandlungen über dieses Gesetz lag von seiten der ÖVP bei einem der erfahrensten Parlamentarier, Abg. Dr. Walter Schwimmer. Dr. Schwimmer ist auch Mitglied des Parlamentarischen Beirates gem. § 12 Parlamentsmitarbeitergesetz, der sich mit der Überprüfung der Vollziehung des Gesetzes befaßt.

Bundesvergabebezug

Mit dem vom Nationalrat im Juni 1993 beschlossenen Bundesvergabebezug wurde erstmalig die Vergabe von öffentlichen Aufträgen des Bundes einer gesetzlichen Regelung unterworfen. Analog zu den sich aus dem EWR und dem EU-Beitritt ergebenden Verpflichtungen sieht dieses Bundesgesetz nunmehr für Liefer- und Bauaufträge oberhalb gesetzlich geregelter Schwellenwerte ein Vergabeverfahren analog der Bestimmungen der ÖNORM 2050 vor. Darüber hinaus bieten die neuen Regelungen dem am Vergabeverfahren Beteiligten Schadenersatzansprüche und Rechtsschutzmöglichkeiten.

Besoldungsreform und Pensionsreform im öffentlichen Dienst

Mit der im Juni 1994 vom Nationalrat verabschiedeten Besoldungsreform wurde ein modernes Beamtendienstrecht geschaffen. Das starre Dienstklassensystem wird durch ein flexibleres Schema ersetzt. Dieses sieht für die Beamten eine Grundlaufbahn und darüberhinaus Funktionsstufen, in die der Beamte je nach seiner Verwendung eingestuft werden soll, vor. Es ist nicht mehr das Alter des Beamten ausschlaggebend für seine Bezüge, sondern seine jeweilige Stellung im



Verwaltungsapparat und somit seine Kompetenz, seine Leitungsaufgaben und seine Verantwortung.

Die Pensionsreform im öffentlichen Dienst geht Hand in Hand mit gleichartigen Regelungen im ASVG-Bereich.

Bundesstaatsreform

Aufbauend auf der politischen Vereinbarung zur Neuordnung des Bundesstaates vom 8. Oktober 1992 (Perchtoldsdorfer Paktum) - große Verdienste dafür haben der damalige Föderalismusminister Jürgen Weiss und der Vizepräsident des Bundesrates Dr. Herbert Schambeck erworben) wurde die Regierungsvorlage zur Bundesstaatsreform am 7. Juni 1994 im Ministerrat beschlossen und dem Parlament zugeleitet. Diese als Regierungsvorlage in zweijährigen Verhandlungen ausgearbeitete Reform wurde seitens der Länder als „erster Schritt“ zu einer umfassenden Föderalismusreform gesehen. Dennoch stellte sie das umfassendste und föderalistisch bedeutendste Verfassungswerk der II. Republik dar.

In der XVIII. GP wurde die Bundesstaatsreform in einem Unterausschuß vorberaten, in dem ausführliche Expertenanhörungen stattfanden. Auf Grund der Verzögerungstaktik der SPÖ konnte die Bundesstaatsreform jedoch vor den Nationalratswahlen 1994 nicht mehr beschlossen werden. Ein auf Grund der geänderten Mehrheitsverhältnisse (der 9. 10. 1994 brachte den Verlust der 2/3 Mehrheit für die beiden Koalitionsparteien) konnte der ursprüngliche Entwurf nicht mehr beschlossen werden. Dies erforderte umfangreiche Parteienverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ, Grünen und Liberalen, die für die ÖVP Klubobmann Dr. Andreas Khol leitete. Dabei konnte die ÖVP in den Verhandlungen mit der Opposition alle schwerwiegenden Eingriffe in den Föderalismus erfolgreich abwehren.

Dieser mit der Opposition verhandelte, umfangreiche, neue Antrag fand nicht die Zustimmung der Landeshauptleute, vor allem aus finanziellen Gründen: Die vom Nationalrat auf Drängen des ÖVP-Klubs vorgesehene Einführung von Landesverwaltungsgerichten hätte eine Neuordnung der Behördenstruktur mit sich gebracht und der Bund gab dafür keine finanziellen Garantien.

Die Landeshauptleutekonferenz hat bei ihrer außerordentlichen Konferenz am 12. Dezember 1994 einstimmig beschlossen, daß die Verhand-

lungen über die Bundesstaatsreform fortzuführen sind. Im Zuge dieser weiteren Verhandlungen - insbesondere im Rahmen des Finanzausgleichs - soll geklärt werden, welche finanziellen Garantien der Bund für die den Ländern durch die Bundesstaatsreform erwachsenden Mehrkosten übernimmt. Die Finanzfrage ist für die Länder deshalb so bedeutend, weil durch die Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung und die Errichtung von Landesverwaltungsgerichten eine vollständige Neuordnung der Verwaltung in den Ländern erforderlich wird, die die Länder aus ihren Budgets nicht tragen können.

Rechnungshof

Am 25. Juni 1992 wurde der von der ÖVP vorgeschlagene damalige Vizepräsident des Rechnungshofes, Dr. Franz Fiedler, vom Nationalrat zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt. Bei dem der Wahl vorangegangenen Hearing im Hauptausschuß des Nationalrates erläuterte Dr. Fiedler seine grundsätzlichen Vorstellungen über mehr Effizienz der öffentlichen Gebarungskontrolle. Danach soll der Rechnungshof als Anwalt der Steuerzahler

- ☐ einen Beitrag zum zweckmäßigsten Einsatz öffentlicher Mittel leisten,
- ☐ nicht nur Kritiker, sondern auch Berater der öffentlichen Verwaltung sein, der hilft, Schwachstellen auszuräumen und den Bürokratieabbau zu beschleunigen,
- ☐ neben den klassischen Prüfungsmaßstäben (rechnerische Richtigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit) auch volkswirtschaftliche und ökologische Ziele bei seinen Prüfungen berücksichtigen.

Anlässlich der im November 1992 abgehaltenen Rechnungshof-Enquete unterbreitete Fiedler seine Vorstellungen über die Zusammenarbeit zwischen Rechnungshof und Parlament. Dabei betonte er, daß es Aufgabe des Rechnungshofes ist, die Grundlagen für die vom Parlament zu treffenden Entscheidungen aufzubereiten. Ferner unterstrich er, daß die Wirksamkeit der öffentlichen Gebarungskontrolle von der Kooperation zwischen Parlament und Rechnungshof abhängig ist.



Im Jahre 1993 wurde mit Novellen zum Bundes-Verfassungsgesetz sowie zum Verfassungsgerichtshofgesetz

- einer Unternehmung, die sich weigert, sich vom Rechnungshof prüfen zu lassen, im Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof, der über die Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes zu entscheiden hat, Parteienstellung eingeräumt;
- dem Rechnungshof die Möglichkeit eröffnet, ein solches, seine Prüfungskompetenz bejahendes Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes auch gegen den Willen der zu prüfenden Unternehmung zu vollstrecken.

Damit wurde einerseits dem rechtsstaatlichen Gebot des beiderseitigen Gehörs im Prozeß vor dem Verfassungsgerichtshof entsprochen und andererseits die Stellung des Rechnungshofes im Interesse der Finanzkontrolle gestärkt.



Heribert Steinbauer

Knapp vor Ende der XVIII. Legislaturperiode trafen im Parlament vier Wahrnehmungsberichte des Rechnungshofes ein, die nicht mehr rechtzeitig vor der Sommerpause des Nationalrates behandelt werden konnten und die mit Auslaufen der GP zu verfallen drohten. Zur Behandlung dieser zum Teil besonders brisanten Berichte erklärte der Nationalrat aufgrund des Betreibens des ÖVP-Fraktionsführers Abg. Heribert Steinbauer den Rechnungshofausschuß in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien für permanent.

Sechs Wochen lang behandelte der Rechnungshofausschuß im Juli und August 1994 die Berichte betreffend die Austria Metall AG (AMAG),

die Erste Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG), die Pyhrn-Autobahn AG und die Österreichische Weinmarketing Service GesmbH und traf folgende Ausschlußfeststellungen:

Sonderbericht des Rechnungshofes über die Erste Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft:

„Der Rechnungshofausschuß vertritt die Meinung, daß das Vorgehen des ehemaligen Bundesministers für Finanzen, Dr. Vranitzky, entgegen den ursprünglichen Einwänden des Vorstandes der DDSG und gegen die Empfehlung des Rechnungshofes aus 1978 und 1984, die DDSG auf Expansion festzulegen, wirtschaftlich unvertretbar war. Die Folgen waren die Fehlspekulation mit dem Luxusschiff Mozart und deutlich wachsender Subventionsbedarf. Der damalige Bundesminister für Finanzen, Dr. Vranitzky, trägt daher für große Teile der Zuschüsse aus Steuergeldern in der Höhe von 4,5 Milliarden Schilling die politische Verantwortung.“

Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Austria Metall AG:

„... Bei Umsetzung sowie vorzeitigem Abbruch dieses Konzernentwicklungskonzeptes ist es zu Verlusten von rund 14 Milliarden Schilling in den Jahren von 1991 - 1994 und damit zum größten Industriedebakel der österreichischen Nachkriegsgeschichte gekommen. ...

... Zur politischen Verantwortung des Bundeskanzlers stellt der Rechnungshofausschuß fest, daß Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky keine Maßnahmen zur Abwendung des Milliardendebakels gesetzt hat. ...“

In der neuen Legislaturperiode wurden bereits zwei gesetzliche Änderungen durchgesetzt:

- Als Ausfluß der Sparmaßnahmen im neuen Arbeitsübereinkommen für die XIX. GP wurde der seit der Wahl Dr. Fiedler zum Präsidenten vakante Posten des Rechnungshofvizepräsidenten im Dezember 1994 abgeschafft.
- Nach langem Tauziehen erhielt der Rechnungshof die Kompetenz zur Prüfung der gesetzlichen Interessensvertretungen.



Umweltinformation*Josef Arthold*

Ein für Europa beispielgebendes Umweltinformationsgesetz konnte der frühere Umweltsprecher der ÖVP, Abg. Josef Arthold, dem Nationalrat im Jänner 1993 präsentieren. Aufbauend auf einer Richtlinie der EU gibt dieses Gesetz jedem Bürger das Recht, bei den Behörden vorhandene Informationen über die Umwelt zu erlangen. Sollte diese Information verwehrt werden, kann der Bürger darüber einen Bescheid verlangen und eine Rechtsmittelinstanz einschalten. Zur besseren Strukturierung des Zuganges zu Umweltdaten hat das Umweltministerium einen Umweltdatenkatalog anzulegen.

Umweltförderung

Eine weitere wesentliche Verbesserung auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurde durch Initiative der ÖVP unter Federführung von Frau Bundesministerin Rauch-Kallat mit der Beschlußfassung des Umweltförderungsgesetzes erreicht. Damit wurde die gesamte Förderung für Siedlungswasserwirtschaft, Altlastensanierung, Ostfonds und innerbetriebliche Umweltschutzmaßnahmen, die bisher auf vier verschiedene Gesetze verteilt waren, in ein Gesetz zusammengefaßt und eine effiziente Durchführung aller Förderungen bei gleichzeitiger strenger Kontrolle durch Wirtschaftsprüfer und Rechnungshof gewährleistet. Mit diesen Verbesserungen konnte das jährliche Investitionsvolumen für den Umweltschutz auf nahezu 20 Mrd. Schilling gesteigert werden.

*Dr. Martin Bartenstein*

Die dem Parlament Ende 1991 zugeleitete Regierungsvorlage wurde in langen parlamentarischen Verhandlungen vom Verfassungsausschuß gemeinsam mit dem Umweltausschuß gänzlich überarbeitet und im Herbst 1993 vom Nationalrat beschlossen. Das Gesetz sieht vor, daß bestimmte Großprojekte einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen und somit auf ihre ökologische Verträglichkeit zu prüfen sind. Dabei werden auch eine Reihe von rechtlichen Bestimmungen festgelegt - unter anderem auch die Parteistellung für Bürgerinitiativen ab einer Zahl von 200 Unterschriften. Daß wirklich die umweltrelevanten Großprojekte einer UVP zu unterziehen sind, bewirkte Abg. Dr. Martin Bartenstein durch die Ausgestaltung der Anlagenlisten.

Ärztegesetz*Dr. Walter Schwimmer*

Der Gesundheitsausschuß hat unter der Leitung von Abg. Dr. Walter Schwimmer zwei Novellierungen des Ärztegesetzes vorgenommen. Die Ärztegesetz-Novelle 1992 hat eine forcierte Facharztausbildung durch die zusätzliche Anerkennung von neuen Ausbildungsstätten sowie die Regelung eines sachgerechten Informationsangebotes für die Patienten vorgesehen. Die Novelle 1993 verwirklichte EWR-Anpassungen, Verbesserungen der allgemeinen medizinischen Ausbildung, Einführung von Rechtsinformationsstellen, Verankerung eines Lehr- und Lernzielkataloges, die Einführung einer Facharztprüfung, die Verankerung einer Dokumentationspflicht als ärztliche Berufspflicht und die Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinarrechtes.

Krankenanstaltengesetz



Dr. Günther Leiner

Das „Bundes“-Krankenanstaltengesetz (KAG) sieht nun eine stärkte sanitäre Aufsicht, Verankerung der psychologischen und psychotherapeutischen Versorgung, Supervision für Bedienstete, die Stärkung der Patientenrechte und eine Ersatzregelung für Bedarfsprüfungen im Errichtungsbewilligungsverfahren für anstalten vor, womit durch die Abgeordneten Dr. Walter Schwimmer und Dr. Günther Leiner bedeutende Anliegen der ÖVP verwirklicht wurden.

Das Gentechnikgesetz

Anfang 1994 wurde dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur parlamentarischen Behandlung übermittelt, mit der in Form eines Gentechnikgesetzes (GTG) das wissenschaftlich-technisch anspruchsvolle Gebiet der verschiedenartigen Anwendungen der Technik geregelt wird.

Da die Gentechnik eine relativ junge wissenschaftliche Methode ist und eine sehr rasante Entwicklung vornimmt, ist eine zufriedenstellende Integration dieser Technologie und ihrer Produkte in unserer Gesellschaft notwendig. Um diese Technik einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen, entsprechende Standards und Genehmigungsverfahren vorzuschreiben sowie ethische Grenzen festzulegen, ist das Gentechnikgesetz als erstmalige Regelung dieser Technik notwendig geworden. So wie sich die Gentechnik entwickelt, wird auch eine Weiterentwicklung des Gentechnikgesetzes vorgenommen werden müssen.

Der Text des Gentechnikgesetzes ist bei weitem umfangreicher als die beiden EU-Richtlinien über gentechnische Arbeiten im geschlossenen System und über Freisetzungen genetisch veränderter Organismen, die den Ausgangspunkt für die Erarbeitung der Regierungsvorlage bildeten. Das österreichische Gesetz wird über die gentechnischen Arbeiten mit Mikroorganismen im geschlossenen System, die Freisetzung und das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen hinaus auch gentechnische Arbeiten mit Pflanzen und Tieren, die Durchführung von Genanalysen und den Bereich der somatischen Gentherapie regeln.

Bildungspolitik

Schulautonomie



Mag. Dr. Josef Höchtl

Schwerpunkte des Unterrichtsausschusses, dessen Beratungen auf Seite der ÖVP vom Fraktionsführer und Ausschußobmann Dr. Josef Höchtl geleitet wurden, waren Schulautonomie und die 15. SCHOG-Novelle.



Die 14. SCHOG-Novelle ermöglicht Autonomie, Regionalisierung und neue Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Schulpartner und zieht auch wesentliche Neuerungen in den Lehrplänen für AHS und Hauptschulen - beginnend mit der ersten Klasse - nach sich.

Die 14. SCHOG-Novelle räumt den Schulen erstmals das Recht ein, innerhalb eines gewissen Stundenrahmens autonome Lehrpläne zu erlassen, wodurch die Möglichkeit eröffnet wird, ein eigenständiges Schulprofil bei Wahrung aller Übertrittsmöglichkeiten zu entwickeln (sprachlich, sportlich, musisch usw.).

Ein weiterer Punkt der SCHOG-Novelle ist die Möglichkeit, auch mit einer Studienberechtigungsprüfung die Aufnahmevoraussetzung für die Pädagogische Akademie, die Berufspädagogische Akademie und die Kollegs zu erfüllen und nicht mehr wie bisher nur mit der Reifeprüfung.

Die 15. SCHOG-Novelle

Mit dem Schuljahr 1993/94 wurde für die Volksschulen die Möglichkeit eröffnet, nicht behinderte und behinderte Kinder gemeinsam zu unterrichten. Dafür kommen auf Verlangen der ÖVP nur Schulen in Frage, die die entsprechenden pädagogischen Voraussetzungen bieten.

Kernpunkt der neuen Regelung ist das Recht der Eltern, selbst zu entscheiden, ob sie ihr behindertes Kind (Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf) in eine Sonderschule oder in die Volksschule schicken möchten. Voraussetzung ist allerdings, daß die gewünschte Volksschule den „sonderpädagogischen Förderbedarf“ erfüllen kann (geeignete Lehrer, räumliche Voraussetzungen).

Universitätsreform

Mit dem neuen UOG wurde ein entscheidender Schritt nach vorne zur Entbürokratisierung und Deregulierung der heimischen Universitätslandschaft gesetzt. Im Wege des neuen Satzungsrechts regeln die Universitäten alle Kompetenzen, die ihre Verwaltung betreffen, in Eigenverantwortung. Sie erhalten weitgehende Entscheidungsvollmachten im Personal- und Budgetbereich, wodurch eine Flexibilität im Sinne eines effizienten Mittelansatzes ermöglicht wird.

Die große Universitätsreform wurde von Anfang an parallel zu den Vorlagen von Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek auf parlamentarischem Boden von einer Arbeitsgruppe, der von ÖVP-Seite die Abgeordneten Dr. Gerhart Bruckmann, Dr. Christian Brünner, Dr. Dieter Lukesch und Mag. Wilhelm Molterer angehörten, ausverhandelt.



Univ. Prof. Dr. Christian Brünner

Fachhochschulen

Erstmals wurde beim Fachhochschulstudien-gesetz das ausschließliche staatliche Monopol im tertiären Bildungsbereich durchbrochen. Das heißt konkret, daß neben dem Bund auch juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, also auch Länder und Gemeinden, Interessensvertretungen und private Investoren Träger von Fachhochschulstudiengängen sein können.

Fachhochschulen haben die Aufgabe, auf der Basis einer ausreichenden wissenschaftlich-methodischen Fundierung berufs- und praxisorientiert auszubilden. Gegenüber den Universitäten, deren Ausrichtung in erster Linie wissenschaftlich-theoretischer Natur ist, wird bei den Fachhochschulstudiengängen auf eine unmittelbare Verwertbarkeit der vermittelten Qualifikationen am Arbeitsmarkt besonderer Wert gelegt. Fachhochschulen eröffnen auch für Absolventen einer qualifizierten Berufsausbildung ohne Matura eine Ausbildung auf Hochschulniveau.



Sicherheit

Schwerpunkte der Arbeit des Innenausschusses in dieser Gesetzgebungsperiode waren einerseits das neue Sicherheitspolizeigesetz und andererseits die umfassende Regelung des Ausländerrechts. In diesen Schwerpunktthemen konnte die ÖVP unter Federführung des Sicherheitssprechers Dr. Hubert Pirker und mit Hilfe des zuständigen Fachausschusses die Gesetze wesentlich mitgestalten.



Dr. Hubert Pirker

Sicherheitspolizeigesetz

Durch das Sicherheitspolizeigesetz, das mit 1.5.1993 in Kraft getreten ist, konnte eine Vereinheitlichung des „Paragraphendschungels“ erreicht und gleichzeitig sichergestellt werden, daß die Sicherheit des Bürgers durch eine Steigerung der Effizienz der Sicherheitsexekutive gewährleistet ist und daß die persönlichen Rechte des einzelnen Bürgers gewahrt bleiben. Neben der Regelung der Befugnisse der Sicherheitsexekutive, deren Tätigkeit durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beschränkt ist, wurden auch die Voraussetzungen für eine parlamentarische Kontrolle der Staatspolizei und der militärischen Nachrichtendienste geschaffen.

Regelung des Ausländerrechts

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Innenausschusses war die Regelung des Ausländerrechts. Hierbei handelt es sich um

- ☐ das Asylgesetz
- ☐ das Bundesbetreuungsgesetz
- ☐ das Aufenthaltsgesetz sowie
- ☐ das Fremden-gesetz.

Asylgesetz:

Ziel der Gesetzgebung ist es, eine klare Unterscheidung zwischen Personen zu schaffen, die

- ☐ in ihrem jeweiligen Heimatland aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und daher als Flüchtlinge im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention anzusehen sind, und
- ☐ jenen Personen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Österreich kommen wollen.

Mit dem Aufenthaltsgesetz kann im Rahmen einer Quotenregelung unter Mitwirkung der Bundesländer auf die jeweilige Situation in einzelnen Regionen eingegangen werden; damit wird auch für den ausländischen Arbeitswilligen eine überschaubare und menschenwürdige Situation sichergestellt.

Unter der Federführung von Abg. Paul Kiss, dem neuen Sicherheitssprecher nach dem ausgeschiedenen Abg. Dr. Hubert Pirker, wurde 1995, bereits in der XIX. Gesetzgebungsperiode, eine wichtige Novelle des Aufenthaltsgesetzes mit dem Regierungspartner verhandelt, die vor allem die Rechte der Familie und die Rechtssicherheit wahren wird. Die Novelle tritt am 1. 5. 1995 in Kraft.



Paul Kiss

Unabhängig vom Aufenthaltsrecht sieht das Aufenthaltsgesetz auch die Möglichkeit vor, Menschen, die ihre Heimat wegen besonders gefährlicher Situationen verlassen - gedacht ist in erster Linie an die kriegserischen Auseinandersetzungen wie etwa im ehemaligen Jugoslawien - in Österreich vorübergehend aufzunehmen.



Durch das Fremdengesetz wurden die Möglichkeiten zur effizienten Administration der Ausländergesetze und zu entsprechenden Kontrollen geschaffen.

Landesverteidigung



Hermann Kraft

In der XVIII. Legislaturperiode wurden unter der Fraktionsführung von Abg. Hermann Kraft die gesetzlichen Maßnahmen für die vom Bundesminister Dr. Werner Fasslabend eingeleitete Heeresreform getroffen.

☐ Wehrgesetz 1992 (Heeresgliederung-NEU)

Im Sommer 1992 wurde von seiten der Bundesregierung die Heeresgliederung-NEU beschlossen. Das auf einen West-Ost-Konflikt ausgerichtete Raumverteidigungssystem wurde modifiziert und der Schutz der Grenzen ausgebaut.

Im Mittelpunkt der Reform stand die Schaffung von jederzeit verfügbaren Einsatzkräften im Ausmaß von 15.000 Mann, wobei 10.000 im aktiven Personalstand des Bundesheeres sind und 5.000 der Miliz angehören. Das geänderte Bedrohungsbild ermöglichte, die Mobilmachungsstärke von 200.000 Mann auf 120.000 Mann zu reduzieren. Mit den dadurch freigewordenen Mitteln und den Ersparnissen der Verwaltungsreform konnten wichtige Beschaffungen durchgeführt und die Verteidigungsfähigkeit erhöht werden.

☐ Grundwehrdienstmodell 6 + 1 + 30 Tage

Unmittelbar im Anschluß an den Grundwehrdienst von 6 Monaten wird einen Monat lang eine Milizübung im Verbandsrahmen abgehalten. Die restlichen 30 Übungstage sollen innerhalb von 10 Jahren nach dem Antritt des Grund-

wehrdienstes absolviert werden. Damit wurde einerseits dem Wunsch der Wirtschaft und andererseits dem der Arbeitnehmer nach mehr Planbarkeit und Absehbarkeit der Milizverwendung entsprochen.

☐ Ausbildungsreform

Ziel ist es, die Ausbildung praxisgerechter und einsatzorientierter zu gestalten und vom Geist der Kameradschaft zu prägen.

☐ Verbesserter Rechtsschutz durch Heeresdisziplingesetz 1994

☐ Freifahrt für Grundwehrdiener in Uniform

☐ Mehr Geld für Präsenzdiener

Mit 1. Jänner 1994 wurde die Prämie für die Grundwehrdiener von 241 Schilling auf 1001 Schilling monatlich erhöht. Dies bedeutete eine Erhöhung der Grundwehrdienerbezüge um 35 Prozent und war die stärkste seit dem Bestehen des Bundesheeres. Darüber hinaus wurde die Besoldung dynamisiert, sodaß die Wehrdienstleistenden seit 1. Jänner 1995 insgesamt 3.005,- (1.975,- + 1.030,- Prämie) pro Monat erhalten. Eine weitere Steigerung konnte im neuen Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien vorgesehen werden.

☐ Sicherstellung eines genügenden Grundwehrdieneraufkommens.

Durch das neue Zivildienstgesetz wurden Benachteiligungen der Präsenzdiener gegenüber den Zivildienern ausgeräumt. Das Paket umfaßte aber nicht nur einen zeitlichen Belastungsausgleich sondern auch oben beschriebene finanzielle Mehrleistungen an die Präsenzdiener.

☐ Strukturreformgesetz (Heeresgebührgesetz, Militärleistungsgesetz), Sperrgebietsgesetz 1995

Am Beginn der XIX. Gesetzgebungsperiode gelang es, die oben genannten Gesetze im Sinne der Entbürokratisierung und entsprechend der neuen legislativen Richtlinien zu modifizieren.





Dr. Michael Graff

Im Justizbereich wurden wesentliche Gesetzgebungsvorhaben im zivil- wie auch im strafrechtlichen Bereich verwirklicht. Auch die durch die EWR-Anpassung notwendigen Novellen im Bereich des Zivilrechts wurden dazu genützt, innerstaatliche Verbesserungen vorzunehmen. Federführend war der Vorsitzende des Justizausschusses und Justizsprecher der ÖVP, Abg. Dr. Michael Graff, dem gerade unter Berücksichtigung des besonderen Arbeitsstils des Justizausschusses besondere Gestaltungsmöglichkeiten offen standen.

Zivilrecht

In diesem Bereich sind neben dem Rechnungslegungsgesetz, dem Firmenbuchgesetz und dem Kartellgesetz an wirtschaftspolitisch wichtigen Gesetzen insbesondere zu erwähnen:

☐ Erwerbsgesellschaftengesetz

Dadurch wird auch für Nichtkaufleute, insbesondere für freie Berufe und für kleine und mittlere Gewerbebetriebe, die Möglichkeit einer gesellschaftsrechtlichen Partnerschaft eröffnet. Diese Erwerbsgesellschaften haben den Vorteil, daß sie eine Firma führen, Rechtspersönlichkeit besitzen, gewerberechtsfähig und grundbuchsfähig sind und ein eigenes Gesellschaftsvermögen haben.

☐ Privatstiftungsgesetz

Die bis zur Schaffung des Privatstiftungsgesetzes ausschließliche Genehmigung von Stiftungen zu gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken hatte einen Abfluß von Vermögen in das Ausland zur Folge. Dem wird durch die Schaffung einer Privatstiftung Rechnung getragen.

☐ Exekutionsrecht

Durch eine Änderung der Exekutionsordnung wurde zunächst das Lohnpfändungsrecht neu geregelt. So wurden insbesondere die Grenzen des pfändungsfreien Einkommens angehoben und an den Richtsatz für Ausgleichzulageneempfänger angepaßt. In der Folge wurde durch das Privatinsolvenzrecht die Möglichkeit einer Entschuldung auch für Private geschaffen.

☐ Versicherungsvertragsrecht

Durch EWR-Recht war eine Anpassung des Versicherungsvertragsgesetzes notwendig geworden, weil eine staatliche Versicherungsaufsicht in der bisherigen Form nicht mehr zulässig ist. Dies wurde im Interesse des Konsumenten dazu benutzt, die Frage des Übertritts aus einer Gruppenversicherung in die Einzel-Krankenzusatzversicherung bei Eintritt in den Ruhestand zu regeln. Ferner wurde eine verbesserte Kündigungsmöglichkeit für Versicherungen geschaffen.

Strafrecht

Nach der Schaffung einer

☐ Grundrechtsbeschwerde (ein besonderes Anliegen, das Dr. Michael Graff durchsetzen konnte) an den Obersten Gerichtshof wurde durch das

☐ Strafprozeßänderungsgesetz 1993 der Menschenrechtsschutz in der Strafprozeßordnung verankert und durch eine Neuregelung der Untersuchungshaft der Persönlichkeitsschutz verstärkt. Gleichzeitig wurden aber auch Bestimmungen zu einer verbesserten Bekämpfung der organisierten Kriminalität bis hin zur Bekämpfung der

☐ Geldwäscherei (Strafgesetznovelle 1993) geschaffen.

☐ Darüber hinaus kam es zu einer umfassenden Reform des Strafvollzugsrechts; davon ist insbesondere die Abschaffung des Stufenvollzugs, die Verbesserung von Besuchsmöglichkeiten sowie die teilweise Einbeziehung der Strafgefangenen in die Arbeitslosenversicherung zu erwähnen.

☐ Verbotsgesetz
Auch dieses Anliegen ist von Michael Graff's Bemühen geprägt, durch eine geeignete gesetzgeberische Maßnahme, das



Ziel zu erreichen, aufkeimende rechtsradikale Tendenzen und Aktivitäten zu bekämpfen, ein Ziel, das - wie die Judikatur der letzten Zeit zeigt - durchaus erreicht werden konnte. Die Herabsetzung der Strafuntergrenzen - bei Beibehaltung der Höchstgrenzen - darf nicht als Verharmlosung nationalsozialistischer Betätigung aufgefaßt werden. Durch diese Maßnahmen sollte vielmehr sichergestellt werden, daß das Gesetz auch in der Praxis vollzogen wird. Wie nämlich die Praxis der letzten Jahre gezeigt hatte, war es kaum zu Verurteilungen gekommen, weil die Geschworenen - Verbrechen nach dem Verbotsgesetz fallen in die Kompetenz der Geschworenengerichte - wegen der hohen Mindeststrafdrohung eher zu einem Freispruch als zu einem Schuldspruch bereit gewesen sind.

ÖVP-Parlamentsklub

XVIII. GP

Klubobmann: Dr. Heinrich NEISSER

II. Präsident des NR Dr. Robert LICHAL

KO-Stellvertreter: Dr. Walter SCHWIMMER
Georg SCHWARZENBERGER (Kassier)
Ingrid TICHY-SCHREDER

Schriftführer: Dr. Otto Keimel

Fraktionsführer:

Ausschuß für Arbeit und Soziales
O.Stv. Dr. Gottfried FEURSTEIN

Außenpolitischer Ausschuß
O.Stv. Dr. Andreas KHOL

Bautenausschuß
Obmann Dkfm. Dr. Otto KEIMEL

Budgetausschuß
Obmann Dipl. Vw. Dr. Josef LACKNER

Familienausschuß O.Stv. Dr. Hans HAFNER

Finanzausschuß
O.Stv. Dr. Günter STUMMVOLL

Geschäftsordnungsausschuß
O.Stv. Jakob AUER

Gesundheitsausschuß
Obmann Dr. Walter SCHWIMMER

Gleichbehandlungsausschuß
O.Stv. Rosemarie BAUER

Handelsausschuß
Obfrau Ingrid TICHY-SCHREDER

Hauptausschuß O.Stv. Dr. Robert LICHAL

Immunitätsausschuß
Obmann Hermann KRAFT

Inneres O.Stv. Dr. Hubert PIRKER

Justizausschuß Obmann Dr. Michael GRAFF

Landesverteidigungsausschuß
O.Stv. Hermann KRAFT

Land- und Forstwirtschaft
Obmann Georg SCHWARZENBERGER

Petitionsausschuß O.Stv. Paul KISS

Rechnungshofausschuß
O.Stv. Heribert STEINBAUER

Umweltausschuß O.Stv. Josef ARTHOLD

Unterrichtsausschuß
Obmann Mag. Dr. Josef HÖCHTL

Unvereinbarkeitsausschuß
O.Stv. Dr. Sixtus LANNER

Verfassungsausschuß
O.Stv. Dr. Andreas KHOL

Verkehrsausschuß
O.Stv. Mag. Helmut KUKACKA

Verstaatlichte Betriebe
O.Stv. Dr. Martin BARTENSTEIN

Wissenschaft und Forschung
O.Stv. Dr. Christian BRÜNNER

Std. UA Budget
O.Stv. Dipl. Vw. Dr. Josef LACKNER

Std. UA Haupt O.Stv. Dr. Robert LICHAL

Std. UA Inneres Obmann Dr. Hubert PIRKER

Std. UA Landesverteidigung
O. Stv. Hermann KRAFT

Std. UA Rechnungshof -

Std. gem. § 9 F-VG -



Klubdirektor:
Klubsekretäre:

Dr. Werner ZÖGERNITZ
Dr. Harald WÖGERBAUER
Dr. Helmut EPP
Karl BRINEK (Chefredakteur)
Dipl. Ing. Johann KÖLTRINGER
Dr. Margit KÖRNER
Roman KUNYIK
Mag. Gottfried MICHALITSCH

Mag. Franz LEDERMÜLLER
Dr. Ingrid NEMEC
Mag. Bernhard PEER
Gudmund TRIBUTSCH
Univ. Prof. Dr. Bea VERSCHRAEGEN
Dr. Helmut WOHNOUT

DIE Nationalratsabgeordneten **der ÖVP in der XVIII. GP** **(in der Zeit vom 5. 11. 1990 bis 6. 11. 1994)**

Mandatsstand 60
ab 07.09.1993 59

Name	Geb. Beruf	Wahlkreis	Abgeordneter von - bis
Josef ARTHOLD	1934 Berufsschuldirektor	Wien	18.12.90-06.11.94
Jakob AUER	1948 Landwirt	Oberösterreich	05.11.90-06.11.94
Dr. Martin BARTENSTEIN	1953 Unternehmer, Chemiker	Steiermark	05.12.91-06.11.94
Rosemarie BAUER	1944 Fachschuldirektor	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Anton BAYR	1927 Bezirksschulinspektor	Niederösterreich	05.11.90-08.07.93
Felix BERGSMANN	1935 Beamter der ÖBB	Oberösterreich	12.2.93-06.11.94
Dr. Gerhart BRUCKMANN	1932 Universitätsprofessor	Wahlkreisverband II	05.11.90-06.11.94
Dr. Christian BRÜNNER	1942 Universitätsprofessor	Steiermark	05.11.90-06.11.94
Paul BURGSTALLER*	1945 Techn. Angestellter	Steiermark	05.11.90-07.09.93
Ing. Karl DITTRICH	1928 Unternehmer	Wien	05.11.90-30.04.92
Dr. Johannes DITZ	1951 GS d. Österr. Wirtschaftsbundes	Wahlkreisverband I	05.11.90-28.01.93
Dr. Wendelin ETTMAYER	1943 Bundesbeamter	Oberösterreich	05.11.90-02.02.93
Dr. Gottfried FEURSTEIN	1939 Landesbeamter	Vorarlberg	05.11.90-06.11.94
Ernst FINK	1942 Finanzbeamter	Wahlkreisverband II	05.11.90-06.11.94
Dipl. Ing. Franz FLICKER	1939 Kammersekretär	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Karl FREUND	1947 Landwirt	Oberösterreich	05.11.90-06.11.94
Mag. Cordula FRIESER	1950 Steuerberater	Steiermark	05.11.90-06.11.94
Dr. Gilbert FRIZBERG	1956 Unternehmer	Steiermark	18.12.90-21.10.91
Dr. Gerfried GAIGG	1932 Wirtschaftsjurist	Oberösterreich	18.12.90-06.11.94





XVIII. GP



Edeltraud GATTERER	1954	Hausfrau	Kärnten	05.11.90-06.11.94
Dr. Michael GRAFF	1937	Rechtsanwalt	Wahlkreisverband I	05.11.90-06.11.94
Dr. Hans HAFNER	1938	Kammeramtsdirektor	Steiermark	05.11.90-06.11.94
Walter HEINZINGER	1937	GS des ÖAAB	Steiermark	05.11.90-27.01.93 (gestorben am 27.01.1993)
Regina HEIß	1960	Kaufm. Angestellte Bäuerin	Tirol	05.11.90-06.11.94
Ing. Leopold HELBICH	1926	Unternehmer	Oberösterreich	05.11.90-28.11.91
Mag. Dr. Josef HÖCHTL	1947	Wissenschaft- licher Oberrat	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Johann HOFER	1940	Versicherungs- kaufmann	Oberösterreich	05.11.90-06.11.94
Dipl. Ing. Richard KAISER	1935	Angestellter der NÖ. LWK; Nebenerwerbslandwirt	Niederösterreich	19.12.90-06.11.94
Franz KAMPICHLER	1947	Kaufmännischer Angestellter	Niederösterreich	09.07.93-06.11.94
Dkfm. Dr. Otto KEIMEL	1928	Unternehmensberater	Tirol	05.11.90-06.11.94
Dr. Andreas KHOL	1941	a.o. Universitäts- professor	Wahlkreisverband II	05.11.90-06.11.94
Josef KIRCHKNOPF	1930	Landwirt	Burgenland	05.11.90-06.11.94
Paul KISS	1947	Hauptschullehrer	Burgenland	05.11.90-06.11.94
Helmut KLOMFAR	1939	Unternehmer	Wien	06.05.92-06.11.94
Dkfm. DDr. Friedrich KÖNIG	1933	Privatangestellter	Wien	05.11.90-06.11.94
Ingrid KOROSEC	1940	Angestellte	Wien	18.12.90-06.11.94
Ing. Ludwig KOWALD	1939	Landwirt	Steiermark	05.11.90-06.04.94
Hermann KRAFT	1941	Angestellter	Oberösterreich	05.11.90-06.11.94
Mag. Helmut KUKACKA	1946	Angestellter	Oberösterreich	05.11.90-06.11.94
Dipl.Vw. Dr. Josef LACKNER	1937	Schuldirektor BHAK und BHASCH Lienz	Tirol	05.11.90-06.11.94
Dr. Sixtus LANNER	1934	Angestellter	Tirol	18.12.90-06.11.94
Dr. Günther LEINER	1939	Facharzt f. Innere Medizin, Primararzt	Salzburg	05.11.90-06.11.94
Dr. Robert LICHAL	1932	Zweiter Präsident des Nationalrates	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Dipl.Vw. Dr. Dieter LUKESCH	1943	a.o. Universitäts- professor	Tirol	05.11.90-06.11.94
Ing. Leopold MADERTHANER	1935	Unternehmer	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Ing. Kurt MATHIS	1946	Kaufmann	Vorarlberg	05.10.93-06.11.94



Mag. Wilhelm MOLTERER	1955	Angestellter, Landwirt	Wahlkreisverband II	05.11.90-06.11.94
Dkfm. Mag. Josef MÜHLBACHER	1945	Lehrer an einer BHAK u. BHASCH	Oberösterreich	05.11.90-06.94
Walter MURAUER	1948	Versicherungs-angestellter	Oberösterreich	29.11.91-06.11.94
Dr. Heinrich NEISSER	1936	Bundesbeamter Klubobmann	Wien	05.11.90-06.11.94
Dr. Hubert PIRKER	1948	Professor der Pädag. Akademie	Kärnten	05.11.90-06.11.94
Dr. Alois PUNTIGAM	1938	Direktor d. Stmk. Bauernbundes	Steiermark	05.11.90-06.11.94
Dkfm. Dr. Günter PUTTINGER	1942	Gastwirt	Salzburg	10.11.93-06.11.94
Hans RIEDER	1940	Kaufmann	Salzburg	05.11.90-09.11.93
Walter RIEDL	1952	Steuerberater	Niederösterreich	18.12.90-06.11.94
Dipl. Ing. Josef RIEGLER	1938	Vizekanzler u. Bundesminister a.D.	Steiermark	22.10.91-31.10.93
Ing. Ernst SCHINDLBACHER	1938	Landwirt	Steiermark	02.11.93-06.11.94
Hildegard SCHORN	1947	Bäuerin	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Johann SCHUSTER	1942	Landwirtschafts-meister	Oberösterreich	05.11.90-06.11.94
Rudolf SCHWARZBÖCK	1947	Landwirt	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Georg SCHWARZENBERGER	1942	Landwirtschafts-Meister	Salzburg	05.11.90-06.11.94
Ing. Erich SCHWÄRZLER	1953	Angestellter	Vorarlberg	05.11.90-05.10.93
Dr. Walter SCHWIMMER	1942	Angestellter	Wien	05.11.90-06.11.94
Dr. Michael SPINDELEGGGER	1959	Angestellter	Niederösterreich	17.12.93-06.11.94
Ridi STEIBL	1951	Angestellte	Steiermark	07.04.94-06.11.94
Heribert STEINBAUER	1935	Angestellter	Wahlkreisverband I	05.11.90-06.11.94
Franz STOCKER	1933	Elektromonteur	Niederösterreich	05.11.90-16.12.93
Josef STRABBERGER	1946	Bundesbeamter	Steiermark	18.2.93-06.11.94
Dkfm. Dr. Günter STUMMVOLL	1943	GS der Wirtschaftskammer Österreich	Niederösterreich	22.10.91-06.11.94
Dr. Josef TAUS	1933	Industrie-kaufmann	Steiermark	05.11.90-03.12.91
Ingrid TICHY-SCHREDER	1941	Kauffrau	Wien	22.11.90-06.11.94
Gutstav VETTER	1936	Landesbeamter	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94
Karl VONWALD	1933	Bauer	Niederösterreich	05.11.90-06.11.94

* ab 07. 09. 1993 Abgeordneter ohne Fraktionszugehörigkeit



XIX.

Gesetzgebungsperiode

Die Regierung Vranitzky/Busek legte am 29. November 1994 ihr Arbeitsprogramm vor, das am 30. November 1994 in der Regierungserklärung dem Nationalrat präsentiert wurde.

Schwerpunkte dieses Reformpaketes für Österreichs Weg in das dritte Jahrtausend sind:

- ☐ Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus,
- ☐ Sicherung unseres mustergültigen Sozialstandards,
- ☐ Ausbau des Wirtschaftsstandortes Österreich
- ☐ Budgetkonsolidierung
- ☐ Ökologisierung des Steuersystems
- ☐ Bildungsoffensive
- ☐ Ausbau der direkten Demokratie
- ☐ Die Umsetzung unserer Chancen, die wir in der EU haben.

Strukturanpassungsgesetz

Die legislative Umsetzung des Reformpaketes wurde mit dem Strukturanpassungsgesetz 1995, das am 7. März 1995 im Ministerrat beschlossen und anschließend dem Nationalrat zugeleitet wurde, vorgenommen.

Im Demokratiebereich wurde in dieser GP bereits ein wichtiges Gesetz beschlossen:

EU-Begleit-B-VG

Die Sicherung des hohen Demokratiestandards in Österreich, auch im Rahmen der Gesetzgebung durch die Europäische Union war zentrales Anliegen des ÖVP-Klubs: Es darf zu keiner Regierungsgesetzgebung unter dem Deckmantel der EU kommen. Daher führte Klubobmann Dr. Andreas Khol persönlich die Verhandlungen mit den Klubobleuten der anderen Parlamentsfraktionen. Das ÖVP-Modell konnte im EU-Begleit-B-VG, das am 15. 12. 1994 vom Nationalrat beschlossen wurde, durchgesetzt werden.

Dieses sogenannte EU-Beitritts-B-VG legt fest, welche wesentlichen Mitwirkungsrechte der Nationalrat und der Bundesrat bei EU-Rechts-

setzungsvorhaben haben. So ist eine Stellungnahme des Nationalrates in Angelegenheiten der Bundesgesetzgebung für die jeweiligen Minister bindend. Ebenfalls wurde ein sogenanntes Konsultativverfahren eingerichtet, um eine möglichst flexible Anpassung der Nationalratsstellungen an die jüngsten Verhandlungsergebnisse in der EU zu ermöglichen. Ein artiges Verfahren wurde für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik normiert.

Darüber hinaus wurden in dieser B-VG-Novelle weitere im Arbeitsübereinkommen enthaltene Punkte geregelt, nämlich die Abschaffung der Funktion des RH-Vizepräsidenten, die verfassungsrechtliche Verankerung der Besoldungsreform, die Einführung der RH-Kontrolle bei den gesetzlichen Interessensvertretungen sowie Änderungen bei der Ernennung von Verfassungsgerichtshofsmitgliedern.

ÖVP-Parlamentsklub

XIX. GP

Klubobmann: Dr. Andreas KHOL

II.Präsident des NR Dr. Heinrich NEISSER

KO-Stellvertreter: Dr. Gottfried FEURSTEIN
Georg SCHWARZENBERGER (Kassier)
Ingrid TICHY-SCHREDER

Schriftführerin: Rosemarie BAUER

Fraktionsführer:

Ausschuß für Arbeit und Soziales
O.Stv. Dr. Gottfried FEURSTEIN

Außenpolitischer Ausschuß
O.Stv. Ingrid TICHY-SCHREDER

Bautenausschuß
Obmann Dr. Walter SCHWIMMER

Budgetausschuß
Obmann Dipl. Vw. Dr. Josef LACKNER

Familienausschuß O.Stv. Dr. Hans HAFNER

Finanzausschuß
O.Stv. Dr. Günter STUMMVOLL

Geschäftsordnungsausschuß
O.Stv. Dr. Andreas KHOL

Gesundheitsausschuß
O.Stv. Dr. Günther LEINER



Gleichbehandlungsausschuß

O.Stv. Rosemarie BAUER

Hauptausschuß O.Stv. Dr. Heinrich NEISSER

Immunitätsausschuß

Obmann Dr. Karl MAITZ

Industrierausschuß

O.Stv. Franz KAMPICHLER

Inneres

O.Stv. Paul KISS

Justizausschuß Obmann Dr. Michael GRAFF

Kulturausschuß O.Stv. Franz MORAK

Landesverteidigungsausschuß

O.Stv. Dr. Karl MAITZ

Land- und Forstwirtschaft

Obmann Georg SCHWARZENBERGER

Petitionsausschuß

O.Stv. Dkfm.Mag. Josef MÜHLBACHLER

Rechnungshofausschuß

O.Stv. Georg WURMITZER

Umweltausschuß O.Stv. Karlheinz KOPF

Unterrichtsausschuß

Obmann Mag. Dr. Josef HÖCHTL

Unvereinbarkeitsausschuß

O.Stv. Dr. Sixtus LANNER

Verfassungsausschuß

O.Stv. Dr. Andreas KHOL

Verkehrsausschuß

O.Stv. Mag. Helmut KUKACKA

Wirtschaftsausschuß

Obmann Mag. Dr. Maria FEKTER

Wissenschaft und Forschung

O.Stv. Dipl. Vw. Dr. Dieter LUKESCH

Std. UA Budget

O.Stv. Dipl.Vw. Dr. Josef LACKNER

Std. UA Europa

(gibt es erst nach GO-Reform)

Std. UA Haupt O.Stv. Dr. Heinrich NEISSER

Std. UA Inneres Obmann Paul KISS

Std. UA Landesverteidigung

O. Stv. Dr. Karl MAITZ

Std. UA Rechnungshof -

Std. gem. § 9 F-VG -

Parlamentarische Referenten:

Angestellte

Entwicklungshilfe

Familie

Menschenrechte/Jugend

Tourismus

Landwirtschaft

Behinderte

Verteidigung

Wirtschaft

Wohnen

Unterricht/Bildung

Umwelt

Minderheiten

Ingrid KOROSEC

Dr. Alfred BRADER

Dr. Hans HAFNER

Werner AMON

Dr. Günter PUTTINGER

Rudolf SCHWARZBÖCK

Dr. Alfred BRADER

Dr. Karl MAITZ

Dr. Maria FEKTER

Dr. Walter SCHWIMMER

Dr. Josef HÖCHTL

Karlheinz KOPF

Ridi STEIBL

Klubdirektor:

Dr. Werner ZÖGERNITZ

Klubsekretäre:

Dr. Harald WÖGERBAUER
(Politischer Koordinator und
Klubdirektor-Stellvertreter)

Helmut EPP

(Klubdirektor-Stellvertreter)

Karl BRINEK (Chefredakteur)

Dipl. Ing. Johann KÖLTRINGER

Dr. Margit KÖRNER

Roman KUNYIK

Mag. Gottfried MICHALITSCH

Dr. Ingrid NEMEC

Mag. Bernhard PEER

Gudmund TRIBUTSCH

Mag. Alexis WINTONIAK

Dr. Helmut WOHNOUT



Die Nationalratsabgeordneten der ÖVP in der XIX. GP (Stand März 1995)

Mandatsstand 52

Name	Geb.- Datum	Beruf	Wahlkreis
Werner AMON	1969	Angestellter	Bundeswahlvorschlag
Jakob AUER	1948	Landwirt	Hausruckviertel
Rosemarie BAUER	1944	Fachschuldirektor	Weinviertel
Dr. Alfred BRADER	1956	Lehrer	Bundeswahlvorschlag
Dr. Gertrude BRINEK	1952	Universitätsassistentin	Bundeswahlvorschlag
Karl DONABAUER	1945	Landwirt	Mostviertel
Matthias ELLMAUER	1946	Bankgeschäftsführer	Traunviertel
Mag. Dr. Maria FEKTER	1956	Unternehmerin	Hausruckviertel
Dr. Gottfried FEURSTEIN	1939	Landesbeamter	Vorarlberg Nord
Ernst FINK	1942	Finanzbeamter	Steiermark Süd-Ost
Karl FREUND	1947	Landwirt	Innviertel
Cordula FRIESER	1950	Steuerberaterin	Steiermark
Edeltraud GATTERER	1954	Hausfrau	Kärnten
Dr. Michael GRAFF	1937	Rechtsanwalt	Wien
Wolfgang GROSSRUCK	1947	Angestellter	Hausruckviertel
Dr. Hans HAFNER	1938	Kammeramtsdirektor	Graz
Mag. Dr. Josef HÖCHTL	1947	Sozial- u. Wirtschaftswissensch.	Wien Umgebung
Dipl. Ing. Richard KAISER	1935	Angestellter d. NÖ. LWK	Weinviertel
Franz KAMPICHLER	1947	Kaufm. Angestellter	Niederösterreich Süd
Dr. Andreas KHOL	1941	a.o. Universitätsprofessor	Tirol
Paul KISS	1947	Hauptschullehrer	Burgenland Süd
Karlheinz KOPF	1957	Unternehmer	Vorarlberg Süd
Ingrid KOROSCH	1940	Angestellte	Wien
Mag. Helmut KUKACKA	1946	Geschäftsführer	Linz und Umgebung
Johann KURZBAUER	1943	Geschäftsleiter	NÖ. Mitte
Dipl. Vw. Dr. Josef LACKNER	1937	Schuldirektor BHAK und BHASCH	Lienz Tirol
Dr. Sixtus LANNER	1934	Angestellter	Unterland
Dr. Günther LEINER	1939	Facharzt f. Innere 5 Medizin, Primararzt	Salzburg



Peter LEITNER	1944	Landwirt	Steiermark Ost
Edeltraud LENTSCH	1947	Landesleiterin der Österr. Frauenbewegung	Bundeshwahlvorschlag
Dipl. Vw. Dr. Dieter LUKESCH	1943	a.o. Universitätsprofessor	Innsbruck-Land
Ing. Leopold MADERTHANER	1935	Unternehmer	Niederösterreich
Dr. Karl MAITZ	1939	Privatangestellter	Steiermark
Franz MORAK	1946	Schauspieler	Bundeshwahlvorschlag
Dkfm. Mag. Josef MÜHLBACHLER	1945	Lehrer an einer BHAK u. BHASCH	Mühlviertel
Walter MURAUER	1948	Versicherungsangestellter	Traunviertel
Dr. Heinrich NEISSER 1936		Bundesbeamter, Zweiter Präs.d.NR	Wien Nord-West
Günther PLATTER	1954	Exekutivbeamter	Oberland
Dkfm. Dr. Günter PUTTINGER	1942	Gastwirt	Flachgau/Tennengau
Dr. Erwin RASINGER	1952	Praktischer Arzt	Bundeshwahlvorschlag
Willi SAUER	1938	Landwirt	Waldviertel
Josef SCHREFEL	1945	Landwirt	Mostviertel
Johann SCHUSTER	1942	Landwirtschaftsmeister	Mühlviertel
Rudolf SCHWARZBÖCK	1947	Landwirt	Weinviertel
Georg SCHWARZENBERGER	1942	Landwirtschaftsmeister	Lungau/Pinzgau/Pongau
Dr. Walter SCHWIMMER	1942	Angestellter	Wien
Ridi STEIBL	1951	Frauen u. Familienreferentin d. Stmk.	Steiermark
Mag. Franz STEINDL	1960	Landwirt	Burgenland Nord
Dkfm. Dr. Günter STUMMVOLL	1943	GS der Wirtschaftskammer Österreich	Waldviertel
Ingrid TICHY-SCHREDER	1941	Kauffrau	Wien Süd-West
Georg WURMITZER	1943	Hauptschullehrer	Kärnten
Johannes ZWEYTICK	1961	Landwirt, Weinbauer	Steiermark Süd

Die EU-Abgeordneten der ÖVP:

Dr. Gerfried GAIGG
Dkfm. DDr. Friedrich KÖNIG
Milan LINZER
Abg.z.NR Dr. Reinhard RACK
Agnes SCHIERHUBER
Dr. Michael SPINDELEGGER





XIX. GP



DIE ÖVP IM BUNDES RAT



Bundesrat XIX. GP

Der Bundesrat als Länderkammer der österreichischen Bundesgesetzgebung drückt in seiner Zusammensetzung die jeweilige Stärke der politischen Parteien in den neun österreichischen Bundesländern aus. Auf Grund der Landtagswahlsergebnisse war und ist die Österreichische Volkspartei die mandatsstärkste Fraktion im Bundesrat. Während der XVIII. GP gab es zwei herausragende Ereignisse, die die Verpflichtung und die Bedeutung des Bundesrates für die Vertretung der Anliegen der Bundesländer deutlich dokumentierten.

Einspruch des Bundesrates gegen das Fernwärmeförderungsgesetz

In einer Sondersitzung beeinspruchte der Bundesrat am 7. September 1994 mit 54 JA-Stimmen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates

betreffend ein Fernwärmeförderungsgesetz. Der Nationalrat hat in der Folge keinen Beharrungsbeschluß über das Fernwärmeförderungsgesetz gefaßt.

Mit diesem Einspruch signalisierte der Bundesrat gegenüber dem Bund, daß er sich verstärkt gegen Kompetenzbesneidungen der Länder und Beschränkungen des Föderalismus zur Wehr setzen wird. Durch die beabsichtigte Beschränkung des Abgabenerfindungsrechtes der Länder in § 2 Abs. 3 des genannten Gesetzesbeschlusses, der die Erhebung anderer Abgaben der Länder auf den Verbrauch elektrischer Energie ausgeschlossen hätte und im Finanzausschuß auf Wunsch des Finanzministers eingefügt wurde, war für den Bundesrat als Länderkammer die Grenze des föderalistisch Erträglichen erreicht. Im besonderen sollte die beeinspruchte Bestimmung auch als Begründung für das Veto der Bundesregierung gegen das vom niederösterreichischen Landtag beschlossene Starkstromleitungsabgabengesetz („Mastensteuer“) dienen.



Aufgrund dieser massiven Beschneidung des ohnehin nur in bescheidenem Maße bestehenden Besteuerungsrechtes der Länder sah es der Bundesrat als seine Verpflichtung an, gegen das Fernwärmeförderungsgesetz Einspruch zu erheben.

Vermittlungsausschuß **gem. § 9 Finanz-** **verfassungsgesetz**

Im Parlament trat am 16. November 1994 erstmals seit 25 Jahren der Ständige gemeinsame Ausschuß des Nationalrates und des Bundesrates gem. § 9 F-VG zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Einspruch der Bundesregierung gegen das NÖ.-Starkstromleitungsabgabengesetz sowie der Beharrungsbeschluß des NÖ.-Landtages über das Starkstromleitungsabgabengesetz („Mastensteuer“). Die „Mastensteuer“ sollte für den Umweltschutz in NÖ jährlich etwa 300 Millionen Schilling bringen. Der Vermittlungsausschuß entschied mit 16:10 Stimmen (SPÖ, FPÖ sowie ein Vertreter der ÖVP), daß der Einspruch der Bundesregierung aufrecht zu bleiben hat, sodaß die NÖ.-Mastensteuer nicht in Kraft treten konnte.

Herbert Schambeck ausgearbeiteten Vorschläge für eine Bundesratsreform angenommen:

1. Initiativrecht des Bundesrates auf Durchführung einer Volksbefragung
2. Korrekturfunktion des Bundesrates bei Druckfehlern (allenfalls gemeinsamer Ausschuß des Nationalrates des Bundesrates mit Korrekturfunktion bei Formalfehlern)
3. Ausdehnung des Zustimmungrechtes des Bundesrates auf alle Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates, die die Länder belasten und auf das Finanzausgleichsgesetz
4. Mitwirkung der Bundesräte in Ausschüssen und Unterausschüssen des Nationalrates mit beratender Stimme
5. Stellungnahmerecht des Bundesrates zu allen Gesetzesvorschlägen des Bundes (Regierungsvorlagen und Initiativanträge)
6. Einspruchsrecht des Bundesrates auch zu Teilen eines Gesetzesbeschlusses
7. Gemeinsamer Vermittlungsausschuß des Nationalrates und des Bundesrates bei Bundesratseinsprüchen
8. Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes sowie der Volksanwälte durch die Bundesversammlung

Bundesratsreform



*Univ. Prof. Dr. Herbert Schambeck
Vizepräsident des Bundesrates*

Die ÖVP-Fraktion des Bundesrates hat sich mit der Frage der Bundesratsreform in einer Sonderklubsitzung am 18. Oktober 1994 befaßt und hat einhellig folgende von ÖVP-Fraktionsobmann und Bundesrat-Vizepräsident o.Univ. Prof. Dr.



*Jürgen Weiss
Präsident des Bundesrates im
1. Halbjahr 1995*

Die ÖVP-Bundesräte Dr. Herbert Schambeck, Dr. Günther Hummer, Jürgen Weiss haben am 20. Dezember 1994 einen umfassenden Gesetzesantrag zur Stärkung der Stellung des Bundesrates eingebracht, mit dem das B-VG von 1929 und das Finanzverfassungsgesetz entsprechend abgeändert werden sollen.



Ein entsprechender Antrag von ÖVP und SPÖ, ohne Punkt 3, wurde am 23. März 1995 in der Sitzung des Bundesrates mehrheitlich beschlossen. Punkt 3 wurde von den ÖVP-Bundesräten als Drittantrag an den Nationalrat weitergeleitet.

Das Bemühen der ÖVP-Bundesräte in den letzten Jahren war auf die Erfüllung des „Perchtoldsdorfer Abkommens 1992“ und damit auch auf eine EU-gerechte Kompetenzverteilung sowie auf ein entsprechendes Länderbeteiligungsverfahren gerichtet. Leider konnten die berechtigten Forderungen der Bundesländer, für die sich die ÖVP-Bundesräte immer einsetzten, aus Gründen außerhalb der ÖVP noch nicht ausreichend erfüllt werden. Sie bleiben weiter ein Anliegen für die ÖVP-Fraktion.

Klausurtagungen des Bundesrates

Seit dem letzten Parteitag hielt die ÖVP-Bundesratsfraktion jeweils unter dem Vorsitz ihres Fraktionsobmannes o.Univ.Prof. Dr. Herbert Schambeck gemeinsam mit der Politischen Akademie, vertreten durch Vizepräsident Prof. Dr. Eduard Mayer und Direktor Dr. Bernhard Löhri, drei Klausurtagungen, in jeweils einem anderen Bundesland, in deren Mittelpunkt vor allem die Vorbereitung der Teilnahme Österreichs auch als Bundesstaat an der europäischen Integration stand, ab.

Die erste Klausur war am 5. und 6. April 1991 in Techendorf/Kärnten zum Thema „EG und EWR“, auch unter der Teilnahme von Landesparteiobmann Dr. Christof ZERNATTO.

Referenten:

Gesandter Dkfm. Dr. Johann LEGTMANN - „Stand der EWR-Verhandlung, der Expertengespräche EG-Kommission unter Berücksichtigung der Bundesländer“; Präsident des Salzburger Landtages Univ. Prof. Dr. Helmut SCHREINER - „Integration und Parlamentarismus“; ao. und be. Botschafter der EG Dr. Dietrich HAMMER - „Wohin geht Europa“; Klubobmann Abg. Dr. Heinrich NEISSER - „Unser politischer Auftrag heute“;

Die zweite Klausur fand vom 12. - 14. November 1992 in Rust/Burgenland zum Thema „EG und Föderalismus“ statt.

Referenten:

Vizepräsident und Stellv. ÖVP-Fraktionsobmann des Bundesrates Hofrat Dr. Martin STRIMITZER - „Gedanken zur Europäischen Integration nach Maastricht und Birmingham aus föderalistischer Sicht; Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform Jürgen WEISS - „Österreichischer Föderalismus und Europäische Integration“; Bayrischer Staatsminister Dr. Thomas GOPPEL - „Föderalismus und Europäische Integration aus Deutscher Sicht; - Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin Reinhard FÜHRER - „Die Situation im vereinigten Deutschland - Schwerpunkt Berlin“; Prof. Herbert KREJCI - „Europäische Integration als politischer Auftrag“; Klubobmann Abg. Dr. Heinrich NEISSER - „Reformperspektiven des österreichischen Föderalismus“.

Die dritte Klausur war vom 4. bis 6. Juli 1994 in Schruns/Vorarlberg zum Thema „Österreichs Zukunft im Europa der Regionen - die föderalistische Herausforderung des Bundesrates“.

Referenten:

Botschafter Dr. Wolfgang WOLTE, Leiter der Wirtschafts- und integrationspolitischen Sektion III im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten „Österreich und die europäische Integration - die große Herausforderung“; Klubobmann Abg. Dr. Heinrich NEISSER - „Österreichs Zukunft im neuen Europa“; Mag. Dr. Bernhard LÖHRI, Dir. der Politischen Akademie - „Politische Bildungsarbeit am Beispiel des Superwahljahres 1994“; Klubdirektor Dr. Werner ZÖGERNITZ - „Aktuelle Fragen zur Geschäftsordnung des Bundesrates“; Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Martin PURTSCHER - „Bundesstaatsreform 1994“; Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform Jürgen WEISS; „Die föderalistische Herausforderung des Bundesrates“

Neben eigenen Arbeitstagungen zeigte sich die ÖVP-Aktivität in der Länderkammer auch durch das Einbringen von Entschließungsanträgen zu wichtigen, aktuellen politischen Themen.



Entschließungsanträge des Bundesrates

Antrag E-127, 12. Juli 1991

der Bundesräte Dr. Linzer, Strutzenberger und Kollegen.

Der Bundesminister für Inneres wird ersucht, dem Bundesrat im Rahmen des Sicherheitsberichtes auch über die Tätigkeit des Asylbeirates, insbesondere aber über die in diesem Zeitraum beschlossenen Empfehlungen zu berichten.

Antrag E-128, 10. Oktober 1991

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Verfassung und Föderalismus den Antrag, der Bundesrat wolle die dem schriftlichen Bericht angeschlossene Entschließung annehmen.

Entschließung
Die Bundesregierung wird ersucht, in der Regierungsvorlage betreffend die Bundesverfassungsgesetz-Novelle über Mitwirkungsrechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Integration eine den Grundsätzen des Artikels 24 B-VG über die Gesetzgebung des Bundes entsprechende Mitwirkung des Bundesrates am Länderbeteiligungsverfahren vorzuschlagen.

Antrag E-129, 10. Oktober 1991

der Bundesräte Strutzenberger, Dr. Schambeck und Genossen betreffend die Situation Sloweniens und Kroatiens

Die Bundesregierung wird ersucht:

1. ihre Bemühungen zu einer sofortigen Beendigung der Kampftätigkeit in Jugoslawien weiter fortzusetzen, um zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes beizutragen.
2. die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Einklang mit anderen Staaten vorzunehmen;
3. weiter an der Erarbeitung politischer Lösungen mitzuwirken, welche die Anerkennung jener Republiken einschließt, die dies wünschen;
4. die vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten eingeleiteten Bemühungen im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen fortzusetzen und sich voll für die Verwirklichung der Resolution 713 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einzusetzen;

5. die Unterstützung der Ergebnisse der EG-Friedenskonferenz in Den Haag fortzusetzen;
6. die Konfliktparteien aufzufordern, die einschlägigen Genfer Abkommen und Regelungen des Zusatzprotokolles II, welche ausdrücklich die Zivilbevölkerung unter Schutz stellen, sowie die internationalen Abkommen zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten einzuhalten;
7. die humanitären Hilfsaktionen zugunsten der von der Kriegsentwicklung betroffenen Bevölkerung zu unterstützen bzw. fortzusetzen;
8. im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten finanzielle und technische Hilfe für die Wiederherstellung der von den Auseinandersetzungen betroffenen Wirtschaft zu leisten;
9. die österreichische Initiative in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Schaffung einer Europäischen Minderheitenschutzkonvention voranzutreiben.

Antrag E-130, 5. März 1992

der Bundesräte Dr. Strimitzer, Strutzenberger, Mag. Lakner, Ing. Ludescher und Kollegen zu 336 der Beilagen, Preisgesetz 1992 in der Fassung des Ausschußberichtes 396 der Beilagen.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird aufgefordert, bei der Ausübung seiner Preiskompetenz im Bereich der elektrischen Energie auf die unterschiedlichen Kostenstrukturen der einzelnen Energieversorgungsunternehmen Bedacht zu nehmen.

Antrag E-131, 21. Mai 1992

der Bundesräte Strutzenberger, Dr. Schambeck, Mag. Trattner und Genossen betreffend Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Integration.

Der Bundesrat soll im Rahmen des integrationspolitischen Prozesses auf Bundesebene eine wesentliche Rolle zugeteilt bekommen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Bundesrat zumindest all jene Informationen über wichtige integrationspolitische Schritte zu übermitteln, zu denen sie sich gegenüber den Ländern in der vorliegenden Artikel 15a B-VG-Vereinbarung über die Mitwirkungsrechte in Angelegenheiten der Europäischen Integration verpflichtet, um dadurch eine permanente aktuelle EG-Diskussion in der Länderkammer zu ermöglichen. Dar-



über hinaus ist der Bundesrat in die notwendigen Normsetzungen im Zusammenhang mit dem EWR und dem EG-Beitritt entsprechend zeitgerecht einzubinden.

Antrag E-132, 28. Jänner 1993

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle die dem schriftlichen Bericht angeschlossene EntschlieÙung annehmen. Die Sicherheit Österreichs und seiner Bürger ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung und des Bundesrates. Das strategisch-politische Gleichgewicht in Europa ist durch den Aufbruch in Zentral- und Osteuropa der Gefahr lokaler Konflikte und einer regionalen Destabilisierung gewichen. Die Sicherheit unseres Landes ist daher auch einer der wesentlichen Gründe für Österreichs Ziel, Mitglied der Europäischen Union zu werden, wie sie durch den Vertrag von Maastricht eingerichtet werden soll.

Der Bundesrat fordert die österreichische Bundesregierung auf, sicherzustellen, daß Österreich an der Entwicklung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa teilnehmen kann, wobei davon ausgegangen wird, daß die von der Europäischen Union gegebenenfalls mit anderen Institutionen entwickelte europäische Friedens- und Sicherheitsorganisation eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Satzung der Vereinten Nationen darstellen wird.

Antrag E-135, 29. April 1993

angenommen anläßlich der Beratungen über den Selbständigen Antrag der Bundesräte Dr. Irmtraut Karlsson, Ing. Penz und Genossen betreffend Erweiterung des Mutter-Kind-Passes um jene Formulare, die für die Einreichung der Geburtenbeihilfe und der Familienbeihilfe notwendig sind.

Die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie wird aufgefordert, Vorschläge zur Änderung der entsprechenden Bestimmungen des Familienlastenausgleichsgesetzes vorzulegen. Der Mutter-Kind-Paß sollte künftig alle im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes notwendigen Formulare, wie sie für die Einreichung der Geburtenbeihilfe und der Familienbeihilfe bei den Finanzämtern notwendig sind, beinhalten. Die betroffenen Familien hätten damit eine komplette und umfassende Übersicht über die ihr zustehenden Leistungen. Über die zusätzlichen Leistungen der einzelnen Bundesländer sollten

entsprechende Zusatzhefte zum bestehenden Mutter-Kind-Paß geschaffen werden. Die Einreichungsformulare sollten EDV-gerecht und übersichtlich gestaltet werden.

Antrag E-136, 13. Mai 1993

Der Außenpolitische Ausschuß hat einstimmig beschlossen, dem Bundesrat die Annahme der folgenden EntschlieÙung zu empfehlen:

EntschlieÙungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten wird ersucht, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen bei bilateralen Verhandlungen mit der Republik Slowenien die in der Begründung genannte Problematik von Importen und Schmuggel von Billigzigaretten von Slowenien nach Österreich entsprechend zu berücksichtigen und dahin gehend zu wirken, daß die Republik Slowenien die Empfehlung des Brüsseler Zollrates aus dem Jahr 1960, derzufolge an Straßen und Bahnübergängen keine Duty-free-Shops betrieben werden sollen, befolgt.

Antrag E-137, 30. September 1993

der Bundesräte Walter Strutzenberger, Dr. Herbert Schambeck, Ferdinand Gstöttner, Ing. August Eberhard, Dr. Susanne Riess und Genossen zum Beschluß des Nationalrates betreffend ein Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz

Der Bundesrat hat die verfassungsmäßige Aufgabe, die Interessen der Länder im Rahmen der Bundesgesetzgebung zu vertreten. Der gegenständliche Gesetzesbeschluß betrifft naturgemäß auch Interessen der Länder.

Bedauerlicherweise ist in § 44 UVP-G lediglich vorgesehen, daß der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie dem Nationalrat alle drei Jahre, erstmals 1998, über die Vollziehung dieses Bundesgesetzes zu berichten hat. Wir sind der Ansicht, daß auch dem Bundesrat berichtet werden soll. Die unterzeichneten Bundesräte beantragen daher folgende EntschlieÙung: Der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird aufgefordert, bei Erstattung des Berichtes gemäß § 44 UVP-G an den Nationalrat gleichzeitig diesen Bericht dem Bundesrat vorzulegen.

Antrag E-138, 13. April 1994

Der Gesundheitsausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen mit Stimmenmehrheit den Antrag, die dem schriftlichen Ausschußbericht beige druckte EntschlieÙung anzunehmen.



EntschlieBung

Die Bundesministerin für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz wird ersucht, dem Bundesrat nach einem Beobachtungszeitraum von drei Jahren einen Bericht über den Vollzug des Hebammengesetzes, insbesondere über die Entwicklung des Hebammenwesens, die Auswirkungen des neuen Hebammengesetzes (auch in finanzieller Hinsicht) vorzulegen; in diesem Bericht sollen über die Verbindungsstelle der Bundesländer auch die Ansichten der Länder Berücksichtigung finden.

Antrag E-139, 17. November 1994

der Bundesräte Dr. Herbert Schambeck, Walter Strutzenberger, Dr. Susanne Riess, Dr. Günther Hummer, Johann Payer, Ilse Giesinger, Dr. Peter Kapral, Josef Pfeifer, Karl Pischl, Helmut Cerwenka, Ing. Johann Penz, Karl Wöllert, Dr. Vinzenz Liechtenstein, Stefan Prähauser, Ing. August Eberhard, Mag. Dieter Langer, Erhard, Meier, Ludwig Bieringer, Irene Crepaz, Dr. Milan Linzer, Dr. Paul Tremmel, Anna Elisabeth Haselbach, Dr.h.c. Manfred Mautner Markhof und Kollegen betreffend Änderung des Bundesverfassungsgesetzes aus Anlaß des Beitritts zur Europäischen Union. Der Bundeskanzler wird ersucht, auf die Einhaltung der am 8. Oktober 1992 mit den Bundesländern abgeschlossenen Vereinbarung hinzuwirken, wonach die Bundesstaatsreform „spätestens in der aus Anlaß des EU-Beitritts erforderlichen Novelle zum B-VG beschlossen werden soll.“

Antrag E-140, 17. November 1994

der Bundesräte Walter Strutzenberger, Dr. Herbert Schambeck, Helmut Cerwenka, Dr. Ernst Reinhold Lasnik und Genossen betreffend die Kennzeichnung von Lebensmitteln, die unter Anwendung der Gentechnik hergestellt werden. „Die Bundesregierung wird ersucht, sich in den EU-Gremien dafür einzusetzen, daß die in Aussicht genommene Verordnung betreffend neuartiger Lebensmittel und Lebensmittelzutaten jedenfalls Vorschriften enthält, die eine eindeutige und klare Kennzeichnung von Lebensmitteln vorsehen, die als solche oder deren Bestandteile aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) oder deren vermehrungsfähigen Teilen bestehen oder solche enthalten. Solche Kennzeichnungsvorschriften sind auch für Lebensmittel und deren wesentliche Zutaten vorzusehen, die aus Teilen von GMO bestehen.“

Antrag E-141, 23. Februar 1995

EntschlieBungsantrag der Bundesräte Dr. Schambeck, Strutzenberger, Dr. Susanne Riess angenommen anlaßlich der Beratungen über den Beschluß des Nationalrates vom 8. Februar 1995 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Preistransparenzgesetz geändert wird (46 und 111/NR sowie 4973/BR der Beilagen)

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat spätestens mit der nächsten Regierungsvorlage betreffend eine B-VG-Novelle eine Regierungsvorlage betreffend ein Bundesverfassungsgesetz zur Verwirklichung des Inkorporierungsgebotes zuzuleiten.

Die verschiedenen Aktivitäten der ÖVP-Bundesratsfraktion erfolgten im Berichtszeitraum im Einvernehmen mit dem jeweiligen Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform (Vizekanzler Dipl. Ing. Josef Riegler und Jürgen Weiss) sowie mit dem jeweiligen Klubobmann (DDr. Friedrich König, Dr. Heinrich Neisser und Dr. Andreas Khol) und kontinuierlich mit Klubdirektor Dr. Werner Zögernitz.



Mandatsverteilung

Stand per 19. 01. 1995

(aufgrund der Entschlieung des Bundespräsidenten vom 19. März 1993, BGBl. Nr. 194)

	Anzahl		ÖVP	SPÖ	FPÖ
Burgenland	3	hievon	1	2	-
Kärnten	5	"	1	2	2
Niederösterreich	12	"	6	5	1
Oberösterreich	11	"	5	4	2
Salzburg	4	"	2	1	1
Steiermark	10	"	5	4	1
Tirol	5	"	3	1	1
Vorarlberg	3	"	2	-	1
Wien	11	"	2	6	3
Zusammen:	64	"	27	25	12

Die ÖVP stellt als Präsidenten des Bundesrates von 1989 - 1995

NIGL Ing. Anton	ST	2. Halbjahr 1989
STRIMITZER Dr. Martin	T	1. " 1990
LUDESCHER Ing. Georg	V	2. " 1990
SCHAMBECK Dr. Herbert	NÖ	2. " 1992
HOLZINGER Erich	OÖ	1. " 1993
FRAUSCHER Dkfm. Dr. Helmut	S	1.07. - 19.10.1993
BIERINGER Ludwig	S	0.10. - 31.12.1993
GERSTL Alfred	ST	1. " 1994
JAUD Gottfried	T	2. " 1994
WEISS Jürgen	V	1. " 1995

Bundesräte der ÖVP

waren 1989 - 1995:

Felix Bergsmann	Beamter der ÖBB	Oberösterreich	(12/90 - 02/93)
Ludwig Bieringer	Bundesbeamter	Salzburg	seit 03/91
Ing. August Eberhard	Fachschullehrer	Kärnten	seit 04/89
Matthias Ellmauer	Bankgeschftsleiter	Oberösterreich	seit 02/93
Martin Forsthuber	Angestellter	Salzburg	(10/93 - 05/94)
Dkfm. Dr. Helmut Frauscher	Kaufmann	Salzburg	(07/80 - 10/93)
			(gestorben am 9. 6. 1994)



CHRONIK DER POLITISCHEN

ARBEIT DER ÖVP

1991 BIS 1995

Juni 1991

28. Der 29. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei wählt Dr. Erhard Busek mit 56,3% zum neuen Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei. Der Parteitag beschließt ein neues Statut mit strafferen Entscheidungs-Strukturen. Als Parteiobermannstellvertreter werden Dr. Erwin Pröll und Dr. Helga Rabl-Stadler gewählt. Der neue Bundesparteivorstand wählt Ingrid Korosec und Dr. Ferdinand Maier als Generalsekretäre der Volkspartei. Der Bundesparteitag wird wegen der krisenhaften Entwicklung an der österreichisch-jugoslawischen Grenze vorzeitig beendet.
5. Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner fordert Patientenanwälte und ein neues Patientenrecht.
8. Außenminister Dr. Alois Mock gibt im Nationalrat eine Erklärung zur Jugoslawien-Krise ab und plädiert für eine Anerkennung Sloweniens sowie Kroatiens zum richtigen Zeitpunkt.
10. Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel präsentiert im Nationalrat seine Erklärung zur Lage der österreichischen Wirtschaft und weist auf die Fortschritte hin, die unter dem Vorsitz Österreichs bei den EWR-Verhandlungen erzielt werden konnten.
11. In Burgenland gibt es eine Einigung zwischen der ÖVP unter Führung von Dr. Ferry Sauerzopf und der SPÖ über die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung.

Juli 1991

2. Dr. Erhard Busek übernimmt von Dipl.Ing. Josef Riegler auch die Funktion des Vizekanzlers. Anlässlich der Amtsübergabe betont Dr. Busek die Notwendigkeit internationaler Aktivitäten zur Bewältigung der Jugoslawien-Krise.
4. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag der Regierungsparteien wird die Bundesregierung aufgefordert, Slowenien und Kroatien unter bestimmten Bedingungen anzuerkennen. Dem Bundesheer, der Exekutive und den freiwilligen Helfern wird für ihre Tätigkeit an der österreichischen Grenze gedankt.
4. Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka fordert eine klare Defizitbegrenzung bei der Bahn und ein neues privatwirtschaftlich orientiertes ÖBB-Gesetz.
11. Staatssekretär Dr. Günter Stummvoll fordert ein Sofortprogramm zur Sanierung der Arbeitsmarktverwaltung.
12. Wirtschaftsbundgeneralsekretär Abg. Dr. Johannes Ditz tritt für eine zweite, große Etappe der Steuerreform ein. Lohn- und Einkommensteuer sowie Unternehmenssteuern sollen entlastet werden.
14. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec stellt klar, daß die Angleichung des Frauen-Pensionsalters erst nach einer beruflichen Gleichstellung der Frauen erfolgen kann.
15. Bundesparteiobermann Dr. Erhard Busek fordert ein Konzept für die EG-Information der Bundesregierung.
16. Abg. Univ.Prof. Dr. Andreas Khol kündigt eine eigene EG-Informationskampagne der Volkspartei an.



tiert das Buch „Fragen und Antworten zu Europa“.

19. Föderalismusminister Jürgen Weiss legt Vorschläge für eine effizientere Verwaltung vor.
20. Familienministerin Dkfm. Ruth Feldgrill zieht eine positive Jahresbilanz für die österreichischen Familien und weist insbesondere auf das Wirksamwerden des 2. Karenzjahres mit Juli 1991 hin.
30. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek erklärt 1992 zum Jahr des mutigen Handelns, insbesondere in der Europa-Politik.

Jänner 1992

6. Die Volkspartei beginnt das Arbeitsjahr zu Drei König mit ihrer Klausur unter dem Motto „Zukunftsdialog Salzburg 1992“. Ein bindendes Vorwahlregulativ und die Schwerpunkte des Arbeitsprogrammes 1992 werden beschlossen. Die Anzahl der ÖVP-Sprecher wird auf 8 gestrafft.
9. Bundesparteibmannstellvertreter Dr. Erwin Pröll begrüßt das Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis zur außerordentlichen finanziellen Belastung der Familien und kritisiert die Uneinsichtigkeit der SPÖ.
9. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec fordert anlässlich der Enquete „Erweiterung des Mutter-Kind-Passes“ einen Ausbau der Vorsorgemedizin.
9. Landeshauptmann Dr. Siegfried Ludwig kündigt die Amtsübergabe an Dr. Erwin Pröll als Landesparteibmann und Landeshauptmann an.
15. Der Ministerrat beschließt die offizielle Anerkennung von Slowenien und Kroatien.
16. Der Wirtschaftspolitische Rat der Volkspartei erwartet Wachstumsimpulse durch den EG-Vollbeitritt Österreichs.
18. Anlässlich des Salzburger Landesparteitages plädiert Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek für eine Sicherheitsoffensive, für eine zweite Etappe der Steuerreform und für die Budgetstabilisierung.

24. In Salzburg findet unter dem Motto „Starke Bundesländer in einem neuen Europa“ eine Landtagsabgeordneten-Konferenz der ÖVP statt.
25. Beim Tiroler Landesparteitag der Volkspartei fordert Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek mehr Respekt vor den Höchstgerichten.
31. Im Naturhistorischen Museum findet eine „Entbürokratisierungskonferenz“ der Volkspartei statt.

Februar 1992

5. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek präsentiert als Wissenschaftsminister seine Vorschläge für österreichische Großforschungseinrichtungen.
6. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec legt ein Maßnahmenpaket zum Kampf gegen die angestiegene Arbeitslosigkeit vor.
7. In Linz geht die Veranstaltungsreihe der bundesweiten ÖVP-Europatage zu Ende. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek erwartet den Abschluß der Beitrittsverhandlungen bis 1994.
10. Generalsekretär LABg. Dr. Ferdinand Maier und Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka lehnen den ÖBB-Gesetzesentwurf von Minister Streicher als zu wenig weitgehend ab.
18. Anlässlich der Gründung einer „Initiative für Dr. Thomas Klestil“ unterstreicht der Präsidentschaftskandidat die internationale Dimension des Präsidentenamtes.
24. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec und Abg. Dr. Günter Stummvoll legen ein 10-Punkte-Programm gegen die Altersarbeitslosigkeit vor.
28. Anlässlich der ÖVP-Wirtschaftskonferenz unterstreicht Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek das Bekenntnis zu Qualität, Entstaatlichung und Internationalisierung.

März 1992

6. In der Wiener Hofburg findet der Wahlkampf-Auftakt für Dr. Thomas Klestil statt.



7. In Wien verleiht Präsident Univ.Prof. Dr. Herbert Schambeck die Leopold-Kunschak-Preise.
7. In Wien stirbt der langjährige Präsident der Bundeswirtschaftskammer und Obmann des ÖVP-Wirtschaftsbundes, Ing. Rudolf Sallinger, im Alter von 75 Jahren.
17. Präsidentschaftskandidat Dr. Thomas Klestil bezeichnet Österreichs Wirtschaft als entscheidenden Faktor angesichts der neuen Herausforderungen in Europa.
19. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec präsentiert einen ständigen „Europa-Treff“ als Plattform für die EU-Diskussion.
25. Dr. Bernhard Löhri wird zum neuen Direktor der Politischen Akademie gewählt. Universitätsprofessor Dr. Andreas Khol übernimmt die Funktion des Vizepräsidenten und die internationale Arbeit. Präsident Dr. Ludwig Steiner und Vizepräsident Dr. Eduard Mayer werden bestätigt.
29. Bei der Tiroler Gemeinderats-Stichwahl erzielt die Volkspartei gute Ergebnisse. In Kufstein erringt die Volkspartei nach 18 Jahren den Bürgermeister.

April 1992

3. Präsidentschaftskandidat Dr. Thomas Klestil eröffnet in Graz den Umweltkongreß der ÖVP mit 10 Leitsätzen für die Österreichische Umweltpolitik.
4. Beim niederösterreichischen Landespartei-tag wird Dr. Erwin Pröll als Nachfolger von Landeshauptmann Landesparteiobmann Dr. Siegfried Ludwig gewählt.
13. In Wien findet unter dem Vorsitz von Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek der „Runde Tisch Europa 1992“ statt. Schwerpunkt sind die Themen Selbstbestimmung, Wirtschaft und Sicherheit.
14. Der ehemalige Staatssekretär und Präsident der Politischen Akademie Botschafter Dr. Ludwig Steiner feiert seinen 70. Geburtstag.
21. Der ehemalige Vizekanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Dr. Hermann Withalm feiert seinen 80. Geburtstag.

24. Anlässlich der Schlußkundgebung für den ersten Bundespräsidentenwahlgang wird Dr. Thomas Klestil nochmals als unabhängiger Kandidat präsentiert.
26. Im ersten Wahlgang erhalten Dr. Rudolf Streicher 40,66% und Dr. Thomas Klestil 37,2% der Stimmen.
29. Präsidentschaftskandidat Dr. Thomas Klestil eröffnet unter dem Motto „Macht braucht Kontrolle“ die Kampagne für die Stichwahl.
30. Verwaltungsreformminister Jürgen Weiss präsentiert das Buch „Kosten- und Leistungsrechnung für die öffentliche Verwaltung“.

Mai 1992

1. Im Drei-Länder-Eck bei Deutsch-Jahrndorf findet das 1. Mai-Treffen der Volkspartei statt.
2. Mit der Unterzeichnung des EWR-Vertrages gehört Österreich „zu 60%“ zur Europäischen Gemeinschaft.
5. Familienministerin Dkfm. Ruth Feldgrill präsentiert ein neues Familienpaket mit der Einführung einer Lehrlingsfreifahrt, einer Erhöhung der Familienbeihilfe für Studierende um 300,- Schilling und einer Verlängerung des Bezugsrechtes bis zum 27. Lebensjahr.
7. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker legt einen Maßnahmenkatalog für eine europareife Exekutive vor.
8. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek legt als Wissenschaftsminister gemeinsam mit dem Unterrichtsminister einen Entwurf für die Gründung von Fachhochschulen vor.
8. In Eisenstadt findet unter dem Motto „Österreich weiblich“ ein Frauenkongreß der Volkspartei statt, an dem auch Präsidentschaftskandidat Dr. Thomas Klestil teilnimmt.
12. Das EWR-Abkommen wird dem Nationalrat vorgelegt und von Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel erläutert.
14. Anlässlich der TV-Konfrontation für die Spitzenkandidaten präsentiert Dr. Thomas Klestil seine Amtsauffassung.



18. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek und Generalsekretär LAbg. Dr. Ferdinand Maier ziehen Zwischenbilanz über die erreichten Reformziele der Bundesregierung.
19. Justizsprecher Dr. Michael Graff präsentiert das Arbeitsprogramm 1992 für den Justizausschuß.
22. Mit einer Kundgebung auf dem Wiener Stock-Im-Eisen-Platz endet die Präsidentschaftskampagne von Dr. Thomas Klestil.
24. Bei der Stichwahl für den Bundespräsidenten erreichen Dr. Thomas Klestil 56,89% und Dr. Rudolf Streicher 43,11% der Stimmen.
27. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker begrüßt den Entwurf für das Aufenthaltsgesetz, der wichtigen Forderungen der Volkspartei entspricht.

Juni 1992

1. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek eröffnet gemeinsam mit Familienministerin Dkfm. Ruth Feldgrill und Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec eine neue Familienoffensive der Volkspartei mit dem Ziel „Jedes Kind ist uns mehr wert“.
2. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek plädiert vor der Konrad Adenauer-Stiftung für eine europäische Wertegemeinschaft. Er trifft mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zusammen.
3. Im Parlament wird das Familienpaket beschlossen, das den Familien zusätzlich 5 Milliarden Schilling bringt.
4. Die ÖVP-Telefonaktion „Mehr Kinderbeihilfe“ wird intensiv in Anspruch genommen.
10. Anlässlich des Schüler- und Lehrlingsparlaments präsentiert Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek die neuen Aufstiegschancen im Rahmen der Fachhochschulen.
10. Generalsekretär LAbg. Dr. Ferdinand Maier gibt die Übersiedlung der Österreichischen Volkspartei von der Kärntnerstraße 51 in die Lichtenfelsgasse 7 bekannt.

12. Bundesparteibmann Dr. Erhard Busek präsentiert die „Salzburger Erklärung 1992 zum Privilegienabbau“ für den Bereich der Sozialversicherungen.
16. Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner präsentiert namens der Volkspartei eine Patientenrechts-Charta.
18. Der ehemalige Finanzminister Dr. Reinhard Kamitz feiert in Wien seinen 85. Geburtstag.
21. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend fordert die rasche Aufnahme von Gesprächen mit der WEU.
22. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec präsentiert mit ÖAAB-Bundesobmann Abg. Dr. Josef Höchtel Vorschläge für gesunde Arbeitsplätze.
23. Wirtschaftsstaatssekretärin Dr. Maria Fekter legt die Ergebnisse der „Tourismus-Länderkonferenz“ vor.
25. Der bisherige Vizepräsident des Rechnungshofes Dr. Franz Fiedler wird auf Vorschlag der Volkspartei zum Rechnungshofpräsidenten gewählt.

Juli 1992

2. In seiner Antrittsrede als Präsident des Bundesrates plädiert Univ.Prof. Dr. Herbert Schambeck für eine neue Solidarität und einen neuen Föderalismus in Österreich.
8. In Wien wird Dr. Thomas Klestil als neues österreichisches Staatsoberhaupt angelobt.
9. Der 2. Präsident des Nationalrats, Dr. Robert Lichal, begeht seinen 60. Geburtstag.
10. Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka begrüßt die Einigung über das neue Bundesbahn-Gesetz, das wichtigen Vorgaben der Volkspartei Rechnung trägt.
13. Der Landesverteidigungsrat empfiehlt auf Vorschlag von Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend der Bundesregierung die Beschlußfassung über die künftige Heeresgliederung.
27. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec legt einen Maßnahmenkatalog gegen die Diskriminierung von Frauen vor.



August 1992

5. Generalsekretär LAbg. Dr. Ferdinand Maier gibt bekannt, daß bereits drei wichtige Forderungen des 10-Punkte-Kataloges zum Privilegienabbau realisiert sind.
6. Die Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung, Abg. Rosemarie Bauer, setzt gemeinsam mit Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner eine neue Initiative gegen die Kinderpornographie.
13. Sozialsprecher Abg. Dr. Gottfried Feurstein fordert die rasche Einführung eines bundeseinheitlichen Pflegegeldes in sieben Leistungsstufen und begrüßt die Einigung über die Pensionsreform.
19. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec präsentiert die Ziele der Volkspartei für die zweite Etappe der Steuerreform.
27. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek spricht sich für eine weitgehende Privatisierung der Verstaatlichten Industrie und für eine Teilnahme Österreichs am neuen europäischen Sicherheitssystem aus.
31. Bundesparteiobmannstellvertreterin Dr. Helga Rabl-Stadler plädiert für eine Mittelstandsoffensive durch Steuerentlastung, Bürokatierreform und Straffung der Förderungen.
12. Beim Wiener Landesparteitag wird Dr. Bernhard Görg als Nachfolger von Dr. Heinrich Wille zum neuen Landesparteiobmann gewählt.
14. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek fordert gemeinsam mit Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein eine neue Privatisierungswelle.
16. Justizsprecher Abg. Dr. Michael Graff legt 9 Thesen zur Reform der Untersuchungshaft vor, die den Schutz der Bevölkerung, aber auch die Rechtssicherheit des Verfahrens verstärken sollen.
17. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek eröffnet in Salzburg eine Folge von regionalen Wirtschaftstagen. Schwerpunkte sind die steuerliche Entlastung, der Kampf gegen die Altersarbeitslosigkeit und die Privatisierungsoffensive.
17. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser präsentiert im Rahmen der Schriftenreihe „focus“ gemeinsam mit Abg. Mag. Cordula Frieser das Buch „Hilflos im Paragraphenschlingel“.
18. Beim Linzer Wirtschaftstag verlangt Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek eine möglichst dezentrale Organisation der AI und eine Abschlankung der Konzernzentrale.
21. Anlässlich des knappen Ja-Ergebnisses für Maastricht in Frankreich fordern Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek und Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel, daß auch den EU-kritischen Stimmen Rechnung getragen werden muß.

September 1992

6. In Gmunden beginnt die Herbstklausur der ÖVP-Regierungsfraktion. Es liegen eine Bilanz der Regierung und ein Schwerpunktprogramm für die Herbstarbeit vor.
8. Die ÖVP-Landesparteisekretärekonzferenz beschäftigt sich mit den Themen offene Vorwahlen und neues Wahlkreismanagement. Auch Parteifreie können künftig bei den Vorwahlen kandidieren.
9. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec und Abg. Dr. Günter Stummvoll fordern die SPÖ auf, das große Gleichbehandlungspaket nicht an ideologischen Justamentstandpunkten scheitern zu lassen.
11. Bildungssprecher Präsident Mag. Gerhard Schäffer präsentiert ein Konzept zur Begabtenförderung.
24. Das Bundesparteipräsidium der Volkspartei spricht sich für eine Beibehaltung der 6-Tage-Woche an den Höheren Schulen aus.
24. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek spricht sich als Wissenschaftsminister gegen Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen aus.
24. Anlässlich der Gesundheitsenquete „Erwachsene für Kinder“ legt Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der schulärztlichen Tätigkeit vor.



Oktober 1992

2. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec plädiert für eine Ausgliederung und Aufgliederung bei den Postdiensten Telecom, „Gelbe Post“ und Gelddienst.
2. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser begrüßt die Einigung über das Budget 1993 und die Neukonzeption des Bundesheeres durch eine Wehrgesetznovelle.
4. Bei der Salzburger Gemeinderatswahl erzielt Spitzenkandidat Josef Dechant ein gutes Ergebnis und legt damit die Basis für seine Wahl zum Bürgermeister.
13. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker legt einen 10-Punkte-Forderungskatalog für strukturelle Änderungen im Sicherheitsbereich vor. Schwerpunkte sind eine bessere Ausbildung und Ausstattung der Exekutive.
14. Es kommt zur Einigung über die noch offenen Fragen des Gleichbehandlungspaketes, das nun mit 1. Jänner 1993 in Kraft treten kann.
21. Das Bundesparteipräsidium nimmt gegen das Ausländervolksbegehren der FPÖ Stellung und weist auf die bereits laufenden Reformen im Sinne einer geordneten Ausländerpolitik hin.
23. In Salzburg stirbt Altlandeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer im Alter von 65 Jahren.
24. Anlässlich des steirischen Landesparteitages spricht sich Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek neuerlich für die Privatisierung öffentlicher Unternehmen aus.
27. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec begrüßt die Einigung zu den Themen Finanzierung der Pflegevorsorge und Anrechnung der Kindererziehungszeiten.
28. In Graz stirbt Vizebürgermeister Erich Edegger im Alter von 52 Jahren.
28. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek und Präsident Abg. Ing. Leopold Maderthaner geben bekannt, welche Mehrbelastungen bei der Insolvenz-entgeltversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Unfallversicherung, dem Familienlastenausgleichsfond und der

Pflegevorsorge abgewendet werden konnten.

29. Die Herbstklausur des Parlamentsklubs findet in Villach unter dem Motto „Verantwortung für Österreich - Verantwortung für Europa“ statt. Es geht insbesondere um den EG-Beitritt und die ÖVP-Wirtschaftsoffensive zur Stärkung des Standortes Österreich.

November 1992

4. Bundespräsident Dr. Thomas Klestil begeht seinen 60. Geburtstag.
5. Dr. Reinhold Mitterlehner folgt als Wirtschaftsbundgeneralsekretär auf Staatssekretär Dr. Johannes Ditz.
6. Die Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Abg. Rosemarie Bauer und die Präsidentin der EFU Dr. Marilies Flemming weisen auf die Vorteile hin, die ein EG-Beitritt für die Frauen bringt.
6. In Deutsch-Altenburg findet die Studientagung „Klausur in der Natur“ statt. Umweltministerin Dkfm. Ruth Feldgrill präsentiert die vorbildliche Umweltbilanz Österreichs.
9. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek und Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel legen Vorschläge zur positiven Entwicklung der österreichischen Industrie vor.
10. Außenminister Dr. Alois Mock spricht vor der „Initiative Österreich“ über das Thema „Sicherheit durch Solidarität: Österreichs Rolle im neuen Europa.“
12. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz fordert angesichts der internationalen Konjunkturschwächung eine Wirtschaftsoffensive für Österreich.
14. Anlässlich des oberösterreichischen Landesparteitages plädiert Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek für die Privatisierung, für die Eindämmung der Verteilungspolitik und für Kostenbewußtsein durch Selbstbehalte.
16. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec fordert Strukturreformen im Bereich der Krankenanstalten und die Finanzierung der Ge-



sundheitsvorsorge durch die Erhöhung von Zigarettenpreisen.

21. Anlässlich des Kärntner Landesparteitages spricht sich Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek für Augenmaß und gegen Emotionalisierung in der Ausländerpolitik aus.
25. Das Bundesparteipräsidium verlangt angesichts der dramatischen Situation in der AMAG und im gesamten Verstaatlichten-Bereich ein umfassendes Sanierungskonzept.
25. Maria Rauch-Kallat wird neue Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie. Dkfm. Ruth Feldgrill tritt für die Nachfolge des verstorbenen Grazer Vizebürgermeisters Erich Edegger an.
30. Der Bundesparteivorstand bestellt Frau Bundesministerin a.D. Dr. Marilies Flemming zur Sonderbeauftragten für Flüchtlings- und Ausländerintegrationsfragen.

Dezember 1992

10. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz appelliert an den AI-Aufsichtsrat, eine rasche Kurskorrektur in Angriff zu nehmen.
18. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend informiert über die Heeresreform, die mit 1. Jänner 1993 startet.
22. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec weist auf die Erfolge der Volkspartei in den Bereichen Budgetkonsolidierung, Mehrkinderstaffel, Gleichbehandlung und Pensionsreform hin.
30. Anlässlich des Jahreswechsels fordert Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek, die Stabilität Österreichs mit Selbstvertrauen und Leistung zu festigen.

Jänner 1993

1. Die ÖVP-Landeshauptleute unterstützen in einer gemeinsamen Erklärung den EG-Beitritt Österreichs.
6. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek präsentiert beim Drei-Königs-Treffen einen Österreich-Plan 1993 mit 30 konkreten

Punkten, die vor allem den Wirtschaftsbereich betreffen.

8. Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein fordert befristet auf ein Jahr die Anhebung des Investitionsfreibetrages von 20 auf 30 Prozent.
11. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec weist den Vorwurf des Sozialabbaus zurück und plädiert für einen Kampf gegen soziale Mißbräuche.
11. Jugendministerin Maria Rauch-Kallat präsentiert eine Studie über die Anfälligkeit von Jugendlichen für rechtsradikales Gedankengut.
13. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz legt die „Generalziele der 2. Steuerreform-Etappe“ vor. Es geht dabei um Wettbewerbsfähigkeit, Kaufkraft und Entlastung.
21. Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel begrüßt die Einigung über das Maßnahmenpaket zur Arbeitsmarkt-Offensive in der Höhe von 7,2 Milliarden Schilling.
23. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek, die Minister Maria Rauch-Kallat, Dr. Werner Fasslabend und Dr. Alois Mock, die Generalsekretäre Abg. Ingrid Korosec und LAbg. Dr. Ferdinand Maier sowie die Flüchtlingsbeauftragte Dr. Marilies Flemming nehmen im Sinne eines friedlichen Miteinanders von Österreichern und in Österreich lebenden Ausländern an der Aktion „Lichtermeer“ teil.
23. Anlässlich des Tiroler Landesparteitages dankt Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek dem langjährigen Landeshauptmann Dr. Alois Partl für sein Engagement und seine Leistungen.
24. Bei den Grazer Gemeinderatswahlen muß die Volkspartei Verluste hinnehmen.
25. An den niederösterreichischen Vorwahlen der ÖVP haben 310.000 Wahlberechtigte, also 23,2% teilgenommen.
28. In Wien stirbt der langjährige Generalsekretär des ÖAAB und Umweltsprecher der Österreichischen Volkspartei Walter Heinzinger im Alter von 56 Jahren.



Februar 1993

1. Generalsekretär LABg. Dr. Ferdinand Maier und Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein fordern eine rasche Realisierung des für das Budget 1993 vorgesehenen Privatisierungsschubs von 6 Milliarden Schilling. Auch die DDSG soll privatisiert werden.
1. Außenminister Dr. Alois Mock präsentiert anlässlich des offiziellen Beginns der Beitrittsverhandlungen die Grundpositionen Österreichs.
2. Bundesparteiobermann Dr. Erhard Busek bezeichnet das schwache Ergebnis des FPÖ-Ausländervolksbegehrens als deutliche Antwort auf einen permanenten Ausländer-Wahlkampf der FPÖ.
4. In Wien beginnt der Zukunftsdialog über das neue Programm der Volkspartei. Die Koordinierung übernimmt Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend.
8. Bundesparteiobermannstellvertreterin Dr. Helga Rabl-Stadler präsentiert ein neues Existenzsicherungs- und Kapitalbeteiligungsmodell für Klein- und Mittelbetriebe.
12. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker und der Bundesbetreuer für die Exekutive, Abg. Paul Kiss, präsentieren ein neues Betreuungssystem für Exekutivbeamte.
24. JVP-Obmann Mag. Harry Himmer begrüßt die Realisierung von Fachhochschulen und legt ein 4-Punkte-Programm zur Lehrlingsausbildung vor.

März 1993

1. Das Bundesparteipräsidium schlägt vor, daß der ORF unter Einbeziehung Privater verstärkt auch international tätig werden soll. Die Meinungsvielfalt auf dem Medien-sektor muß erhalten bleiben.
3. Umweltministerin Rauch-Kallat tritt für die Realisierung einer Öko-Steuer bis spätestens 1995 ein.
6. Der Bundestag der JVP wählt Werner Amon als Nachfolger von Mag. Harry Himmer zum Bundesobmann.

10. Der außenpolitische Sprecher, Abg. Univ.Prof. Dr. Andreas Khol, fordert eine EG-Information auf breiter Basis.
12. Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler feiert seinen 60. Geburtstag.
15. Bundesparteiobermann Dr. Erhard Busek legt ein Schwerpunkt-Programm zur Eigenkapitalstärkung, zur Entlastung der Lohnnebenkosten und für den Bürokratieabbau vor.
17. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec schlägt zur Belebung der Parlamentsdebatten eine Geschäftsordnungsreform vor.
22. Bundesparteiobermann Dr. Erhard Busek und Staatssekretär Dr. Johannes Ditz präsentieren Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Rezession 1993.
25. Bautensprecher Abg. Dr. Otto Keimel bekennt sich zum gemeinsamen Entwurf eines neuen Bundeswohngesetzes zur Schaffung und Mobilisierung von Wohnraum.
26. Abg. Dr. Günter Stummvoll fordert ein Inkrafttreten der nächsten Steuerreform-Etappe mit 1. Jänner 1994.

April 1993

1. Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel unterstreicht die Bedeutung der Tourismusbranche für die österreichische Wirtschaft.
1. Im Rahmen der „Initiative Österreich“ spricht der regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen zum Thema „Eine neue Politik für ein vereintes Europa“.
5. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz lehnt jedes Abgehen von der österreichischen Hartwährungspolitik ab.
6. In einer gemeinsamen Pressekonferenz von Wirtschaftsbundgeneralsekretär Dr. Reinhold Mitterlehner, Bauernbunddirektor Abg. Mag. Wilhelm Molterer und ÖAAB-Generalsekretär Mag. Walter Tancsits wird eine steuerliche Entlastung der mittleren Einkommen vorgeschlagen.
7. Anlässlich der Hallein-Pleite fordert Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec eine ra-



sche Reform des Insolvenzausfallgeldfonds.

8. Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner plädiert für eine umfassende Suchtprophylaxe.
15. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec verlangt gemeinsam mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Fonds „Gesundes Österreich“, Dr. Lindi Kalnoky, wirksame Maßnahmen gegen das Überhandnehmen der Berufsunfähigkeitspensionen.
22. Anlässlich einer Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Treffpunkt Österreich“ kündigt Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel einen Konjunkturaufschwung 1994 an.
23. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser spricht sich dezidiert gegen neue Subventionen für die Verstaatlichte aus.
24. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek zieht seine Zwischenbilanz nach vier Jahren als Wissenschaftsminister.
28. Das Bundesparteipräsidium fordert Entlastungen und Bürokratieabbau für die Wirtschaft.
30. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec und der Bundesobmann der JVP, Werner Amon, unterbreiten Maßnahmen zur Aufwertung der Lehre.

Mai 1993

1. In ihrer 1. Mai Veranstaltung bekennt sich die Volkspartei zu den Herausforderungen und Chancen im neuen Europa.
13. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek setzt in seiner „Rede für Österreich“ die drei Schwerpunkte Sicherheit, Wirtschaft und Bildung.
16. Bei den Landtagswahlen in Niederösterreich muß die Volkspartei Verluste hinnehmen. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll kündigt eine Fortsetzung der Zusammenarbeit an.
18. Staatssekretärin Dr. Maria Fekter betont die Leistung der Bauern für den Tourismus.
20. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek trifft in den Vereinigten Staaten mit Vizepräsident Al Gore zusammen.

21. Generalsekretär LAbg. Dr. Ferdinand Maier kritisiert gemeinsam mit Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein die Versäumnisse des Verstaatlichten- Ministers.
21. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend plädiert für eine Vollmitgliedschaft in der WEU.
24. Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka legt einen 3-Stufen-Plan zur Reduzierung von Alkoholunfällen vor.
27. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Österreich“ lehnt Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek Subventionen nach dem Prinzip „gesundes Geld für kranke Betriebe“ ab.
28. Föderalismusminister Jürgen Weiss fordert eine Stärkung der Bundesländer im Rahmen der Bundesstaatsreform.

Juni 1993

2. Umweltministerin Maria Rauch-Kallat präsentiert das Ozon- Informations-Paket und kündigt eine baldige Realisierung der Umweltverträglichkeitsprüfung an.
3. Landwirtschaftsminister Dipl.Ing. Dr. Franz Fischler fordert eine Entbürokratisierung und Qualitätsorientierung des Weingesetzes.
3. Generalsekretär LAbg. Dr. Ferdinand Maier lehnt aufgrund der Radikalisierung in der FPÖ eine kleine Koalition mit der FPÖ dezidiert ab.
8. Bei einer Tagung der 43 Wahlkreismanager werden neue Organisations- und Kommunikationsstrukturen erarbeitet.
8. Es kommt zur Einigung über die zweite Etappe der Steuerreform mit Entlastungen der Masseneinkommen um 13 Milliarden Schilling und einer Entlastung der Wirtschaft um 4 Milliarden Schilling.
14. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek begrüßt die Steuerreform, die das Urlaubs- und Weihnachtsgeld unangetastet läßt.
15. Bautensprecher Abg. Dr. Otto Keimel fordert die SPÖ auf, einen einheitlichen Standpunkt zur Wohnrechtsreform zu finden.
22. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker



startet die Aktion „Wir für mehr Sicherheit“.

23. Bundesparteioibmannstellvertreterin Dr. Helga Rabl-Stadler erwartet sich von der Steuerreform ein zusätzliches Wirtschaftswachstum bis zu 1% und begrüßt die gänzliche Abschaffung der Gewerbe- sowie der Vermögensteuer.
29. Schulsprecher Präsident Mag. Gerhard Schäffer fordert eine Fremdsprachenoffensive und einen Ausbau der Begabtenförderung.

Juli 1993

1. Die Volkspartei feiert Abschied von der langjährigen Parteizentrale in der Kärntnerstraße 51.
5. Außenminister Dr. Alois Mock bezeichnet den 1. Jänner 1995 als bestmöglichen Zeitpunkt für einen EG-Beitritt Österreichs.
8. Abg. Dr. Josef Höchtl fordert als Obmann des Unterrichtsausschusses eine Überführung der Schulversuche zur Nachmittagsbetreuung in das Regelschulwesen.
14. Das Bundesparteipräsidium fordert eine rasche Aufklärung des Fleischskandals und eine Bereinigung der Kontrollkompetenzen.
15. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz spricht von einer Schere zwischen Ansprüchen an den Staat und der Leistungsfähigkeit des Staates.
19. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec fordert stärkere Kontrollen beim Bezug von Arbeitslosengeld und erhöhtem Karenzgeld. Das zweite Karenzjahr dürfe nicht in Frage gestellt werden.
23. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec präsentiert als Leitlinien der ÖVP für die Herbstarbeit: „Sparen statt Belasten, Privatisieren statt Subventionieren und Reformieren statt Kassieren“.
26. Generalsekretär LABg. Dr. Ferdinand Maier fordert eine klare Absage an den Staatseinfluß in der AI.
27. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend legt als Vorsitzender der ÖVP- Programmkommission eine Zwischenbilanz vor.

August 1993

7. Der ehemalige Staatssekretär Hans Bürkle stirbt im Alter von 74 Jahren.
9. Der frühere Finanzminister und spätere Nationalbankpräsident Dr. Reinhard Kamitz stirbt im Alter von 86 Jahren.
11. Umweltministerin Maria Rauch-Kallat präsentiert ein Maßnahmenpaket zum Schutz des Klimas.

September 1993

2. Die Bundespartei eröffnet ihr neues Haus in der Lichtenfelsgasse 7.
3. Bundesparteioibmann Dr. Erhard Busek präsentiert unter dem Titel „Neues Denken für eine neue Zeit“ das Projekt „September-Akademie“. In diesem Rahmen soll die Jugend an der Programmdiskussion teilnehmen.
5. Anlässlich der Regierungsklausur in Pichlarn legt die Volkspartei ein Memorandum „Sichere Arbeitsplätze“ vor. Ein Sicherheitskonzept wird verabschiedet.
8. Die Septemberakademie, an der rund 100 internationale Wissenschaftler und Referenten teilnehmen werden, ist offiziell eröffnet.
20. Bundesparteioibmann Dr. Erhard Busek begrüßt das Inkrafttreten der zweiten Steuerreform-Etappe mit 1. Jänner 1994 und erwartet positive Auswirkungen auf die Konjunktur.
22. Verwaltungsreformminister Jürgen Weiss kritisiert, daß die Einsparungen immer wieder von neuen Aufgaben aufgefressen werden.
24. Bauernbunddirektor Abg. Mag. Willi Molterer und Präsident Abg. Rudolf Schwarzböck nehmen im Rahmen der September-Akademie zum Thema „Zukunft in der Landwirtschaft“ Stellung.
26. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec fordert flexible Arbeitszeiten und eine neue Bewertung der Arbeitsplätze.
29. Das Bundesparteipräsidium nimmt den Rücktritt von Generalsekretär LABg. Dr.



Ferdinand Maier an, der ab 1. Jänner 1994 eine führende Funktion in der Privatwirtschaft übernehmen wird.

Oktober 1993

1. Der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes Stefan Knafl fordert eine gesetzliche Interessenvertretung der Senioren etwa im Rahmen eines „Bundes-seniorenbeirates“.
4. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec verlangt einen Bericht des Verstaatlichtenministers zum AMAG-Debakel.
5. Außenminister Dr. Alois Mock erwartet von den EG-Beitrittsverhandlungen, daß der Inhalt des Transitvertrages gewahrt bleibt.
7. Der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes Stefan Knafl begrüßt das mit 1. Juni 1993 in Kraft getretene Bundespflegegesetz.
8. Justizsprecher Abg. Dr. Michael Graff bekennt sich zur Neuregelung für den Privatkonkurs.
13. Das Bundesparteipräsidium fordert eine Sicherung des Sozialsystems durch Verhinderung von sozialem Mißbrauch und eine Erhaltung von Industriesubstanz durch Privatisierungen in der Verstaatlichten.
14. Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein lehnt einen ÖIAG-Haftungsrahmen von 14 Milliarden Schilling dezidiert ab.
16. Bei der Bundeskonferenz der JVP in Gmunden plädiert Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek für die Einbindung Österreichs in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem.
17. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek erhält die Goldmedaille der jüdischen Weltorganisation B'NAI B'RITH.
19. Die langjährige Bundesleiterin und Ehrenvorsitzende der ÖVP-Frauen Bundesrätin a.D. Edda Egger verstirbt im Alter von 83 Jahren.
21. Anlässlich des außenpolitischen Berichtes 1992 bekennt sich Außenminister Dr. Alois Mock zum Transitvertrag.

26. Vor der Klubklausur in Telfs warnt Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel vor den negativen wirtschaftspolitischen Folgen eines Nichtbeitritts zur EG. Landwirtschaftsminister Dipl.Ing. Dr. Franz Fischler berichtet über den Stand der Agrarverhandlungen mit der EG.

29. Der Österreichische Akademikerbund feiert unter Präsident Abg. Univ.Prof. Dr. Christian Brünner seinen 40. Geburtstag.
29. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek präsentiert im ORF „Sieben Stationen auf dem Weg zu einer neuen Qualität der Bildungspolitik“.

November 1993

5. ÖAAB-Bundesobmann Abg. Dr. Josef Höchtl warnt vor den negativen Folgen eines Nichtbeitritts zur EU für die Arbeitnehmer.
8. Anlässlich des Aids-Skandals fordert Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec die Einberufung eines Gesundheitsgipfels und Reformen im Gesundheitswesen.
11. Abg. Dr. Günter Stummvoll erwartet 10.000 neue Arbeitsplätze und eine Steigerung des privaten Konsums sowie der Investitionen durch die Steuerreform.
12. Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher feiert seinen 65. Geburtstag.
13. Anlässlich des ÖAAB-Bundestages in Gmunden bezeichnet Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek die ÖVP als die verantwortungsvolle und verlässliche Kraft für Österreich.
15. Auf Initiative von Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec beginnen die Lichtenfelser Dialoge über die gesellschaftliche Stellung der Frau.
18. Das Bundesparteipräsidium schlägt dem Bundesparteivorstand Abg. Mag. Wilhelm Molterer als Nachfolger von LAbg. Dr. Ferdinand Maier im Amt des Generalsekretärs vor.
22. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek legt gemeinsam mit Kultursprecherin Abg. Mag. Cordula Frieser ein Modell zur Bundestheaterreform vor, das eine Füh-



nung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten anstrebt.

24. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz präsentiert eine Vereinbarung mit den Gemeinden bezüglich der Kommunalsteuerzuteilung.
24. Die ÖVP-Landeshauptleute richten an die Bundesregierung ein „Memorandum für ein sicheres Österreich“, in dem insbesondere auf die Bedeutung der Landesverteidigung hingewiesen wird.
30. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec begrüßt, daß 8 von den 10 Privilegienabbau-Punkten der Salzburger Erklärung 1992 realisiert sind.

Dezember 1993

1. Abg. Mag. Wilhelm Molterer tritt seine Funktion als Generalsekretär und Mediensprecher der ÖVP an. Sein Nachfolger als Bauernbunddirektor wird Mag. Franz Ledermüller.
2. Anlässlich der Budgetdebatte unterstreicht Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser die Eigenständigkeit des Parlaments.
8. In Reaktion auf den Briefbombenterror legt Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek namens des Bundesparteipräsidiums und der ÖVP-Regierungsmitglieder „10 Gebote für Sicherheit, politische Stabilität und politische Kultur“ vor.
10. Familienministerin Maria Rauch-Kallat präsentiert ihr Programm für das bevorstehende Internationale Jahr der Familie.
12. Der langjährige ÖVP-Handelsminister und Vizekanzler Dr. Fritz Bock stirbt im Alter von 82 Jahren.
14. Präsident Abg. Rudolf Schwarzböck nennt 1994 ein bedeutsames Jahr für Österreichs Bauern.
16. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek begrüßt die gemeinsame Initiative aller Parteien gegen den politischen Extremismus.
16. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker fordert eine Personalaufstockung und bessere technische Ausstattung der Exekutive.

26. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek bezeichnet die Volkspartei als Stabilitätsfaktor in der Koalition und erwartet angesichts der EU-Abstimmung für Österreich ein Schicksalsjahr 1994.
27. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec fordert ein Maßnahmenpaket zur Flexibilisierung der Arbeitszeit.
30. In seinem Neujahrsaufruf weist Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek auf die großen Entscheidungen des Jahres 1994 hin.

Jänner 1994

6. Anlässlich des Drei-Königs-Treffens im Salzburger Schloß Leopoldskron tritt der Bundesparteivorstand für zügige EU-Beitrittsverhandlungen ein und weist gleichzeitig auf die Bedeutung der Bereiche Landwirtschaft sowie Transit hin. In drei konkreten Busek-Plänen werden Vorschläge zu den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Heimat präsentiert.
7. Der ehemalige ÖVP-Handelsminister Otto Mitterer stirbt im Alter von 83 Jahren.
11. ÖAAB-Generalsekretär Mag. Walter Tancsits und Wirtschaftsbundgeneralsekretär Dr. Reinhold Mitterlehner fordern neue steuerliche Impulse für die Mitarbeiterbeteiligung.
11. Nach langen Verhandlungen kommt es zu einer endgültigen Einigung über die neue Zivildienstregelung. Die Gewissensprüfungskommission wird endgültig durch eine maßvolle Verlängerung des Zivildienstes und Verbesserungen für den Präsenzdienst ersetzt.
14. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser lehnt die Vorschläge des Sozialministers zur Einführung einer Sondersteuer für den Mittelstand dezidiert ab und fordert stattdessen eine Bekämpfung des sozialen Mißbrauchs.
17. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek begrüßt die Neuregelungen beim Zivildienst und bezeichnet das Berufsheer als eine Option der Zukunft.
19. Bildungssprecher Präsident Mag. Gerhard Schäffer fordert rasche Maßnahmen ge-



gen den Nachhilfeboom, insbesondere durch eine Reduktion der Lehrpläne.

20. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser präsentiert eine Gedenkschrift in Erinnerung an Walter Heinzinger.
20. Bundesparteioobmann Dr. Erhard Busek betont in seiner Eigenschaft als Wissenschaftsminister die vielen Vorteile, die der EWR für die österreichische Wissenschaft bringt.
25. Abg. Dr. Walter Schwimmer wird zum Vizepräsidenten der Kommission für Rechtsangelegenheiten und Menschenrechte in Straßburg gewählt.
26. Anlässlich der Diskussion um die Bestellung eines neuen ORF-Generalintendanten fordert das Bundesparteipräsidium einen starken und österreichischen öffentlich-rechtlichen ORF sowie eine Öffnung des Radiomarktes für private Anbieter und die Beteiligung an Satelliten-Programmen.
26. In seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident warnt Kommerzialrat Alfred Gerstl vor Fremdenhaß und Intoleranz.
28. Anlässlich der Enquete „Pflege in der Familie?, Politik, die hilft“ fordert Familienministerin Maria Rauch-Kallat Hilfe für die Helfenden.
31. Bundesparteioobmann Dr. Erhard Busek präsentiert Vorschläge zur Neuordnung und Bündelung der Wirtschafts- und Forschungsförderung.

Februar 1994

4. In einem Zwischenbericht über die EU-Verhandlungen gibt Außenminister Dr. Alois Mock bekannt, daß 18 von 29 Verhandlungskapiteln abgeschlossen sind.
8. Staatssekretär Dr. Johannes Ditz plädiert für eine Fortsetzung des Entlastungskurses, für eine Verringerung der Staatsverschuldung, für eine Neudefinition der Staatsaufgaben und einen Rückzug aus staatlichen Beteiligungen.
14. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec legt ein 10-Punkte-Programm für die Zukunft der österreichischen Schulpolitik vor. Schwerpunkte sind eine Fremdsprachen-

Offensive und die Gesundheitsvorsorge in den Schulen.

16. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend fordert eine weitere Professionalisierung des Bundesheeres.
17. Das Bundesparteipräsidium betont, daß bei einem EU-Vertragsabschluß die österreichischen Interessen voll gewahrt werden müssen.
24. Der außenpolitische Sprecher, Abg. Univ.Prof. Dr. Andreas Khol, fordert eine neue europäische Sicherheitsarchitektur.
25. Namens des Bundesparteipräsidiums unterstützt Bundesparteioobmann Dr. Erhard Busek die Tiroler Forderung nach einem Bahnausbau im Unterinntal.
28. Wirtschaftsstaatssekretärin Dr. Maria Fekter fordert die Einrichtung eines Patent-Informationszentrums.

März 1994

1. Bundesparteioobmann Dr. Erhard Busek bezeichnet den erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit der EU als den wichtigsten Schritt in der Geschichte Österreichs seit 1955.
2. Außenminister Dr. Alois Mock berichtet dem Nationalrat über die Verhandlungsergebnisse von Brüssel.
3. Umweltministerin Maria Rauch-Kallat unterzeichnet mit den Landeshauptleuten Dr. Christof Zernatto, Dr. Hans Katschthaler und Landesrat Ferdinand Eberle einen Staatsvertrag über den Nationalpark Hohe Tauern.
4. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser bezeichnet die Vorbereitung der EU-Volksabstimmung als größten politischen Überzeugungsprozeß in der Geschichte der Zweiten Republik.
12. Außenminister Dr. Alois Mock überreicht den Großen Leopold Kunschak-Preis 1994 an Univ.Prof. Dr. Felix Ermacora für dessen hervorragende Verdienste um die Menschenrechte.
13. Bei den Landtagswahlen in Kärnten, Tirol und Salzburg kann die Volkspartei gute Er-



gebnisse erzielen und den Anspruch auf den Landeshauptmann bekräftigen.

15. Das Bundesparteipräsidium gibt bekannt, daß Außenminister Dr. Alois Mock die Oppositionsparteien offiziell über die EU-Verhandlungen informieren wird.
16. Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel gibt bekannt, daß sich die Privatisierungserlöse im Bereich des Wirtschaftsressorts 1993 auf 3 Milliarden Schilling beziffern.
21. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec und Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner fordern eine Kompetenzausweitung des Gesundheitsministeriums.
31. Die Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung, Abg. Rosemarie Bauer, fordert eine starke Frauenlobby im Parlament.

April 1994

7. Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka kritisiert die Kosten der unverantwortlichen Ausweitung des NAT und den explodierenden Finanzbedarf der Bundesbahnen.
7. Sozialsprecher Abg. Dr. Gottfried Feurstein bezeichnet das neue Arbeitsmarktservicegesetz in der parlamentarischen Debatte als Schritt zur vollkommenen Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik.
8. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser kündigt ausführliche parlamentarische Diskussionen über den EU-Beitritt an.
11. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek bezeichnet flexible Arbeitszeiten, lebenslange Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung als wesentliche Voraussetzungen für die Schaffung der Arbeitsplätze von morgen.
13. Justizsprecher Abg. Dr. Michael Graff fordert scharfe Maßnahmen gegen Gewaltverbrecher.
14. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek plädiert für eine termingerechte EU-Volksabstimmung am 12. Juni 1994.
15. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker fordert die Aufwertung der Zollwache zu

einer eigenständigen Grenzpolizei und lobt den Assistenzeinsatz des Bundesheeres.

16. Die österreichische Bürgermeisterkonferenz beschließt ein „Europamanifest der Gemeinden Österreichs“ zur Stärkung der regionalen Identität.
18. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec weist die Bestrebungen der FPÖ nach einer Verschiebung der Volksabstimmung zurück.
21. Anlässlich einer Sicherheitsenquete bezeichnet Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek die Sicherheit als zentrales Bedürfnis der Österreicher und präsentiert entsprechende Maßnahmen.
25. Landwirtschaftsminister Dipl.Ing. Dr. Franz Fischler begrüßt den Solidarpakt mit der österreichischen Bauernschaft und der Lebensmittelindustrie, der die Bewältigung der neuen Herausforderungen in der EU erleichtern wird.
27. Bundesparteiohmannstellvertreterin Dr. Helga Rabl-Stadler fordert gemeinsam mit ÖAAB-Obmann Abg. Dr. Josef Höchtel und Wirtschaftsbundpräsident Abg. Ing. Leopold Maderthaner eine Totalreform des Arbeitszeitgesetzes.
28. Anlässlich eines Symposiums „Europa der Ideen“ mit Vertretern aus Slowenien, Kroatien, der Slowakei und Tschechien plädiert Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek für Vernunft, Universalismus und Aufklärung in Europa.
30. Außenminister Dr. Alois Mock bezeichnet vor dem Bundeskongreß der Grünen die EU „nicht als Paradies, aber als einzige Chance“.

Mai 1994

1. Der Vizepräsident der Bundesarbeitskammer und Präsident der Tiroler Arbeitskammer Fritz Dinkhauser fordert anlässlich des 1. Mai bei einem „Bünde-Fest“ der Volkspartei eine „Welle der Motivation“ in der Arbeitswelt.
2. Bundesparteiohmann Dr. Erhard Busek weist darauf hin, daß Österreichs EU-Exporte 300.000 Arbeitsplätze sichern. Öster-



- reich werde als neutrales Land in die EU gehen.
4. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker fordert vom Innenminister eine rasche Umsetzung des ÖVP-Sicherheitspaketes und die Einrichtung von Sicherheitsberatungsstellen in allen Landeshauptstädten.
 4. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek bezeichnet die überwältigende Mehrheit von 347 pro-Stimmen für Österreichs Beitritt im Europäischen Parlament als klares Signal für die Volksabstimmung am 12. Juni.
 6. Präsident Botschafter Dr. Ludwig Steiner würdigt die Verdienste von Außenminister a.D. Dr. Karl Gruber anlässlich dessen 85. Geburtstags.
 8. Gesundheitssprecher Abg. Dr. Günther Leiner fordert die neue Gesundheitsministerin zur raschen Umsetzung der leistungsorientierten Verrechnung im Spitalwesen auf.
 15. Die Volkspartei veranstaltet im Belvedere ihren Europakongreß und gedenkt damit auch der Unterzeichnung des Staatsvertrages.
 16. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek kündigt als Wissenschaftsminister für Oktober 1994 den Beginn von 10 Fachhochschullehrgängen mit etwa 700 Studienanfängern an.
 25. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker fordert internationale Kooperation bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.
 26. Der Obmann des Österreichischen Seniorenbundes Stefan Knafl empfiehlt ein klares Ja zu Europa.
 31. Jugendministerin Maria Rauch-Kallat präsentiert gemeinsam mit dem Bundesobmann der JVP Werner Amon die Ergebnisse einer EU-Jugendstudie, derzufolge die Jugend keine Alternative zum EU-Beitritt sieht.
 7. Wirtschaftsbundpräsident Abg. Ing. Leopold Maderthaner und ÖAAB-Bundesobmann Abg. Dr. Josef Höchtl empfehlen ein klares Ja zum EU-Beitritt.
 9. Das Bundesparteipräsidium appelliert an die Bürger, am 12. Juni abzustimmen und lädt zu einem JA für die Europäische Union ein.
 9. Altlandeshauptmann DDr. Hans Lechner stirbt im Alter von 81 Jahren.
 10. Anlässlich des 60. Geburtstages von Außenminister Dr. Alois Mock findet in der Hofburg eine Festveranstaltung statt. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek weist auf die Bedeutung der EU-Volksabstimmung hin.
 12. Die österreichische Bevölkerung stimmt mit klarer 2/3-Mehrheit für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.
 20. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek fordert eine zügige Abwicklung des EU-Beitritts, um auch jene zu überzeugen, die mit Nein gestimmt haben.
 21. Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka tritt für eine rasche Ausgliederung der Post aus der staatlichen Verwaltung ein.
 23. Der Bundesparteivorstand beschließt die Bundesliste für die Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 mit deutlichen personellen Neuerungen.
 24. In Korfu unterzeichnet Außenminister Dr. Alois Mock den EU-Vertrag.
 27. Anlässlich des bevorstehenden Nationalratswahlkampfes präsentieren die Generalsekretäre Abg. Ingrid Korosec und Abg. Mag. Wilhelm Molterer die Volkspartei als Garant für eine Politik der Mitte.

Juni 1994

4. Die Landeshauptleutekonferenz plädiert aus Sicht der Bundesländer für ein Ja zur EU.

Juli 1994

4. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek fordert von der SPÖ eine rasche Verabschiedung der Bundesstaatsreform. Vizepräsident Univ.Prof. Dr. Herbert Schambeck schließt sich namens der ÖVP-Bundesräte dieser Forderung an.



6. Auch Bundesminister Jürgen Weiss strebt eine Verwirklichung der Bundesstaatsreform vor Auslauf der Legislaturperiode an.
11. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek schlägt eine Ausgliederung des Sports aus dem Gesundheitsministerium vor.
11. Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein kritisiert anhand des Rechnungshofberichtes, daß bei der AMAG durch die verfehlte sozialistische Verstaatlichten-Politik 14 Milliarden Schilling Steuergelder verspielt wurden.
14. Sicherheitssprecher Abg. Dr. Hubert Pirker fordert die Minister Löschnak und Lacina zu einer raschen Einigung für die künftige Überwachung der Grenzen auf.
15. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek begrüßt die Nominierung von Jaques Santer zum neuen EU-Kommissionspräsidenten.
20. Abg. Univ.Prof. Dr. Andreas Khol fordert eine grundlegende Reform der Parlamentsarbeit, um eine bessere öffentliche Akzeptanz für das Parlament zu gewährleisten.
24. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec tritt für einen kurzen Intensivwahlkampf ein.
25. Generalsekretär Abg. Mag. Wilhelm Molterer und Industriesprecher Abg. Dr. Martin Bartenstein kündigen für die nächste Legislaturperiode eine neue Privatisierungsoffensive der Volkspartei an.
29. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser kritisiert die Weigerung der Bank Austria, einer Rechnungshof-Überprüfung zuzustimmen.
31. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek kritisiert anhand des DDSG-Rechnungshofberichtes die Funktion des Staates als Eigentümer.

August 1994

5. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek plädiert für die Fortsetzung der Budgetkonsolidierung, des Privatisierungskurses und des Belastungsstops zur Unterstützung eines Wirtschaftsaufschwunges in Österreich.

8. Familienministerin Rauch-Kallat berichtet, daß das Familienministerium in 491 Notfällen mit insgesamt 17 Millionen Schilling Zuwendungen an Familien geholfen hat.
9. Dr. Alfred Kasamas, einer der geistigen Gründungsväter der Österreichischen Volkspartei, verstirbt im Alter von 81 Jahren.
9. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec fordert den Finanzminister auf, seinen Erlaß über die Besteuerung von Essensbons zurückzuziehen.
12. Bundesparteibeamtenstellvertreterin Dr. Helga Rabl-Stadler äußert sich gegen neue Umverteilungen und Mehrbelastungen. Stattdessen sei der soziale Mißbrauch zurückzudrängen.
22. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek fordert einen konsolidierten Staatshaushalt als Voraussetzung für den weiteren Ausbau des Wirtschaftsstandortes Österreich.
23. In Wien wird das Buch „Menschen im Wort: Erhard Busek - Reden und Aufsätze“ präsentiert.

September 1994

7. Altlandeshauptmann Andreas Maurer feiert seinen 75. Geburtstag.
7. Bildungssprecher Präsident Mag. Gerhard Schäffer weist auf die dringende Notwendigkeit einer inneren Schulreform hin.
7. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek betont die Bedeutung einer weiteren Regierungsbeteiligung der Volkspartei.
9. Klubobmann Abg. Dr. Heinrich Neisser verurteilt die FPÖ-Kritik an der repräsentativen Demokratie.
9. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek präsentiert sein neues Buch „Heimat - Politik mit Sitz im Leben“.
10. Im Linzer Design-Center findet der Wahlkampfauftakt der Österreichischen Volkspartei mit 5000 Teilnehmern statt. Für die Kampagne sind mehr als 400 Einsätze in allen Bundesländern geplant. Die Volkspartei präsentiert sich als „Kraft der Mitte“.



18. Bei den Vorarlberger Landtagswahlen erzielt die Volkspartei ein gutes Ergebnis. Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher wird bestätigt.
21. Bildungssprecher Präsident Mag. Gerhard Schäffer spricht sich gegen ein Aufsteigen mit Nichtgenügend aus.
21. Nationalratskandidat Franz Morak legt seine kulturpolitische Standortbestimmung vor.
22. Finanzstaatssekretär Dr. Johannes Ditz fordert für 1995 eine Begrenzung des Budgetdefizits mit rund 100 Milliarden Schilling.
26. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek und Außenminister Dr. Alois Mock betonen in einer gemeinsamen Pressekonferenz, daß die ÖVP die einzige bürgerliche Alternative in Österreich ist.
27. Im Rahmen der Lichtenfelser Dialoge referiert die Superintendentin des Burgenlandes Mag. Gertraud Knoll zum Thema „Frau und Kirche“.
30. Anlässlich des Abschlusses der TV-Diskussionen „Runder Tisch“ erklärt Generalsekretär Abg. Mag. Wilhelm Molterer zusammenfassend: Wer mehr bürgerliche Politik will, muß ÖVP wählen.
30. Der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenverbandes Stefan Knafl begrüßt die Konstituierung eines Bundes seniorenbeirates.
30. Der ehemalige Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Ludwig Weiss stirbt im Alter von 92 Jahren.
3. Die Arbeiterkammerwahlen gehen mit einer niedrigen Wahlbeteiligung und Verlusten für die Regierungsparteien zu Ende.
4. Die Volkspartei kritisiert die Beschönigungsversuche von Arbeiterkammerpräsident Vogler massiv.
6. Ehemalige ÖVP-Regierungsmitglieder richten einen Wahlaufuf an die ältere Generation.
7. Die ÖVP-Landeshauptleute veröffentlichen einen Wahlaufuf.
8. In Wien findet die Schlußkundgebung der Volkspartei für die Nationalratswahlen statt.
9. Die Nationalratswahlen bringen deutliche Verluste für die Regierungsparteien. Die Volkspartei muß Prozente und Mandate abgeben.
10. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec und Abg. Mag. Wilhelm Molterer stellen fest, daß nach dem Wahlergebnis nicht zur Tagesordnung übergegangen werden kann.
11. Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek erhält vom Bundesparteivorstand die Ermächtigung zu Gesprächen mit der SPÖ über eine weitere Zusammenarbeit.
17. Der Bundesparteivorstand beschließt, bis zum Parteitag 1995 ein neues Parteiprogramm auf der Grundlage des Salzburger Programmes vorzulegen. Bei den Koalitionsverhandlungen werden Fragen des Budgets, der Sicherheit, der Bildung und Forschung, der Kammerreform, der Flexibilisierung und des Kampfes gegen den sozialen Mißbrauches im Mittelpunkt stehen.
26. Anlässlich des Nationalfeiertages erklärt Bundesparteibeamten Dr. Erhard Busek, daß Österreich als erfolgreiches, wohlhabendes, sozial gerechtes, friedvolles und offenes Land im Herzen Europas in die Zukunft gehen kann.

Oktober 1994

1. Die Volkspartei veranstaltet in Wien ein Satellitenfest mit Satellitenschaltungen zu Großbildleinwänden in Innsbruck und Salzburg.
2. Die Landeshauptleute und stellvertretenden Landeshauptleute der Volkspartei unterstreichen die Bedeutung der Volkspartei als Kraft der Mitte und Gegengewicht zum sozialistischen Machtanspruch.



November 1994

3. Der Bundesparteivorstand begrüßt die Nominierung von Landwirtschaftsminister Dipl.Ing. Dr. Franz Fischler als EU-Agrarkommissar. Zu seinem Nachfolger wird Generalsekretär Abg. Mag. Wilhelm Molterer vorgeschlagen.
3. Der ÖVP-Parlamentsklub wählt Univ.Prof. Dr. Andreas Khol zu seinem neuen Obmann. Dr. Heinrich Neisser wird zum Kandidaten für das Amt des 2. Nationalratspräsidenten nominiert.
11. Sicherheitssprecher Dr. Hubert Pirker fordert eine rasche Realisierung der Europol zur internationalen Verbrechensbekämpfung.
21. Der Bundesparteivorstand nimmt das bisherige Ergebnis der Regierungsverhandlungen prinzipiell zur Kenntnis und erteilt den Auftrag zu einem raschen Abschluß der Gespräche.
25. Bundesparteibobmann Dr. Erhard Busek und SPÖ-Vorsitzender Dr. Franz Vranitzky geben in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Einigung über die neue Regierung bekannt.
30. Anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung spricht Klubobmann Abg. Univ. Prof. Dr. Andreas Khol von umfassenden Reformen für ein leistungsstarkes und sicheres Österreich. Als neue ÖVP-Regierungsmitglieder sitzen Ministerin Dr. Sonja Moser für Familie und Jugend, Staatssekretär Mag. Gerhard Schäffer für Sport und Staatssekretär Dr. Martin Bartenstein für Technologie erstmals auf der Regierungsbank.

Dezember 1994

1. Bundesparteibobmann Dr. Erhard Busek erklärt anlässlich der Übernahme des Unterrichtsressorts die innere Schulreform zu seinem vorrangigen Ziel.
1. Mag. Wilhelm Molterer legt aufgrund seiner Bestellung zum Landwirtschaftsminister seine Funktion als Generalsekretär zurück.

13. Bundesparteibobmann Dr. Erhard Busek bekennt sich in einem Referat vor der „Initiative Österreich“ zur Großen Koalition, meldet aber für 1998 den hauptverantwortlichen Führungsanspruch der Volkspartei an. Die Ära der SPÖ-Bundeskanzler gehe zu Ende.
20. Der Präsident des Bundesrates Gottfried Jaud bedauert in seiner Abschiedsrede das Nichtzustandekommen der Bundesstaatsreform und übergibt seine Funktion für das nächste Halbjahr an Bundesrat Bundesminister a.D. Jürgen Weiss.
22. Der langjährige Unterrichtsminister Dr. Theodor Piffl-Percevic stirbt im Alter von 83 Jahren.
23. Umweltministerin Maria Rauch-Kallat zieht Bilanz über die Aktivitäten ihres Ressorts und kündigt öffentliche Erörterungen zum Thema Mochovce an.
28. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend plädiert für eine volle Teilnahme Österreichs an jenen Organisationen, die Basis der künftigen gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik sein werden.
30. Bundesparteibobmann Dr. Erhard Busek erklärt zum Jahreswechsel, daß Österreich aktiv und selbstbewußt seinen Standort in Europa zu bestimmen hat. Es geht um die Fortsetzung eines Weges der Stabilität, der Kontinuität und der sicheren Entwicklung.
30. Klubobmann Abg. Univ.Prof. Dr. Andreas Khol sieht als Alternative zum Sparpaket nur ein Belastungspaket, das von der Volkspartei abgelehnt wird.

Jänner 1995

2. Verkehrssprecher Abg. Mag. Helmut Kukacka legt 6 Schwerpunkte für das Jahr 1995 vor. Insbesondere geht es um die Bundesbahnen und die Postreform.
7. Anlässlich des Drei-Königs-Treffens in Leopoldskron beschäftigt sich der Bundesparteivorstand mit der Umsetzung des Arbeitsübereinkommens, der Realisierung des Sparpaketes sowie den Themen Wirtschaftsstandort Österreich und Umweltfragen, insbesondere Mochovce.



8. Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend legt in Leopoldskron Grundzüge des neuen Parteiprogrammes dar und plädiert für eine klare Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien.
25. Der neue Sport-Staatssekretär Mag. Gerhard Schäffer stellt sein Programm zur Förderung des Sports vor.
31. Die Bundesregierung einigt sich auf eine stufenweise Teilnahme Österreichs an der Partnerschaft für den Frieden.

Februar 1995

1. Der langjährige ÖVP-Außenminister Dr. Karl Gruber stirbt im Alter von 86 Jahren.
6. Zahlreiche Vertreter der Österreichischen Volkspartei äußern sich bestürzt über die Bombenattentate in Oberwart und Stinatz.
14. Finanzstaatssekretär Dr. Johannes Ditz begrüßt die grundsätzliche Einigung über ein realistisches Sparpaket, das gemeinsam mit dem Budget 1995 wirksam werden soll.
16. Umweltministerin Maria Rauch-Kallat plädiert weiterhin für ein öffentliches Hearing über das Kraftwerksprojekt Mochovce.
21. Justizsprecher Dr. Michael Graff ist für einen kontrollierten Einsatz neuer technischer Methoden zur Verbrechensbekämpfung.
22. Der Bundesparteivorstand beschließt, am 21. April 1995 den 50. Jahrestag der Parteigründung zu begehen und den Bundesparteitag 1995 für den 22. April 1995 einzuberufen.
24. In Wien stirbt der langjährige Abgeordnete und Menschenrechtsexperte Univ. Prof. Dr. Felix Ermacora im Alter von 72 Jahren.

März 1995

1. Bundesparteioobmann Dr. Erhard Busek präsentiert als Unterrichtsminister ein umfassendes Schulreformprogramm mit den Schwerpunkten Lehrpläne, Objektivierung und Schulzeitgesetz.

2. Jugendministerin Dr. Sonja Moser berichtet über die bisherigen Leistungen des neuen Info-Services für Jugendliche, das im Oktober 1994 eingerichtet wurde.
3. ÖAAB und Wirtschaftsbund legen Publikationen zu ihrem 50jährigen Gründungsjubiläum vor.
3. Familienministerin Dr. Sonja Moser präsentiert die Familien-Service-Karte, mit der Familienberatungsgespräche in Anspruch genommen werden können.
7. Die Bundesregierung verabschiedet das Konsolidierungsbudget, dessen Defizit mit 102 Milliarden Schilling begrenzt werden konnte, und die begleitenden Maßnahmen zur Strukturreform.
7. Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec plädiert anlässlich des 20. Weltfrauentages für eine Frauen-Quote in der Volkspartei von mindestens 30%.
7. In einem Fachgespräch mit Wirtschaftsvertretern fordern Bundesparteioobmann Dr. Erhard Busek und Staatssekretär Dr. Johannes Ditz: „Unser Schilling muß hart bleiben“.
9. Die Österreichische Volkspartei wird in die Europäische Volkspartei (EVP) aufgenommen.
10. Anlässlich der ersten parlamentarischen Debatte über das Budget bekennen sich Generalsekretärin Abg. Ingrid Korosec und die anderen Redner der Volkspartei zum Sparkurs der Bundesregierung, durch den alle Gruppen solidarisch zur Zukunftssicherung beitragen werden.
15. Landwirtschaftsminister Mag. Molterer erklärt, daß 1995 das Agrar-Budget von 19 Milliarden Schilling auf 31 Milliarden Schilling steigen wird.
15. Anlässlich der Konsum-Pleite legt Wirtschaftsbundpräsident Ing. Leopold Maderthaler ein 4-Punkte-Forderungsprogramm zur Bereinigung der wirtschaftlichen Konsequenzen vor.
16. Dr. Hubert Pirker wird zum EU-Sicherheitsbeauftragten der ÖVP ernannt.
19. Bei den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich erzielt die Volkspartei ein respektables Ergebnis



- 23. Wehrsprecher Abg. Dr. Karl Maitz begrüßt die Fortschritte bei der Realisierung der „Heeresgliederung-Neu“.
- 23. Bundesparteiobmann Dr. Erhard Busek erzielt als Unterrichtsminister eine Einigung mit den Landesschulratspräsidenten über das Schul-Sparpaket
- 26. Bei den steirischen Gemeinderatswahlen kann die Volkspartei ein gutes Ergebnis erzielen.
- 29. Bei der Wirtschaftskammerwahl kann der Wirtschaftsbund seine Zweidrittelmehrheit verteidigen und bestimmende Kraft in der Kammer bleiben.

April 1995

- 2. Bei den Vorarlberger Gemeinderatswahlen kann die ÖVP in Bregenz die absolute Mehrheit erringen und auch sonst gute Ergebnisse erzielen.

